

Kommunistisches Programm

– BULLETIN DER IKP –

WAS UNSERE PARTEI KENNZEICHNET: die Behauptung der politischen Kontinuität von Marx bis Lenin und bis zur Gründung der Kommunistischen Internationale und der Kommunistischen Partei Italiens (Livorno 1921); der Kampf der kommunistischen Linke gegen die Entartung der Internationale, gegen die Theorie des „Sozialismus in einem Land“ und die stalinistische Konterrevolution; die Ablehnung der Volksfronten und des bürgerlichen Widerstandes gegen den Faschismus; die schwierige Wiederherstellung der revolutionären Theorie und Organisation in Verbindung mit der Arbeiterklasse und gegen jede personenbezogene und parlamentarische Politik.

NR. 17

FEBRUAR 1978

IN DIESER NUMMER:

- Terrorismus, Demokratie und Kommunismus
- Drang nach Osten - Drang nach Westen!
Die unaufhaltsame Eingliederung Rußlands und seiner Satelliten in den Weltmarkt am Beispiel des Warenaustausches mit der BRD
- Die soziale Bewegung in China (V)
Grundlinien der Kapitalakkumulation und Klassenkämpfe 1949 - 1977
- Das demokratische Prinzip
Ein Klassiker des Marxismus aus dem Jahr 1922
- Rundschau:
Schwarzafrika: imperialistische Gegensätze und Unabhängigkeitsbewegungen. Klassenkämpfe und Zusammenstöße zwischen Staaten in Indochina. Arbeiterkämpfe in Tunesien. Gewerkschaftsausschlüsse in Italien.
Zur Lage der Arbeiter in der Druckindustrie.

KOMMUNISTISCHES PROGRAMM

vierteljährliches
Bulletin der IKP

Nr. 17

FEBRUAR 1978

Inhalt:	Seite
Terrorismus, Demokratie und Kommunismus	1
Drang nach Osten - Drang nach Westen! - Die unaufhaltsame Eingliederung Rußlands und seiner Satelliten in den Weltmarkt am Beispiel des Waren- handels mit der BRD	6
Die soziale Bewegung in China - Teil V.: Grundlinien der Kapitalakkumulation und Klassenkämpfe 1949 -1977	26
Das demokratische Prinzip	36
Rundschau:	48
- Schwarzafrika: imperialistische Gegensätze und Un- abhängigkeitsbewegungen, S. 48. Klassenkämpfe und Zusammenstöße zwischen Staaten in Indochina, S. 53. Arbeiterkämpfe in Tunesien, S. 55. Gewerkschaftsaus- schlüsse in Italien, S. 57. Zur Lage der Arbeiter in der Druckindustrie, S. 61.	

Editions Programme Communiste

- Paris -

edizioni programma comunista

- Milano -

Presserechtlich verantwortlich,
Vertrieb und Korrespondenz:

Helmuth Tammen
Obentrautstr. 32
D-1000 Berlin 61

Postscheckkonto:
3320 23-103 - Berlin-West
Helmuth Tammen

Druck:
Movimento-Druck
Valdemarstr. 33
Berlin

TERRORISMUS, DEMOKRATIE UND KOMMUNISMUS

Wie jedes ernsthafte Symptom der Erdbeben, die sich in dieser Gesellschaft unterschwellig vorbereiten, wie jede wichtige, *objektive* Erscheinung der Krise und der Gegensätze des Kapitalismus, so mußte auch die Welle bürgerlicher Anschläge gegen den bürgerlichen Staat und dessen Repräsentanten alle politischen Organisationen der Gesellschaft dazu zwingen, verschämt oder unverschämt ihre wahre Natur zu offenbaren.

Der demokratische Staat und alle ihn direkt tragenden Parteien mußten offen eingestehen, daß die Demokratie nicht in der Lage ist, die Gegensätze, die diese Gesellschaftsordnung unentrinnbar hervorbringt, anders zu bannen als durch nackte Gewalt. Die Bourgeoisie weiß aus geschichtlicher Erfahrung zwar sehr wohl, daß eine Handvoll Terroristen ihre Herrschaft nicht erschüttern kann, daß isolierte Kommandos, so mutig sie auch seien, höchstens einen Kratzer am gepanzerten Schutzwall ihrer demokratischen Ordnung hinterlassen können. Sie weiß aber ebenso gut, daß die Terroristen heute - so perspektiv- und hilflos, so isoliert und verzweifelt auch immer - das vorwegnehmen, was morgen das Proletariat unentrinnbar tun wird: Sie brechen das Monopol der politischen und militärischen Gewalt des kapitalistischen Staates und greifen die Bourgeoisie mit denselben Mitteln an, die diese seit Jahrhunderten benutzt, um ihre Privilegien zu sichern. Zwar weiß die Bourgeoisie sehr wohl, daß das Auftreten der individuellen Gewalt gegen den bürgerlichen Staat nur ein Symptom der Krise ihrer Gesellschaft ist. Ihr ist aber nicht minder klar bewußt, daß diese selbe Krise die Gefahr der kollektiven, von einer kommunistischen Partei zielbewußt geführten, internationalen Massengewalt des Proletariats wenn noch nicht akut, so doch unerbittlich heranrücken läßt.

Als wolle sie diesen Zusammenhang plastisch hervorheben, zeigte die proletarische Bewegung *zum gleichen Zeitpunkt der Schleyer-Entführung*, zwar nicht in Deutschland, aber in Mittel- und Südamerika, ansatzweise den Weg, den sie international einschlagen muß und einschlagen wird: In El Salvador nahmen Arbeiter im Laufe eines Streiks der Textilindustrie und der Landwirtschaft ca. 100 Personen - darunter den Arbeits- und den Wirtschaftsminister - als Geiseln, um Lohnverhandlungen auf der Grundlage ihrer Forderungen zu erzwingen. Anfang Dezember wurden 52 Arbeiter einer Zuckerfabrik Guayaquils (Ekcuador), in der die Polizei 120 Streikende bestialisch niedermetzte, in Haft genommen, weil sie nach dem Scheitern der Verhandlungen zwischen Betriebsleitung und Arbeitern zwei Polizeiagenten entführt hatten, um diese zur Preisgabe von Informationen über den geplanten Polizeieinsatz zu zwingen.

Im Hinblick auf den Einsatz derartiger Kampfme-

thoden seitens des Proletariats, im Hinblick auf den proletarischen Klassenkampf, der sich an der Kurve der Wirtschaft und der Zunahme internationaler Spannungen nicht minder abzeichnet als an Beispielen wie den obigen, baut die Bourgeoisie in allen Ländern ihren Repressionsapparat aus und bildet durch tausend Verträge und geheime Vereinbarungen, durch Koordinierung ihrer Innenministerien und Repressionsorgane eine wahrhaftige *Internationale der Repression*. Die entschlossenste Verfolgung der Terroristen, ihre Einkerkelung unter mörderischen Bedingungen, ihre Behandlung als politische Geiseln, um gutes Verhalten zu erpressen, die Hinrichtung dieser Geiseln (1), um deren Befreiung zu vereiteln, die breiteste Diffamierungskampagne gegen jede Gewalt, die nicht von der Bourgeoisie und ihrem Staat selbst ausgeht, die Welle der Einschüchterungsmaßnahmen auf allen Ebenen des gesellschaftlichen Lebens und last but not least die Internationalisierung der Repression - damit will die herrschende Klasse mit nicht zu überbietender Deutlichkeit zeigen, daß sie auf jede Gewalt gegen ihre Ausbeuterordnung mit unerbittlicher Repression reagieren wird. So ist die Reaktion der Bourgeoisie selbst ein Symptom dafür, daß der Klassenkampf offen ausbrechen wird. Sie zeigt auch, daß die Bourgeoisie sich auf diesen Klassenkampf gut vorbereitet und im übrigen die eigene Vorbereitung zu einer breiten und gezielten Kampagne zur vorbeugenden Einschüchterung des gesamten Proletariats benutzt.

Eine Organisation, welche die Interessen des Proletariats vertritt, wird sich einer solchen Einschüchterungskampagne niemals beugen: Das wäre schlicht und einfach Verrat an ihren Prinzipien und damit zugleich an der revolutionären Vorbereitung ihrer Klasse. Das Proletariat muß ja davon ausgehen, daß der Klassenkampf nicht mit den Mitteln des Rechts und der Reformen, sondern mit Gewalt geführt wird. Nur mit den verschiedenen Formen der Gewalt kann die Arbeiterklasse ihre Interessen durchsetzen. Nur mit bewaffneter organisierter Gewalt kann sie ihre geschichtliche Aufgabe erfüllen, nämlich ihre eigene, internationale Diktatur errichten, um diese Ausbeuterordnung abzuschaffen. Der Klassenkampf führt nicht zur Demokratie, sondern zur Diktatur des Proletariats, die sich aller Formen des Terrors bedienen wird, um den Widerstand der Kapitalisten zu brechen und die Kleinbourgeoisie zu neutralisieren. Die Arbeiterklasse hat in der bürgerlichen Gesellschaft nichts zu verlieren als ihre Ketten, umso weniger hat sie demokratische Rechte - hinter denen sich die Unterdrückungsmacht des Kapitals drohend errichtet - zu verlieren und zu verteidigen. Sie hat diese Rechte zu verletzen, um schließlich das ganze Recht der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung zu zerschlagen.

Es ist auch nicht Sache des Proletariats, die verzweifelte individuelle Gewalt, die sich gegen den bürgerlichen Staat richtet, zu negieren oder sich von ihr zu distanzieren. Nichts anderes will die Bourgeoisie erreichen. Sie ist für jedes Zeichen der Solidarität des Proletariats gegenüber dem bürgerlichen Staat, für jedes Zeichen von Pazifismus, von Demokratismus, von Rücksicht auf ihre Rechtsordnung, das ihr im Namen des Proletariats entgegengebracht wird, äußerst dankbar, denn sie weiß dann, daß ihre Einschüchterungskampagne gewirkt hat, daß sie ohne Gefahr noch mehr unterdrücken und ausbeuten kann. Als revolutionäre Klasse wird das Proletariat im Gegenteil die Gewalt gegen den bürgerlichen Staat in seine eigene Hand nehmen müssen. Und auch nur so wird das Proletariat die Voraussetzungen für die Integrierung und Organisation aller gegen den bürgerlichen Staat gerichteten Energien schaffen können, sodaß die Ausbrüche individueller Gewalt in die revolutionäre Massengewalt aufgenommen werden.

Die individuelle Gewalt, die die kapitalistische Welt heute erschüttert, ist kein Bestandteil einer revolutionären Massenbewegung, sondern im Gegenteil eine ungeduldige Reaktion auf das Fehlen einer solchen Bewegung. Die Terroristen theorisieren diesen Zustand und ihre eigene Reaktion darauf. Sie stellen sich nicht die Aufgabe, die revolutionäre Massengewalt des Proletariats vorzubereiten, sondern durch exemplarische Aktionen auszulösen. Auf der ideologischen Grundlage des Spontaneismus und des Voluntarismus erheben sie die individuelle Gewalt nicht nur zur Strategie, sondern überhaupt zum Demiurg des revolutionären Klassenkampfes. Doch ist ihr Fehler selbst ein Produkt der konterrevolutionären Zerschlagung der Arbeiterbewegung durch Sozialdemokratie und Stalinismus, welche mit allen Mitteln des Verrates und der Gewalt aus einer revolutionären Klasse vorübergehend einen demokratischen Sozialpartner machten.

Die Kommunisten teilen nicht die Ideologie der Terroristen. Sie sehen darin ein Gebäude aus Illusionen, die von der revolutionären Vorbereitung der Arbeiterklasse und von der Wiederherstellung der internationalen revolutionären Organisation ablenken. Für die Kommunisten ist die individuelle Gewalt auch keine Strategie, sondern ein taktisches Mittel im Rahmen der Strategie des Klassenkampfes, der proletarischen Massengewalt. Deshalb werfen die Kommunisten den Terroristen nicht einfach vor, sie führten "Minderheitsaktionen" durch. Es geht nicht darum, ob eine Aktion von wenigen oder von vielen unternommen wird. Manche Aktionen lassen sich ohnehin nur durch konspirative Minderheiten durchführen. Es geht um die genaue Einschätzung der Kräfteverhältnisse, der allgemeinen Temperatur des Klassenkampfes und der sich daraus ergebenden wesentlichen Aufgaben.

Jeder Schlag gegen die Bourgeoisie, ob er nun von der RAF oder von einer Massenbewegung ausgeht, führt zunächst natürlich dazu, daß die herrschende Klasse versucht, ihre eigene Kampfkraft zu stählen. Die Frage, die sich der proletarischen Partei stellt, ist die, ob dieser Schlag auch zu einer Steigerung der proletarischen Kampfkraft führt. Im Rahmen einer revolutionären Bewegung des Proletariats kann eine Minderheitsaktion (Gefangenenbefreiung, Vergeltungsanschlag usw.) durchaus Erfolg haben und zu

einer Stärkung der proletarischen Reihen beitragen. Aber auch im Laufe des langen und widersprüchlichen Prozesses der Entstehung einer solchen Bewegung der Massengewalt können und werden sich Gruppen von Proletariern gezwungen sehen, die Kampfbedingungen und die Kampfmentalität ihrer Klasse durch eine Reihe von defensiven und offensiven Gewaltmaßnahmen zu sichern.

Was den Freilassungsversuch angeht, den das Kommando Siegfried Hausner und dessen palästinensische Genossen unternahmen, so bestätigte er zwar, daß es unter den herrschenden Kräfteverhältnissen praktisch unmöglich ist, den totalitären, terroristischen, alles "Menschliche" so betörenden wie im Grunde total verachtenden Kapitalismus in der wesentlichen Frage der politischen Gefangenen kleinzukriegen. Aber die proletarische Klassenbewegung wird, wenn sie wieder entsteht, nur dann in der Lage sein, den kapitalistischen Staat zu bekämpfen, wenn sie u.a. die klassischen Mittel der Befreiung gefangener Revolutionäre - Organisation der Flucht, Gefängnisstürmerei, Geiselnahme - beansprucht. Nur durch aktuelle oder angedrohte Anwendung dieser Mittel wird sie die Freilassung erwirken oder erzwingen können, und es gehört zur revolutionären Vorbereitung, daß das Proletariat mit dieser Orientierung erzogen wird.

Ein weiterer wesentlicher Punkt, den man im Hinblick auf die terroristischen Aktionen der letzten Zeit mit allem Nachdruck betonen muß, ist die Frage des Zusammenhanges der revolutionären Bewegung des internationalen Proletariats mit den antiimperialistischen Bewegungen der unterdrückten Länder. Der wesentliche Feind des revolutionären Proletariats sind die imperialistischen Staaten, denn diese koordinieren die Bourgeoisie der ganzen Welt und auf ihnen beruht der Schutz der kapitalistischen Ordnung im Weltmaßstab. Es liegt somit auf der Hand, daß das Proletariat versuchen muß, die antiimperialistischen Bewegungen der unterdrückten Länder dem Einfluß der dortigen Bourgeoisie bzw. der dortigen kleinbürgerlichen Organisationen zu entreißen, um diese Bewegungen mit seinem eigenen Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu vereinen. Dies ist nur möglich, wenn das Proletariat in den imperialistischen Ländern einen selbständigen Kampf gegen den Staat und alle ihn tragenden Organisationen führt. Die Tatsache, daß eine kleine und verfolgte Gruppe von Palästinensern (siehe die allgemeine Verurteilung des palästinensischen Kommandos, das die Lufhansamaschine gekapert hat, durch alle anerkannten "Vertreter des palästinensischen Volkes") sich veranlaßt gesehen hat, vier ihrer wohl besten und fähigsten Militanten für den Versuch einer Befreiung der RAF-Militanten, deren Programm *ja der bewaffnete Kampf gegen den deutschen Staat als Bestandteil der imperialistischen Ordnung* ist, einzusetzen, die Tatsache dieser Solidarität zeigt, mit welchem großartigen Unterstützungspotential die kommunistische Revolution bei den unterdrückten Kolonien und Halbkolonien wird rechnen können. Und sie zeigt auch konkret, greifbar, mit schroffer Direktheit, wie die unterdrückten Massen der dritten Welt den demokratischen, von der Sozialdemokratie geführten und den "Gewerkschaften" mitgetragenen deutschen Staat als einen imperialistischen Ausbeuter und Unterdrücker erkennen und bekämpfen.

Sie zeigt, daß diese Massen instinktiv und ihre besten Kämpfer bereits bewußt in der Zerschlagung auch des deutschen Staates eine Bedingung ihrer eigenen Befreiung erblicken. Diese Solidarität des palästinensischen Kommandos mit der RAF entlarvt erneut den wahren Charakter der imperialistischen Demokratie. Und damit entlarvt sie auch den Charakter der kleinbürgerlichen Linken in der BRD, die die Verbreitung der Illusion, humanitäre und gewissenstillende Spenden, Unterschriften und gar "Feten", und nicht die Vorbereitung des *proletarischen Klassenkampfes* bedeuteten "Solidarität" mit der antiimperialistischen Bewegung der *Massen* der dritten Welt, gebührend mit dem Aufruf zur Verteidigung der demokratischen Rechte der bundesrepublikanischen Verfassung ergänzen: Was diese "Rechte" eigentlich bedeuten, das haben die in Mogadischu vom Bundesgrenzschutz niedergemetzelten Palästinenser durch ihre Tat, durch ihren Einsatz im Kampf gegen den deutschen Staat, dem deutschen Proletariat mit schmerzlicher Klarheit zugerufen. Ihre Solidarität mit der RAF ist ein Mahnruf an das deutsche Proletariat, sich der Kontrolle durch alle mit dem imperialistischen Staat verwachsenen Organisationen zu entziehen und den eigenen Klassenkampf gegen den bürgerlichen Staat zu führen: Gerade in diesem Kampf liegt die Solidarität mit den Befreiungsbewegungen der unterdrückten Länder.

Als revolutionäre Klasse ist das Proletariat außerdem zur bedingungslosen Solidarität mit den verfolgten Terroristen verpflichtet. Die Terroristen haben seinen Feind, den kapitalistischen Staat, angegriffen. Sie haben ihn angegriffen aus Haß und Verzweiflung vor der Ausbeutung und Unterdrückung, die von diesem Staat ausgehen, und werden deshalb unerbittlich verfolgt. Solange das Proletariat, wie heute noch der Fall, dieser Verfolgung tatenlos zusieht oder ihr gar zustimmt, trägt es zur Stärkung *des eigenen Feindes* bei und liefert sich diesem Feind weiterhin vollkommen aus. Die Arbeiterklasse wird durch die materiellen Bedingungen gezwungen werden, den kapitalistischen Staat anzugreifen, und sie wird dann von diesem Staat so verfolgt, wie heute die Terroristen. Der Weg, der zur Wiederaufnahme des Klassenkampfes führt ist deshalb auch der Weg der Vorbereitung der Klassensolidarität mit den Militanten und Kämpfern, die vom bürgerlichen Staat verfolgt werden. Und diese Solidarität mit den Verfolgten ist eine bedingungslose, weil das Proletariat, sei es auf der Ebene des ökonomischen oder des politischen Kampfes, die von der Bourgeoisie verfolgten Klassenkämpfer unabhängig von ihrer jeweiligen politischen Gesinnung nicht der Repression preisgeben darf: Man kann nicht von den verfolgten Klassenkämpfern verlangen, daß sie erst die eine oder die andere politische Position aufgeben oder verfechten müssen, um mit der proletarischen Klassensolidarität rechnen zu können. Das wäre keine Solidarität mehr, sondern lediglich Selbstschutz der jeweiligen politischen Organisationen. Die Kommunisten haben aber nicht nur die Aufgabe, ihren eigenen Selbstschutz zu organisieren, sondern auch die proletarische Solidarität zu fördern und ihr Schlagkraft zu verleihen. Die Weltanschauung, die programmatischen Endziele, die historische Tradition, die Strategie und die Taktik der Kommunisten unterscheiden sich grundlegend von denjenigen der Terroristen. Und gerade deshalb ist die Solidarität der Kommunisten mit diesen Gefangenen und Verfolgten

an keine an die Terroristen zu stellenden Bedingungen geknüpft. Sie ist eine *Klassensache* und wird in ihren Grenzen und Modalitäten - den Boden des Klassenkampfes und nicht der Klassenkollektoralaboration selbstverständlich vorausgesetzt - durch die gegebenen, allgemeinen und parteispezifischen Möglichkeiten diktiert. Diese Klassensolidarität gilt ebenso für jeden verfolgten Streikenden, für jeden inhaftierten Streikposten, für jeden von Abschiebung bedrohten ausländischen Arbeiter usw. Und die Tatsache, daß diese Solidarität bei den heutigen Kräfteverhältnissen im Falle der Terroristen beim Aufruf bleibt und sich praktisch nicht organisieren läßt, ist nur ein Grund mehr, für ihre Vorbereitung zu kämpfen, denn nur sie wird Ergebnisse bringen können und zur Orientierung des Proletariats beitragen. Es gehört deshalb zu den Aufgaben der Kommunisten, obige Richtlinien, die sich in der Entstehung von allen kampfwilligen Arbeitern offenstehenden Selbstverteidigungs- Solidaritäts- und Hilfeorganisationen des Proletariats umsetzen werden, in die Arbeiterklasse hineinzutragen.

- - -

Reagierte die Bourgeoisie auf den Versuch einer gewaltsamen Befreiung von politischen Gefangenen mit der bisher größten Repressionswelle in der Geschichte der BRD, zeigte sie ganz klar, daß die Demokratie nicht minder als der Faschismus den bürgerlichen Staat zu schützen weiß, so haben ihrerseits alle kleinbürgerlichen Organisationen, die unter dem Oberbegriff "links" hausieren und sich auf das "Volk", ja selbst auf das Proletariat berufen, ihre Klassennatur nicht weniger deutlich zum Ausdruck gebracht. Sie haben sich der Repressions- und Einschüchterungswelle nicht nur gebeugt, o nein: Sie haben sie mitgetragen und ergänzt. Sie sind pazifistisch - und so mußten sie angesichts der Terroranschläge versuchen, die Gewalt zu diffamieren und deren Gespenst mit Appellen und reformistischen Zaubersprüchen zu bannen; sie sind legalistisch - und so mußten sie den Versuch, durch Geiselnahme die Freilassung von Geiseln zu erzwingen, als verwerflich, bürgerlich, faschistisch brandmarken; sie sind moralistisch und philisterhaft - und so mußten sie angesichts unschuldiger Opfer die bürgerliche Auffassung, die Terroranschläge seien Verbrechen und die Terroristen gewöhnliche Kriminelle, voll übernehmen; sie sind demokratisch - und so mußten sie, nachdem sie auf die verschiedensten Touren und mit den verschiedensten Argumenten die bürgerliche Repression gegen die Terroristen gerechtfertigt hatten, zum Kampf in Verteidigung des Rechtsstaates und des Liberalismus mit noch größerer Lautstärke aufrufen.

Es ist nicht uninteressant, einige Zitate anzubringen, um die Perfidie bloßzulegen, mit der die "linken" Organisationen die Bourgeoisie im Kampf gegen die Terroristen sekundiert und ergänzt haben. Das Motto lieferte die Bourgeoisie selbst: Der Terrorismus zwingt zur Repression; die terroristischen Anschläge sind nicht legitimiert, sie sind keine politischen Aktionen, sondern einfache Verbrechen. Die Bourgeoisie begleitet ihre Repression außerdem auch immer mit mahnenden Bekehrungsworten, Appellen an die Terroristen, den Weg der Gewalt, der ja nur zu "mehr Gewalt" und schließlich zum "Faschismus" führe, aufzugeben. Die linken Fassungen dieser bürgerlichen Litanei sind noch abstoßender. Die

DKP hat den Vorteil, zugleich kleinbürgerliche Organisation und Ableger eines anderen bürgerlichen Staates zu sein. Damit dokumentiert ihre Position am besten sowohl die nationale als auch die internationale Einmütigkeit und Arbeitsteilung in Verteidigung der westdeutschen Demokratie. Wir fangen deshalb bei ihr an. Ihre Kardinalformel lautet: Der Terrorismus provoziert die Reaktion und führt zu einer Verschärfung der innenpolitischen Lage (siehe UZ v. 7.9.77 zur Schleyer-Entführung, vgl. zum selben Fall Sitzung des Präsidiums der DKP v. 6.9.77). Diese Formel der Entspannungspartei wird je nach Lage der Beziehungen BRD/DDR zugespielt, um der Repression in der BRD den Charakter des progressiven zuzuerkennen. So wurden im entspannten Jahr 1972 die Terroristen auf eine Linie mit den Mördern an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gerückt: "Die Geschichte kennt viele Fälle, da Reaktionäre im Kampf gegen fortschrittliche Kräfte zum Terror und zur Provokation griffen. So war es beim Mord an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, so war es beim Reichstagsbrand" (UZ-Beilage Nr. 22/72). Also sind die Terroristen Kriminelle im Dienste der "Rechten", weshalb die Arbeiterklasse "ihren" Staat unterstützen muß usw. Das "Sozialistische Büro" macht dasselbe auf vornehmere Tour: "Terroristische Entführungen und kalkulierter, begleitender Mord sind keine Mittel, um einer sozialistischen humaneren Gesellschaft einen Fuß breit näher zu kommen..." (FR, 13.9.77). Hieraus wird dann konsequenterweise der Schluß gezogen, daß die Terroristen sich selbst des Anspruchs, so wörtlich, "begeben" haben, Sozialisten zu sein. Die Bourgeoisie hat also wohl Recht, wenn sie die Terroristen als Kriminelle bezeichnet und behandelt - das wird ihr von den "Sozialisten" attestiert. Was die KPD-"Rote Fahne" angeht, so erklärte sie am 7.9.77: "... Wie schon im Fall Ponto, wo Täter und Opfer gleichermaßen aus den Kreisen der Finanzbourgeoisie kamen, wird die Entführung Schleyers als reine Angelegenheit der Bourgeoisie betrachtet...". Der Taschenspielertrick bürgerlicher Soziologen dient nicht nur der Auslieferung der Terroristen an die Repression, sondern der konsequenten Erziehung der Arbeiterklasse zum Defätismus und Pazifismus: Solche schrecklichen Mittel wie Geiselnahme kann wohl nur die Bourgeoisie benutzen. Defätismus und Pazifismus - die auch, wenn nicht so unverschämt, bei der KPD/ML auftreten, siehe "Roter Morgen" Nr. 37 v. 16.9.77 - verschwinden aber bei den Herren Maoisten, wenn es sich um die Belange des westlichen, namentlich des deutschen Imperialismus gegenüber dem sowjetischen handelt.

Daß Leute, die sich auf den Stalinismus berufen, solche Positionen vertreten, ist nicht verwunderlich, sondern bloß konsequent. Aber die trotzkistische Ecke reagierte nicht anders, womit sie freilich nur erneut belegte, wohin die Preisgabe der kommunistischen Prinzipien - welche die heutige Trotzkisten-Generation allerdings nie geteilt hat - zwangsläufig führt. So bringt die GIM es fertig, zugleich die bürgerliche Gewalt zu legitimieren ("Der individuelle Terror nützt nur der Rechten", Schlagzeile von "Was tun" v. 15.9.77) und den Terroristen die "Legitimation" zur Gewalt abzusprechen: Hierfür muß ausgerechnet die "Gegengewalt der Unterdrückten" (die sich also nur verteidigen dürfen) wie folgt erhalten: "Aber diese Gewalt (d.h. die "Gegengewalt der Unterdrückten". IKP) dient politi-

schen Zielen (also die der Terroristen, genauso wie die Bourgeoisie es erklärt, nicht. IKP), legitimiert sich nicht selbst (sondern wohl, wie die Bourgeoisie es bis zum Überdruß erklärte, vor der demokratischen Öffentlichkeit. IKP) und wird nicht stellvertretend ausgeübt (also brauchen die Massen keine Organisation zur Gewaltanwendung! IKP)". Welcher Art aber die "Gegengewalt der Unterdrückten" nach Auffassung der GIM sein soll, expliziert sie: "Unser PROGRAMM GEGEN DEN TERROR (wir erlaubten uns, hervorzuheben. IKP) ist ein Programm der Massenaktion gegen Arbeitslosigkeit und Atomfilz, für die gemeinsame Verteidigung der demokratischen Rechte". Dieses Programm vereint den reinsten bürgerlichen Reformismus zur Sanierung der sozialen Bankrotte des Systems, die kleinbürgerlichen Freiheits- und Sauberkeitssehnsucht gegenüber den unentrinnbaren Auswirkungen und Begleiterscheinungen des Kapitalismus (AKW's, Atomfilz) und den politischen "Arbeiter"-Opportunismus der Verteidigung des rechtlich geregelten und verschleierten Ausbeutungsverhältnisses. Auf diesem Boden wird die "Gegengewalt der Unterdrückten" zur Schnecke gemacht, zur Phrase der bedingungslosen Auslieferung des Proletariats an das Recht der Bourgeoisie und ihre reale Macht, alle Vorteile eines zentralisierten Gewaltapparates und eines einheitlichen Klassenwillens gegen das Proletariat zu entfesseln.

Die Perfidie mußte aber natürlich ihren Gipfel gerade bei den Organisationen erreichen, die den Anschein einer konsequenten Haltung gegenüber der bürgerlichen Einschüchterungskampagne und der Solidarität mit den Verfolgten wahren wollen, namentlich bei der "Trotzkistischen Liga Deutschlands", die sich in ihrer "Kommunistischen Korrespondenz" Nr. 20 vom November 1977 hinter der Schlagzeile "Westdeutsche Linke kapituliert vor der Hexenjagd" sowie hinter einer Kritik an den anderen Gruppen schützt, um dann noch besser die Bourgeoisie zu sekundieren. Gerade hier, wo ein verzierter Rahmen marxistischer Phraseologie zur Betörung noch aufrecht erhalten wird, zeigt sich die westdeutsche Linke vielleicht am klarsten, fließen alle "Argumente" in einer einzigen Stellungnahme zusammen, wo dann freilich kein Blatt vor den Mund genommen wird. Zielopfer - oder besser gesagt stellvertretendes Zielopfer - ist das palästinensische Kommando. Wir zitieren: "Klar aber ist unsere Haltung zu dieser Aktion: Die Entführung der Lufthansa-Boeing, die Geiselnahme von 86 unschuldigen Passagieren war ein nicht verteidigbarer Akt wahllosen, kriminellen Terrorers gegen eine zufällige Gruppe von Menschen, die Erschießung des Flugkapitäns Schumann ein abscheulicher Mord. Diese verbrecherische Flugzeugentführung war darüberhinaus ein Akt vollkommener Dummheit, bei dem eine Handvoll von Terroristen glaubte, gegen eine maximal geschützte Bourgeoisie, gegen deren enorme physische und militärische Ressourcen mit einem kriminellen Anschlag auf unschuldige Touristen vorgehen zu können. Dies ermöglichte es der zynischen westdeutschen Regierung mit ihren 'humanitären' Bestrebungen, den überwältigenden Teil der öffentlichen Meinung gegen die 'Terroristen' zu mobilisieren - und zwar nicht nur gegen die abenteuerlichen und kriminellen Flugzeugentführer, sondern auch gegen die hilflosen Linken in den bundes-

deutschen Gefängnissen." Sieht man von den Adjektiven, mit denen die deutsche Bourgeoisie hier versehen wird, ab, so ist es deren politische Stellungnahme zu der Entführung der Lufthansa-Maschine, die hier als "klare Haltung" von Kommunisten (!) wiedergegeben wird. Aber ist bei der Flugzeugentführung von "Verbrechen" und "abscheulichem Mord" die Rede, so bezüglich der Ereignisse in Stammheim nur allzu konsequent von "merkwürdigen Umständen beim Tod des Restkerns der RAF". Die mutige Entschlossenheit zur "klaren Haltung" in dem einen Fall verwandelt sich in die Forderung nach einer "internationalen Untersuchungskommission" zur Aufklärung der "merkwürdigen Umstände" in dem anderen. Ohne die Absolution der deutschen Bourgeoisie durch die internationale Bourgeoisie konnten kleinbürgerliche deutsche Linken ja noch nie ruhigen Gewissens schlafen gehen.

Schließlich mußte eine linke Organisation die Rolle des Mahners übernehmen, die früher dem jetzt verstorbenen Bundespräsidenten Heinemann oder den jetzt disziplinierten Schriftstellern zufiel. Hierzu war der "Kommunistische Bund" prädestiniert, ist er ja der liberalste unter den Liberalen. So warnte der KB (Arbeiterkampf v. 19.9.77) vor der Spaltung innerhalb der Linken, rief - wie immer - zu ihrem Zusammenschluß in Verteidigung der Demokratie auf, um in einem Flugblatt die Spitze zu erreichen, wo sich der kleinbürgerliche Liberalismus der totalen Lächerlichkeit preisgibt: Man wählt nicht mehr SPD, man appelliert nicht mehr an den Staat - man appelliert an die Terroristen, von Aktionen wie der Entführung der Lufthansa-Maschine nunmehr bitte bitte abzusehen, denn sonst... werden in Deutschland die Linken und Demokraten unterdrückt. Nicht nur das deutsche Proletariat, o nein: die Unterdrückten der ganzen Welt, ob nun deutsche Waffen und deutsches Geld sie aus ihrem Land vertrieben, deutsche Polizei ihre Polizei "daheim" ausrüstet, deutsche Gewerkschaftsbanken ihre Henker finanzieren, sie alle, die seit Jahrzehnten diese Demokratie auskosten, mögen sich gefälligst in eine Weltfront des Wohlverhaltens einordnen, denn es geht darum, das oberste Ziel des deutschen Kleinbürgers zu verwirklichen, nämlich demokratische Toleranz in Deutschland wiederherzustellen.

- - -

Nachdem die Linken somit Terroranschläge und Repression zum Anlaß genommen haben, den "Sozialismus" vom Makel der Gewalt zu befreien und ein Bekenntnis zum eigenen Wohlverhalten und zur loyalen Opposition abzulegen, nachdem sie Pazifismus, Demokratismus, Legalismus und Reformismus als die Mittel des Kampfes um den "Sozialismus" bekräftigt haben, konnten sie nicht umhin, erneut zu unterstreichen, gerade die Rechtsordnung, die einen solchen "Weg zum Sozialismus" zu erlauben vermeint, sei zu verteidigen.

Angesichts bürgerlicher Institutionen - Exekutive, Legislative, Judikative und der sie tragenden Organisationen - die wie ein Mann dastehen, übernahmen die Linken definitiv die traditionelle Rolle einer bürgerlichen Linken. Verbannte die imperialistische Demokratie den Liberalismus selbst aus den parlamentarischen Schwätzerbuden, so muß sich dieser außerparlamentarisch, nach Maßgabe der ihm verbliebenen kleinbürgerlichen Kräfte zu organisieren versuchen... in Form von

Parlamentsattrappen zur gemeinsamen Diskussion der Initiativen zur Verteidigung der demokratischen Rechte. Es gilt, die Illusion der Demokratie, der freiheitlichen Rechte usw. aufrechtzuerhalten und unter denjenigen zu festigen, die die objektive Entwicklung zur Erkenntnis verleiten könnte, der Weg führe nicht in die Wiederherstellung der "idyllischen" Zustände der 60er Jahre zurück, sondern in die Spaltung der Gesellschaft in sich mit Gewalt bekämpfende Klassen. Daß aber die sogenannten Linken sich außerdem gezwungen sahen, diejenigen, die den Boden der demokratischen Rechtsordnung verließen, entweder als Kriminelle oder als Wahnsinnige zu denunzieren und kaltzustellen, liefert nur eine zusätzliche Bestätigung dafür, wohin der Weg der Verteidigung der Demokratie führt.

(1) Die Darstellung des Geiselmordes an den politischen Gefangenen als Selbstmord war in diesem Falle unerlässlich. Sie war bereits durch die einmütig "empörte" Reaktion der Bourgeoisie auf das offene Eingeständnis ihres eigenen Historikers, Professor Golo Mann, angekündigt worden. Dieser hatte unmittelbar nach der Entführung Schleyers das Klassenbewußtsein und -gedächtnis seiner Klasse durch die Behauptung aufgefrischt, die politischen Gefangenen seien als Geiseln zu behandeln. Der Historiker kennt zwar gut die Methoden seiner Klasse, ist aber ein schlechter Politiker, denn nicht der "breiten" Öffentlichkeit galt es, eindeutig zu zeigen, daß Baader und seine Genossen Geiseln waren. Nur ein "Selbstmord" konnte die Fassade der demokratischen Legalität bewahren und die zögernden Sympathisanten der Terroristen demoralisieren, während man gleichzeitig sicher sein konnte, daß der "harte Kern" bzw. alle Terroristen - denen in erster Linie die Warnung galt - durchaus verstehen würden, daß die Bourgeoisie nunmehr bereit ist, bei jedem Versuch einer Befreiung von politischen Gefangenen den Anlaß dieses Versuches, nämlich die politischen Gefangenen selbst, aus der Welt zu schaffen. Übrigens kennt die Bourgeoisie in dieser Sache keine Juristerei. Man meldete von vornherein keinen Tod, sondern den Selbstmord, man untersuchte nicht die Umstände des Todes, sondern des Selbstmordes. Für die Bourgeoisie handelt es sich nicht um eine Frage der juristischen und kriminalistischen Untersuchung, sondern der politischen Überzeugung. Die Untersuchung erfüllt die Funktion, diese zu untermauern. Ihre Ergebnisse lauten dementsprechend: Nichts spricht gegen einen Selbstmord. Gerade die "Linken" trieben wie immer das perfide Spiel, ihr Publikum dadurch zu desorientieren, daß sie die von der Bourgeoisie gestellte politische Frage, in eine Frage der Juristerei und der Kriminalistik verwandeln. Die einen wissen, daß alle Institutionen dieser Gesellschaft ihrer Klasse dienen; die anderen glauben an über den Klassen stehende Institutionen. Die Idiotie, die hinter diesem Glauben steckt, zeigt sich freilich dann am krassesten, wenn man "unabhängige" Untersuchungskommissionen fordert, um die Ereignisse zu klären, und dies nicht nur, weil es keine unabhängigen Kommissionen gibt, sondern weil selbst der Beweis des Selbstmordes nichts am Tatbestand ändern würde: Die Erzwingung von Selbstmorden ist so alt wie die Institution des politischen Gefangenen selbst.

DRANG NACH OSTEN - DRANG NACH WESTEN!

DIE UNAUFHALTSAME EINGLIEDERUNG RUSSLANDS UND SEINER SATELLITEN IN DEN WELTMARKT AM BEISPIEL DES WARENAUSTAUSCHES MIT DER BRD

Der Warenaustausch zwischen dem kapitalistischen Westen und dem vermeintlich sozialistischen Osten hat in den letzten Jahren eine wahrhaft stürmische Entwicklung genommen, wobei die BRD unter den entwickelten Ländern zusammen mit Japan zu den wichtigsten "Partnern" zählt. Im folgenden sollen zunächst einige Daten die Größenordnung und Tendenz dieser sich verstärkenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen den "Staaten unterschiedlicher Gesellschaftsordnung" verdeutlichen, um dann im weiteren einige Konsequenzen dieser Entwicklung darstellen zu können.

Tatsachen und Tendenzen

Ende der 60. Jahre geriet der Ost-West-Handel erst eigentlich richtig in Schwung. Zwei Entwicklungsstränge überschnitten sich gleichsam: Zum einen öffneten sich die "Ostblockländer", die unter den Bedingungen der Autarkie ein gewisses quantitatives Niveau der Produktivkraftentwicklung erreicht hatten und somit qualitativ in ein neues Stadium der Öffnung und allmählichen Integrierung in den kapitalistischen Weltmarkt als mehr oder weniger entwickelte kapitalistische Länder gekommen waren, nach Westen und versuchten ihre weitere Entwicklung durch "Technologie"-Import und einen steigenden Handel mit den westlichen Ländern zu beschleunigen. Zum anderen geriet mit wachsendem Produktionsvolumen das entwickelte Kapital des Westens immer mehr in die Notwendigkeit, sich diesen Märkten verstärkt zuzuwenden. Das "brüderliche" Wettrennen des westlichen Kapitals um die Märkte des sich in einer beschleunigten Entwicklungsphase befindenden östlichen Kapitals begann. Wie die verschiedenen Westländer dabei abschneiden, zeigt folgende Tabelle, in der die erste Spalte den absoluten Betrag und die zweite den prozentualen Anteil am Gesamtexport des jeweiligen Landes angeben:

Export von West nach Ost in Mio. US-Dollar (1) und Anteil am Gesamtexport des jeweiligen Landes in % (2)

	1970		1973		1974		1975	
	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)	
USA	0,8	1796,4	2,5	1428,0	1,5	2809,1	2,7	
Japan	2,5	916,0	2,5	1873,0	3,4	2325,6	4,4	
BRD	5,7	5035,4	7,0	7090,5	7,8	7828,9	8,8	
Frankreich	3,9	1336,3	3,7	1692,5	3,7	2636,4	4,9	
England	3,5	833,5	2,7	1060,0	2,7	1284,2	2,9	
Italien	5,8	1005,2	4,5	1711,1	5,7	2136,0	6,5	

(Berechnet nach: Statistics of Foreign Trade (Hg. OECD). Serie A und B, Paris, 1fd.)

Die BRD liegt also eindeutig an der Spitze. Der Anteil der Ostgeschäfte am gesamten Außenhandel der BRD - wobei natürlich der Export in die DDR hier miteinbezogen wird - erreicht mittlerweile eine durchaus beachtliche und nicht mehr leicht verzichtbare Größenordnung. "Rund 22 Prozent der deutschen Maschinenexporte gingen 1975 gen Osten. Unternehmen, die ganze Chemie- oder Stahlwerke auf dem Weltmarkt anbieten wie Krupp oder Hoechst, erzielten im vergangenen Jahr im Schnitt 12 Prozent ihres Umsatzes im Ostgeschäft" (WiWo Nr. 40 v. 1. 10. 1976). Früchte zeigte diese Entwicklung nicht zuletzt auch in der letzten Weltwirtschaftskrise: Knapp 1/4 des Ausfuhrüberschusses, den die BRD-Wirtschaft 1975 erzielte, erwirtschaftete sie in diesen Geschäften.

Vorreiter bei der neuerlichen "Eroberung" dieser Riesenmärkte für das BRD-Kapital waren bekanntlich die Sozialdemokraten, die unter großem Pathos und Tamtam Vergangenheitsbewältigung mimten, während sie allein das Geschäft und unter der Parole "Wandel durch Annäherung" eine deutsche "Wiedervereinigung" unter scheinbar weniger aggressiven Tönen im Auge hatten.

Nachdem mit den Moskauer-Verträgen von 1970 die politische Grundlage gelegt war, wurden Anfang der 70er Jahre unter der Regie der "sozialliberalen" Koalition langfristige Abkommen über den Warenverkehr und die Kooperation auf wirtschaftlichem, wissenschaftlich-technischem und industriellem Gebiet abgeschlossen, die den Rahmen für die anlaufende Expansion der Ostgeschäfte abgaben. So wurden in den Jahren 1969 bis 1972 derartige Verträge mit Bulgarien, Polen, Rumänien, der Sowjetunion, der CSSR und Ungarn vereinbart. Allein mit der Mongolischen Volksrepublik und Kuba bestehen z. Zt. keine Handelsabkommen.

Diese grundlegenden Abkommen waren das Ergebnis einer vorherigen Entwicklung. Mit ihnen kam aber andererseits das bis dahin nur mäßige Geschäft mit den protektionistischen Märkten des Osten bald in Fahrt. Und die BRD konnte neben Standortvorteilen und traditionellen Bindungen als stärkste Maschinenbauindustrie das Bedürfnis nach Produktivkraftentwicklung des östlichen Kapitals vorrangig befriedigen. In den Jahren von 1965 bis 1974 vervierfachte sich das BRD-Handelsvolumen mit dem Osten. Nachdem bis 1965 die Einfuhren überwogen, stellen dabei die Jahre 1970 - 75 eine Kette sich türmender Ausfuhrüberschüsse von 1,2 Mrd. DM (1970) bis zu 7,4 Mrd. DM (1974) und 8,8 Mrd. DM (1975) dar. Im Zeitraum 1965 - 74 betrug die durchschnittlichen jährlichen Exportsteigerungen 20% gegenüber einer durchschnittlichen jährlichen Zunahme der Einfuhren um nur 12,4%.

In diese für die Kapitalisten von West wie Ost positive Entwicklung fallen aber gerade wegen der chronischen Exportüberschüsse des Westens in letzter Zeit einige Wermutstropfen. Man ist über die weitere Entwicklungsmöglichkeit besorgt, was sich ja bei der Frage der Verschuldung als konkreter Ausdruck dieser ungleichgewichtigen Warenströme besonders zeigte. So ist nicht nur die Tatsache der Expansion an sich, sondern auch die gegenseitige Warenstruktur interessant. Sie widerspiegelt nahezu sinnbildlich den jeweiligen kapitalistischen Entwicklungsgrad der Produktivkräfte und wirft ein Licht auf die Schwierigkeiten des Ost-West-Handels:

Erzeugnisse	Lieferungen der BRD in RGW-Staaten				Bezüge der BRD aus dem RGW			
	1965	1970	1973	1974	1965	1970	1973	1974
	(Anteil der Warengruppen in %)							
Land- u. Forstwirtsch.	2,3	3,8	2,1	1,2	18,1	12,4	11,1	8,0
Nahrungsmittel	7,1	6,1	6,5	4,1	13,6	13,1	11,5	9,9
Bergbau	1,8	1,7	1,4	1,0	12,3	8,6	6,4	12,0
Grundstoff- u. Produktionsgüterindustrie	44,4	38,8	37,3	47,6	36,9	35,6	39,4	42,4
Investitionsgüterind.	38,3	41,1	43,0	37,2	6,1	11,6	9,1	7,0
Verbrauchsgüterindustr.	5,0	7,2	8,8	8,0	10,8	16,6	20,4	18,9
sonstige Erzeugnisse	1,1	1,3	0,9	0,9	1,7	2,2	1,9	1,9
Insgesamt	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %	100 %

(Euro-Cooperation Nr. 14/15, Seite 56/57)

Während die BRD sich ganz eindeutig auf industrielle Grundstoffe und vor allem auch Investitionsgüter konzentriert, zeigt die Warenstruktur des "Ostens" in ihren Schwerpunkten agrarischer und mineralischer Rohstoffe noch klare Züge der mangelnden Entwicklung der eigenen Produktivkräfte. Zum jetzigen Zeitpunkt steht der Warenaustausch zwischen West - hier die BRD in ihrer Stellvertreterposition- und Ost ja auch ganz unter dem Zeichen der Produktivkraftentwicklung des "östlichen" Kapitals, das seinerseits nur mit Mühe die wachsende Flut von Maschinen und Großanlagen mit eigenen Waren zu saldieren versteht.

Die daraus resultierende riesige Verschuldung der UdSSR und ihrer Satelliten kann man folgender Tabelle entnehmen (BSP = Bruttosozialprodukt):

Die Verschuldung der Comecon-Staaten (in Mrd. Dollar)

	Nettoverschuldung Ende 1976	BSP 1976	Westexporte 1976	Verschuldung in % des BSP Exports	
Bulgarien	2,6	19,0	0,51	13,7	510
DDR	5,5	71,2	2,34	7,5	235
Polen	10,0	105,7	3,53	9,5	283
Rumänien	2,7	30,5	2,21	8,9	122
Tschechoslowakei	1,6	57,2	1,65	2,8	97
Ungarn	2,5	28,8	1,55	8,7	161
Ost-Europa	24,9	312,4	11,79	7,8	211
UdSSR	12,4	699,9	10,39	1,8	119
Gesamt	37,3	1 012,3	22,18	3,7	168

Quelle: Bank für Internationalen Zahlungsausgleich.

Die CDU machte sich als ausgewiesene Partei des Kapitals Sorgen um die weitere Kreditwürdigkeit der "Kommunisten". Doch wiesen alle wichtigen Kapitalistenbonzen diese gespielten Bedenken unisono und energisch von sich. Das Geschäft sei wichtig, und im Bereich von Maschinenbau und Großanlagen sei man ohne Kreditbasis gar nicht wettbewerbsfähig. Daß es jedoch Kapitalistenkreise gibt, die die Frage äußerst "undialektisch" anpacken, zeigt folgendes Zeitungszitat: "Realistischer wäre, die Verteidigungsetats im Westen stärker zu erhöhen. Mehr Rüstungsaufträge bringen ohne Umweg über das Wunschbild eines straffen Osthandels-Dirigis-

mus direkt mehr Sicherheit und tragen wie andere staatliche Konjunkturspritzen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen bei". (Berliner Morgenpost v. 15. 8. 1976) Rüstung statt Osthandel lautet also hier die Devise, die Kehrseite des russischen Propagandabildes vom Frieden als einer Folge des zunehmenden Warenaustausches.

Die kapitalistische Wirklichkeit aber verlangt Rüstung und Handel. Beide Sachen bedingen sich wechselseitig, und andererseits kann der übergroße Teil des BRD-Kapitals auf die sprunghaft gewachsenen Ostgeschäfte nicht verzichten, vor allem wenn man bedenkt, daß die traditionellen Westmärkte recht saturiert sind, während die Ostblockländer sich durch einen großen Nachholbedarf kennzeichnen. Zudem steht die BRD in einem scharfen Konkurrenzkampf zu ihren westlichen "Freunden". Es gilt also, der Stagnation und Abkühlung entgegenzuwirken und die eigene Position zu behaupten, denn die BRD-Lieferungen in den Osten, die 1974 noch um 43% (Importe: plus 26%) stiegen, verzeichnetet 1975 eine Zunahme von nur noch rd. 9%, wobei inflationäre Prozesse noch zu berücksichtigen wären.

Diese Abnahmetendenz setzte sich 1976 - 77 fort. Außerdem zeigte sich 1975 erstmals, daß die BRD bei den Exporten in die "Staatshandelsländer" fast durchweg schlechter abschnitt als die Gruppe der OECD-Länder (also der 24 wichtigsten westlichen kapitalistischen Länder). Deshalb gilt die Devise: "Ein Investitionsgüterexporteur kann es sich einfach nicht leisten, seine Erzeugnisse nur gegen Bezahlung oder ganz kurzfristige Kredite zu verkaufen, wenn die Konkurrenten eine diametral entgegengesetzte Politik betreiben" (Ostwirtschafts-Report Nr. 18, 3. 9. 1976). Und dies gilt neben Japan und den USA vor allem auch für die europäischen "Partner". Der "französische Drang nach Osten" - so ein Artikel des OWR - wird durch großzügige

Der BRD-Anteil daran soll rund 1/4 betragen. Das führte die Diskussion um das "Ostgeschäft" vor allem im Zuge der Wahlkampfauseinandersetzungen 1976 erneut ins öffentliche Rampenlicht.

Staatskredite angeheizt, und dies mit entsprechenden Resultaten: "Der gesamte französische Export in die sozialistischen Länder stieg im vergangenen Jahr gegenüber 1974 um 55,2% auf 3,5 Mrd. Dollar ..." (OWR v. 28. 5. 1976). Und es ist noch nicht lange her, daß der Präsident der FIAT-Werke, Agnelli, sich in Moskau aufhielt, um große Pläne für die 80er Jahre zu besprechen.

Die Integration der Ostblockländer in den Weltmarkt ist also eine unumkehrbare Tatsache, und die sich daraus ergebenden Handelsprobleme können zwar zeitweilig zu relativen Stockungen führen, langfristig erzwingen sie aber nur eine weitere Integration. So müssen die Ostblockländer infolge ihrer Verschuldung zunehmend exportieren und auch ihre Exporte differenzieren, was ohne weitere Importe aus dem Westen nicht möglich ist usw. Eine Verallgemeinerung und Zuspitzung der Konkurrenz ist die Folge, und diese

wird hüben und drüben auf dem Rücken des Proletariats ausgetragen. In diesem Zusammenhang ist interessant zu vermerken, daß die Kapitalisten des Ostens die "Öffnung" nach dem Westen mit hochgestochenen Entwicklungsträumen und mit der Perspektive einer Einschläferung des eigenen Proletariats in einer Flut von Konsumgütern verklärten. Sie werden aber wohl weiterhin ihr Proletariat mit offener Repression zur Raison, sprich Ausbeutung zwingen müssen.

Nach dieser summarischen Betrachtung sollen noch kurz die Entwicklungen in den einzelnen Ländern des Ostens betrachtet werden, wofür die nachfolgende Tabelle einen ersten Überblick für einige Länder bietet. Die Zahlen für die DDR folgen getrennt, wenn wir uns weiter unten mit diesem Land befassen.

Außenhandel der BRD mit ausgewählten Staatshandelsländern

	Deutsche Ausfuhr			Deutsche Einfuhr			Saldo Mill. DM
	Mill. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %	Anteil an der Gesamtausf. in %	Mill. DM	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %	Anteil an der Gesamteinf. in %	
<i>Sowjetunion</i>							
1965	586			1101			- 515
1970	1546			1254			+ 292
1974	4774	+53,3	2,1	3269	+64,0	1,8	+1505
1975	6948	+45,5	3,1	3240	- 0,9	1,8	+3708
1976	6754	- 2,8	2,6	4362	+34,6	2,0	+2392
Jan. - Sept. 77	4625	- 8,7	2,3	3009	- 9,9	1,7	+1616
<i>Polen</i>							
1965	366			435			- 69
1970	658			744			- 86
1974	3615	+37,3	1,6	1426	+16,9	0,8	+2189
1975	3213	-11,1	1,4	1436	+ 0,7	0,8	+1777
1976	3218	+ 0,2	1,3	1919	+33,6	0,9	+1299
Jan. - Sept. 77	2159	- 8,5	1,1	1536	+18,4	0,9	+ 623
<i>CSSR</i>							
1965	403			336			+ 67
1970	1058			727			+ 331
1974	1782	+19,9	0,8	1035	+ 4,4	0,6	+ 747
1975	1678	- 5,8	0,8	1158	+11,8	0,6	+ 520
1976	2021	+20,4	0,8	1269	+ 9,6	0,6	+ 752
Jan. - Sept. 77	1365	- 2,6	0,7	932	+ 3,0	0,5	+ 433
<i>Ungarn</i>							
1965	308			288			+ 20
1970	522			490			+ 32
1974	1766	+67,2	0,8	908	+ 9,4	0,5	+ 858
1975	1417	-19,8	0,6	906	- 0,2	0,5	+ 511
1976	1550	+ 9,4	0,6	1133	+25,0	0,5	+ 417
Jan. - Sept. 77	1370	+23,0	0,7	925	+18,7	0,5	+ 445
<i>Rumänien</i>							
1965	462			290			+ 172
1970	722			580			+ 142
1974	1836	+55,6	0,8	964	+11,9	0,5	+ 872
1975	1607	-12,5	0,7	994	+ 3,1	0,5	+ 613
1976	1307	-18,7	0,5	1197	+20,4	0,5	+ 110
Jan. - Sept. 77	1109	+16,3	0,6	803	- 9,2	0,5	+ 306

Quelle: für 1965 und 1970: Außenhandelsblätter der COMMERZBANK 6/76
für 1974 bis 1977: Statistisches Bundesamt (nach dem Wirtschaftsbericht der Berliner Bank 3/77)

Anmerkung: Die Veränderungen und Anteile des Zeitraums Januar bis September 1977 beziehen sich auf denselben Zeitraum des Vorjahres.

Die Sowjetunion

Natürlich spielt der Handel mit der UdSSR hier die gewichtigste Rolle. Die SU ist seit jeher der bedeutendste deutsche Osthandelspartner. In den Krisenjahren 1974 - 75 übertraf der Umsatz im BRD-SU Außenhandel sogar das Volumen des "innerdeutschen" Handels. 1975 überstieg er erstmals die 10-Mrd.-DM-Grenze. Kein anderes Land im RGW wies in den letzten Jahren derartige Rekordraten gleichermaßen im Export wie im Import auf. Damit ist es der SU als erstem "Ostblockland" gelungen, sich unter die zehn wichtigsten Handelspartner der BRD einzureihen. Die SU belegte sowohl 1975 bis 1976 unter den wichtigsten Kunden der BRD-Industrie den 10. Platz, während sie als Lieferant erst an 14. Stelle rangiert (FAZ v. 2. 3. 77). Von 1965 bis 1974 stiegen die Lieferungen der BRD in die UdSSR im Jahresdurchschnitt um 26,2%; die Importe blieben mit durchschnittlich plus 12,9% klar zurück. Das Gewicht des BRD-Exports in die SU ist bei einem Anteil von 2 - 3% noch immer bescheiden, aber 1970 lag dieser Anteil erst bei 1,2%. Gemessen an den Gesamtimporten der UdSSR sind die BRD-Lieferungen bedeutender: Sie betragen 1975 bereits etwa 7,5%. Dabei konzentrierte die SU stärker noch als die übrigen Ostblockländer ihre Bezüge vor allem auf hochwertige Waren aus dem Produktionsgüterbereich. 1975 z. B. stellten die Lieferungen des Maschinen- und Fahrzeugbaus und der elektrotechnischen Industrie 45% und die der Eisen- und Stahlindustrie 40%, also zusammen rund 85% der sowjetischen Importe, während etwa 10% der BRD-Exporte an Stahlröhren, Stab- und Formeisen sowie Eisenbleche 1974 in die UdSSR gingen.

Die Entwicklung des Außenhandels der UdSSR kann man anhand der nachstehenden Tabelle verfolgen:

Nicht nur werden die höchsten Zuwachsraten im Westhandel erzielt: Die Importe aus den "kapitalistischen Ländern" waren bereits 1975 nahezu gleich stark wie die Importe aus den "sozialistischen Ländern": der Anteil der westlichen Industrieländer betrug 39,3%, während sich der Anteil der Staatshandelsländer auf 44% belief. Diese Entwicklung einer Vergrößerung des Anteils der westlichen Industrieländer zu Lasten des Anteils der östlichen "Bruderländer" setzt sich fort. So stiegen die Importe aus den westlichen Industrieländern in der ersten Hälfte des Jahres 1976 um 27,9%, während die Importe aus den Staatshandelsländern nur um 8,8% zunahmen. Auch bei den Ausfuhren der SU, die seit 1975 besonders stark zunehmen, erhöht sich der Anteil des Westens immer mehr. In den ersten sechs Monaten des Jahres 76 erhöhten sich die Ausfuhren der SU in die RGW-Länder um 6,8% auf 7.140,20 Mio. Rubel. Die Exporte in die westlichen Industrieländer betrugen in derselben Zeit nur 3.627,20 Mio. Rubel, sie erhöhten sich aber im Vergleich zur selben Vorjahreszeit um 38,8%. (Lt. Außenhandelsdienst der BfG, Nr. 21/76)

Deutlich ist also, daß die Sowjetunion ihre Einfuhr aus dem Westen verstärkt und sich dabei auf Waren konzentriert, die ihr helfen sollen, ihre stark unterentwickelte Produktionsstruktur zu verbessern und ihren Industrialisierungsprozeß zu beschleunigen, denn insgesamt ist die UdSSR trotz aller Steigerungen der Produktivkräfte mit rund 25% Beschäftigten in der Landwirtschaft im Verhältnis zu ihren westlichen Konkurrenten noch nicht wettbewerbsfähig.

Dagegen kauft z. B. die BRD vor allem große Mengen an Erdgas, Erölerzeugnissen, NE-Metallen, Gold, Kupfer, bearbeitetem Holz und anderen Rohstoffen. Die Struktur dieses Warenaustausches besteht demnach maßgeblich in einem Tausch von Rohstoffen gegen Waren aus der Produktionsgüter-

Außenhandel der UdSSR (Gliederung nach Ländergruppen 1960/1975)						
	Einfuhr			Ausfuhr		
	1960	1970	1975	1960	1970	1975
Mill. Rubel (1Rbl. = 3,20 DM)						
Westliche Industrieländer	1052	2766	10480	963	2448	6922
darunter: BRD	182	338	1948	107	231	926
Entwicklungsländer	575	1611	4447	371	2416	4451
darunter: OPEC	55	168	806	52	334	725
Staatshandelsländer	3439	6182	11744	3674	6657	12660
Alle Länder	5066	10558	26671	5007	11520	24034
Anteile in %						
Westliche Industrieländer	20,8	26,2	39,3	19,2	21,3	28,8
darunter: BRD	3,6	3,2	7,3	2,1	2,0	3,9
Entwicklungsländer	11,4	15,3	16,7	7,4	21,0	18,5
darunter: OPEC	1,1	1,6	3,0	1,0	2,9	3,0
Staatshandelsländer	67,9	58,6	44,0	73,4	57,8	52,7
Alle Länder	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Quelle: UN-Statistik/Ministerium für Außenhandel der UdSSR (aus: Wirtschaftsbericht der Berliner Bank, 3/77)						

terindustrie. Von beiden Seiten wird die Notwendigkeit einer zunehmenden Erweiterung des bisherigen Handelsvolumens bekräftigt. "Allerdings ist der künftige Ausbau des Handels nicht ohne Schwierigkeiten. Die deutschen direkten oder indirekten Kredite für die Sowjetunion müßten wachsen, um die Überbrückung bis zur Realisierung von großen Projekten zu sichern" (OWR Nr. 8 v. 16. 4. 77) Andererseits sprach man von deutscher Seite auf der Werkzeugmaschinenaustellung der BRD in der UdSSR von einer Verdoppelung des Handelsvolumens auf ca. 20 Mrd. DM für die Jahre bis 1980. Und in welchen Dimensionen seitens der UdSSR gedacht wird, zeigen die Verhandlungen um das Riesenprojekt Kursk. Hier soll unter westdeutscher Federführung - praktisch sind alle größeren BRD-Konzerne daran beteiligt - ein Riesenstahlkombinat erstellt werden. Das Gesamtvolumen des Hüttenwerks steht noch nicht fest, es wird von 20 Mrd. DM gesprochen, wobei auf den ersten Bauabschnitt bereits 4 - 5 Mrd. DM zufallen. Damit geht der immer stärkere Versuch der UdSSR einher, auch ihrerseits Investitionsgüter im Westen abzusetzen, was nur ein Ausdruck ihrer stetigen Bemühungen um vermehrte Ausfuhren in den Westen ist: Ohne Importe aus dem Osten keine Exporte in den Osten, wiederholen die maßgeblichen Sowjetvertreter, aber der Westen sitzt auf dem längeren Hebel, d. h. um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu sein, ist die SU gezwungen, weiterhin und zunehmend Produktionsgüter aus dem Westen zu importieren, um die eigene Produktion zu steigern und qualitativ auf eine höhere Ebene zu bringen.

Polen

Läßt man den "Sonderfall" DDR erst einmal außer Betracht, so ist Polen, ein Land, in dem rd. 32% der Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt sind, der zweitwichtigste Absatzmarkt der BR im Osten. Wie im Falle der UdSSR, so sind auch hier die Exportüberschüsse der BRD beträchtlich. Mit 2,2 Mrd. DM verzeichnete Polen 1974 das größte Defizit aller Ostblockstaaten im Handel mit der BRD, obwohl diese 17% mehr polnische Waren abnahm als im Vorjahr. Der BRD-Warenstrom nach Polen verstärkte sich um mehr als 1/3, und Polen behauptete seinen Anteil von rd. 1,2% am BRD-Außenhandelsvolumen. 1975 gingen allerdings die westdeutschen Exporte um 11% zurück und bei stagnierenden Importen (plus 0,7) ermäßigte sich der BRD-Aktivsaldo von 2,2 auf 1,8 Mrd. DM deutlich. Diese Entwicklung setzte sich in den folgenden Jahren fort, denn die BRD-Exporte nach Polen stagnierten, während die Importe aus Polen zunahmen, so daß der Überschuß der BRD 1976 weiter auf 1,3 Mrd. zurückging.

Für Polen entwickelte sich die BRD nach der Sowjetunion und noch vor der DDR zu ihrem zweitwichtigsten Handelspartner. Hier betrug der Anteil der BRD an den Gesamtimporten 1974 12% und 1975 rd. 8% (zum Vergleich DDR: 7,3% und 6,9%) (DIW, 1-2/76).

Die Warenstruktur ist ähnlich wie bei der UdSSR. Stahlröhren, chem. Erzeugnisse, Maschinen, aber auch Textilien dominieren im BRD-Export, während Polen vor allem Rohstoffe wie Kohle, Kupfer und Nahrungsmittel liefert. So gehört Polen neben Argentinien zu den wichtigsten westdeutschen Be-

zugsquellen von Fleisch und Fleischwaren außerhalb der EG.

Neue Impulse erhielt die Entwicklung vor allem im Laufe der letzten Jahre. Durch den gewaltigen Exportkredit von 2,3 Mrd. DM - teilweise allerdings als "Wiedergutmachung" ausgewiesen - versuchte die BRD einen sich abzeichnenden Exportrückgang zu bremsen, und während des Gierekbesuchs 1976 gelang dem BRD-Kapital der große Durchbruch im bislang nur schleppend ablaufenden Großanlagengeschäft. Besonders das letztere Ereignis wurde bei den BRD-Kapitalisten groß gefeiert. Mit den beiden Großprojekten - eine Kohlevergasungsanlage und ein Kupferkombinat, beide in einer Kostenhöhe von je 2,6 Mrd. DM - kam in der Tat der Handel der BRD mit Polen erst richtig in Schwung. "Der Abschluß der beiden polnisch-deutschen Abkommen über die Kohlevergasung und Kupferförderung" - so kommentierte das Fachblatt OWR die Perspektive - "wird neue Weichen im Handel zwischen beiden Ländern stellen und deutet eine neue Richtung für die Zukunft an" (OWR, 12/76). Und es fährt fort: "Alle Hindernisse sind jetzt beseitigt: In Polen wurden alle Vorbehalte gegen die Kooperation mit den Bundesdeutschen aufgegeben; auf unter Marktniveau liegende Zinssätze wurde verzichtet. Die Bundesregierung hat sich bereit erklärt, die unter normalen Marktbedingungen aufgenommenen Kredite zu garantieren".

Beide Seiten sind sich der Bedeutung des gegenseitigen Handels voll bewußt. Aber Gierek brennt es dabei besonders unter den Nägeln. Wie stark die polnische Wirtschaft im Argen liegt, zeigt sich allenthalben nicht zuletzt in sozialen Unruhen. Mit starkem agrarischen Anteil an der Gesamtwirtschaft (dies zudem in einer besonders unproduktiven, kleinbäuerlichen Manier) macht das polnische Kapital zwar gewaltige Kraftanstrengungen, um sein Produktionspotential zu entwickeln, stößt dabei aber immer wieder auf klar erkennbare Grenzen. Einmal im ökonomischen: Um die nötige Steigerung der Produktivität und der Industrieanlagen zu erreichen, ist man auf westliche Importe angewiesen, wofür Devisen notwendig sind, die man mit allen Mitteln zu beschaffen versucht. Dies bringt die absurdesten Konsequenzen: Große Agrarexporte sollen Devisen bringen, zwingen aber die eigene Bevölkerung zur Entsagung; und soweit die Agrarexporte nicht mehr zu steigern sind, geht das polnische Kapital auf die verstärkte Ausfuhr von Kohle über, weswegen in Polen Strom und Energie gespart werden müssen (bis hin zur Rationierung von Kohle).

Wie dünn die ökonomische Balance und wie schwierig die Bedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung sich in diesen Ländern des vermeintlichen "realen Sozialismus" gestalten, zeigt sich überaus deutlich gerade im sozialen Leben Polens mit seinen grellen Schlaglichtern 1956, 1970 und 1976. Auch dem Technokraten Gierek lief die Wirklichkeit davon und machte alle in den letzten Jahren nach dem Schock von 1970 eingeleiteten Anstrengungen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und vor allem der Konsumbedingungen mit einem Schlag zunichte. Und in diesen Ländern sollen sich keine Wirtschaftskrisen ausleben, sollen nicht die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise spürbar werden, wie man von allen Seiten immer wieder versichert bekommt. Das polnische Pro-

letariat ist da offensichtlich ganz anderer Ansicht - und hier zeigt sich die Misere der kapitalistischen Entwicklung unter stalinistischem Vorzeichen nur offensichtlicher als in den anderen Ländern.

In der abgelaufenen "Plan"periode 1971-75 - auch so ein Mythos, der nur immer wieder die letztlich planlose Anarchie selbst dieser autoritär geführten Märkte ausweist - standen alle Bemühungen des polnischen Kapitals eindeutig unter dem Zeichen der "Erweiterungsinvestitionen", also des extensiven Ausbaus der gesamten Produktionskapazitäten. Und hier lauten die Urteile der "Experten" durchaus positiv: "Die Wirtschaft Polens hat sich in der Periode 1971/75 besonders dynamisch entwickelt. Der Lebensstandard der Bevölkerung ist in einem Tempo gestiegen, das seit Kriegsende niemals zuvor erzielt worden war" (DIW, 1-2/76). Aus den Wirtschaftsdaten mag so etwas herauszulesen sein, und sicher wird auch einiges spürbar bei den "kleinen" Leuten angekommen sein. Aber vor diesem Hintergrund kann man erst richtig erassen, was der letzte großartige Aufstand der polnischen Arbeiter 1976 und die sich jetzt allenthalben abzeichnende soziale Zuspitzung in Polen für die polnische Bourgeoisie bedeutet.

Obwohl die ursprünglichen "Planvorstellungen" weit übertroffen wurden und die durchschnittlichen Netto-Monatslöhne von 2.235 Zloty 1970 auf zuletzt 3.500 Zl gestiegen sind (rd. 220 bzw. 350 DM), hat dieser Reformismus durch materielle Verbesserungen seine Grenzen klar erreicht. Der Pragmatiker Gierek löste nicht umsonst im Krisenjahr 1970 seinen ähnlich wie er heute in einer Sackgasse steckenden Vorgänger ab. Er mußte damals die von Gomulka beabsichtigten Preiserhöhungen rückgängig machen. Die von ihm vorher im Industrieviertel von Kattowitz erprobte Vorbeugung gegen zukünftige soziale Unruhen bzw. genauer Klassenkämpfe versuchte er auf ganz Polen zu übertragen. Mit verbessertem Warenangebot, Lohnerhöhungen, verstärkte Industrialisierung sollten die Ursachen der sozialen Spannungen aus der Welt geschaffen werden. Der Versuch war natürlich vergeblich, denn Ausbeutung bleibt Ausbeutung, und Industrialisierung bedeutet Konsumverzicht zugunsten der Maschinenproduktion, ganz nach dem Motto, daß im "Sozialismus" der Schwerindustrie der Vorrang gebührt. Zwar gibt es Lohn, aber keine Waren. Der sogenannte Kaufkraftüberhang sollte jetzt wieder durch Preiserhöhungen - natürlich gibt es in den "sozialistischen Ländern" keine Inflation - abgeschöpft werden, wie man diese Art Lohnraub auch bei uns so elegant umschreibt. Und plötzlich platzte wieder der Kessel. Durch den grandiosen Arbeiteraufstand vom 25.-26. Juni 1976 in Radowo und Ursus ist die Spitze der allgemein lodernden Unruhe und des chronischen passiven Widerstandes bei einem Großteil des Proletariats wieder einmal sichtbar geworden. Angesichts der beabsichtigten Preiserhöhungen haben sich Arbeiter bewaffnet, Verwaltungen gestürmt, Bullen und Parteibonzen attackiert, eine zentrale Zugverbindung durch Herausreißung der Schienen blockiert und Barrikaden errichtet. Eine Lektion für die polnische Bourgeoisie, vor allem aber ein Beispiel für die Proletarier der ganzen Welt. Daß dieser Aufstand wie schon mehrere vor ihm schei-

tern mußte, liegt nicht zuletzt an der völlig desolaten Lage des polnischen Proletariats, das bar jeder Organisation mit klarem revolutionär-marxistischem Programm einer Bourgeoisie ausgeliefert ist, die vorgibt, im Namen einer solchen Organisation und im Sinne des Interesses des Proletariats zu handeln. In dieser völlig absurden Situation, geschaffen durch die konterrevolutionären Bedingungen des Stalinismus, schieben sich nunmehr berufene Konterrevolutionäre und ausgemachte Antikommunisten wie die katholische Kirche, diverse Intellektuelle und vor allem die scheinbar so wohlmeinende westliche "Öffentlichkeit" vor und wollen den Eindruck erwecken, die Belange der ausgebeuteten Kämpfer zu unterstützen. Hier liegt aber nur die andere Karte in den Händen der Bourgeoisie: die einer demokratischen Lösung der Krise durch Ablenkung des Kampfes auf das Ziel einer "Liberalisierung", um die im Westen noch vorherrschende unumschränkte Einordnung der Arbeiterklasse mit ihren klassenkollaborationistischen Betrügereien auf den Osten auszudehnen. "Organisierende Verhältnisse" - wie die amerikanische Sonnenfeldt-Doktrin predigte - sollen die sozialen Spannungen im russischen Machtbereich abbauen. Denn die Arbeiter in Polen - wie im übrigen Ostblock - leben offensichtlich in stillem Widerstand. Arbeitstempo und Leistungskraft nehmen nur langsam zu, man arbeitet immer mehr nach der Methode "Dienst nach Vorschrift". Allabendliche Appelle im Fernsehen, Leistungslöhne, Gruppenakkord in der "Brigade", all diese "Anreize", die man auch in unserem offen als kapitalistisch enttarnten Gesellschaften als so leistungsstimulierend kennt, scheinen in diesen paradisischen Breiten weniger zu fruchten.

Was auf das polnische Kapital - eingeklemmt zwischen dem russischen Imperialismus und dem imperialistischen Weltmarkt - noch alles zukommt, begreift man erst, wenn man weiß, daß als investitionspolitische Leitlinie für die Jahre 1976 - 80 gelten soll, den Anteil der sogenannten Modernisierungsinvestitionen am Gesamtbudget wesentlich zu erhöhen. Dies heißt nichts anderes, als daß man versuchen will, vom extensiven zum intensiven Wirtschaften, praktisch also verstärkt zur Form des relativen Mehrwertes überzugehen. Möglichkeit zur Erhöhung der Rentabilität des Kapitaleinsatzes und allgemeine Steigerung der Rationalisierung heißen die Parolen, mit denen das polnische Kapital dem Proletariat den "Schlendrian" austreiben will. Und daß dies nicht ohne Import moderner westlicher Maschinen geht, ist dieser Sorte "Sozialisten" nur allzu bekannt: mit Neid blicken sie auf das höhere Arbeitstempo der westlichen Betriebe empor. Aber da gilt die alte Regel: Kein Import ohne entsprechenden Export. Exportieren muß Polen aber jetzt schon soviel, wie nur möglich, um seinen Passivsaldo in der Handelsbilanz abzubauen und seine Auslandsschulden abtragen zu können. Die Erfordernisse verstärkter Ausbeutung liegen also für die polnische Bourgeoisie klar auf der Hand. Die Bedingungen der verstärkten Ausbeutung von morgen werden durch verstärkte Ausbeutung heute geschaffen. Aber angesichts eines jetzt schon rebellierenden Proletariats wird die polnische Bourgeoisie die benötigte Erhöhung des Mehrwerts erzwingen müssen. Es wird Zeit, daß das polnische Proletariat end-

lich wieder eine organisierte revolutionär-marxistische Stimme bekommt. Aber das hier aus aktuellem Anlaß zu Polen gesagte gilt im Grunde natürlich für alle diese "Bruderländer".

Die CSSR

Der nach Polen wichtigste Ostblockhandelspartner der BRD ist die CSSR (rd. 16% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig), die gemessen am Handelsumsatz unter den RGW-Staaten an 4. Stelle steht. Die Lieferungen der BRD stiegen von 1965 bis 1974 um 18% jährlich, die Bezüge um gut 13%. Damit lag der Ausbau des Warenverkehrs geringfügig über den mittleren Expansionsraten des gesamten BRD-Osthandels. Aber mit einem gesamten Volumen von 2,8 Mrd. DM (1975) ist die CSSR nur mit gut 0,7% am BRD-Export und mit 0,6% am BRD-Import beteiligt. Sie steht in der Rangliste des gesamten BRD-Außenhandels noch hinter Staaten wie Finnland und Griechenland - "Trotz aller Bemühungen", so beurteilt ein Kapitalistenblatt die Lage, "steckt die industrielle Kooperation mit der CSSR immer noch in den Kinderschuhen. Nach den Zahlen, die im Bundeswirtschaftsministerium bekannt sind, gibt es zur Zeit 31 Kooperationsvorhaben, von denen sich noch 12 im Verhandlungsstadium befinden". (HB v. 3. 12. 75).

Dabei ist der Handel mit der CSSR von besonderem Interesse, trägt er doch als einziger schon die typischen Merkmale des Handels zwischen Industrieländern. So bezieht die CSSR mehr Nahrungsmittel aus der BRD, als sie liefert; andererseits verzeichnet die BRD Defizite bei Eisen und Stahl sowie Erzeugnissen der Eisenverarbeitung. Vor allem haben Investitionsgüter an den Importen in die BRD einen größeren Anteil als bei irgendeinem anderen Ostblockland.

Daß die Wirtschaftsmisere in der CSSR praktisch chronisch ist, braucht ja wohl kaum hervorgehoben zu werden. Seit Jahren versucht dieses neben der DDR entwickeltste Ostblockland durch verstärkte intensive Ausbeutung seine Wettbewerbsposition zu verbessern. Und es ist nicht zuletzt die hoch entwickelte Maschinenbauproduktion, die den Statthaltern Moskaus in Prag immer wieder Sorgen macht. Im Rahmen der russischen RGW-Arbeitsteilung ist nämlich vor allem auch der CSSR die "ehrenvolle" Aufgabe zugefallen, den mangelhaften Maschinenpark des "Vaterlandes aller Werktätigen" tatkräftig und zu günstigen Preisen aufzustocken. Die Sowjets zwingen ja in letzter Zeit ihre "Bruderländer" immer stärker, sich an der wirtschaftlichen Erschließung der UdSSR massiv zu beteiligen. "Intensivierung und Erweiterung der Zusammenarbeit" nennt man dieses Programm des RGW, das im Grunde nichts anderes darstellt, als eine gigantische ökonomische Fesselung dieser "Bruderländer" an die UdSSR. Wachsende Lieferauflagen in die UdSSR versuchen nun die Vertreter des Kapitals in der CSSR krampfhaft mit den weiteren Modernisierungsanforderungen zu vereinbaren, wozu natürlich entsprechend umfangreiche Maschinenimporte aus dem Westen, und hier vor allem aus der BRD notwendig sind. Wie all diese Widersprüche sich lösen sollen, ist natürlich wieder klar. Es gibt hier nur das bekannte Ventil des "Inlandverbrauchs". Konsumverzicht und erhöhtes Arbeits-

tempo heißt deshalb die oberste Devise auch in der CSSR. Und das alles vor dem Hintergrund wachsender Wirtschaftsmisere, die besonders durch die katastrophale Ernte von 1976 verschärft wurde. Um nicht ganz das Gesicht gegenüber den Ausgebeuteten zu verlieren, ließ man damals als scheinbar Verantwortlichen den Agrarminister und zwei stellvertretende Ministerpräsidenten über die Klinge springen, eine Lösung, die den bekannten "Kabinettsumbildungen" in den westlichen Demokratien entspricht.

Rumänien

Im Handel mit dem noch weitaus agrarischen Rumänien - rd. 42% der "Erwerbstätigen" sind noch in der Landwirtschaft beschäftigt - nimmt die BRD vor Frankreich und Italien den 1. Platz unter den westlichen Handelspartnern ein. Hier steht vor allem die Nachfrage nach BRD-Investitionsgütern im Vordergrund, die allerdings wegen der geringen rumänischen Liefermöglichkeiten ihre Grenzen hat. Noch 1956 wuchsen die BRD-Exporte um 56%; der Absatz rumänischer Waren war dagegen durchweg konstant oder gar rückläufig. 1975 hat sich die Entwicklung allerdings umgekehrt. Während die BRD-Exporte schrumpften (- 12,5%) sind die rumänischen Lieferungen weiter gestiegen (plus 3,1%) Diese Tendenz setzte sich 1976 in verschärfter Form fort. Dies bedeutet aber nicht, daß Rumänien keinen Bedarf hat, es hat vielmehr keine "effektive" Nachfrage, d. h. also, es kann die benötigten Maschinen nicht bezahlen. Die nationale Bourgeoisie hat für die nächsten Jahre zahlreiche ehrgeizige Industrialisierungsprojekte vor, wodurch sie ihren mühsamen und durchaus riskanten "Emanzipationsversuch" vom russischen Kapital, das ihr ursprünglich die Rolle eines Obst- und Gemüsebauern aufzwingen wollte, zu untermauern versucht. Die politische Tragweite der rumänischen Solonummern in der Innen- wie Außenpolitik ist sicherlich äußerst begrenzt. Angesichts der eigenen begrenzten Exportfähigkeit und der gewaltigen Industrialisierungsnotwendigkeiten ist es jedoch nicht erstaunlich, daß gerade die Vertreter des rumänischen nationalen Kapitals auf dem Wege der "Ost-West-Kooperation" besondere Schrittmacherefunktion einnehmen: Rumänien öffnet sich den Direktinvestitionen des westlichen Kapitals. So wurde kürzlich z. B. in der rumänischen Stadt Resita die gemischte deutsch-rumänische Gesellschaft Resita-Renk S. A. offiziell eröffnet, die Getriebe und Antriebs-elemente für den Maschinenbau produziert. Die BRD-Firma Renk, eine Tochter der GHH, hält mit 20 Mio. DM 49% am Grundkapital, wovon sie allerdings nur 7 Mio. bar einzahlen mußte, während der Rest als "Know-how" gilt. Profit- und Vermögenstransfer wurde dabei zugesichert. Die Leitung ist paritätisch besetzt, und die Tatsache, daß die Mehrheit der Aktien in rumänischen Händen liegt, kann nicht zu einer Überstimmung der westdeutschen Kapitalisten führen, da alle wichtigen Beschlüsse nur mit Zweidrittelmehrheit gefaßt werden können. Wie der sozialdemokratische "Vorwärts" betont, hat diese Neugründung eine prinzipielle Bedeutung: Das BRD-Kapital schlägt eine entscheidende Bresche in die nationalkapitalistische Phalanx des Ostens, denn zum ersten Mal wurde in einem RGW-Land "eine Firma gegründet, die

die Rechtsform einer privaten Aktiengesellschaft hat" (Vorwärts v. 18. 11. 76) Brachte der Warenaustausch "zum gegenseitigen Nutzen" dem Westen sicher seinen erklecklichen Profit, so werden mit dieser Art Geschäfte erst eigentlich die fetten Jahre des Ost-West-Handels sichtbar: Zusammen mit der jeweiligen Bourgeoisie übernimmt man die Ausbeutung des dortigen Proletariats und zeigt so nebenbei den einheimischen Herren des Billiglohnlandes, was mit Hilfe der "modernen" Mehrwertproduktion so alles aus den Leuten herausgepreßt werden kann. Der zitierte "Vorwärts-" Schreiber kommt auch zu dem hoffnungsfrohen Schluß: "Hohe transferierbare Dividenden erwarten die deutschen Aktionäre wegen der um etwa 50 Prozent niedrigeren Löhne".

Allerdings dürfen die deutschen Investoren nicht mehr lange mit einer sozialen Friedhofsruhe rechnen. Auch das rumänische Proletariat reagiert zunehmend auf den unglaublichen Druck der Kapitalakkumulation. Größere und entschlossene Streiks in der Stahlindustrie kennzeichnen das Jahr 1977 und wurden - neben der üblichen Repression - mit der "schlichtenden" Intervention von Ceaucescu selbst bekämpft. Den Druck der sozialen Spannung kann man daran gut ermesen.

Ungarn

Auch für *Ungarn* rd. 25% Beschäftigte in der Landwirtschaft - ist die BRD mit Abstand der größte westliche Handelspartner. Entsprechend den langfristigen Industrialisierungsbemühungen Ungarns überwiegen in den Exporten der BRD neben Maschinen und Ersatzteilen vor allem Grundstoffe, Hüttenwerkserzeugnisse, Walzwaren, Rohre, Speziallegierungen und andere sog. Halbzeuge. Während Ungarn andererseits früher in erster Linie als Lieferant von Agrarprodukten und Nahrungsmitteln bekannt war, tritt es parallel zur stetigen Entwicklung seiner Industrie auch zunehmend mit Waren aus diesen Bereichen auf den westlichen Märkten auf. Stellen vor 10 Jahren die Agrarprodukte noch 2/3 der Exporte Ungarns in die BRD, so machen sie gegenwärtig nur noch rd. 1/3 aus. Dagegen lag der Anteil industrieller Fertigprodukte - Maschinen und langlebige Konsumwaren - bereits bei rund 30%. Einen wichtigen Faktor bilden daneben nach wie vor die Exporte von Rohmaterialien und Halbfabrikaten, die 1974 rd. 40% ausmachten. (RGW 4/76, S. 34) Ähnlich wie in Rumänien ging 1975 der Export der BRD nach Ungarn, der sich kontinuierlich auf ein Volumen von 1,7 Mrd. DM (1974) gesteigert hatte, absolut zurück (1975: 1,4 Mrd. DM), um sich ab 1976 wieder, aber zunächst zaghaft zu erhöhen.

Ein Ausgleich wird mehr noch als im Falle Rumäniens vor allem und schon seit einigen Jahren in gemeinsamen Kooperationen - im westlichen Jargon "joint ventures" genannt - gesucht. Deshalb ist es nicht erstaunlich, daß die BRD mit Ungarn unter allen "Ländern des Ostblocks" die größte Zahl von Kooperationsvorhaben abgeschlossen hat. Ende 1975 waren es 225, wovon 159 allerdings noch nicht voll abgewickelt waren. Branchenschwerpunkte sind dabei Maschinenbau, Elektrotech-

nik, Fahrzeugbau und die Chemie (HB v. 28. 4. 76)

Interessant ist auch in diesem Zusammenhang, daß die ungarische Industrie - gleichsam der osteuropäische Vorreiter auf dem vielbeschworenen Weg des "Marktsozialismus" - derzeit in 63 gemischten Unternehmen mit ungarischer Interessenbeteiligung im Ausland versucht, in fremden Märkten Fuß zu fassen, bzw. schon geknüpfte Verbindungen zu festigen. Dabei arbeiten 46 von diesen "Joint Ventures" in Europa; 7 in Asien und je 5 in Afrika und Amerika. Vom Gesichtspunkt ihrer Tätigkeit aus sind es 41 Handels-, 8 Produktions- und 14 Dienstleistungsunternehmen. Der eigene Kommentar gibt folgende Begründung: "Unsere ungarischen Unternehmen erkennen immer mehr, welche Vorteile, gleich welcher Formen, solche gemischten Unternehmen bieten. Im Falle der Handelsunternehmen ermöglicht die ständige Anwesenheit am Markt bessere Export- und Importpreise; die Dienstleistungsunternehmen können sich für die Ausweitung des geistigen Exportes als geeignet erweisen, und die Gründung von gemischten Produktionsunternehmen ermöglicht es, neben dem Export von Halbfabrikaten solche gemischte Unternehmen mit ungarischen Produktionsinstrumenten auszustatten und dadurch unseren Maschinenexport zu vergrößern." (RGW, 4/76, S. 35) Nach der quantitativen Entwicklung des Kapitalismus mit seinen wachsenden Produktivkräften entwickelt sich also auch in diesen scheinbar so ganz anders gerarteten "sozialistischen" Ländern mit unaufhaltsamer Konsequenz der Zwang zur Expansion - zuerst in Form von Warenexporten, aber schon bald auch in Form von Kapitalexporten. Und diese Tatsache kann nur für die Schar derer ein kaum lösbarer Widerspruch sein, die entsprechend ihrem ausschließlich an der Oberfläche klebendem Bewußtsein die dortige Produktionsweise als "realen Sozialismus", als "Übergangsgesellschaft" usw. - jedenfalls als nicht kapitalistisch begreifen.

Dabei können die ungarischen Konzerne die Mittel für diese Investitionen im Ausland in erster Linie ihrem jeweiligen "Entwicklungsfonds" entnehmen, oder sie erhalten bei knappem Eigenkapital Kredite zu Lasten ihres Entwicklungsfonds. Denn es sind - wie das kapitalistische Handelsblatt nicht ohne Wohlwollen registriert -, "die ungarischen Unternehmen, die über die Mehrheit der Investitionen autonom entscheiden; 60 bis 65% der industriellen Investitionen werden (...) aus den Mitteln der Unternehmen beziehungsweise ergänzenden Bankkrediten finanziert. Die staatlichen Investitionen betreffen vor allem den Bergbau (Bauxit, Kohle), die Energieerzeugung (Kohle, Atomkraftwerke), die Metallurgie und Infrastrukturprojekte." (HB v. 16. 9. 76) Aber die dortigen Manager heißen halt "Bürokraten" und machen nach bekannter Lesart zusammen mit den staatserhaltenden Politikern nich eine Achse der Bourgeoisie als Klasse aus, sondern bilden eine ominösen Eigeninteressen verpflichtete "Kaste" bzw. "Bürokratie".

Bulgarien, Kuba und die Mongolei

Nachdem die wichtigsten Länder des RGW behandelt sind, soll auf den Rest - Bulgarien, Kuba, die Mongolei - nur der Vollständigkeit halber

kurz eingegangen werden, um sich dann den "Sonderfällen" Jugoslawien und schließlich DDR zuzuwenden.

Der Handel mit *Bulgarien* (rd. 30% Beschäftigte im Agrarbereich) hat erst verhältnismäßig spät, praktisch erst nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen im Dezember 1973, einigen Schwung bekommen, leidet aber besonders an den praktisch stagnierenden Lieferungen Bulgariens in die BRD. 1975 hatten die Bemühungen um eine Intensivierung der Wirtschaftsbeziehungen relative Erfolge. Zur Festigung einer "langfristigen Perspektive" wurde in Bonn am 14. 5. 76 ein Abkommen über die wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit unterzeichnet und im November 76 kam mit Todor Schiwkoff der oberste Vertreter der bulgarischen Bourgeoisie höchstpersönlich an den Rhein, so daß auch mit diesem osteuropäischen "Schlußlicht" das BRD-Kapital in Zukunft verstärkt Handel zum "gegenseitigen Nutzen" treiben wird, und dies trotz des Rückgangs des BRD-Exports 1976 auf 0,85 Mrd. DM (1975: 1 Mrd. DM).

Die beiden außereuropäischen RGW-Länder - Mongolei und Kuba - haben am BRD-Osthandel ein insgesamt geringes Gewicht. Der Warentausch mit der *Mongolei* pendelt seit 1965 zwischen 1 Mio. und 2 Mio. DM jeweils im Import und Export. Dagegen erlebte der Handel mit *Kuba* seit 1965 die höchsten Steigerungsraten unter den RGW-Ländern, wobei die Importe durchschnittlich um rd. 20% und die Exporte nach Kuba um 40% jährlich stiegen. Allein 1974 schnellten die Exporte, vor allem Produktions- und Investitionsgüter, um insgesamt 235% sprunghaft in die Höhe, blieben jedoch mit rd. 300 Mio. DM auf einem bescheidenen Niveau. Es ist klar, daß die Öffnung Kubas vor allem eine Öffnung zu den USA sein wird.

Jugoslawien

Daß neben China nach dem 2. Weltkrieg sich allein Jugoslawien aus der sowjetischen Klammer lösen konnte, hängt sicher mit der allein in diesen Ländern durchgeführten langjährigen kämpferischen "Befreiungsphase" zusammen. Wer führt schon ein mörderisches Ringen, um nachher zum Zulieferer eines "Brudelandes" verdonnert zu werden. Gewöhnlich können aber dieses Abenteuer unter den heutigen imperialistischen Bedingungen nur Staaten von einer gewissen Größenordnung erfolgreich durchführen. Kleinere Staaten wie Jugoslawien geraten wieder schnell in eine kaum kaschierte Abhängigkeit wie auch Kuba und jüngst Angola, oder sie geraten in eine völlig absurde und lachhafte Position wie z. B. Albanien.

Auch mit Jugoslawien zeigte der Außenhandel in den letzten Jahren eine stetige Entwicklung, die die BRD noch vor der UdSSR zum größten Handels- und Wirtschaftspartner werden ließ.

Von Mitte 1967, dem Zeitpunkt des Inkrafttretens der Bestimmungen über Kapitalbeteiligungen ausländischer Konzerne an jugoslawischen Firmen bzw. gemeinsame Neugründungen in Jugoslawien bis zum 31. Dezember 1975 wurden insgesamt 136 Joint-Venture-Verträge registriert. Dabei steht die BRD mit 20,6% nach den USA (22,7%) an zweiter Stelle (Außenhandels-

dienst der BfG, 5/77). Den ersten Platz nehmen BRD-Konzerne auf dem Gebiet der industriellen Kooperation (165 Verträge mit einem 37%igen Marktanteil) ein. Die gleiche Position bekleidet sie auch beim Technologie-Transfer (Anlagen- und Lizenzverträge) mit 97 Verträgen (27% aller Vereinbarungen dieser Art). (HB v. 24. 5. 76).

Der Warentausch zwischen Jugoslawien und der BRD nahm 1975 nur noch geringfügig zu, nachdem er in den letzten Jahren zuvor kontinuierlich gestiegen war. Ursachen der schwachen Entwicklung des Handelsvolumens, das 1975 nur auf 6,25 (6,13) Mrd. DM kam, waren nach offiziellen Angaben die "schwierige konjunkturelle Situation in der Bundesrepublik und andererseits die von Belgrad erlassenen einschneidenden Einfuhrbeschränkungen" (HB v. 4. 2. 76)

Auch hier besteht ein chronischer Exportüberschuß der BRD, der sich 1975 auf 3 Mrd. DM belief. Im Laufe des Jahres 1976 begann sich allerdings ähnlich wie bei den anderen "Ostblockländern" dieser Trend zugunsten Jugoslawiens zu ändern. Überhaupt macht die Wirtschaftspolitik der jugoslawischen Bourgeoisie in letzter Zeit gewaltige Anstrengungen, dieses Defizit im Handel mit dem Westen einzudämmen. Auffälligstes Resultat dieser Bemühungen ist eine allmähliche Verschiebung des jugoslawischen Außenhandels wieder in Richtung Osten. In den ersten 7 Monaten des Jahres 1976 ging fast die Hälfte des jugoslawischen Exports (21,2 Mrd. Dinar) in die RGW-Länder, was einer Steigerung von 14% gleichkommt. Hier zeigen sich längerfristige Entwicklungen an, vor deren Hintergrund der vor einiger Zeit wieder ausgetauschte Bruderkuß zwischen den halbtoten "Berufsrevolutionären" Tito und Breschnew zu sehen ist: "Noch ist der Westen der größte Warenlieferant für die jugoslawische Wirtschaft. Die rückläufigen Verkaufserfolge westdeutscher Firmen in Jugoslawien und der vom Staat geförderte Trend, jugoslawische Handelsbeziehungen zu den Comeconländern stärker als bisher zu forcieren, wird den Vorsprung des Westens im jugoslawischen Außenhandel zugunsten der Comeconländer aber weiter schmelzen lassen". So besorgt äußerte sich die deutsche Bourgeoisie im "Handelsblatt" v. 17. - 18. 9. 76.

Das Musterland des "Selbstverwaltungssozialismus" steckt darüber hinaus - ähnlich wie die offenen Wasserträger der UdSSR - in einer schweren Wirtschaftskrise, von der die chronische Verschuldung gegenüber dem Westen nur ein Indiz ist. Entsprechend dieser sich ganz offen marktwirtschaftlich gebärdenden jugoslawischen Wirtschaft, zeigen sich dort alle wohlbekanntesten Spuren der kapitalistischen Misere ohne Schminke: rund 25% Inflation im Jahre 1975, die sich allerdings inzwischen auf "nur" 10% vermindert haben soll (Mitte 1977), etwa 900.000 Jugoslawen arbeiten im Ausland, dies zusammen mit einer hohen eigenen Arbeitslosenquote; dazu allgemeine Versorgungsmisere.

Vor allem die Landwirtschaft bildet einen ständigen Klotz am Bein der jugoslawischen Wirtschaft, und die regelmäßigen Versorgungsgengpässe im Winter und im Frühling werden als normal betrachtet. Obwohl die Landwirtschaft seit Jahren ihre Produktion um 3 - 4% steigert, fehlt immer

irgend etwas. Aus einem einst wichtigen Weizen- und Fleischexporteur ist darüberhinaus Jugoslawien zum Importeur dieser Agrarprodukte geworden. Bezeichnend für diese Form "sozialistischer Wirtschaft" ist auch die Tatsache, daß trotz der Agrarmisere rd. 10% Ackerboden brach liegt und darüberhinaus rd. 30% der gesamten Ackerfläche sich im Besitz solcher Bauern befindet, die über 60 Jahre alt sind. "Somit werden fast 40% des gesamtjugoslawischen Ackerbodens entweder aus Altersgründen unzulänglich oder überhaupt nicht bestellt" (HB v. 22. 7. 76). Nur 15% des landwirtschaftlichen Nutzbodens und 10% des Viehbestandes entfallen in Jugoslawien auf den "vergesellschafteten" Sektor.

Auch in der Industrie versucht Jugoslawien gar nicht erst die sonst immer so krampfhaft am Leben gehaltene Fassade des grandiosen Schwinds einer irgendwie gearteten "Planwirtschaft" zu betonen. Hier hebt man dagegen ganz offen hervor, daß die jugoslawische Wirtschaftsordnung der "Planung" nur einen geringen Stellenwert einräumt. Aus ideologischen Gründen sowie zur Bekräftigung des "Selbstverwaltungsgedankens" wird auch nicht von einem Staatsplan, sondern nur von "gesellschaftlicher Planung" mit direktivem Charakter gesprochen. Deshalb werden nur wenige Produktionsziele konkret vorgegeben; über die Durchführung der "Pläne" wird kaum ein Wort verloren, vielleicht nicht zuletzt deshalb, weil noch kein einziger Fünfjahresplan erfüllt wurde.

Und obwohl die Durchschnittslöhne mehr als mickrig und insgesamt die Industrie über eine "geringe Kaufbereitschaft der Konsumenten", d. h. den für ihren Warenabsatz wichtigen inneren Markt sich beklagt, gilt auch dort die hierzulande so beliebte Devise: "Jugoslawien befindet sich in einer ernsten Krise. Das Land lebt offenkundig über seine Verhältnisse" (SZ v. 3./4. 4. 76). Und das hat auch für hiesige Breiten ganz "natürliche" Konsequenzen: Die Bemühungen der Wirtschaftspolitik laufen "darauf hinaus", sowohl die Investitionstätigkeit jugoslawischer Unternehmen, als auch den privaten Konsum der Bevölkerung soweit herabzudrücken, damit sie sich im Rahmen der tatsächlich vorhandenen Möglichkeiten und weniger sprunghaft als bisher vollziehen können". (HB v. 20. 4. 76) Hier gibt's also schon eine "sprunghafte", d. h. zyklische Konjunkturbewegung mit Höhen und Tiefen, Krisen und Boomphasen. Und das Ganze versucht man mit den Mitteln der bei uns so umkämpften "Investitionslenkung" in den Griff zu bekommen - natürlich mit dem weltweit bekannten Erfolg. Dabei steht natürlich die Notwendigkeit der "Einkommenspolitik", des Lohnraubes, des "Sich-den-Gürtel-wieder-enger-Schnallens" ganz oben an.

Einen wichtigen Schritt hin auf diese notwendige Steigerung der Ausbeutung stellt sicher das am 25. November "einmütig" vom jugoslawischen Parlament verabschiedete neue Arbeitsgesetz dar, das vorgibt, das seit 25 Jahren bestehende System der Arbeiterselbstverwaltung in Industrie und Handel zu "modernisieren". Wichtigste "Errungenschaft" dieser Neuerung ist eine gewachsene Kompetenz der "Selbstverwaltungsorgane" der Arbeiter" in ganz besonderer Hinsicht: Sie sind jetzt befugt "unordentliche und faule Arbeiter" zu feuern. Bislang war die Ent-

lassung aus disziplinarischen Gründen sehr erschwert. Das soll jetzt anders werden. Dieses Arbeitsgesetz, daß nebenbei auch die in Staatsbesitz befindlichen Betriebe weiter dezentralisiert, zielt also besonders darauf ab, "sinkende Produktivität" und ansteigendes "Krankfeiern" zu beseitigen. Der eingerissene Schlen-drian soll endlich ausgemerzt, die jugoslawischen Arbeiter entsprechend der wachsenden Industrialisierung gleichsam "hochkapitalistischen" Arbeitsrhythmus kennenlernen. Aber was man bei uns auf "natürliche" Art, durch den Terror der Maschine eher nebenbei erreicht, muß dort wegen der mangelnden Technik noch weitgehend durch äußeren Zwang durchgesetzt werden. Und in der Tat ist die "Arbeitsmoral" der jugoslawischen Ausgebeuteten für das jugoslawische Kapital kaum ausreichend: In den ersten sechs Monaten 1976 ist die Produktivität um 1,5% zurückgegangen; täglich bleiben durchschnittlich rd. 220.000 der fünf Millionen Lohnabhängigen - nahezu 5% - dem "Arbeitsplatz fern". (NZZ v. 27. 11. 76) Nun darf also der "Arbeiterrat" - natürlich im Namen der Arbeiter - dagegen vorgehen - ähnlich wie in Italien die offiziellen Gewerkschaften den "Absentismus" der dortigen Arbeiter bekämpfen. Lohnraub und Arbeitshetze machen auch im jugoslawischen Kapitalismus steigende Ausbeutung aus - nur wird das hier als Sozialismus ausgegeben, der den Arbeitern ihre Realität in einem Schein vernebeln soll.

Unterstützt wird dieser ganze Betrug der Bourgeoisie sicher in gewisser Weise immer noch von der Fassade dieser auch hierzulande oft gepriesenen "Selbstverwaltung", dieser gleichsam institutionalisierten Form des Stabilitätspaktes oder - nach hiesigen Begriffen - der "konzertierten Aktion". Auch wenn sich im Laufe der Jahre für die größte Zahl der jugoslawischen Lohnabhängigen diese zwangsweise durchgeführte Form der Klassenkollaboration als leeres Stroh erwiesen haben mag, so sind sie immer noch zu sehr in diesem materiellen Kontrollapparat und ideologischen Gestrüpp verfangen, als daß es nicht seine massive Wirkung bei der Verhinderung einer proletarischen Klassenbewegung haben würde.

Unabhängig davon, wie bald ihr großer Strategie das Zeitliche segnen wird, geht auch die jugoslawische Bourgeoisie harten Zeiten entgegen. Es gilt auch hier, das "Volk" mehr ran zu nehmen. Allein mit ausgefeilten Polizeistaatsmethoden wie besonders in letzter Zeit läßt sich dieser Prozeß der so dringenden Klassenscheidung und des revolutionären Kampfes gegen die jugoslawische Bourgeoisie glücklicherweise höchstens verzögern. Und auch durch die Züchtung der nationalen Rivalitäten läßt sich dieser Prozeß nur verzögern, nicht aber von der Welt schaffen.

Die DDR

Die DDR wird von der BRD-Bourgeoisie bekanntlich mit stoischer Energie behandelt. Die Sehnsucht nach einer "deutschen Nation" schlägt unter der sozial-liberalen Regierung nur andere, scheinbar süßere Töne an. "Wandel durch Annäherung" tritt an die Stelle der aggressiven Politik. Hier wie überhaupt zeigt sich wieder deutlich, daß die BRD-Bourgeoisie, ob nun von SPD/FDP oder von CDU/CSU vertreten, auf einer einzigen strategischen Linie liegt und sich le-

diglich über die einzuschlagende Taktik "spaltet". Dies gilt außen- wie innenpolitisch. Ob diese Demokraten in ihrer Schattierung von "sozial-demokratisch", "liberal", "christlich" und gar "christlich-sozial" diesem Anspruch auf die "gesamte deutsche Nation" in naher Zukunft eine reale Chance zugestehen, ist dabei unwichtig, wichtig allein ist vielmehr, daß sie diese Perspektive so krampfhaft und mit allen Mitteln betonen und lebendig halten. Die Option ist in der Tat wichtig für das dahinterstehende Programm: sich nämlich auch in Zukunft die Erzielung eines eindeutigen Übergewichtes in ganz Europa freizuhalten, um so wieder einmal den gordischen Knoten durchzuhauen, der wegen der praktisch gleichstarken "Partner" BRD, Frankreich und England die Entwicklung zur wirtschaftlichen und politischen "Einheit" blockiert und langsam in Stagnation verkommen läßt. Zwar führt man jetzt noch immer eifrig die Friedenspalme mit sich herum aber wie das BRD-Kapital in einer vielleicht gar nicht so fernen Zukunft reagieren wird, wenn es wegen der wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten von Italien, England und Frankreich selbst in den Strudel des ökonomischen Marasmus mit allen seinen politischen wie sozialen Konsequenzen gezogen zu werden droht, ist doch gar nicht klar auszumachen.

Das Erstaunlichste dabei ist allerdings, daß auf der politischen Bühne nicht nur ausgemachte Nationalisten und Faschisten mit diesem "Evergreen" einer "Heim-ins-Reich"-Bewegung hausieren gehen, sondern daß eine verwirrte Kleinbürgerschaft diese Parolen im Namen des Proletariats glaubt verbreiten zu können. "Für ein unabhängiges, vereinigtes und sozialistisches Deutschland" oder "Damit Deutschland den Deutschen gehört" schallt es aus der sich zunehmend faschistoid, eben nationalsozialistisch gebärdenden maoistischen Ecke. Aber auch alle Trotzlisten reden von "revolutionärer Wiedervereinigung" als einer der Hauptforderungen des Klassenkampfes. Nationalismus und Patriotismus scheinen sich umgekehrt proportional zur faktischen Entwicklung des Weltmarktes und der progressiven Infragestellung des nationalen Rahmens zu entwickeln. Im Zeitalter der Herausbildung der kapitalistischen Nationen, die sich teilweise wie die deutsche unter strenger Abschirmung der eigenen Wirtschaft nach dem Motto "Seinen eigenen Kräften vertrauen" nur mühsam unter Aufbietung aller nationalen und entsprechend kleinbürgerlichen patriotischen Energien gegen die damalige "Supermacht" England behaupten und entwickeln konnten, galt unter Marxisten allgemein die Auffassung, daß die Proletarier kein Vaterland zu verlieren und entsprechend auch nicht zu verteidigen hätten, was auch konsequent in der Gründung der 1. Internationale seinen Ausdruck fand. Je mehr allerdings der Kapitalismus die "Nation" als historisch Überkommenes in Frage stellte und mit der Schaffung des Weltmarktes sich einen entsprechenden Rahmen setzte, wurden die proletarischen Parolen durch kleinbürgerliche ersetzt. Dies ist nur ein beiläufig angeführtes Indiz für die nicht oft genug zu betonende Tatsache, daß mit der allgemeinen Konterrevolution in den letzten 50 Jahren ihre stalinistischen und sozialdemokratischen Protagonisten nicht nur jegliche Organisation des Proletariats, son-

dern auch jegliche Theorie und Programmatik mit ihrem Blutbad und mit ihrem Terror zu vernichten suchten, was ja auch seine bezeichnenden Folgen hatte.

Das sogenannte deutsche Volk war immer geteilt. Vor dem großen industriellen Aufschwung in einen "nationalen" Flickenteppich und nach der Zwangseinigung mit "Blut und Schwert" unter Bismarck immer noch in Proletariat und Bourgeoisie. Trotz der Nichteingliederung Österreichs (ein Bestandteil der "deutschen Nation"), standen die zwei wesentlichen Klassen der Gesellschaft seitdem nicht mehr vor einer nationalen, sondern vor einer internationalen Frage. Durch die Entwicklung des Kapitalismus wurden die nationalen Grenzen zu eng. Darauf antwortete die Bourgeoisie mit imperialistischer Expansion, und das Proletariat mit der Behauptung seines Programms der Weltrevolution. Die Teilung des deutschen Reiches nach 1945 war keineswegs die Folge der Niederlage in einem nationalen Befreiungs- oder Vereinigungskrieg, sondern der Niederlage in einem imperialistischen Krieg. Die deutsche Teilung diente der Fesselung des deutschen Imperialismus durch seine siegreichen Konkurrenten. Die "nationale Frage" ist in Deutschland objektiv die ideologische Hülle für imperialistische Bestrebungen. Sie hier im Namen der proletarischen Bewegung zu stellen hat eine ausgesprochene sozial-imperialistische Bedeutung, denn auf diesem Boden kann lediglich eine Verbindung der sozialen Bewegung des Proletariats mit der imperialistischen Politik der Bourgeoisie stattfinden. Den maoistischen wie den trotzkistischen Gegnern kann man nur ins Stammbuch schreiben, daß auch das "deutsche" Proletariat natürlich immer in einer gespaltenen "Nation" lebt, bis es seine eigene Diktatur errichtet hat: Die Ausweitung der Revolution in Europa wird sich nicht im Namen einer Wiederherstellung von Nationen vollziehen, sondern als revolutionäre Abschaffung der nationalen Grenzen, als Ausweitung der Diktatur des internationalen Proletariats.

Nach diesen längeren Vorbemerkungen kommen wir nun eigentlich zu unserem "Sonderfall" in den Wirtschaftsbeziehungen BRD/Ostblock. Wegen der angesprochenen eigenartigen, aber durchaus konsequenten Behandlung durch klein- wie großbürgerliche Ideologen erscheint die DDR nicht in der BRD-Außenhandelsstatistik. Der Sonderstatus der DDR wurde sogar auf Drängen der BRD von der EG einst anerkannt, weswegen die Regeln der EG nicht für den "innerdeutschen Handel" gelten, also Lieferungen aus der DDR zollfrei und ohne Abschöpfungen in die BRD gelangen.

Diese Handelsvergünstigungen gegenüber der DDR haben bemerkenswerte Folgen für die Struktur des "innerdeutschen" Warenaustausches: Nicht zuletzt gerade diesen Sondergenehmigungen ist es zuzuschreiben, daß er dem eines Entwicklungslandes mehr gleicht als dem einer hochindustrialisierten Wirtschaft, die die DDR - nur rund 11% Beschäftigte im Agrarbereich - noch vor der CSSR im "Ostblock" ja darstellt.

Die ihr gewährten Handelspräferenzen nutzt die DDR nämlich dazu, überwiegend Erzeugnisse der Landwirtschaft, der Grundstoff- und der Konsumgüterindustrie in die BRD zu liefern, während sie von

dort vor allem Investitionsgüter und Produkte der chemischen Industrie bezieht. DDR-Exportprodukte aus dem Bereich der Produktionsgüterindustrie, insbesondere Maschinen, bleiben dagegen - soweit sie nicht in die osteuropäischen Länder ausgeführt werden müssen - den westlichen Absatzmärkten vorbehalten, auf denen Devisenerlöse zu weitaus ungünstigeren Bedingungen als in der BRD zu erzielen sind, denn - laut Honnecker - kann die DDR mit 90% ihrer Produktion nicht auf den westlichen Märkten konkurrieren (Spiegel 16/77, S. 24). Da diese Anomalie in der Struktur des "innerdeutschen Handels" ein wesentlicher Grund für seine Wachstumsgrenzen und zugleich für die Verstärkung des Ungleichgewichts der Handelsbilanz darstellt, drängen die BRD-Kapitalisten seit langem auf "Strukturverbesserungen". "Maschinen gegen Eier, so Rohwedder (Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium) könne auf Dauer keine Grundlage für die Intensivierung der Beziehungen bilden. Dies um so weniger, als die Bundesrepublik beim Aussuchen ihrer Lieferanten für Agrarprodukte und Textilien in zunehmendem Maße die Dritte Welt berücksichtigen muß" (HB v. 9. 9. 76).

Trotz verschiedener Stagnationsphasen und Rückschläge zeigte der Warenaustausch der BRD-DDR in den letzten Jahren einen eindeutigen aufwärts gerichteten Trend. Noch 1950 hatte das Handelsvolumen nur 810 Mio. Verrechnungseinheiten (1 VE = 1 DM = 1 M) betragen gegenüber dem bisherigen Höhepunkt 1976 von rund 8 Mrd. VE.

1976 entwickelte sich der "innerdeutsche Handel", dessen Wachstumsraten zwischen 1970 - 75 jährlich im Durchschnitt 11% betragen, wie folgt (in Mio. VE):

	1975	1976	Veränderungen gegenüber Vorjahr
Exporte in die DDR	4.028,2	4.469,9	+ 11,0 %
Importe aus der DDR	3.390,9	3.938,4	+ 16,1 %

(Bulletin Nr. 19/77, S. 130)

Offensichtlich machte die DDR im Jahre 1976 (und auch 1977) verstärkte Anstrengungen, ihre Exporte in die BRD zu steigern, wobei mit 23% besonders stark die Lieferungen von Investitionsgütern zunahm (DIW 9-10/77, S. 80)

Zeigte der Warenaustausch zwar eine stetig expansive Entwicklung, so sind die BRD-Kapitalisten insgesamt doch eher unzufrieden. Eine klagende Stimme soll hier beispielhaft angeführt werden. Unter der Schlagzeile "Innerdeutscher Handel braucht neue Impulse", veröffentlichte das "Handelsblatt" anlässlich der Leipziger Frühjahrsmesse 1976 einen Artikel, in dem es unter anderem heißt: Nähme man die Entwicklung des Warenaustausches, dann käme "man sehr schnell zu einem Ergebnis, das schlicht und einfach besagt, daß die Entwicklung des letzten Jahres, ja der letzten Jahre, nicht gerade günstig gewesen ist ... Knapp siebeneinhalb Milliarden Umsatz können auch nicht annähernd als jene Größenordnung angesehen werden, die in Struktur und Umfang dem hohen Entwicklungsniveau der beiden Volkswirtschaften entspricht" (HB v. 4. 3. 76). In der

Tat schwankte der Anteil des Warenaustausches mit der DDR am gesamten Außenhandel der BRD immer um 2% und lag 1975 lediglich bei 1,8% (Die Zeit v. 17.9. 76).

Dabei hat der Handel mit der BRD für die DDR ein ungleich größeres Gewicht. 1974 war die BRD wiederum nach der UdSSR zweitwichtigster Handelspartner. Das Volumen des "innerdeutschen" Handels liegt über dem addierten Warenaustausch der DDR mit Holland, England, der Schweiz und Frankreich. Zwar expandiert der Warenaustausch der DDR mit westlichen Industrieländern rascher als der Handel mit der BRD, doch vergrößerte sich dessen Anteil am gesamten Handel der DDR mit anderen Staaten leicht von 9,2 (1973) auf 9,4% 1974. In den letzten Jahren hat auch die DDR durch einen stark expandierenden Westhandel zunehmende Handelsdefizite aufgehäuft, die gegenüber der BRD z. Zt. rd. 2,3 Mrd. DM und gegenüber dem gesamten Westen rd. 10 Mrd. DM ausmachen. Das bedeutet ganz eindeutig, daß die DDR unter starkem Exportzwang steht. Dies nicht nur im Handel mit der BRD, sondern in ihrem gesamten Westhandel, denn alles, was die DDR bezieht, sei es auch über die unterschiedlichen Kredite, muß sie letzten Endes mit Lieferungen bezahlen.

Auf der anderen Seite ist die DDR noch mehr als z. B. die CSSR durch "enge freundschaftliche" Bindungen zu Lieferungen von hochwertigen Industriewaren an die UdSSR gebunden. Rund ein Viertel aller sowjetischen Importe von Maschinen und Ausrüstungen stammen aus der DDR-Produktion. Besonders im Zusammenhang mit dem 1975 vereinbarten "Freundschaftspakt DDR-UdSSR" wurde die DDR zu vermehrter Beteiligung an der sowjetischen Industrialisierung gezwungen. Der Anteil der technisch hochentwickelten Produktion im Warenaustausch zwischen diesen zwei "Bruderländern" soll entsprechend von heute 25% bis 1980 auf 35% ansteigen. Schon in wenigen Jahren sollen 2/3 der Exporte der DDR in die UdSSR auf Maschinen und Ausrüstungen fallen, wobei sich die DDR bei ihren Exporten in Richtung Osten besonders stark in den Bereichen Waggonbau, Werkzeugmaschinen, Landmaschinen und Schiffbau spezialisiert. Daneben sollen DDR-Lieferungen von Informations- u. Datenverarbeitungstechnik, Büromaschinen, metallurgische Ausrüstungen, Eisenbahnkräne und andere Waren des Maschinenbaus sowie chemische Erzeugnisse in den nächsten Jahren verstärkt werden.

Im Gegenzug importiert die DDR besonders Rohstoffe aus der UdSSR. Wegen des Bedarfs an noch stärkeren Bezügen von Roh- und Brennstoffen muß sich die DDR darüber hinaus am Bau von Ferngasleitungen, an der Ausweitung der sowjetischen Kapazitäten der Ölindustrie, der Walzblecherzeugung, der Eisenerzgewinnung, der Eisenlegierung, der Zellulose- und Asbestindustrie beteiligen. Die DDR hat in diesen Bereichen breite Verpflichtungen für Anlagebau und andere Lieferungen übernommen. Besonders eng soll künftig auch die Zusammenarbeit bei der gemeinsamen Errichtung von Produktionsbetrieben in beiden Staaten sein.

Daß dabei die Vertreter des russischen Kapitals ihr Rohstoffmonopol weidlich ausnutzen, wird seit der mit der Erdölverteuerung verbundenen Praxis der UdSSR immer offensichtlicher. Seit 1975 werden z. B. die Außenhandelspreise für wichtige Wirtschaftsgüter nicht mehr für

5 Jahre festgesetzt, sondern laufend den Weltmarktpreisen angepaßt. Der Effekt dieser Politik ist für die kaum verhüllten Statthalter Moskaus in der DDR keineswegs erfreulich, denn für die DDR bedeutet dies, daß sie mengenmäßig zunehmend mehr in die UdSSR liefern muß, um gleichviel Rohstoffe zu erhalten.

So gerät die DDR in eine keineswegs beneidenswerte Zwickmühle: Um die Lieferverpflichtungen an den großen Bruder termingerecht erfüllen zu können, aber auch natürlich um die eigene Wirtschaft weiter auf Vordermann zu bringen, benötigt man immer stärkere Importe westlicher Technologie, für die man aber immer schwieriger etwas zum Austausch feil bieten kann. Produktivitätssteigerung, erhöhte Arbeitseffektivität und Materialersparnis sind deshalb die beherrschenden Schlagworte, die dem DDR-Proletariat alltäglich aufmunternd zugerufen werden. Kein Wunder deshalb auch, daß die bessere Versorgung dieser Auszubeutenden - auf dem 8. Parteitag noch oberstes Gebot - auf dem im Mai 76 stattgefundenen 9. Parteitag nur noch an untergeordneter Stelle auftauchte. Vorrang haben jetzt wieder ganz offen die Investitionen in der Industrie, und zwar vor allem die Rationalisierungsinvestitionen. Auch hier also der "gesetzmäßig bevorzugte Ausbau der Schwerindustrie", der ja für diesen "realen Sozialismus" so charakteristisch - wie für unseren Kapitalismus ist. Und was man mit Rationalisierungsinvestitionen eigentlich bezweckt, ist eben die altbekannte Steigerung der Ausbeutung.

Über die rein "technisch" bedingte Steigerung der Ausbeutung hinaus, vollzogen die Verfügungsberechtigten an den Produktionsmitteln der DDR eine einschneidende Reform der Entlohnung. Diese stille Einführung neuer Grundlöhne unterstreicht den Zwang zur Leistungssteigerung nachhaltig. Im Kern wird folgendes erreicht: Die heutige Schwankungsbreite beim Grundlohnanteil reicht von 20 - 80% - in der Regel liegt er um 50%. Künftig soll dieser Basislohn nach der Umstellung generell 70 - 90% ausmachen. Diese "Reform" - natürlich zur weiteren Verwirklichung der "sozialistischen Errungenschaften" - wird in ihren Wirkungen erst klar, wenn man weiß, daß der Grundlohn mit bis zu 20% besteuert wird. Im Endeffekt handelt es sich bei dieser Neuerung um eine nicht unbeträchtliche Steuererhöhung, denn die Leistungslohnanteile, die nur unter eine 5%ige Besteuerung fallen, werden künftig nur noch zwischen 10 und 30% betragen.

Neben dieser Steuererhöhung ergibt sich für das DDR-Kapital noch eine weitere positive Seite: Konnte man bisher durch eine "Übererfüllung" der Norm seinen Lohn nicht unbeträchtlich erhöhen, so bleibt hierfür angesichts des höheren Grundlohnanteils und einer stärkeren Klassifizierung des Arbeitsprozesses, die mit den neuen Grundlöhnen verbunden ist, nur noch wenig Spielraum übrig. Das wiederum bedeutet, daß es sich bei der Einführung neuer Grundlöhne in Wirklichkeit auch um eine geschickt kaschierte Normerhöhung handelt.

Steuer- und Akkorderhöhung bedeuten zusammen eine raffiniert getarnte Verschärfung der Ausbeutung der DDR-Lohnabhängigen. Die DDR-Bourgeoisie hat offensichtlich aus den bis-

herigen Erfahrungen gelernt. Aber daß sich die Wirkung beim eigenen Proletariat doch als das auswirken wird, was man da bezweckt, ist ja sonnenklar. Wer nach dieser "Reform" den gleichen Lohn mit nach Hause bringen will, muß angesichts der höheren Besteuerung des größeren gewordenen Grundlohnanteils erheblich mehr leisten.

Daß insgesamt die Rechnung der stärkeren Lieferverbindungen an den "Bruder" bei allgemein sich verschlechternder Wirtschaftslage nicht ganz aufgehen kann, zeigen auch interessante Hinweise auf einen noch leisen Protest gegenüber den wachsenden Verpflichtungen, den Russen die Wirtschaft auszubauen. Denn steigender Exportzwang fordert verschärfte Ausbeutung, die sich in den "sozialistischen" Satelliten als verschärfte sozial-politische Spannung niederschlägt. Und auch für das DDR-Kapital sind die reformistischen Mittel steigender Löhne und besserer Konsumversorgung zunehmend beschränkt und zeigen darüber hinaus auch nicht die Wirkung, die man sich bei den Erfindern dieses "Gulaschkommunismus" versprach. Wachsender Widerstand wird selbst in der disziplinierten DDR immer stärker sichtbar. Und über die Innen- und Außenpolitik scheint es innerhalb der Herrschenden durchaus zu starken Meinungsverschiedenheiten gekommen zu sein. Innenpolitisch weiß man nicht so recht, wie man die beiden Seiten bürgerlicher Herrschaft - staatliche "Wohlfahrt" und Gewalt - jeweils dosieren soll. Die Bourgeoisie ist auch in diesen Ländern gespalten in diejenigen, die die Ausbeutung möglichst aushaltbar gestalten wollen und jenen, die um die zukünftige Beschränktheit der materiellen Zugeständnisse wissen und deshalb vorbeugend mit Gewalt den verängstigten Lohnabhängigen klar machen wollen, daß Widerstand nur blutige Köpfe provoziert. Aber insgesamt hat es auch die DDR-Bourgeoisie mit ihrem Proletariat weitaus schwieriger als die BRD-Bourgeoisie. Und daß da die relative Enge des materiellen Rahmens und die sklavische Unterwerfung unter die Gunst des großen Bruders eine Rolle spielen, ist gewiß. Deutschland hat zwar als ganzes den Krieg verloren, dies allerdings mit dem Unterschied, daß die USA ein hochindustrialisiertes Land waren und keinen Vasallen als Maschinenlieferanten brauchten, während der sich allmählich imperialistisch erweiternde russische "Sozialismus" vor allem nach der riesigen Zerstörung nach Produktionsmitteln gierte, nicht zuletzt, um in dem Ringen der zwei kapitalistischen Supermächte überhaupt bestehen zu können.

Gab es zwar auch in der DDR schon einige spektakuläre Proteste gegen dieses "brüderliche" Ausaugen durch die UdSSR, so meldet wohl in letzter Zeit zumindest ein Teil der DDR-Bourgeoisie auch außenpolitisch immer deutlicher ihre Bedenken an. So wandte sich ein Aufsatz in der DDR-Zeitschrift "Deutsche Außenpolitik" v. Okt. 1976 gegen eine noch stärkere Ausweitung des RGW-Anteils am Außenhandel der DDR. Die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen den Ländern müsse sich nicht gleichermaßen im Anteil des gegenseitigen Warenaustausches am Gesamtaußenhandel niederschlagen. Es sei auch falsch, daß insbesondere die wachsende Zusammenarbeit in Produktionsvorbereitung und Produktion zwangsläufig zu einem ständig einseitigen Anwachsen des Anteils der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen am Gesamthandel der RGW-Länder führen müsse. Eine

solche These würde nach Ansicht der Zeitschrift auf die Begründung einer regionalen Autarkie und die Diskriminierung von Drittländern hinauslaufen. Vorsichtshalber unterstrich das dem DDR-Außenministerium *nahestehende Blatt* jedoch, daß der RGW-Handel "im Interesse einer planmäßigen wirtschaftlichen Entwicklung" auch weiterhin "solide Grundlage" des DDR-Außenhandels bleiben werde.

Und Vorsicht ist auch geboten, denn bislang gingen die Sowjets gegen diese Art "nationaler" Töne stets rigoros vor. Dies zumal bei der DDR, denn auf dieses Land wirkt die ökonomische Saugkraft der BRD unvergleichlich stärker als auf irgendein anderes. An dieser Stelle müßte die Frage der deutschen Teilung/Wiedervereinigung, auf die wir oben kurz eingingen, nunmehr unter genauer Berücksichtigung der Entwicklung der DDR-Wirtschaft wiederaufgegriffen und theoretisch vertieft werden. Im "Drang nach Osten - Drang nach Westen" bildet dies aber einen besonderen Aspekt, der zugleich wohl der brisanteste ist. Ihn hier gebührend zu untersuchen würde allerdings den Rahmen dieses Aufsatzes sprengen, weshalb wir in einer der nächsten Nummern dieser Zeitschrift gesondert darauf zurückkommen werden. Nach den bisherigen Ausführungen wird aber dem Leser ein wesentlicher Punkt klar geworden sein: Der Versuch, die DDR wirtschaftlich von der BRD zu verselbständigen und in einen auf ökonomischen Gesetzmäßigkeiten beruhenden Verbund mit der Sowjetunion zu bringen, konnte trotz aller politischen und wirtschaftspolitischen Bemühungen nicht gelingen. Im Gegenteil, die vom ökonomischen Determinismus erzwungene Integration des Ostblocks in den Weltmarkt (bzw. der Drang des Westens nach Osten) verstärkt die Tendenz zur wirtschaftlichen Verflechtung der DDR mit der BRD, was vor dem Hintergrund der gegebenen politischen und militärischen Konstellation eine Masse Zündstoff für soziale und politische Konflikte liefert.

Der DDR-Bourgeoisie stehen durchaus harte Zeiten bevor. Wenn wir uns auf den sozialen Aspekt beschränken, so ist zunächst festzustellen, daß sie in den nächsten Jahren ihr Proletariat - natürlich zum höheren Ruhm des "Aufbaus des Sozialismus", immer stärker wird rannehmen müssen. Eine teilweise Entschärfung der brisanten Lage durch verstärkten Konsum wird - so ungenügend er schon in den letzten Jahren war - in Zukunft kaum mehr möglich sein. Und das angesichts wachsender sozialer Spannungen, die sich jetzt - nach den Bemühungen um eine bessere Versorgung - auch in der DDR allenthalben breit machen, zwar nicht in Arbeiteraufständen wie in Polen, sondern in einer ständigen Sehnsucht nach dem jetzt krisenbedingt kaum mehr "goldenen" Westen sowie in einer Arbeitsunlust, deren Ausmaß an der alles durchdringenden Produktivitätshetze zu erkennen ist.

Angesichts dieser Gesamtlage wird selbst die ausgemachtete "Kompradorenbourgeoisie" von inneren Krisen erschüttert und vom "nationalen Virus" heimgesucht. Zwar können die Sowjets mit ihren Panzern die Aufrechterhaltung der politischen Lage in der DDR immer noch militärisch erzwingen, aber eine längerfristige Perspektive ist damit kaum zu erreichen. Nach alter Erfahrung der Herrschenden kann man mit Bajonetten zwar zeitweise alles erreichen -

aber nicht lange auf ihnen sitzen. Reine Gewalt, das wissen auch die Praktiker der Durchsetzung der kapitalistischen Gesetze, braucht mehr als zwangsweise Zustimmung. Erst die inner Überzeugung und offene, gleichsam automatisch sich ergebende Bejahung des Ausbeutersystems durch die Ausgebeuteten schafft jene durch wachsende Arbeitsproduktivität und "freudig" allein der Kapitalistenlogik nach optimaler Kapitalverwertung verpflichtete "Volksgemeinschaftsstimmung", die die Weltmeister der Ausbeutung im "Westblock" - wie die USA, die BRD, die Schweiz und Japan - so einzigartig in der Vergangenheit auszeichnete. Wenn aber eins durch den ökonomischen Schock der letzten Weltwirtschaftskrise die politisch-soziale Szene verändert hat, dann ist es die praktische Infragestellung dieses für das Kapital so profitträchtige Modell eines reformistisch-sozialpartnerschaftlichen "Wohlfahrtsstaates". Er wird zwar auch weiterhin sein Unwesen treiben und die Köpfe der Ausgebeuteten verwirren, aber die Bourgeoisie muß dank der sich krisenbedingt verschärfenden internationalen Wirtschaftskriege auch in diesen Ländern immer mehr zu offeneren Formen der Ausbeutung und Unterdrückung übergehen. Was das für den kaum ähnlich disziplinierten "östlichen" Kapitalismus und nicht zuletzt für die in brennenden Widersprüchen verstrickte DDR bedeutet, ist kaum abzusehen, vor allem, wenn dem dortigen Proletariat wegen wachsender Krisensymptome das westliche "Paradies", an das es sich wie an eine Erlösungshoffnung bisher glaubte klammern zu können, endlich als Scheinalternative genommen wird, denn dieses "Paradies" ist auch die Zielvorstellung aller reformerischen Versuche der Bourgeoisie des Ostblocks. Auch in der DDR werden sich dann nicht mehr "linke" Philosophen, Schriftsteller und Liedermacher allein als die eigentlichen Sachwalter des dortigen Proletariats aufspielen können.

Die Integrierung Rußlands in den kapitalistischen Weltmarkt

Zum tieferen Verständnis der knappen Daten sind noch grundsätzlichere Betrachtungen zum Ost-West-Problem nötig. Die deutsche Wirtschaft drängte nicht zufällig seit den ersten Anzeichen des Endes eines problemlosen, expansiven Wirtschaftswachstums verstärkt auf die Märkte des Ostens. Über Aspekte einer reinen konjunkturbelebenden Exportpolitik hinaus müssen diese, vor allem von den Sozialdemokraten angestrebten Bemühungen unter dem Anzeichen einer "neuen" Ostpolitik auf der Linie der traditionellen deutschen Macht- und Expansionspolitik gesehen werden. Der zentrale Geburtsfehler des "Spätentwicklers" Deutschland war und ist die schwache Verankerung im Weltmarkt über informelle wie formelle Einflußmöglichkeiten in Form von Kolonien, oder aktueller von im Ausland investierten Kapitalien. Auf immer kleineren nationalen Raum drängten sich immer konzentriertere Produktivkräfte, die vor allem über einen verstärkten Warenexport sich Luft verschaffen mußten. Das stellte auch solange kein Problem dar, als ein internationaler Wirtschaftsboom den Absatz recht ungehindert re-

gelte. Sobald aber der Widerspruch zwischen Produktions- und Konsummöglichkeiten sich zuerst national, dann auch international in verschärften Wirtschaftskrisen auswirkte, wurden die stets vorhandenen protektionistischen Tendenzen zusehends manifester und drohten der deutschen Industrie den Export ihrer Waren zu verwehren. Jeder Außenmarkt ist ja in erster Linie Binnenmarkt für das dortige Kapital, und wenn es hart auf hart geht, verflüchtigen sich die schönen Theorien schnell zu Ideologien, und durch die handfesten Interessen der Industrieländer reduziert sich die internationale Wirtschaft auf einen reinen "Merkantilismus".

So war vor allem die Lage in der Weltwirtschaftskrise 1929-32, in der die verschuldete, von ihren Konkurrenten nach der Kriegsniederlage kontrollierte deutsche Industrie mit ihren hochgezüchteten Produktivkräften plötzlich in einem zusammenbrechenden Weltmarkt vor den verrammelten Toren der meisten Staaten ihre eigene Warenmenge nicht mehr losschlagen konnte. Der Zwang zum Export bedingte notgedrungen eine verstärkte Ausbeutung des eigenen Proletariats, denn man konnte nicht wie die europäischen Kolonialländer und die ihren Imperialismus mit Moralsprüchen und anderem Freiheitszauber beschönigenden USA auf ausländische Möglichkeiten zurückgreifen, um sich durch Abschottung dieses eroberten Gebietes relativ günstige Rohstoffbezugsquellen und Absatzmärkte auch unter Krisenbedingungen zu erhalten. Zumindest gewann das Kapital in Frankreich, England und den USA den nötigen Spielraum, um eine Massenradikalisierung wie in Deutschland zu verhindern. Auch wenn damals die deutschen Lohnabhängigen keine revolutionäre Bedrohung für das deutsche Kapital bedeuteten, so stellten sie doch einen bedrohlichen Faktor dar, der die unter dem Zwang der Kostengünstigkeit stehende Industrie hart in Bedrängnis bringen konnte. Angesichts des Zusammenbruchs des Weltmarktes unter der Bildung von autarken "Großwirtschaftsräumen" seitens der wichtigsten Konkurrenten wurde das deutsche Kapital gezwungen, rigorose Formen der "Massenbefriedung" unter dem Zeichen der faschistischen "Volksgemeinschaft" zu finden, um unter der Politik einer relativen Autarkie und Außenhandelskontrolle die Konkurrenzfähigkeit vor allem gegen die angelsächsischen Gegner auf dem Weltmarkt zu stärken. Als traditioneller Expansionsraum diente dabei im Hinblick auf die "besetzte" Welt in erster Linie der Südosten und Osten Europas. Hier ergab sich für das deutsche Kapital die einzige Spalte in der imperialistisch von der Konkurrenz beherrschten Welt. In der zweimaligen imperialistischen Katastrophe der Weltkriege nahm dieser Zwang der deutschen Expansion seinen Lauf. Hier versuchte das deutsche Kapital mit Brachialgewalt die nötigen Rohstoffquellen und Absatzmärkte für seinen Kampf gegen die westliche, vor allem angelsächsische Konkurrenz zu finden.

Die Geschichte fiel bekanntlich anders aus. In beiden Teilen "Restdeutschlands" liegt die Bourgeoisie ihren "Befreiern" vor den Füßen und feiert sie lauthals als Freunde.

Die heutige Lage kann natürlich nicht einfach mit der früheren gleichgesetzt werden, aber nur wenn man in der Vergangenheit blättert, lassen sich Probleme der Gegenwart und künftige Entwicklungen abschätzen. Sichtbar fallen in

letzter Zeit in die Freundschaften einige Wermutstropfen, denn die Interessen der großen "Brüder" stoßen sich zusehends mit den Interessen ihrer "Schützlinge". Die politische Atmosphäre wird wieder eisiger, und die Bourgeoisie in aller Welt schnallt sich angesichts bevorstehender internationaler Stürme die Kinnriemen fester. Die laxen Zeiten der "Entspannung" und der "friedlichen Koexistenz" sind vorbei.

Die BRD-Wirtschaft droht in dieser internationalen Entwicklung trotz scheinbarer Solidität auch in der Weltwirtschaftskrise wieder in die Mangel eines verstärkten Protektionismus zu geraten. Zwar versuchte man in den letzten Jahren eifrig die im Warenexport erwirtschafteten Devisen zur Sicherung der schwachen Verankerung im Weltmarkt durch einen forcierten Kapitalexport einzusetzen, aber trotzdem ist nicht zu übersehen, daß die kleine BRD mit ihren dichtgedrängten Produktivkräften bei der sich daraus ergebenden Exportabhängigkeit eine zentrale Achillesferse besitzt, die das äußerlich so saturierte "Modell Deutschland" über kurz oder lang in einem Strudel nationaler wie internationaler Friktionen zu zertrümmern droht. Hinsichtlich dieser Visionen befällt die deutsche Bourgeoisie eine geradezu hysterische Europabessenseheit, die aber im Verlauf der konkreten Einigung der "künftigen Weltmacht" immer kläglich wird. Mit seiner Ausstrahlung ins Mittelmeer und nach Afrika war Europa ohnehin stets die Alternative zur als "ultima ratio" gedachten Ostexpansion. Nachdem die Perspektive einer Ersatznation in einem vereinten Europa in ständig neuen Schwierigkeiten zu ersticken drohte, verstärkte man nicht ohne Bedacht seinen neuerlichen "Drang nach Osten". Hier fühlt man sich des BRD-Kapitals offensichtlich auch weitaus sicherer, und hier kennt man sich aus.

Die beiden Eisen im imperialistischen Feuer der deutschen Industrie haben dabei ihre folgenreiche Verknüpfung. Die Stagnation in der europäischen "Vereinigung" hat nicht zuletzt ihre Ursache in dem relativen Gleichgewicht ihrer wichtigsten Protagonisten. Deutschland ist nur der "primus inter pares" in Europa, zu schwach um gegenüber Frankreich, England und auch Italien seine Linie durchsetzen zu können. Wie stets in der Geschichte ist auch hier die Machtfrage das Ausschlaggebende, und da paralysieren sich die Kräfte nicht zuletzt eben wegen dieses relativen Gleichgewichts.

Völlig anders sähe die Lage nach einer "Wiedervereinigung" für das deutsche Kapital aus. Mit einem Streich ließe sich dann das Übergewicht gewinnen, das dem deutschen Kapital die nötige Durchschlagkraft für eine Koordinierung der Kräfte unter seinen Vorzeichen in Europa geben würde, und wie bereits bemerkt wirkt der wirtschaftliche Determinismus in der DDR in dieselbe Richtung. Voraussetzung dafür ist allerdings eine Machtkonstellation, die es Rußland geraten läßt, auf ihr "Faustpfand" DDR zugunsten eines wie auch immer gearteten Arrangements mit dem deutschen Kapital zu verzichten.

Und das ist keineswegs so unwahrscheinlich, wie es heute noch klingen mag, denn Rußland hat auf seinem Weg der Entwicklung des "Kapitalismus in

einem Land" einen Punkt erreicht, an dem einerseits eine offensivere Weltmarktorientierung sich immer stärker bemerkbar macht, aber andererseits die Unterentwicklung der eigenen Produktivkräfte im Verhältnis zum wichtigsten Gegner, den USA, sich mit der Zeit als chronisch herauszustellen droht.

Nach der stalinistischen Konterrevolution auf die Perspektive der nationalen kapitalistischen Entwicklung verwiesen, praktizierte Rußland in den ersten Jahrzehnten genau das, wozu vor ihm ohnehin stets Spätentwickler gezwungen waren. Es absolvierte seine "ursprüngliche Akkumulation" bei rigoroser Ausbeutung der Lohnabhängigen, wobei letztere erst im gewaltigen sozialen Prozeß der Industrialisierung ihre neue "doppelte" Unabhängigkeit, nämlich Unabhängigkeit von den Produktivkräften wie von außerökonomischen Bindungen fanden. Angesichts allgemeiner imperialistischer Bedrohung durch das entwickelte Kapital, wie der konkreten faschistischen Expansion, blieb hierbei dem russischen Kapital keine Muße. Nichts durfte dem Zufall überlassen werden, am wenigsten konnte man es sich leisten, den Industrialisierungsprozeß von den Launen individueller Kapitalisten abhängig zu machen - abgesehen davon, daß diese Spezies der Bourgeoisie in Rußland vor der sozialistischen Revolution schon zur Genüge ihre Schwäche bewiesen hatte und ein Großteil von ihnen von dem revolutionären Klassenterror der Bolschewiki verjagt worden war.

Der Staat mußte vielmehr diese Aufgabe der Akkumulation und Investition übernehmen. Er mußte versuchen, die anarchischen Reibungsverluste des Marktes auf ein Minimum zu reduzieren und sozialpolitisch eine kontinuierliche Zufuhr der Ware Arbeitskraft unter Niedriglöhnen zu garantieren. Nach außen war wie stets ein merkantilistischer Schutz der noch schwachen Produktivkräfte gegen die aggressiven etablierten Kapitalzentren nötig, was eine weitgehende Abkapselung der russischen Wirtschaft vom imperialistischen Weltmarkt bedeutete. "Verstaatlichung", "Planwirtschaft" und "Außenhandelskontrolle", diese scheinbaren sozialistischen Gütesiegel, haben hier ihre materiellen Ursachen. Dies mit der rigorosen Integration der Ware Arbeitskraft in den kapitalistischen Staat garniert, ergibt den nicht nur in Rußland anzutreffenden Typus der "ursprünglichen Akkumulation" im imperialistisch-faschistischen Zeitalter.

Durch den II. Weltkrieg weitgehend zerstört, einer Weltmacht mit Atommonopol ausgeliefert, zwang das "Vaterland aller Werktätigen" die durch die Rote Armee befreiten Länder, in denen die Russen ihre Quislinge etablierten, zu "Wasserträgern" des ausgebluteten "Sowjetreiches" zu werden. Nicht wirtschaftliche, finanzielle Abhängigkeit bildete die Basis dieses russischen Imperialismus, sondern im Vordergrund stand anfangs ausschließlich die militärische Macht, die mit der Zeit lediglich politisch-ideologisch ein wenig kaschiert wurde. Aufgrund dieser fundamentalen Schwäche dieses "Imperialismus ohne Geld" ergibt sich bis heute als vorrangiges Mittel der russischen Dominanz die Waffenpräsenz. Zielstrebig wurden die eroberten "Satelliten" im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW) auf die Belange der Industrieentwicklung Rußlands ausgerichtet. Nur China, Jugoslawien und Albanien machten sich von dieser Lieferverpflichtung frei, und Rumänien

weigerte sich in seinem "nationalen Weg zum Sozialismus" in einem halbbrecherischen Balanceakt, die RGW-Spezialisierung des Agrarlandes zu übernehmen, die das russische Kapital der dortigen Bourgeoisie anfangs aufzwingen wollte.

In diesem autarken "Großwirtschaftsraum" forcierte Rußland die Entwicklung seiner Produktivkräfte besonders durch eine rigorose Ausrichtung der Handelsströme der beiden halbwegs industrialisierten Länder, nämlich der DDR und der CSSR, auf die eigenen Bedürfnisse. Das Beispiel der CSSR ist frappant: Der Anteil des Außenhandels der CSSR mit den wirtschaftlich entwickelten kapitalistischen Ländern, der noch 1948 bei der Einfuhr 47,3% und bei der Ausfuhr 43,9% betrug, sank zugunsten der unterentwickelten "sozialistischen" Staaten auf 14,9% bzw. 14,7% im Jahre 1953. Diese erzwungene Integration der CSSR in die "sozialistische Staatengemeinschaft" führte zwangsläufig zu scharfen Spannungen in der gesamten sozialen Struktur, denn ein industriell entwickeltes Land wurde in untergeordneter Stellung in einen Verbund mit Ländern gezwungen, die weitgehend noch in der Phase der vorindustriellen Agrargesellschaft steckten, oder wie Rußland mitten in der ursprünglichen Akkumulation des Kapitals.

Der Molotowplan als Vorläufer dieses RGW war die Antwort Rußlands auf den von den USA lancierten Marshallplan, mit dem der Hauptsieger des II. Weltkrieges die Expansion des schwachen ehemaligen "Waffenbruders" in einem Kapitalstrom zu erstickern versuchte. Die Russen konnten aufgrund der Kriegsschäden im eigenen Land und der bestehenden Kapitalknappheit nichts ähnliches wie die USA bieten. Durch ihren Gegenzug gelang es dem russischen Kapital aber relativ schnell, die Handelsbeziehungen des Westens mit den jungen "Volksdemokratien" auf ein Minimum zu drosseln und so die Polarisierung der außenwirtschaftlichen Beziehungen der Satelliten auf die Nachfrage und das Angebot Rußlands zu reduzieren.

Ohne auf diese Aspekte näher eingehen zu können, soll hier nur festgehalten werden: Unter dem scheinbar so roten Banner des stark angeschlagenen und sich entwickelnden russischen Kapitalismus wurde unter dem Schlagwort des "proletarischen Internationalismus" ein Imperialismus betrieben, der entsprechend der eigenen wirtschaftlichen Schwäche sich vor allem auf seine Militärmacht stützen mußte. Maximale Ausbeutung in Rußland und politisch-militärische Bindung der "Bruderländer" im Sinne der russischen wirtschaftlichen Erfordernisse brachte jene widersprüchliche Dynamik hervor, die dieses "sozialistische Staatensystem" heute noch kennzeichnen.

Ziel all dieser Bemühungen des russischen Kapitals war und ist die maximale Entwicklung der Produktivkräfte. Damit geht eine Zuspitzung der inneren Widersprüche einher, doch tendenziell mußten entsprechend dem erreichten Entwicklungsniveau diese Produktivkräfte auf den Weltmarkt drängen.

Andererseits erzeugte diese Ausbeutung der eroberten Gebiete schwere soziale Spannungen unter den Lohnabhängigen, die in verschiedenen Erhebungen sporadisch ausbrachen. Als Statthalter russischer Interessen preßten die Kom-

pradorenbourgeoisien aus ihrem Proletariat das letzte heraus, was dieses schließlich auf die Straße gegen ihre stalinistischen Ausbeuter trieb.

Auch wenn sich bis heute einige Aspekte geändert haben, so bleibt diese Grundsituation doch aktuell. Rußland bezieht immer noch 75% seines Bedarfs an Investitionsmitteln aus den RGW-Staaten, wobei letztere rund die Hälfte ihres gesamten Exports von Maschinen und Anlagen nach Rußland abliefern. Nicht durch finanzielle oder wirtschaftliche Durchdringung nach Art der entwickelten Kapitale gelangt somit das "sozialistische Vaterland" zu seiner imperialistischen Einflußzone, sondern vor allem durch die politisch-militärische Präsenz - gepaart mit einer fast vollkommenen Abhängigkeit der "Bruderländer" im Außenhandel von dieser "sozialistischen" Großmacht. Die Satelliten beziehen die notwendigen Rohstoffe aus Rußland und liefern dorthin ihre Industriewaren, die aufgrund der Qualitätsmängel (deren Behebung infolge der relativen Rückständigkeit des Abnehmers nicht erforderlich ist) auf dem Weltmarkt kaum abzusetzen wären.

Insgesamt bietet somit der "Ostblock" eine seltsame Situation. Während intern die Handelsströme zwischen Rußland und den Satelliten vorwiegend ein Austausch zwischen Rohstoffen und Industriewaren ist, sieht die Handelsstruktur mit dem Westen genau umgekehrt aus. Dorthin exportieren die nicht-russischen RGW-Länder hauptsächlich Rohstoffe und Agrarprodukte, während sie Investitionsgüter beziehen.

In der Klemme zwischen den Lieferverpflichtungen gegenüber dem großen "Bruder" und den eigenen Belangen der Produktivkraftentwicklung, die im wesentlichen nur mit Hilfe von Westlieferungen ohne große Verzögerung bewerkstelligt werden kann, geraten diese Länder in einen immer stärkeren Exportzwang, aus dem es für die Bourgeoisie nur den Ausweg verstärkter Ausbeutung gibt. Die jüngsten sozialen Spannungen in fast allen Ländern des Ostblocks sind Resultat dieser engen "Freundschaft" der Satelliten zu ihrer "Schutzmacht". Sich artikulierende Widerstände seitens nationaler Bourgeoisfraktionen gegen diese Ausbeutungspraktiken der Russen, die den materiellen Spielraum der Befriedung stets soweit einengen, daß soziale Ausbrüche wahrscheinlich werden und langfristig eine tiefe Identifizierung der Lohnabhängigen mit ihrem Ausbeuterstaat verhindern, wurden schnell im Keim erstickt. Die letzte spektakuläre Aktion war die "Befreiung" der CSSR von der "Konterrevolution". Diese Vertreter mehr oder weniger betonter Abrücktentendenzen vom russischen Kapital sehen nur allzu klar, daß diese Unterwerfung ihrer Wirtschaften unter den kapitalhungrigen russischen Staat nicht nur die sozialen Spannungen immer akuter werden läßt, sondern auch der eigenen Produktivkraftentwicklung ernsthaft im Wege steht.

Die Bedenken dieser "Dissidenten" über die Abhängigkeit vom russischen Kapitalismus und über dessen Zukunft selbst sind sicher berechtigt: ökonomisch erweisen sich die Steuerungsmechanismen der "ursprünglichen Akkumulation" für den heutigen entwickelten

ren Grad des östlichen Kapitalismus immer weniger als stimulierend für die Wirtschaftsentwicklung. Die Praktiken der rigorosen Zusammenfassung aller Potenzen unter die gesellschaftliche Kraft des absoluten, totalitären Staates stoßen im Maße der Entwicklung immer stärker an ihre Grenzen. Mit der Entfaltung der Produktivkräfte in Rußland werden die anarchischen Kräfte des Kapitalismus zusehends manifester, und der Anspruch einer umfassenden Kontrolle der Wirtschaft entlarvt sich immer offener als Bluff. Mit fortschreitender Wirtschaftsentwicklung erwies sich der Totalitarismus, der den Bedingungen der ursprünglichen Akkumulation, bzw. des Wiederaufbaus nach dem Kriege entsprach, ständig mehr als Hemmschuh der Industrialisierung und wurde zu einer Fessel der Produktivkräfte. Hier setzen in der Nach-Stalin-Ära die bekannten Reformdiskussionen unter dem Motto "Markt oder Plan" ein, die mit der Einführung des "Neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖS)" 1963 in der DDR und im "Neuen System der Planung und ökonomischen Stimulierung" 1965 in Rußland ihre konkreten Ergebnisse brachten. Die spezifisch kapitalistische Rationalität, derzufolge nur das "nutzbringend" sein kann, was auch für den Einzelbetrieb "nützlich" ist, wurde mit der Festsetzung des Profits als wichtigster betrieblicher Kennziffer hier praktisch umgesetzt.

Das Proletariat des Ostblocks zeigt in diesem Prozeß des allmählichen Übergangs von einer mehr extensiven zur verstärkt intensiv betriebenen Ausbeutung sein eigenes Gewicht. Ganz im Sinne der kapitalistischen Logik, derzufolge das Wachstum der Schwerindustrie gegenüber der Konsumindustrie den Vorrang hat, leiden die Lohnabhängigen an einer weitgehenden Unterversorgung, die sozialpolitisch in latente Unruhen umschlägt und im Arbeitsprozeß als verbreitete Arbeitsunlust sich auswirkt. Ständiger Appell an die "Werkstätigen" ist nötig, um die im Verhältnis zum Weltmarktniveau geringe Arbeitsproduktivität zu steigern. Daß in diesem Prozeß der Antreiberei die Staatsgewerkschaften ganz vorne an agieren, entlarvt ihren Charakter zur Genüge. Sie stehen nicht in der Tradition autonomer Kampfverbände zur Verbesserung der unmittelbaren Lebensbedingungen des Proletariats, sondern fungieren im Gegenteil als eiserne Klammer, die jegliche ökonomische Kämpfe des Proletariats um Lohn und Arbeitszeit von vornherein unterbinden und das variable Kapital allein den Erfordernissen des Kapitals unterwerfen sollen. Da das Proletariat jeglicher kollektiven Stärke beraubt ist, gelingt es auch der dortigen Bourgeoisie, den Lohnfaktor weitgehend in den Griff zu kriegen. Da es dem russischen Kapital so in einem starken Maße gelingt, über ihre sozialistisch verbräute "Volksgemeinschaft" den Lohnfaktor als zentralen Fixpunkt der Kapitalverwertung umfassend zu kontrollieren, erübrigen sich gewissermaßen die mit Inflation und Arbeitslosigkeit zusammenhängenden traditionellen Praktiken. Diese werden aber in jüngster Zeit mit den Erfordernissen verstärkter Ausbeutung angesichts massierter Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt auch in diesen Breiten immer offener ein Knebel der dortigen Arbeiterklasse. Und daß die Planung eine Farce ist, zeigt gerade die offene Unfähigkeit der dortigen "Arbeiterführer", die Konsumindustrie verstärkt zu entwickeln - und sei es auch nur, um dem maulenden

"Volk" das Maul zu stopfen. Vor allem die Landwirtschaft hängt wie ein ständiger Klotz am Bein des russischen Kapitalismus. Noch heute produzieren in der russischen Landwirtschaft 30% der Bevölkerung weniger Getreide als 5% der amerikanischen. Wahrlich ein schlagender Beweis für den Unsinn der immer behaupteten souveränen "Planwirtschaft". Dabei sind die landwirtschaftlichen Voraussetzungen keineswegs schlecht: In Rußland werden etwa 550 Mill. ha Land genutzt, d. h. daß pro Kopf der Bevölkerung 1,9 ha Ackerfläche zur Verfügung stehen. Das ist eine Fläche, die viermal so groß ist wie diejenige, die beispielsweise in der BRD pro Kopf vorliegt. Daraus ergibt sich, daß Rußland eigentlich ein Land sein müßte, das keinerlei Agrarprobleme kennt, denn es gibt nur wenige Länder in der Welt, in denen eine derart große landwirtschaftlich genutzte Fläche pro Einwohner vorhanden ist. Auch hier zeigt sich die russische Unterentwicklung deutlich. Die Ausstattung der dortigen Landwirtschaft mit Maschinen - neben der sozialen Struktur auf dem Lande sicher ein wichtiger Punkt in dieser chronischen Misere - ist nach wie vor unzureichend. Die russische Industrie ist nicht einmal in der Lage, die von russischen Fachleuten errechnete Mindestausstattung der landwirtschaftlichen Betriebe zu decken. Dies mit dem Effekt, daß in den Kolchosen und Sowchosen in der Regel immer nur halb so hohe Erträge wie in der westeuropäischen Landwirtschaft erwirtschaftet werden. Gerade auch am Beispiel Rußlands zeigt sich überdeutlich, daß "das kapitalistische System einer rationellen Agrikultur widerstrebt oder die rationelle Agrikultur unverträglich ist mit dem kapitalistischen System..." (Kapital III, S. 131).

Trotz dieser chronischen Schwierigkeiten gelangte Rußland in ein Entwicklungsstadium, welches die autarken Grenzen zunehmend sprengte und immer stärker auf den Weltmarkt drängte. Auf allen Ebenen wird dieser Bezug zum Weltmarkt stets aktueller. Unter dem Zeichen einer "friedlichen Koexistenz" betreibt Rußland eine wachsende Bindung an die entwickelten kapitalistischen Zentren, die allerdings immer noch mehr der Entwicklung eigener Produktivkräfte verpflichtet ist, als daß sie machtvoll ihre erreichte Produktivität ins Spiel bringen könnte. So wie aber einst z. B. Deutschland und die USA durch einen ständigen Strom von Maschinen usw. aus England ihre Produktivkraft steigerten und (hochverschuldet) dennoch immer stärker die englische Vorherrschaft angreifen konnten, so wird das russische "Weltreich" zunehmend zur eigenen aktiven "Weltpolitik" gedrängt, die den status quo der jetzt dominierenden Staatenkonstellation mit den USA an der Spitze im wachsenden Maße störend in Frage stellt.

Hatte Rußland anfangs mit sich und seinen Eroberungen genug zu tun, so forciert es für alle Zeitgenossen sichtbar immer stärker eine expansive Außenpolitik, die allerdings an der eigenen wirtschaftlichen Schwäche noch ihre Grenzen findet. Aber seit dem "Schock von Kuba" hat sich doch entscheidendes geändert: Hier kam den Vertretern des russischen Kapitals ihre Unterlegenheit richtig zu Bewußtsein, und angesichts dieser Tatsache verstärkten sie in einem riesigen Kraftakt die militärischen, vor allem maritimen Potenzen. Jetzt drängt die "Rote Flotte" allmählich in alle Meere vor, die bislang vom

vorherrschenden Kapital gewissermaßen qua Wohnheitsrecht allein beansprucht werden.

Wie eh und je werden diese Machtkämpfe um den Weltmarkt weniger direkt zwischen den eigentlichen Kontrahenten, als vielmehr auf dem Rücken der Länder an der "Peripherie" ausgetragen. Diese Länder der sogenannten 3. Welt sind nach der formalen politischen Unabhängigkeit über vielfältige wirtschaftliche, finanzielle und militärische Einflüsse von den alten "Herren" abhängig und vermehren über eine konstante "primitive Akkumulation" weiterhin deren Reichtum, während parallel dazu durch diese Ausbeutung eine progressive Verelendung der Masse der Bevölkerung in der 3. Welt erzeugt wird.

Dieser Prozeß der weitgehenden Unterwerfung des relativen Industrialisierungsprozesses dieser unterentwickelten gehaltenen Länder unter die Belange der produktivsten Kapitale geht natürlich mit einer komplexen Form von Widersprüchen einher, die hier nicht näher dargestellt werden kann. Es geht hier um diese Dialektik zwischen der von der "1. Welt" als offizieller "Heilslehre" propagierten Ordnung der internationalen Wirtschaft und ihrer realen Durchsetzung in der ökonomischen wie sozialen Entwicklung der Betroffenen, die selbst korrupte Vertreter dieser Länder in einen allmählichen Widerstand zwingt. Die vom herrschenden Kapital gepriesene und durch vielfältige nationale wie internationale Kanäle durchgesetzte Politik der "offenen" Weltwirtschaftsordnung, die für alle die vermeintlich besten Ergebnisse bringen soll, zeigt in der Realität je länger, desto schärfer ihre völlig entgegengesetzten Resultate, die für jeden, der die innere Mechanik dieser internationalen Arbeitsteilung kennt, auch gar nicht anders zu erwarten waren.

In diese Widersprüche, die sich immer stärker in "antiimperialistischen" Kampfrufen der verschiedenen nationalen Bourgeoisien Luft zu machen versuchen, setzt Rußland seine Hebel an. Während das entwickelte Kapital in seiner konterrevolutionären Politik des absoluten status quo seine Rechte als stärkster Teil der Weltwirtschaft zu verteidigen sucht und dabei mit Vorliebe auf die reaktionärsten, vorkapitalistischen Kräfte zurückgreift, erhebt sich Rußland mit seinem "proletarischen" Getöse zum Anwalt aller "Entrechteten und Geknechteten", wobei aber, wenn es um's Geschäft geht, auch das russische Kapital mit gewohnter Skrupellosigkeit die scheinbar so hehren Ideale über Bord wirft. Beim Geschäft mit Chiles Junta vergißt der Osten diese Ideologie, und auch in Persien wittert Rußland gute Geschäfte. Analog zu früheren Entwicklungen stehen im "antiimperialistischen" Kampf wieder ähnliche Parolen im Vordergrund, mit denen das aggressiv sich entwickelnde Kapital in traditionelle Herrschaftsbereiche des weit entwickelteren Gegners vorzudringen versucht. Mit diesen moralischen Ansprüchen machte einst England den Spaniern deren Weltreich abspenstig, um sofort danach gegen die Etablierung des französischen und nordamerikanischen Kapitals sein Erstgeburtsrecht zu verteidigen. Und die Nordamerikaner glauben selbst heute noch in einer Neuauflage ihrer moralisierenden imperialistischen Politik, den Völkern ihre Sitten lehren zu können - dies

angesichts der eigenen blutigen Geschichte von Völkermord und Unterdrückung in den Gebieten, die man dank eigener Wirtschaftskraft und "antiimperialistischen" Geseiche einst den Engländern abjagte. Es ist das ewig gleiche kapitalistische Lied. Der Stärkere verlangt dann gebieterisch, daß man zukünftige Konflikte und Machtkämpfe "friedlich", "gewaltfrei" usw. auszutragen habe, nachdem er bluttriefend das Siegerpodest erreichte. Wie die Bourgeoisie das von ihr ausgebeutete Proletariat in seinen Fesseln und Niederlagen halten und, bis an die Zähne bewaffnet, zu jeder blutigen Unterdrückung bereit, den Arbeitern als einzige Waffe den Palmenwedel zugestehen will, so versucht die stärkste Fraktion der Weltbourgeoisie, dieses Spiel von Macht und Ohnmacht auch gegenüber ihren mit allerlei wilden Sprüchen und möglicherweise roten Tarnfarbe auf die Bühne drängenden Kumpen zu praktizieren. Wie würde sich wohl heute die offizielle Kommentierung einer so gewaltträchtigen Revolution wie der französischen in diesen "frommen, caritativen" Köpfen der etablierten konterrevolutionären Bourgeoisien des Westens ausmachen, wenn sie selbst bei weit lächerlicheren Ausgaben heute ihr lautes Zeter und Mordio in die Welt hinausheulen. Der Kaiser von Äthiopien ist ermordet worden. Ach Gott! Und an den Händen dieser humanistisch tönenden Galgenvögel klebt das Blut von Jahrhunderten, das bis heute nie trocken wurde.

In diesem Machtkampf um die Pfründe der Welt sehen allerdings die Trümpfe der Russen nicht allzu prächtig aus. Ihre Kapitalmittel sind noch zu beschränkt, und sie sind noch zu sehr mit eigenen inneren Problemen beschäftigt, als daß sie eigentlich offensiv auftreten könnten. Aber im Falle Vietnams und jetzt aktuell des südlichen Afrikas zeigt sich doch deutlich, daß die Russen immer stärker gewillt sind, die Kreise der "heiligen Allianz" der westlichen Konterrevolution zu stören. Sicher nicht, um die "Völker" vom Joch des Kapitalismus zu befreien, sondern um die Grundlagen des Hauptgegners zu schwächen, aber auch um der eigenen imperialistischen Expansion Stützpunkte zu verschaffen.

Faßt man die bisher knapp skizzierten Grundlinien des russischen "Drangs nach Westen" zusammen, so ergibt sich eine komplexe Situation, angefüllt von Spannungen und Widersprüchen. Im Innern bemühen sich die Vertreter des russischen Kapitalverwertungsprozesses, die eigene Entwicklung zu beschleunigen, wobei neben der rigorosen Ausbeutung des eigenen Proletariats die "brüderlichen" Verpflichtungen der kleinen Ostblockstaaten zum "Aufbau des Sozialismus" erhalten müssen. Erst in jüngster Zeit gelang es den Russen, diese Bindungen unter dem Zeichen des "proletarischen Internationalismus" wieder zu festigen. Nach dem Preisanstieg für Rohstoffe, vor allem Erdöl, sitzt Rußland gegenüber seinen Satelliten wieder eindeutig am längeren Hebel. Diesen "Bruderländern" erhöhten die russischen Kapitalvertreter den Ölpreis seit 1971 um das dreieinhalbfache, wobei er aber immer noch um rund 30% billiger als auf dem Weltmarkt ist. Erst im letzten Jahr verteuerte sich das russische Öl im Ostblock um 22,6% auf 49 Rubel pro Tonne (Handelsblatt v. 28. 2. 77). Wenn man be-

denkt, daß der russische Export heute zu 35% aus mineralischen und agrarischen Rohstoffen und zu 45% aus Halbfabrikaten besteht, dann versteht man, weswegen die "Planer" in Moskau mit langfristig hohen Rohstoffpreisen rechnen (HB v. 4./5. 3. 77). Auf diese Weise ist der Wert der Rohstoffexporte in westliche Staaten von 2,2 Mrd. Rubel 1971 auf 5,5 Mrd. Rubel gestiegen, wobei natürlich auch ein Mengenzuwachs vorliegt. Durch zukünftige, allerdings durchweg kostspielige Erschließungen neuer Rohstoffvorkommen im fernen Osten und im Norden des Landes hofft man, im Laufe der nächsten Jahre noch stärker ins Rohstoffgeschäft zu kommen. Da neben Polen, das Kohle aus Oberschlesien exportiert, selbst aber von Öl- und Erdgaslieferungen abhängig ist, nur Rußland Rohstoffe in den RGW-Bereich exportiert, besitzt es eine deutliche Monopolstellung, von der das russische Kapital auch Gebrauch zu machen versteht. Die so von Rußland abhängigen Länder geraten auf Grund dieser relativen Auszehrung in zunehmende Spannungen, die das gesamte soziale Gefüge des Ostblocks zu unterminieren drohen. Es ergibt sich folgender charakteristischer Teufelskreis: Die Bindungen an Moskau engen den eigenen Wirtschaftsspielraum ein, wodurch die materiellen Möglichkeiten der Befriedung des Proletariats schwinden. Dieses greift damit zwangsläufig zu den verschiedenen Formen des Widerstandes und wird sich immer mehr des schreienden Widerspruches zwischen Anspruch und Wirklichkeit dieser "sozialistischen" Schmiere bewußt. Jedenfalls gelingt es der dortigen Bourgeoisie kaum mehr, die weitgehende Identifizierung der Ausgebeuteten mit ihrer Ausbeutung zu erreichen, wie sie sich im Westen - zumindest bislang - als so profitträchtig und arbeitsfördernd erwiesen hat. Die Arbeitsproduktivität muß vielmehr dort mit vielfältigen Mitteln des außerökonomischen Zwangs stimuliert werden, was nie zu einem befriedigenden Ergebnis führen kann. Sicher spielt auch die Tatsache eine Rolle, daß im Ostblock durchweg weniger moderne, d.h. weniger produktive Maschinen im Einsatz sind, die nicht dieses mörderische Arbeitstempo vorgeben, wie es im Westen Mode ist. Die "schlechte" Arbeitsproduktivität verhindert nicht zuletzt die Verwirklichung des alten Traumes des russischen Kapitals, mit dem entwickelten Kapital gleichzuziehen. Und falls sich die vom neuen Freiheitsapostel in den USA eingeschlagene Politik der härteren Gangart gegenüber Rußland fortsetzt, so werden die Russen zu immer schärferen Anstrengungen im Wettrüsten gezwungen werden, was im Endeffekt nichts anderes heißt, als daß das eigene Proletariat noch mehr rangenommen werden muß. Subbotniks zum Wohle der Stärke der "Sowjetmacht" werden sicher Mode. Wie allerdings das russische Kapital auf diese Weise die nötige Arbeitsproduktivität erreichen will, bleibt Geheimnis der "Berufsrevolutionäre" im Kreml. Oder anders gesagt: Wer gibt den Russen die Karten im großen Poker um die Weltmacht in die Hand? Nur naive Geister können sich vorgaukeln, daß die Vertreter des russischen Kapitals souverän ihre Bedingungen bestimmen. Ihnen ist ihr materieller Rahmen vielmehr weit enger gezogen, als den ebenso ohnmächtigen Aktivisten an der Verwertungsfront im Westen. Allein daß Basis und Überbau, wie eine Karikatur überspitzt, das tiefere Wesen von Ausbeutung und Herrschaft

so weitaus klarer zu Tage fördern als im Westen, sagt genug über den Spielraum der Russen. In der Ökonomie herrscht offene Ausbeutung und in der Politik die Farce der kaum demokratisch verbrämten Diktatur der Bourgeoisie. Zur Herrschaftssicherung muß deshalb weitaus stärker als im Westen die offene Gewalt eingesetzt werden.

Vom Westen versucht man in diesem Dilemma durch weitgehendes Wohlverhalten wirtschaftliche "Entwicklungshilfe" zu erlangen. Aber bislang zeigte der Kooperationswille der Russen seitens der Amerikaner kaum eine entsprechende Belohnung. Ernüchterung macht sich im Osten breit, zumal die westlichen Apostel ihre "Frohe Botschaft" des entwickelten Kapitalismus immer offensiver gegen die östlichen Diktaturen ins Spiel bringen. Jedes erlittene Unrecht an ihrem geringsten "Bruder" im Osten erzeugt bei diesen Berufshumanisten wilden Schaum vorm Mund. Wir leben in der Tat in einer Zeit der "Tendenzwende". Noch sind die Bedingungen für eine allgemeine militärische Austragung des Konflikts nicht reif, die zunehmende Aufrüstung mit konventionellen Waffen und mit "taktischen" atomaren Waffen spricht hier aber eine beredete Sprache. Das völlige Scheitern einer Entspannungs- und Abrüstungsstrategie, die von zunehmender Aufrüstung begleitet wird, zeigt deutlich, wohin der Weg führt. Und soweit man diese Wahnsinnigen - getrieben von der Logik ihrer kapitalistischen Produktionsweise - aus der bisherigen Geschichte kennt, haben sie

in letzter Konsequenz noch immer ihre Scheu "überwunden" und in wildem Amok ihren Gesetzen Genüge getan. Damit sich in diesem Jahrhundert dieser Wahnsinn des Kapitalismus nicht nochmal auswirken kann, ist die revolutionäre Zerschlagung dieser Produktionsweise vordringlich.

Wie im Falle Deutschlands schon zweimal exzerziert, wird sicher das russische Kapital der Bann aller Friedensfreunde treffen, denn es wird in der Tat proportional zu seinem Wachstum und zu seinen inneren sozialen Spannungen zusehends stärker gezwungen werden, die Kreise der Altein-gesessenen zu stören. Für den Dominierenden ist jeder fehlende Zacken in seiner herrschaftlichen Krone eine nationale Katastrophe, und in der Tat wird in diesem "Zweifrontenkrieg" der "Zweiten" und "Dritten Welt" gegen die Erbhöfe der "Ersten" letztere stets mehr ihren heute noch so stolz präsentierten Spielraum verlieren, um das Proletariat über das Blendwerk des "Wohlfahrtsstaates" in den Griff zu bekommen.

In dieser sich zuspitzenden "Dreifaltigkeit" weltweiter Widersprüche werden sich die Eruptionen, die heute noch schwach sind, vielfach verstärken. Daß diese aus der inneren Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus auf Weltebene sich entfaltenden sozialen Spannungen zur revolutionären Überwindung dieses Wahnsinnsystems zusammengefaßt und vorwärtsgetrieben werden, dafür ist die zielstrebige Arbeit einer *Internationalen Kommunistischen Partei* nötig.



KOMMUNISTISCHES PROGRAMM NR. 15-16

1917-1977 : BILANZ EINER REVOLUTION

— Die Grossen Lehren der Oktoberrevolution

— Die falschen Lehren der Konterrevolution in Russland

Nur der Marxismus zieht die Lehren aus der Geschichte
 Die klassische bürgerliche "Lehre"
 Die sozialdemokratische "Lehre"
 Die anarchistische "Lehre"
 Die "Lehre" der Selbstverwaltungssozialisten
 Die trotzkistische "Lehre"

— Die sowjetische Wirtschaft vom Oktober bis heute

Das ursprüngliche Wirtschaftsprogramm der Bolschewiki und der Sozialismus
 Die ökonomischen Maßnahmen nach dem Aufstand
 Der Kriegskommunismus
 Die "Neue ökonomische Politik" (Frühjahr 1921-1928)
 Der Zusammenbruch der NEP
 Die Wirtschaftsdebatte und der Prinzipienkampf in der bolschewistischen Partei von 1923 bis 1928
 Die Krise von 1927-28 und die Auflösung der NEP
 Das kapitalistische Rußland Nr. 2

DIE SOZIALE BEWEGUNG IN CHINA

V.

GRUNDLINIEN DER KAPITALAKKUMULATION UND KLASSENKÄMPFE 1949 - 1977

(Die vier ersten Teile dieser Arbeit, die ursprünglich Mitte der 60er Jahre in "Programme Communiste" erschienen, wurden in KP Nr. 10, 11, 12 und 13 veröffentlicht. Dieser fünfte und letzte Teil wurde für die deutsche Ausgabe neu verfaßt, um auf die "Kulturrevolution" und die darauffolgende Periode einzugehen. Aus Platzgründen mußten wir deshalb auch einen Teil der Daten und Schilderungen zur Industrieentwicklung auslassen bzw. zusammenfassen.)

Nachdem die Widersprüche und die daraus resultierende Zwangslage in der chinesischen Agrarpolitik im letzten Teil untersucht wurden, sollen jetzt die spezifischen Tendenzen der industriellen Entwicklung, d. h. der Entwicklung des Kapitalismus in China verdeutlicht werden, wobei wir uns auf die wichtigsten Grundlinien der Akkumulation beschränken müssen.

1. DIE REKONSTRUKTIONSPERIODE (1949 - 1952)

So wenig radikal und so kompromißlerisch, wie die Maoisten die bürgerliche Revolution in China vorangetrieben hatten, verhielten sie sich auch nach der Eroberung der Macht. Gefangen in einer Praxis der "Harmonie" des Blocks der vier "guten" Klassen und der volks- bzw. neudemokratischen Herrschaft, war die maoistische Bourgeoisie - entgegen den Sprüchen ihres Meisters von den vielfältigen "Widersprüchen im Volke" - von Anfang an bestrebt, die berühmte "Ruhe und Ordnung" im eroberten Großreich aufrechtzuerhalten. Noch vor der endgültigen Besetzung der großen Städte gaben diese "Führer" des chinesischen Proletariats den unmißverständlichen Aufruf heraus: "Die Arbeiter und Angestellten aller Berufe werden aufgefordert, mit ihrer Arbeit fortzufahren und alle Angelegenheiten wie gewohnt durchzuführen. Die Funktionäre von der Kuomintang und von allen anderen politischen und administrativen Einheiten, wie die Polizei, müssen in ihren Ämtern bleiben und den Befehlen der Volksbefreiungsarmee und der Volksregierung gehorchen." (Neues China, 3. Mai 1949) Diese Revolutionäre einer "kommunistischen" Umwälzung ohne Beteiligung des Proletariats erwiesen also auch jetzt ganz klar ihre eigentliche Zielsetzung: Noch bevor die nationale Revolution überhaupt die Städte voll erreicht hatte, wurde sie für die dortigen Arbeitermassen als beendet erklärt. Das chinesische Proletariat war für die neuen Herren nur als fügsames Ausbeutungsobjekt von Bedeutung. Jene nationalen "Sozialisten", die in Wirklichkeit die schlimmsten Apologeten des Kapitals sind, sahen dagegen die Hauptstützen für ihre "Sozialismus in einem Land" apostrophierte bürgerliche Akkumulationsdiktatur im nationalen wie interna-

tionalen Kapitalismus. Wirtschaftlich wurde die Verstaatlichung des durchweg ausländischen Großkapitals, die Aufteilung des Großgrundbesitzes unter die Bauern, aber gleichzeitig auch die Unterstützung mittlerer und kleinerer Privatunternehmen und die Beibehaltung reicher Bauernwirtschaften gefordert. Zentral war die schonende Behandlung der sog. nationalen Bourgeoisie in den Anfangsjahren, war sie doch nach Maos Definition ein Bündnispartner im "Block der vier Klassen".

Praktisch hieß das, daß die Betriebe der chinesischen Kapitalisten gegen die Zahlung einer Dividende von rd. 5% des Nominalkapitals "enteignet" oder in eine Mischform staatlicher und privater Beteiligung überführt wurden, wobei in diesem Fall die ehemaligen Besitzer oft als Betriebsleiter beibehalten wurden. Bis 1952 hatte diese Art von "Sozialisierung" etwa zwei Drittel aller Unternehmen erfaßt.

Im Vordergrund der politischen Richtlinien dieser ersten Jahre stand die Reorganisation der schwach entwickelten und durch die lange Kampfphase stark dezimierten Produktivkräfte. Dabei weist die chinesische Wirtschaft vor 1949 alle Merkmale einer Unterentwicklung auf. Die Rückständigkeit wird besonders deutlich, wenn man berücksichtigt, daß der Industriesektor vor allem handwerkliche, technisch rückständige Betriebseinheiten umfaßte, die etwa zwei Drittel des gesamten Produktionswertes der Industrie aufbrachten. Nur ein Drittel des Produktionswertes - d. h. etwa 30% des gesamten Warenwertes - entfiel auf nach damaligem Maßstab moderne Industrien, die überwiegend in den Küstenregionen angesiedelt waren. 85% der gesamten Industrieproduktion wiederum waren Erzeugnisse der Konsumgüterindustrie. (Ta-chung Liu/Kung-chia Yeh, The Economy of the Chinese Mainland: National Income and Economic Development 1933 - 1959, Princeton 1965, S. 88 f., S. 142 f.)

Die Neuverteilung des Bodens und die damit gekoppelte Befriedigung des Landhungers der Bauern und die Reorganisation der Industrie zeigten trotz sozialer Spannungen (Streiks, Bauernunruhen etc.) im Klima der neugewonnenen staatlichen Ordnung rasche Anfangserfolge. Dabei fungierten die während der Bodenreform beschlagnahmten Vermögenswerte an Wertgegenständen, Nahrungsmitteln, Vieh und Gebäuden in einer geschätzten Gesamthöhe von 8,6 Mrd. US-\$ gleichsam als einmalige Initialinvestition zur Industrialisierung. Der Anteil der Landwirtschaft am ge-

samten Warenwert ging in diesem Zeitraum von 57% (1933) auf 48% (1952) zurück, gemessen an Preisen von 1952. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Industrieproduktion von 14% auf 18% (ebd., S. 88).

Aber selbst nach diesem Aufschwung stand die chinesische Wirtschaft im Vergleich zu den Industrieländern noch recht jämmerlich da. Selbst gegenüber Rußland war dieser Abstand extrem, was nur die allgemeine Schwäche der Produktivkräfte noch mal verdeutlicht. In Zahlen ergibt sich die Ausgangslage Chinas am Vorabend der eigentlichen Industrialisierung im Vergleich zu Rußland vor dem 1. stalinistischen Plan so:

	China 1952	SU 1927
Bevölkerung (Mill.)	583,00	147,00
Arbeiter u. Angestellte in der Industrie (Mill.)	4,00	4,10
Bestellte Anbaufläche (Mill. ha)	108,00	112,40
Kohleförderung (Mill. Tonnen)	63,50	32,30
Roheisen (Mill. Tonnen)	1,90	3,00
Stahl (Mill. Tonnen)	1,35	3,72
Elektr. Strom (Mill. Kilowatt)	7260,00	4205,00
Zement (Tausend Tonnen)	2860,00	1403,00
Eisenbahnnetz (Tausend Km)	24,20	75,60

Dabei ist bei den obigen Zahlen das zu Lasten Chinas weit ungünstigere Pro-Kopf-Verhältnis noch nicht einmal berücksichtigt.

11. DER 1. FÜNFJAHRPLAN (1953 - 1957)

Anders als im stalinistischen Rußland, das mit den "glorreichen Plänen" Ende der 20er Jahre scheinbar endgültig den gradlinigen Weg des "Sozialismus in einem Lande" fand, begann der Einstieg Chinas in diese Mythologie recht unglücklich. Der im stalinistischen Selbstverständnis als in konkrete Handlung umgemünzte Triumph des Willens über das leidliche Wertgesetz, das den "normalen" Kapitalisten so zu schaffen macht, wurde immer wieder von der Wirklichkeit konterkariert. Den Einstand brachte man erst mühsam 1955 zustande, so daß es sich streng genommen nur um einen Dreijahresplan handelte. Die groben Inhalte sind allgemein bekannt: Alles stand unter dem Stern der Hilfe des "großen sozialistischen Bruders" mit dem Ziel der forcierten Entwicklung der Schwerindustrie, also der Produktionsgüterindustrie, zu Lasten der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie. Konkret hieß das nichts anderes, als daß die chinesische Bourgeoisie die Produktivkräfte ohne Rücksicht auf die Belange des frisch befreiten "Volkes" entwickeln wollte, um die gerade wieder in Gang gesetzte Akkumulation beschleunigen zu können. Und entgegen allem "philosophischem" Getöse und selbstgefälligem Voluntarismus blieb auch der chinesischen Bourgeoisie als Hauptquelle der Akkumulation allein die steigende Auspressung von unbezahlter Arbeit - also Mehrwert. Bauern und Arbeiter wurden in immer neuen Kritikkampagnen zu mehr Arbeitsproduktivität angehalten, alles natürlich zugunsten des auch hierzulande allzu bekannten "Gemeinwohls", unter dessen oberster Gültigkeit man seinen Eigennutz ja schnell ablegen sollte, wollte man nicht als konterrevolutionär-bürgerliches Subjekt die Lektion in einem der diversen Arbeitslager unter dem auch wieder bekannten Motto der "Umwandlung durch Arbeit" - denn Arbeit macht bekanntlich frei - nachholen müssen. Hier haben wir den materiellen Grund für den immer wieder ausbrechenden Zirkus maoistischer Massenaktionen, der vor allem der verlorenen

Jugend des Westens jenen verklärten Glanz in die Augen trieb. Für die chinesischen Massen bedeuteten sie niemals etwas anderes als Antrieberei und Selbstverleugnung zum höheren Ruhm staatlicher Allmacht.

Daneben gab's dann noch die "brüderliche" Hilfe des selbsternannten "Vaterlands aller Werktätigen", in dessen Arme die chinesische Bourgeoisie vor allem wegen der anhaltenden Intransigenz der USA getrieben wurde. Für Rußland selbst bedeutete der 2. Weltkrieg das endgültige Ende des kleinbürgerlichen Traums von einem "Sozialismus in einem Lande", denn es war eine Absurdität zu glauben, daß es sich hinter seinen nationalen Grenzen von Gesetz und Zwängen des Weltmarktes befreien könnte. Der stalinistische Irrglaube der autarken Entwicklung erlebte immer wieder durch die kapitalistischen Gesetze des Weltmarktes seine ersten Zurechtweisungen. Dies bleibt auch für die chinesische Neuauflage eines asiatischen Stalinismus voll gültig. Aber bevor es den Weltmarkt verhöhnte, mußte auch China dessen unerbittliche Regeln erleiden. Und wie aus einer Ironie heraus, an die sich die Geschichte bereits gewöhnt hat, war es gerade Rußland, welches ihm dieses Gesetz aufzwang.

Der schon 1952 hohe Anteil der Importe aus den "sozialistischen" Ländern - 7% der Gesamtimporte - erreichte 1954 mit 82% seinen Höhepunkt; danach gehen allerdings die relativen Anteile, nicht jedoch das Volumen, bis 1957 stark zurück (63,5%). Die Importanteile aus Rußland reduzieren sich sowohl relativ wie wertmäßig von 63% im Jahre 1953 über 50% (1956) auf 39% im Jahre 1957. Trotz dieses relativen Rückgangs steigt das Importvolumen aus allen Ostblockländern im Verlauf des 1. Fünfjahrplanes (FJP), und zwar von 696 Mio. auf 985,3 Mio. US-\$, d. h. um 41%. (E. Hagemann, Der Außenhandel der VR China mit den europäischen Ländern 1950 bis 1969, in: Vierteljahreshefte des DIW 1971, S. 56).

Besonders der Handel mit Rußland spielte natürlich für China eine entscheidende Rolle in diesen Anfangsjahren. Bis 1956 stand China an erster Stelle unter den Außenhandelspartnern der SU, wurde allerdings ab 1957 von der DDR auf den 2. Platz verwiesen. Für China war die SU der einsam überragende "Partner", mit dem man ganz nach dem traditionellen Muster des Warenaustauschs unterschiedlich entwickelter Länder Maschinen und vor allem ganze Industriekomplexe gegen Rohstoffe und Fertigwaren aus der Leichtindustrie tauschte. Hatte die chinesische Bourgeoisie trotz wenig günstiger Erfahrungen in früheren Jahren manche Illusionen in diese russische Selbstlosigkeit gesetzt, so wurde sie durch die Praxis immer deutlicher eines bessern belehrt. Zwar lieferten die Russen Maschinen und Industrieanlagen, schickten auch das nötige Fachpersonal und halfen mit zinsgünstigen Krediten, aber der Austausch ging zunehmend an die chinesische Substanz, was die sowieso schon schwierige Versorgungslage als Voraussetzung sozialer Befriedung nur erschwerte. Man konnte dem "Volk" das meckernde Maul nicht stopfen, da man durch die ländliche Ausbeutung - direkt über Steuern, indirekt über die Preise - die Mittel für die Industrialisierung aufbringen

mußte - und die gingen vor allem ins auch nicht geeignete Nachbarland, um der dortigen Bourgeoisie aus ihren Versorgungsengpässen zu helfen. Aus Platzmangel sollen hier nur die beiden wichtigsten Ströme im Warenaustausch ausgewiesen werden: Für die SU-Exporte gewann die Lieferung kompletter Industrieanlagen einen wachsenden Stellenwert; sie stieg von 6,8% der Gesamtexporte im Jahre 1951 über 18,3% (1955) auf 38,4% im Jahre 1957. Nahrungsmittel und Nahrungsmittelrohstoffe stellten immer den Hauptposten der chinesischen Exporte da; sie entwickelten sich prozentual von 44,5% (1953) über 43,8% (1955) auf 29,1% (1957), und fielen nur, weil die chinesische Landwirtschaft diesen Dauerentzug nicht verkraften konnte. Dabei blieb die Handelsbilanz bis einschließlich 1955 für China negativ. (Angaben aus: Die wirtschaftliche Verflechtung der VR China mit der Sowjetunion, Hamburg 1959, S. 14 ff)

Die "Hilfe" Rußlands war von Anfang an alles andere als Altruismus. Die Kredite waren zwar zinsgünstig, aber durchweg kurzfristig und zwangen demnach China zu wachsenden Exportanstrengungen, was letztlich einen ständigen Strom agrarischer Produkte über die Grenze schaffte. Die resultierenden Implikationen mußten sich auf die Dauer katastrophal auswirken: Im Innern mußte der Akkumulationsterror mit drakonischer Gewalt durchgesetzt werden, wobei subalterne Stupidität im Alltag und Proklamation hehrer Ideale vom hohen Thron väterlicher Güte genau die Mischung von Ethos und Gewalt versinnbildlicht, mit der noch jede Bourgeoisie ihre Klassendiktatur aushaltbar zu gestalten bemüht ist. In der täglichen Plackerei verging auch den chinesischen Massen bald jeglicher Enthusiasmus, und die so gewonnene Erfahrung aus der Realität ließ die Zugkraft der Galionsfigur Mao bald verblassen. Der soziale Friede, dieses oberste Gut jeder kapitalistischen Ausbeutung, wurde also immer brüchiger. Die süßen Zeiten der ursprünglichen Akkumulation in den Jugendjahren des Kapitalismus, in denen rasche Raubzüge Fantasiesummen ins Land brachten, galten für das chinesische Kapital nicht. Hier galt die harte Devise des ordentlichen Handels, wobei man zudem noch der schwächere Partner war. Wo blieb unter diesen Bedingungen die Zukunft. Dank des westlichen Embargos kam den Russen eine Monopolstellung zu, die sie auch ganz im Sinne kapitalistischer Kaufmannsregeln auszunutzen verstanden. Das kapitalgierige China geriet an den noch hungrieren Moloch Rußland, und die Frage, wer wen aussaugt, hängt nach den kapitalistischen Raubgesetzen allein von der jeweiligen Macht, sprich der Stärke der Produktivkräfte ab. Unter der tönenden Phrase des "proletarischen Internalismus" wird von diesen "sozialistischen" Buchhaltern die "Hilfe" wie bei den Menschenfreunden im Westen stets mit klingender Münze saldiert. Nach statistischen Untersuchungen ausgewählter Importgüter aus der SU lagen die ausgehandelten Preise etwa 25 bis 30% über dem Niveau der Weltmarktpreise, während die chinesischen Lieferungen 10% und mehr unter vergleichbaren Weltmarktpreisen lagen. (Hagemann, S. 58 f., 88 f) Nicht das Geschwätz von Generallinie zur Verteidigung des wahren chinesischen Sozialismus und die Entdeckung einer neuen Bourgeoisie im Rußland nach Stalin legen die Ursachen des bürgerliche Gemüter bewegenden Schismas' bloß,

sondern nur wenn man hinter diesen ideologischen Nebelschwaden den Clinch konkurrierender nationaler Kapitale, also die Grobwirkung des Wertgesetzes auf Weltebene kennt, kann man die schizophrene Logik dieser "Nationalkommunisten" entziffern.

Ironie des Schicksals: Am Ende der Periode waren zwar die Planziele formal erreicht, aber die chinesische Bourgeoisie hatte dennoch ihre erste zentrale Lektion in punkto kapitalistische Spielregeln einstecken müssen. Sah die Rechnung nach außen noch scheinbar erfolgreich aus, so geriet man bei genauerem Kenntnisstand in eine sich immer schärfer abzeichnende Zwickmühle: Sich im Anfangsstadium eigener Industrialisierung vertrauensvoll der Hilfe stärkerer "Partner" zu überlassen, ist noch keinem schwachen Kapital gut bekommen. Die großchinesischen Träume einer schnellen Industrialisierung gestützt auf ein diszipliniertes "Volk" und die Hilfe der SU mußte man bald begraben. Die Allmacht der "Planer" zeigte immer offener ihre Grenzen. Am deutlichsten zeigt sich dies an der Ohnmacht des chinesischen Kapitals, an der vom Imperialismus überkommenden, natürlich nicht nach inneren Bedürfnissen ausgerichteten Lastigkeit der Wirtschaftsgeographie entscheidendes zu ändern. Zwar wurden im 1. FJP 55,3% der Kapitalinvestitionen im Hinterland vorgenommen; der Prozentsatz erhöht sich sogar auf 73%, wenn nur neue Industrieprojekte berücksichtigt werden. Aber bei dem mangelnden Ausbau der allgemeinen Bedingungen einer kapitalistischen Produktionsweise in diesen Gebieten, was man gewöhnlich als Infrastruktur faßt, gerieten die Folgekosten in unbezahlbare Dimensionen. Daneben ergab sich als Konsequenz eine Nichtauslastung der Kapazitäten an der Küste, so daß die Pläne 1958 vorläufig eingestellt werden mußten. (Kang Chao, Policy and Performance in Industry, in: A. Eckstein/W. Galenson/Liu Ta-Chung, Economic Trends in Communist China, Edinburgh, 1968, S. 559)

Im Ganzen war man ökonomisch in eine Sackgasse geraten, das machte der wachsende Unmut der Bevölkerung den Machthabern überdeutlich. Hier ließ man unter "hundert Blumen" erst mal Dampf ab und gegenüber der russischen Lektion zog man seine Konsequenzen. Schließlich hatte man nicht jahrzehntelang gekämpft, um jetzt in ein fremdes Industrialisierungskonzept eingespannt zu werden. Was blieb war der Schneckengang vermeintlicher Autarkie.

III DER GROSSE SPRUNG NACH VORN (1958 - 1960)

Sowenig wie sich ein Philanthrop einbilden kann, er lebe am Rande der Gesellschaft und ihn gehe der ganze Trubel nichts an, so wenig kann sich in der heutigen Zeit zunehmender Durchsetzung eines kapitalistischen Weltmarktes ein Entwicklungsland die Illusion leisten, es könnte sich da erst mal raushalten. Diese Lektion stand der chinesischen Bourgeoisie als nächstes bevor. Angesteckt von den Visionen des bürgerlichen Utopisten Mao geriet China in einen wahren Taumel von Aktivismus, der jetzt mit Gewalt das bringen sollte, was mit "brüderlicher" Hilfe nicht zu erreichen war: das kapitalistische chinesische Großreich. Die "Drei Roten Banner" - Generallinie des

sozialistischen Aufbaus, Großer Sprung nach vorn u. Volkskommune - sollten den chinesischen Massen den Weg zum selbstlosen Dienst am Gemeinwohl weisen. Mit Recht sahen die Vertreter des chinesischen Kapitals in ihrem "Volk" die Hauptproduktivkraft, die es zielstrebig einzusetzen galt. Eine Unzahl kleiner Betriebe wurde im ganzen Land gegründet, in denen die unterbeschäftigten Bauern sich natürlich durchweg unentgeltlich in der Fabrikation von zumeist Roheisen und Stahl üben konnten. Auf dem Höhepunkt dieser Roheisen- und Stahlkampagne Ende 1958 waren ca. 60 Mio. Menschen an 2 Mio. Kleinsthochöfen beschäftigt. Neben den Kleinsthochöfen, Kohle- und Erzgruben, handelte es sich bei den Massenkampagnen um den Bau einer Vielzahl von Ölgewinnungsanlagen, Zementfabriken und Kleinanlagen zur Produktion elektrischer Energie sowie um Kleinbetriebe zur Düngemittel- und Nahrungsmittelerzeugung. Der Produktionsanteil dieser dezentral geleiteten Kleinbetriebe an der gesamten Industrieproduktion erhöhte sich so von 54% im Jahre 1957 auf 74% im Jahre 1959. (C. M. Li, China's Industrial Development 1958-1963, in: China Quarterly, Nr. 17/1964 S. 16).

Auch für diese auswuchernde Kleinproduktion hatte man natürlich ehrgeizige Pläne entworfen. Mit dieser gleichzeitigen Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft wollte man geradezu phantastische Ergebnisse erzielen. Vor allem die Industrie sollte mit Zuwachsraten von 20-30% pro Jahr in Schwung gebracht werden. England wollte man so in 15 Jahren einholen. Aber noch offensichtlicher als der 1. geriet der 2. FJP von Anfang an zur Makulatur. Die Bürokraten in den Planbüros versuchten zwar durch dauernde Korrektur an den ursprünglichen Phantasiezahlen den Eindruck der Ohnmacht zu kaschieren, aber die Tatsachen lehrten diesen Meistern des Willens stets die harte Wirklichkeit kapitalistischer Gesetze, die sich eben hinter dem Rücken der Akteure durchzusetzen pflegen. Von einem "Großen Sprung" kann überhaupt nur im Jahre 1958 die Rede sein. Bereits 1959 kommt es zu einer teilweisen Stagnation; der entscheidende Rückgang setzte dann 1960/61 ein. Die Expansion der Industrieproduktion sank von 45% (1958) auf 4% (1960). Unter Berücksichtigung des Jahres 1961 lag die jahresdurchschnittliche Wachstumsrate der Industrie für die Periode 1958-61 allerdings bei nur 2%-gegenüber 6% während des 1. FJP. (Kosta/Meyer, Volksrepublik China, Frankfurt/Köln, 1976, S. 145/6) Die eigentliche Achillesferse dieses "geplanten" Wirrwarrs war aber die Landwirtschaft, wo wegen der vielfältigen Nebenaktivitäten, die den Bauern abverlangt wurden, die skurrile Lage eintrat, daß auf dem Lande für eigentliche Erntearbeiten die Kräfte fehlten. Auch schwand der Arbeitseifer der Bauern unter diesen "sozialistischen" Arbeitsbedingungen zusehendst. Daß zeitweise auch ungünstige Witterungsverhältnisse herrschten, ist sicher nicht ganz ohne Belang. Aber der Clique um Mao gaben sie vor allem die einzigartige Möglichkeit, sich von diesem Desaster vor dem Volk wenigstens teilweise freisprechen zu lassen. Der größte Witz bei diesem ersten eigenständigen Versuch der chinesischen Bourgeoisie, nach selbstgewählten Methoden sich zu entwickeln, ist aber die Tatsache, daß auch hier die Wirklichkeit ganz andere Daten setzte. Vergleicht man das Wachstum

der Industrieproduktion und berücksichtigt dabei die beiden Abteilungen Investitions- und Konsumgüterindustrie, so geht daraus klar hervor, daß das Konzept der "Simultanentwicklung" - also der proportionale Entwicklung von Landwirtschaft und Industrie- in der Praxis völlig irrelevant bleibt. Sogar mehr noch als während des 1. FJP lag auch in diesen Jahren das Schwergewicht bei der Entwicklung der Investitionsgüterindustrie. Dies illustriert nur noch einmal zusätzlich den kapitalistischen Charakter der chinesischen Entwicklung; denn was ist der Kapitalismus anderes als eine auf Akkumulation und nicht auf Konsumtion abgestellte Produktionsweise. Gerade während der Periode dieses "Großen Sprunges" bewiesen die Maoisten dies überdeutlich: Abgesehen von der Sicherung der notwendigsten Reproduktion sollten die chinesischen Massen mit Hilfe eines ununterbrochenen ideologischen Trommelfeuers zur maximalen Genügsamkeit herangezogen werden. So versuchte man unter der zu allen Zeiten gepriesenen Devise "Viel arbeiten, wenig konsumieren" das Maximale an absolutem Mehrwert aus den chinesischen Arbeitern und Bauern herauszupressen. Daß dieser erste Versuch der ideologischen Anreize so kläglich scheiterte, hängt sicher nicht zuletzt mit der wachsenden Gleichgültigkeit der Massen gegenüber diesen Parolen ab. Wie überall und zu allen Zeiten kamen diese Spruchweisheiten nämlich gerade von solchen, die selbst schon nach der kommunistischen Devise "Jeder nach seinen Bedürfnissen" lebten. Das klägliche Eingeständnis des "größten Marxisten-Leninisten unserer Tage" nach dem völligen Bankrott der so feurig begonnenen Sturmphase ist wert, ausführlich zitiert zu werden: "Der Wegfall einer allgemeinen Planung hat bedeutet, daß wir darauf verzichten, die (wirtschaftlichen) Kräfte auszubalancieren. Über Kohle, Eisen und die Transportkapazitäten wurden überhaupt keine Berechnungen angestellt. Kohle und Eisen können sich nicht von selbst bewegen, sie müssen in Güterwagen transportiert werden. Ich habe diese Dinge nicht vorausgesehen. Weder ich noch der Premier (Chou) hatten uns zuvor um diese Sachen gekümmert, weshalb verständlich ist, das wir von den Planungsangelegenheiten wenig verstanden. Ich will mich nicht entschuldigen, obwohl auch das eine Entschuldigung ist. Ich bin eben nicht der Vorsitzende der Staatlichen Planungskommission. Vor dem August des letzten Jahres habe ich mich hauptsächlich der Revolution gewidmet, und ich hatte keine Ahnung vom Wirtschaftsaufbau und war ohne Erfahrung auf dem Gebiet der industriellen Planung. In meiner Rede im West-Gebäude (das West-Gebäude der Pekinger chung-nan-hai-Residenz) habe ich gesagt, man sollte nicht über meine weise Führung schreiben. Ich habe mich um diese Dinge nicht gekümmert, wie kann man da von einer weisen Führung reden? Aber Genossen, 1958, 1959 habe ich die hauptsächliche Verantwortung getragen, ich bin der, an den man sich halten muß. Früher haben andere die Verantwortung getragen. Jetzt fällt der Tadel auf mich, denn ich habe wirklich viele Dinge an mich gezogen". Und er fährt fort, über die Kampagne zur Stahlerzeugung zu sprechen: "Wer hat die Idee von der Stahlkampagne er- sonnen, Go Qing-shi (Bürgermeister von Shang-

hai) oder ich? Ich war es. Ich habe mit Go gesprochen und ihm 6 Mio. t vorgeschlagen. Danach habe ich mit anderen geredet, auch Chou hat gemeint, die Sache sei möglich... Das ganze hat uns in eine große Katatrophe geführt." (Rede Mao's auf dem 8. Plenum des VIII ZK 23. 7. 59(?) in: R. Hoffmann, Maos Rebellen, Hamburg 1977, S. 164)

Dieser Offenbarungseid ließ von Mao's Autorität in den Augen seiner Klasse nicht viel. Er blieb als Held von Yenan die Galionsfigur des Systems wurde im übrigen seinem "Volk" zur gottähnlichen Verehrung überlassen. Schon auf dem 6. Plenum des VIII ZK im November 1958 wurde Mao zum Rücktritt von seinem Posten als Staatspräsident gezwungen. Den Kurs bestimmten in den nächsten Jahren immer stärker Deng und Liu, die als ehemalige Parteigänger Mao's mit wachsendem Fiasko seine schärfsten Kritiker wurden. Ein geflügeltes Wort ging damals in Parteikreisen um: "Wenn der Vorsitzende Mao drei Tage mit Lesen aufhört, kann er Liu nicht mehr einholen." (R. Mac Farquhar, The Origins of the Cultural Revolution, Oxford 1974, S. 6) Der Mao-Kult verschleierte meistens die Tatsache, daß die eigentlichen Köpfe der chinesischen Bourgeoisie Liu und Chou waren.

IV KONSOLIDIERUNGSPHASE (1961 - 65)

1961 erreichte die Agrarproduktion ihren absoluten Tiefpunkt und lag noch unter dem Stand von 1953. Man war zu massiven Getreideimporten gezwungen, wofür man 1961/62 ca. 360 Mio. US-\$ aufbringen mußte. Dieses Agrarland wurde durch die vorangegangene Mißwirtschaft dazu gezwungen, den Anteil der Nahrungsmittelfuhren an den Gesamtimporten von 1% (1959) auf mehr als 30% im Jahre 1961 zu steigern. (U. Simonis, Die Entwicklung der Volksrepublik China, 1949 - 1962, Berlin, 1968 S. 147) Wenn man vor leeren Schüsseln steht, ist alles andere nur Geschwätz. Wieder einmal mußten die Machthaber in Peking den Kurs ändern. Nachdem man zuerst auf die forcierte Entwicklung der Schwerindustrie gesetzt hatte und dabei die vernachlässigte Landwirtschaft überforderte, nachdem man dann auf "zwei Beinen gehend" simultan unter dem Schlachtruf "Drei Jahre harter Kampf, zehntausend Jahre Glück" die Massen zur gleichzeitigen Entwicklung von Industrie und Landwirtschaft angetrieben hatte, war der Schwerpunkt jetzt eindeutig vorgegeben. Künftig sollte es nur noch heißen: "Die Landwirtschaft ist die Basis und die Industrie ist der führende Faktor." Die neue Generallinie der Wirtschaftspolitik hinsichtlich des industriellen Aufbaus hieß "Wiederherstellung, Konsolidierung, Verstärkung und Verbesserung." Die Lage war in der Tat mehr als prekär. Der chinesische Eisenbahnminister eröffnete 1962 eine Kaderversammlung mit den Worten: "Es gibt wenig zu essen, dafür aber viel Unruhe. Das kann nicht mehr lange so dauern." (R. Hoffmann, Entmaoisierung in China, München o. J., S. 29)

Auch diese Lektion mußte die chinesische Bourgeoisie einstecken: Im Laufe der kapitalistischen Entwicklung stellen sich die "Proportionen" nicht durch die Zauberkräft des Willens, sondern durch Wirtschaftskatastrophen her. Jetzt kamen wieder vorher verschmähte Praktiken zur Geltung: materielle Anreize, Profit als Erfolgsmaßstab, Ausweitung des privaten

Hoflandes und freier Märkte, Betonung des Fachwissens etc. In der Industrie besetzten wieder Manager die Konzernspitzen, der Unmut der Arbeiter wurde durch ein ausgeklügeltes System von Prämien und sonstigen Vergünstigungen aufgefangen und belebte natürlich auch die allgemeine "Arbeitsfreude". Jetzt hatte man einen Plan gar nicht erst erstellt. Von Planung konnte auch keine Rede sein. Alles hatte einen provisorischen Charakter und die Betriebe bekamen meistens nichts anderes als sog. vorläufige Pläne in die Hand, wobei der Prozeß der "Planerstellung" häufig erst Mitte des laufenden "Planjahres" abgeschlossen war. In der Landwirtschaft galten die Prinzipien des "Drei Freiheiten und eine Garantie", was konkret hieß: freier Markt, freie Privatparzelle und Eigenverantwortung der Kommunebetriebe für Gewinn und Verlust; "eine Garantie" bedeutete die Zusicherung eines bestimmten Ertragsanteils für die bäuerlichen Einzelhaushalte.

Mit diesen Zugeständnissen brachte man die Massen zwar wieder an die Arbeit, aber der Traum vom baldigen Großreich war erst mal vorbei. Größere Summen blieben in den Taschen der Bauern und Arbeiter, was die Mehrwertrate schrumpfen ließ. Der Wegfall "brüderlicher" Kredite - vielmehr zahlte China nach Schätzungen zwischen 1960 und 1964 über 1 Mrd. US-\$ an die SU zurück - und die Importe für die knurrenden Mägen zerrten zusätzlich am Akkumulationsfonds. Aber insgesamt gelang den jetzt am Schalthebel sitzenden "Pragmatikern" ein positiver Schnitt. Die Entwicklung blieb zwar in den einzelnen Jahren recht unterschiedlich, das sind eben die Gesetze des Kapitalismus, aber die Wirtschaftskrise Anfang der 60er Jahre wurde in Industrie und Landwirtschaft weitgehend überwunden. Die Angst vor sozialen Unruhen saß diesen Arbeiterführern mit ihren feinen Kittel doch zu sehr im Nacken, als daß sie nicht begriffen hätten, welche Bombe es zu entschärfen galt. Die statistischen Angaben sind allerdings im einzelnen ungenau, schließlich beruhen sie auf Schätzungen, denn die Vertreter des chinesischen Kapitals waren von dem Zickzack ihrer geplanten Wirtschaft so wenig angetan, daß sie seit dem Desaster des "Großen Sprung zurück" keine Statistiken mehr veröffentlichten. Weichen auch die Zahlen westlicher Spezialisten im einzelnen ab, so zeigen sie aber im Schnitt ganz klar, daß von einer erweiterten Reproduktion des chinesischen Kapitals auch in diesen Jahren keine Rede sein konnte. Das Schneckentempo war perfekt: es handelte sich in der Tat nur um eine Konsolidierung des Bestandes. Neue Investitionen wurden in der Regel nicht vorgenommen, eine Steigerung der Industrieproduktion im Grund nur durch eine bessere Auslastung bestehender Kapazitäten erreicht. Insgesamt wurde 1965 der Produktionsstand Ende der 50er Jahre nicht oder nur unwesentlich überschritten - wie gesagt, die Zahlen sind in dieser Beziehung nicht eindeutig. In zwei Schlüsselbereichen der industriellen Entwicklung - Kohle und Stahl - stagnierte der Ausstoß praktisch bis 1965. Als Ergebnis stand die industrielle Produktion in China 1965 wenig höher als 1958, dem ersten Jahr des Großen Sprungs.

V KULTURREVOLUTION (1966 - 1969)

Die Mao-Gruppe war zwar nach der Katastrophe des Großen Sprungs weitgehend ins Abseits der chinesischen Politik geraten, aber ihr Widerstand gegen die Praxis der "Pragmatiker" blieb virulent. Seit dem definitiven Sieg der Liu-Deng-Fraktion hatte Mao durch die von ihm lancierte "Sozialistische Erziehungsbewegung" (SEB) den Kurs der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zu beeinflussen versucht. Denn die SEB hatte kaum etwas mit Erziehung, aber sehr viel mit allgemeiner Hebung der Produktivität durch das scheinbar so probate Mittel der Massenmobilisierung zu tun. Anfang 1963 verschärft sich diese maoistische Bewegung gegen die "Revisionisten" und manifestiert sich vornehmlich in den zwei Kampagnen "Lernt von der Volksbefreiungsarmee" und "Studiert die Worte des Vorsitzenden Mao". Vor allem die Jugend soll wieder im Geist eines selbstlosen Kollektivismus erzogen werden. Dagegen sieht die liuistische Fraktion der chinesischen Bourgeoisie in den neuen maoistischen Radikalisierungsversuchen eine Bedrohung alles dessen, was sie seit dem Großen Sprung aufzubauen bestrebt war: einen effektiven Staatsapparat, eine leistungsfähige Wirtschaft und ein funktionierendes Erziehungssystem. Sie ist nicht bereit, vor den romantischen Utopien eines alten Mannes zu kapitulieren und verhindert durch ihre Gegenwehr eine Umsetzung der maoistischen Aktionen in die Praxis. Am Vorabend der Kulturrevolution, die praktisch eine radikalere Fortsetzung der SEB ist, sieht sich Mao deshalb weitgehend isoliert. Das Politbüro bleibt nach außen hin die Kommandohöhe der Partei, wo die maoistischen Kräfte nach Herzenslust agieren und Politik formulieren können. Aber wenn es ans Umsetzen geht, verfolgt das von liuistischen Kräften besetzte Sekretariat seine eigene Linie und läßt nur entsprechendes durch den bürokratischen Filter. Wichtiges Indiz für diese Isolierung Mao's ist auch die Tatsache, daß sich Mao für seine dann 1965/66 betriebene Kampagne gegen das "Hauptquartier der Bourgeoisie" weder auf die Partei noch auf eine andere Massenorganisation stützen konnte, sondern in den "Roten Garden" eine neue Organisation schaffen mußte. Als offiziellen Startschuß für diese typisch maoistische Form von Revolution kann man die 12-tägige Geheimkonferenz des 11. Plenums des VIII. ZK Anfang August 1966 bezeichnen. Politbüro, Sekretariat des ZK wurden neu besetzt, und Lin Biao avancierte anstelle von Liu zum zweiten Mann in der Parteiführung und zum Nachfolger Mao's. Laut verabschiedeter "16-Punkte Resolution zur Proletarischen Kulturrevolution" galt es hauptsächlich folgende drei Aufgaben zu erfüllen: 1. die Parteimachthaber, die den kapitalistischen Weg gehen, zu bekämpfen und ihnen einen vernichtenden Schlag zu versetzen; 2. die reaktionären bürgerlichen akademischen Autoritäten und die Ideologie der Bourgeoisie zu kritisieren und 3. Erziehung, Literatur und Kunst und alle anderen Teile des Überbaus umzuformen. Ferner wurden die "Kulturrevolutionsgruppen" zu legalen und ständigen Machtorganen der "Kulturrevolution" (GPKR) erklärt und beauftragt, die obigen Aufgaben in die Tat umzusetzen. Mit Hilfe der "fortschrittlichen Jugendlichen" wollte sich Mao so wieder

in der Partei durchsetzen. Im Westen sah man vor allem die populistische Fassade dieser bürgerlichen Fraktionskämpfe um die effektivste Taktik für die anstehenden Aufgaben der Kapitalakkumulation. Und vor allem vom kapitalistischen Alltag "frustrierte" Kleinbürger sahen im "Neuen Menschen" Mao's mit dem Slogan "Five Togethers" (Gemeinsam arbeiten, essen, leben, studieren und Wehrübungen durchführen) bei allgemeiner Selbstlosigkeit und weitgehender Askese eine Alternative zu dieser "Scheiß-Konsumgesellschaft". Die Mythen wuchern und nehmen die Gestalt privater Träume an, mit der brutalen Wirklichkeit haben sie nichts zu tun. Diese Revolution von oben wurde durch Dekrete eröffnet und wieder per Dekret beendet. Von sozialer Umwälzung war zu keinem Augenblick die Rede - im Gegenteil. Bei der Suche Mao's nach der verlorenen Unschuld des Partisanen von Yen-an, blieben die breiten Massen ganz im Gegensatz zu dem oft gehörten Geschwätz von Anfang an wohlweislich ausgeschlossen. Hier wurden auch die sonst so radikalen Maoisten nervös: Die Arbeiter und Bauern sollten arbeiten, das war ihr Beitrag zur Revolution. Leitartikel und politische Kommentare schärfen dies dem "Volk" immer auf's neue ein. "Die breiten Massen der Arbeiter und Bauern sollen den revolutionären Eifer, den sie aus der kulturrevolutionären Bewegung gewonnen haben, dazu verwenden, die Produktionsarbeit voranzutreiben." Bei den Massen gehe es darum, "auf dem Posten zu bleiben und alle Energien einzusetzen, um die industrielle und landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen." (Ren-min re-bao, 14. 9. 66) "Revolution" und radikale Kritik habe tunlichst vor den Werktoeren und den Volkskommunen halt zu machen. Der Arbeitsplatz lag eben außerhalb des "revolutionären" Sektors. In Shanghai, dem industriellen Zentrum des Landes, beschränkt sich die Kulturrevolution deshalb auf die Züge einer reinen Produktionskampagne. Der Versuch, die arbeitenden Massen, anderslautenden Parolen zum Trotz, auf strenge Leistungsdisziplinen zu verpflichten und von jeder revolutionärdestruktiven Aktion fernzuhalten, findet sich im landwirtschaftlichen Bereich noch ausgeprägter verwirklicht. Anders als zu Zeiten des Großen Sprungs will auch Mao hier von Experimenten nichts mehr wissen. So gibt die "Große proletarische Kulturrevolution" das typische Bild einer maoistischen, sprich bürgerlichen Massenkampagne. Wo man hinsieht, erblickt man eine Revolution ohne Revolutionäre: eine Bewegung, die zwar propagandistisch die Totalität der Gesellschaft erfaßt, in Wirklichkeit aber alle wirtschaftlich wichtigen Bereiche aus der Unruhe ausspart. Die Schulen und Universitäten schließen und die Jugend sich austoben lassen, um sie als Manövermasse im bürgerlichen Flügelkampf zu benutzen, ist eine Sache, aber die Produktion in Landwirtschaft und Industrie auf's neue zu gefährden, eine andere. Die größte Sorge dieser Regisseure einer künstlichen Revolution bestand deshalb darin, daß sich ihre "radikalen" Schützlinge in die Fabriken verirren könnten. Deshalb galt als Richtlinie: "Weder Schülern noch Studenten ist es gestattet, als Rotgardisten

in die Fabriken und die Dörfer zu gehen, um die Revolution anzufachen und die dortigen Organe in die Hand zu nehmen." (ebd.) Alle Versuche, die Produktionsstätten in die Aktivitäten gegen die Liu-Fraktion einzubeziehen, werden von der Kulturrevolutionären Gruppe (KRG), dem maoistischen Machtzentrum, systematisch bekämpft. Als tausende unruhiger Arbeiter aus Shanghai die Arbeitsplätze verlassen, um nach Peking zu fahren, gelang es erst Zhang-Chun-qiao, dem dortigen wichtigsten Mann Maos, in langwierigen Verhandlungen, einen Massenexodus mit seinen katastrophalen Folgen für die immer noch geschwächte chinesische Wirtschaft zu vermeiden. Selbst der "linke" Chen Bo-da, damaliger Intimus Mao's, schickte ein Telegramm an die Leitung der rebellierenden Arbeiter: "Ich kann eure Begeisterung verstehen, nach Peking zu kommen. Es ist gut, wenn ihr an der Kulturrevolution teilnehmt. Aber ihr müßt auch den Anordnungen des Vorsitzenden Mao und des ZK Folge leisten. In dieser Angelegenheit sind zwei Prinzipien im Spiel, und das sekundäre muß sich dem primären unterordnen. Als Arbeiter ist eure Hauptaufgabe zu arbeiten. Die Teilnahme an der Revolution ist lediglich zweitrangig. Deshalb müßt ihr an den Arbeitsplatz zurückkehren." (Shanghai Wandzeitung v. 13. 11. 66, zitiert bei Hoffmann, Maos Rebellen, S. 24) So hat noch jeder Kapitalist zu allen Zeiten zu "seinen" Arbeitern gesprochen. Aber diese nervöse Sorge um die Arbeitsdisziplin hat noch einen tieferen Grund. Der Schock des Großen Sprungs hatte selbst Mao kuriert. In der Wirtschaftspolitik wollte man sich jetzt auf keine radikalen Experimente mehr einlassen. Allen demagogischen Parolen vom "Kampf zweier Linien" zum trotz hatte auch Mao wesentliche Teile des wirtschaftlichen Rekonstruktionsprogrammes nach 1960 mitformuliert und mitverantwortet.

Als der Widerstand der Bürokratie in Peking und den teilweise recht selbständig verwalteten Provinzen einen schnellen Streich gegen die anti-maoistischen Kräfte unmöglich machte und gegen Ende 1966 die Mao-Fraktion wieder in weitgehender Isolation sich befand, versuchte die KRG allerdings eine letzte Radikalisierung ihrer Aktionen gegen die Partei durch Mobilisierung proletarischer Elemente mittels Revolutionärer Rebellen (RR). Und mit diesen auf den Plan gerufenen Kräften wird die Geschichte in der Tat interessant. Die RR repräsentieren im wesentlichen drei Gruppen des chinesischen Proletariats: 1. die sog. Arbeitsdienstleute, 2. die Vertragsarbeiter und 3. Jungarbeiter. Dazu zählen - aber gesondert organisiert - insgesamt noch Landarbeiter und arme Bauern wie entlassene Soldaten, die gewöhnlich schlecht Anschluß in ziviler Arbeit fanden.

Um die gewaltigen chinesischen Massen zu bändigen und wegen der geringen Möglichkeiten auf Grund mangelnder Akkumulation, die zahlreichen Schulabgänger in den Städten zu beschäftigen, wurden permanent junge Menschen in die Kommunen oder auf Staatsfarmen des Hinterlandes geschickt, um dort als billige Arbeitskräfte ausbeutet zu werden. Nur wer die überstrengen Prüfungen zur Oberstufe schaffte, konnte sich eine Chance ausrechnen, in der Stadt zu bleiben. Für die anderen aber gab es nur den Weg in die Dörfer. Die Selektion vollzog sich nach der Devise: "Die Besten gehen ins Studium, die Guten

in Fabrik und Büro, der Ausschub verzieht sich aufs Land. "Es waren denn auch gerade die Arbeiterkinder, die ihren Traum von einem besseren Leben so schnöde behandelt sahen. Dagegen durchliefen die Kaderkinder den glatten Weg von Eliteschulen. Also auch in dieser Hinsicht nichts neues unter der scheinbar so roten Sonne Chinas. Diesen "Bauernhelfern" gab die Kulturrevolution die einmalige Chance, wieder in die Städte zu ziehen und einen wichtigen Teil der "antiautoritären" Bewegung der RR zu bilden. Nach der Niederlage im Jahre 1967 wurden sie aber wieder schleunigst zurück verfrachtet - wenn auch häufig jetzt in Arbeitslager. Interessant für die soziale Wirklichkeit dieses scheinbar so einmaligen Modellfalles China ist auch die 2. Kategorie. Als die chinesischen Kapitalisten die Löhne der Arbeiter im allgemeinen für zu hoch betrachteten, aber wegen der Gefahr des passiven Widerstandes keine offene Lohnsenkung wagten, schufen sie einfach einen neuen Typ von Arbeiter - eben den Vertragsarbeiter. Ursprünglich als Bauernarbeiter entstanden, der je nach Saison in der nahen Stadt arbeitete, verabschiedete sich diese Kategorie und wurde von der Bourgeoisie bewußt institutionalisiert. Dieser Arbeiter genoß gewöhnlich im Gegensatz zu seinem "regulärem" Kollegen keinerlei arbeitsrechtlichen Schutz, konnte somit jederseits gefeuert werden. Der chinesische Manager verfügte also jetzt über die Möglichkeit, den Kostenfaktor Arbeitskraft je nach Geschäftsverlauf disponibel zu halten. Angebote aus dem verelendeten Landproletariat gab es zur Genüge. Dieses sog. zweistufige Arbeitssystem brachte also hinsichtlich Kostenersparnis und Flexibilität dem Kapital einen wichtigen Spielraum.

Die dritte Gruppe stellten die Lehrlinge und Jungarbeiter, die ein besonderes Gewicht bekommt, wenn man weiß, daß 1965 ca. 60% aller Chinesen unter 25 Jahren alt war. Ihre Arbeitsbedingungen erwiesen sich in der Realität als besonders mies. Schlecht bezahlt und schikaniert, erfuhren sie tagtäglich, daß ihre Beschäftigung mehr ein politischer Gnadenakt war, damit sie nicht auf der Straße herumlungerten. Einmütig ist daher die Klage der jungen Arbeiter über die entwürdigenden Bedingungen, die ihre Ausbildung umgeben. Daneben erhob sich der Unmut auf dem Lande. Die Bauern wurden durch die Zugeständnisse der Konsolidierungsphase zwar teilweise befriedet, aber insgesamt ergaben sich neue Probleme. Der Trend zum Privatland und beschränkter Marktwirtschaft hatte das chinesische Dorf sehr bald sozial auseinanderdividiert. Die Leistungsschwächeren wurden von den Leistungsstärkeren an die Wand gedrückt, die "armen Bauern" und die Landarbeiter wurden zunehmend Opfer dieses Systems. Daneben nahmen generell die bäuerlichen Proteste gegen die staatlichen Zwangsabgaben zu. Man spürte sehr deutlich, daß mit der Arbeit der Bauern ein Großteil des städtisch-industriellen Sektors finanziert werden mußte. Mit der Kulturrevolution und der allgemeinen Schwächung der Staatsstrukturen wurden die Proteste völlig frei arti-

kuliert. So heißt es z. B. bei Bauernrebelln aus dem Hinterland Shanghai's: "Die Städte leben in Saus und Braus, dort ist Geld und soziale Sicherheit. In Fabriken und Büros gibt's zwei Wochen Ferien im Jahr, wenn nicht mehr. Warum ist das möglich? Weil wir für sie arbeiten, weil unsere Arbeit zu niedrig angesetzt ist". (Hoffmann, Maos Rebellen, S. 65) Daß man mit solcher Mentalität den Staat und die Wirtschaftsbehörden betrog, wo man nur konnte, versteht sich von selbst. Mao persönlich hat auf dem X. Plenum Beschwerde darüber geführt, daß immer wieder große Mengen von Getreidefrüchten verschwinden und dem freien Markt zugeführt wurden.

Diese aggressive Stimmung in Stadt und Land zumindest bei den offen Benachteiligten dieser chinesischen Marktwirtschaft ergab ein explosives Gemisch: Städtische Rebellen mobilisierten das Dorf und radikalisierte Landarbeiter und arme Bauern strömten in die Kampfverbände der Stadtrebellen, um sie in entscheidenden Gefechten zu unterstützen. Gerade auf dem Land machte sich der Unmut auf breiter Ebene Luft: die zentralen Organe hätten sie in ein Diensthaus gesteckt; ihren Interessen wäre generell besser gedient, wenn die Kommunen Wirtschaft und Markt auf eigene Rechnung betrieben, ohne dem Akkumulationsbedürfnis des Staates Abgaben machen zu müssen, dessen versprochene Zukunftsvision man sowieso nicht mehr erleben werde. Und für die gängige Apologie ist Mao der geniale Bauernführer, der nur wieder das "Glück für die größtmögliche Zahl" - so schon Adam Smith, der Ahnherr dieser kapitalistischen Bauerfänger - im Auge habe.

Wie gesagt, diese unruhigen Geister wurden anfangs von der maoistischen Fraktion bewußt aktiviert, weil sich die studentischen Roten Garden als zu lasch erwiesen. Aber bald sollte sich für diese Techniker einer verordneten Revolution erweisen, daß man sehr gefährliche Geister geweckt hatte, und man war das ganze Jahr 1967 vollauf damit beschäftigt, diese sich zunehmend radikalisierenden Teile des Proletariats wieder zu befrieden. Immer klarer trat der antagonistische Gegensatz zwischen den Machthabern in Peking und diesen proletarischen Rebellen zu Tage. Immer offener wurde von letztern generell die Machtfrage gestellt, und letztlich ging es ihnen dabei nicht wie der Mao-Clique um die Ausbootung einer konkurrierenden Fraktion, sondern wenn auch konfus und verzweifelt um die soziale Umwälzung schlechthin. Sicher wird den Herren in der Pekinger Zentrale der Kulturrevolution die Tonlage "ihrer" Schützlinge schrill in den Ohren geklungen haben: "Nicht ein oder zwei sollen gehen, dazu haben wir die Rebellion nicht gemacht, auch alle anderen Vorgesetzten sollen verschwinden!" Oder: "Alle Betriebsleiter und Chefs, alle Direktoren und Werkmeister sollen zum Teufel gehen! All die Bonzen in Partei und Verwaltung haben an der produktiven Arbeit sowieso nicht teilgenommen. Für jeden Arbeitsgang gibt es zwei Meister und einen Sekretär, die der Sache nur zuschauen. Jetzt, wo wir die Macht haben, wird sich die Angelegenheit gründlich ändern". (Hoffmann, S. 68) Dabei ergibt das Spektrum der RR ein buntes und verwirrendes Gemisch verschiedener Organisationen und ad-hoc-Grüppchen, die nur selten

eine Koordinierung untereinander herstellen können. Ihren programmatisch klarsten Ausdruck findet man in dem Konzept der "Kommune von Shanghai", die im Wesen ein Verband autonomer Aktionsgruppen sein sollte, die sich auf ihre jeweiligen Produktionsstätten stützen. Letztes Ziel der Kulturrevolution und der Rebellenbewegung sollte nach den Verlautbarungen ihrer radikalen Ideologen eine völlige Neuordnung des Landes sein, die China zu einem "Verband von Kommunen" umformt, zu einem Bund, der alle Gewalt bei den Basiseinheiten beläßt, die als sich selbstverwaltende Gemeinden und Betriebe dargestellt werden. Hier haben wir in Theorie und Praxis genau jenes anarchistische Gedankengut, daß ein politisch unreifes und von einem kleinbürgerlichen Meer umgebenes Proletariat noch stets in die Irre geleitet hat, wobei angesichts des Schindluders, daß die Maoisten mit den revolutionären Prinzipien des Marxismus treiben, solche linksradikale Reaktionen ohnehin auftreten müssen.

Als es in dieser radikal aufgeheizten Atmosphäre Januar 1967 zu heftigen Arbeiteraufständen in den wichtigsten Städten, vor allem in Shanghai, kam, die die ersten großen Aufstände seit den Kämpfen von 1925/27 darstellten, erklärte die maoistische Bourgeoisie die "Revolution" sofort für beendet. Angesichts dieser sozialen Bedrohung von unten vergaß man schnell den Machtkampf an der Spitze. Sobald eine Bourgeoisie sah, daß eine von ihr lancierte Bewegung ihre sozio-ökonomische Grundlage generell in Frage stellte, war sie noch immer zu jedem Kompromiß untereinander bereit gewesen und zu jeder Schandtat gegenüber dem Proletariat. Mit allen möglichen Tricks versuchte man, die besser gestellten Arbeiter (eine Art chinesischer Arbeiteraristokratie) bei der Stange zu halten und gegen die radikalisierten Teile aufzuhetzen. Es war sicher auch eine zentrale Schwäche dieser anarchistischen Praxis, daß sie es nicht zuletzt wegen ihrer revolutionären Ungeduld und ihres radikalen Egalismus (z. B. Forderung nach Abbau der höheren Arbeiterlöhne) nie verstand, diesen Teil des Proletariats an sich zu binden. So hatte die Bourgeoisie durchweg leichtes Spiel. Ein Teil des Proletariats wurde gegen das andere gehetzt, und den Rest besorgte das allgegenwärtige Militär. In teilweise blutigen Schlachten räumte man mit diesen anarchistischen Rebellenverbänden auf, die in der Stunde des Kampfes zwar ihre wilde Entschlossenheit unter Beweis stellten, aber in stolzer Selbstüberschätzung lieber einzeln untergingen, als sich gegen eine massive Übermacht vereinten. Bei alledem gingen Wirtschaft und Infrastruktur einer raschen Auflösung entgegen. Die industrielle Produktion war von Dezember bis Ende Januar 1967 auf einen Punkt gesunken, wo sie dem allgemeinen Kollaps entgegen sah. Durch Kampfeinwirkungen oder Sabotage wurden gerade in den modernsten Anlagen gewaltige Schäden verursacht. Wollte man nicht einem zweiten Desaster entgegengehen, mußte man bremsend eingreifen. Und hier erwies die Mao-Fraktion durchaus ihr Geschick. Ähnlich wie der revolutionäre Rätegedanke in Deutschland nach

dem 1. Weltkrieg von der Bourgeoisie zwecks Restauration der Verhältnisse in den ständestaatlichen Rätegedanken umgemünzt wurde, so machte die chinesische Bourgeoisie aus der anarchistischen Kommune das ordnungsschaffende "Revolutionskomitee". In Shanghai und Shansi, Industriezonen, wo die Kämpfe am heftigsten tobten, wurde dieses Befriedigungsmodell mit Gewalt von den Militärs installiert und als rettender Gedanke von Mao abgesegnet. Diese Ereignisse vom Februar 1967 brachten die entscheidende Wende: Die gesellschaftlich wichtigen Kräfte - gemäßigte Arbeiter und bislang attackierte Kader - wurden unter der einigen militärischen Klammer als "Dreierallianzen" zusammengefaßt. Alles was danach bis zum 9. Parteitag vom April 1969 geschah, war dann sekundär. Zwar mußten die radikalen Kräfte in teilweise wilden und blutigen Gefechten noch ausgeschaltet werden, aber in diesen "Februarstürmen" wurden letztlich schon die entscheidenden Daten für die spätere Entwicklung gesetzt. Die Rebellen wurden als konterrevolutionär bekämpft und es waren die ehemals als "kapitalistisch" angegriffenen Bürokraten, die im anstehenden Prozeß der Konzentration aller Kräfte wieder das Heft in die Hand nahmen.

Obwohl für die Phase der Kulturrevolution offensichtlich wieder ein Fünfjahrplan angesetzt war, kann von einer planmäßigen Lenkung der Wirtschaft natürlich keine Rede sein, was bei den politischen Unruhen auch nicht verwundert. Dagegen beschränkte sich die "zentrale" Planung von nun an überwiegend auf die Vorgabe quantitativer Ziele für die Provinzen und überließ im übrigen diesen die konkrete Ausführung. Wegen der raschen Intervention der Armee konnte die wirtschaftliche Lage sich bald wieder konsolidieren. Nur 1967, dem Jahr der blutigen Niederwerfung der Rebellbewegung, war die Produktionstätigkeit gehemmt, weswegen die Phase der Kulturrevolution insgesamt eine eher stabile Entwicklung aufweist. In der Landwirtschaft hatte sich aber mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1% bei einem ca. 2,3%igem Bevölkerungsanstieg die Ernährungslage gegenüber der Konsolidierungsphase wieder klar verschlechtert.

VI NACH DER KULTURREVOLUTION (1970 - 1977)

Nachdem sich mit der "Niederlage" der Viererbande genannten Fraktion der Bourgeoisie die kulturrevolutionären Nachwehen gegeben haben, zeigt sich von neuem klar wie ein pragmatischer Kurs der im Grund vom populistischen Geschwätz nur zeitweise überlagert und deswegen nicht scharf kenntlich war. Noch Altmeister Chou setzte mit seinem Programm der "Vier Modernisierungen" in Landwirtschaft, Industrie, Rüstung und Wissenschaft die entscheidende Perspektive. Kurzfristig bis 1980 soll China nach den aktuellen Vorstellungen seiner Bourgeoisie weitgehend auf die Beine kommen, um langfristig bis zur Jahrhundertwende in den erlauchten Kreis der entwickelten kapitalistischen Industrieländer aufgestiegen zu sein. Aber die Aufgabe ist sicher nach wie vor gewaltig, lebten doch Mitte der 70er Jahre noch rd. 80% aller Chinesen auf dem Lande, wovon etwa rd. 75% im Agrarbereich beschäftigt sind. Dabei hat die staatliche Kontrolle die chinesischen Massen wieder voll

im Griff, denn nur aus ihrer Ausbeutung lassen sich diese anvisierten Perspektiven überhaupt realisieren. Wie weit allerdings die Wunschvorstellungen der chinesischen Bourgeoisie jetzt realistischer sind, muß angesichts vergangener Erfahrungen mehr als offen bleiben. Jedenfalls wird die immer stärker vorgenommene politische wie wirtschaftliche Hinwendung zum kapitalistischen Westen - eine geschichtlich determinierte Entwicklung, die wir seit 1949 prognostizierten - kaum die chinesischen Hoffnungen befriedigen können. Im Grunde sind wir wieder beim Anfang des 1. FJP, nur mit einem anderen kapitalistischen Block als "Partner". Daß sich der Westen gierig auf den "Hoffnungsmarkt" China wirft, ist bei seiner Absatzmisere nicht erstaunlich. Aber auch hier muß sich der Warenaustausch profitbringend zu Buche schlagen. Die Zeit der 60er Jahre hat dem chinesischen Kapital klar gezeigt, daß die nach dem Bruch mit Rußland heroisch gewählte "Unabhängigkeit" keine Tugend sein kann und kaum mehr als Stagnation einbringt, nachdem die Entwicklung der Produktivkräfte eine Integration in den Weltmarkt erzwingt. Das Rezept der radikalen Mao-Fraktion, Selbstgenügsamkeit mit einem stimulierenden Populismus zu verbinden, ist jedenfalls gründlich gescheitert. Natürlich hat Protektionismus und Autarkie nicht ausschließlich etwas mit Ideologie zu tun, sondern ist ein durchaus reales Entwicklungskonzept jedes jungen Kapitals und wurde einst nach dem Motte des damaligen Heroen der deutschen Bourgeoisie, Friedrich List, der die Devise "Beschränkung ist das Mittel, Freiheit ist das Ziel" beim Kampf gegen die englische Vorherrschaft in Theorie und Praxis angab, auch eifrig praktiziert. Zwar können hier keine umfassenden Bemerkungen zu diesem Komplex gemacht werden, aber nach dem bisher dargelegten läßt sich eins jedoch festhalten. Wendet man seinen Blick weniger auf die verwirrende Szenerie volkstümlich uniformierter Marschbrigaden und einer scheinbar mit allen "marxistischen" Kniffen arbeitenden "revolutionären" Führung, als auf die materiellen Bedingungen des Ablaufs einer gewaltigen Industrialisierungskampagne unter "national-sozialistischem" Getöse, dann löst sich das "Rätsel China" bald als das auf, was es ist: Eine bürgerlich-kapitalistische Gewaltkur, um unter weitgehend autarken Bedingungen eines nationalen Entwicklungsweges die ursprüngliche Akkumulation als Voraussetzung einer funktionierenden kapitalistischen Wirtschaft durchzuboxen. Nur unter den Bedingungen der stalinistischen Konterrevolution mit ihrem Konzept eines "Sozialismus in einem Land" war dieser totale Sieg bürgerlicher Denkungsart über den revolutionären Marxismus überhaupt möglich. Natürlich drapiert sich die jeweilige, eben auch die chinesische Bourgeoisie mit den gerade passenden Federn, um von ihrem zentralen Problem abzulenken. Als kleine, erst mit der Durchsetzung der Kapitalismus im Bildungsprozeß sich befindende Klasse braucht sie natürlich das "Volk" als Bündnispartner im Kampf gegen die Feudalen und gegen das internationale Kapital. Das "Volk" gilt es also zu mobilisieren gegen einen vermeintlich gemeinsamen Feind, ohne das dieses "Volk" merkt, wohin die Fahrt

geht - nämlich in die Diktatur der Bourgeoisie. Gerade angesichts der wütenden Gegnerschaft der schon entwickelten Kapitale, die nur darauf warten, dem Neuankömmling unter dem Sturmruß der "freien" Marktwirtschaft und des "freien" Welt-handels bzw. des "proletarischen Internationalismus" eine Lektion zu erteilen, kann alle Industrialisierung aber nur gelingen, wenn man unter größtmöglicher Aufbietung der staatlichen Gewalt alle sozialen Konflikte verhindert, und die so zwangsweise geschmierte "Volksgemeinschaft" auf die Steigerung der Produktivkräfte konzentriert. "Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit" war der Schlachtruf der französischen Bourgeoisie, die der Welt ihr neues Programm ent-geschrie. In einer allerdings komplexeren Lage - wir sind natürlich nicht mehr im 18. Jahrh. - spielt diese Rolle der Maoismus, als eifrig gepredigter nationaler "Sozialismus". Und ohne Zweifel ist dies einer der Hauptgründe, weswegen sich eine im Aufbruch befindliche Bourgeoisie in ihrem Kampf gegen das imperialistische Entwicklungsmodell à la USA ("Entwicklungshilfe" und Direktinvestition beim Preis der Aufgabe eigener Souveränität und letztlich zu fremdem Nutzen) mit allen möglichen Formen von "Sozialismus" afrikanischer, asiatischer, lateinamerikanischer und eben auch maoistisch-chinesischer Prägung drapiert. Hier gibt es dann bekanntlich keinen Klassenkampf mehr, sondern nur noch den antiimperialistischen Kampf, der natürlich das ganze "Volk" angeht. Dieses Modell hat unter den heutigen konterrevolutionären, d. h. jede proletarische Organisation mit revolutionär-marxistischer Zielsetzung verhindernden Bedingungen gewiß seine sichtbaren Erfolge gezeigt - wie aber auch gerade im untersuchten Fall Chinas seine Grenzen. Auch in China geht der soziale Prozeß stetiger Enteignung und Trennung der Produzenten von ihren Produktionsmitteln nicht ohne Brüche über die Bühne und trotz aller strahlender Bilder ist Lohnarbeit auch in China Lohnarbeit und Ausbeutung eben Ausbeutung. Maos Bild vom "neuen" Menschen ist gründlich gescheitert. Dieses Produkt ist auch ihm nicht gelungen, nämlich die Verwirklichung des alten bourgeoisen Traums nach einem Arbeitstier, das genügsam, willig, fleißig usw. viel arbeitet und wenig konsumiert, um angesichts allgemeiner Unterentwicklung zu einer erklecklichen Ausbeutungsrate zu kommen, die zur An-kurbelung der Industrialisierung notwendig ist. Im Traum der Mao-Fraktion wäre in der Tat die Kunst der Bourgeoisie, aus ihrem Proletariat das Letzte rauszupressen, auf die Spitze getrieben worden.

Dieses Konzept ist aber nicht erst seit gestern tot. Schon längst praktiziert auch das chinesische Kapital einen pragmatischeren Weg der "vollen Mägen", eben weil sich gerade das chinesische Proletariat nicht auf eine gleichsam hypnotisierte Arbeitsmaschine reduzieren läßt. Der Chinese hatte bekanntlich noch nie große religiöse Anwandlungen und war immer den diesseitigen Freuden zugetan.

Das Konzept der "Radikalen", das nach innen "Volksgemeinschaft" und "Klassenlosigkeit" durch ständige Ideologisierung und dem Gemeinwohl verpflichtende Parolen glaubte herstellen zu können und nach außen Autarkie und Protektionismus streng betonte, ist mit Mao, der schon seit längerem kaum mehr was zu sagen hatte, endgültig gestorben. Und daß die "Shanghai-

Mafia" so sang- und klanglos verschwinden konnte, ist sicher nicht ein Indiz für den opportunistischen Charakter der "Massen", die jeweils dem stärkeren zujubeln. Sondern hier zeigt sich mehr oder weniger offen, gleichsam instinktiv die starke innere Ablehnung einer Politik, die immer größere Leistungen abfordert und mit Phrasen allein bezahlt. Sicher bilden Ideologie, nationale und patriotische Anstachelung der Arbeiter und Bauern zu immer größerer Mehrarbeit auch Zierwerk der "Pragmatiker", wie die zweite Fraktion der chinesischen Bourgeoisie meist bezeichnet wird. Aber sie widerspiegeln gleichsam die materiellen Bedingungen eines gewissen quantitativen Niveaus der Produktivkräfte, daß nicht so einfach unter dem Motto der Aufhebung von Hand- und Kopfarbeit, der kollegialen Verwaltung und dem Glauben, daß die "Revolution" gleichsam automatisch zur Produktionssteigerung führen wird, weiterhin erfolgreich weiterzutreiben ist. Innenpolitisch hat auch die Bourgeoisie in China es mit einer wider-spentigen Bauernschaft und einem radikaleren Proletariat zu tun, als den von offizieller Propaganda Eingelullten scheinen mag.

Trotz allem heroischem Geschwätz der Maoisten, die aus dem Zwang zur relativen Autarkie eine Tugend glaubten machen zu müssen, brachte diese Phase auch nur Stagnation und Krise. Nur das krasse Niveau der Unterentwicklung bewahrte China durchweg vor der Katastrophe. Sowenig wie man die wirtschaftliche Basis von Subsistenzwirtschaft und Kleinproduktion in einen "Plan" zwingen konnte, - weshalb es China im Gegensatz zum stalinistischen Rußland nie zur stolzen Fassade der Fünf-jahrespläne brachte - , sowenig konnte China auf Grund dieser Rückständigkeit in Wirtschaftskrisen versinken. Was sich trotzdem ereignete, war sicher nicht gering. Aber alle Krisen wurden von der breiten bäuerlich-handwerklichen Struktur aufgefangen, weswegen man sich relativ rasch erholte, aber auch kaum je recht vom Flecke kam. Man lernte die Lektion und wand sich zum Westen, wurde praktisch "Quasialliierter" der USA. Ob sich das auszahlt, ist noch nicht sicher. Aber Chou und Deng war es klar, daß ihre "Jahrhundert-Vision" nicht unabhängig umzusetzen war. Es handelt sich um das im 2. Teil dieser Reihe kritisierte Konzept von Sun-Yat-Sen. Nach dieser Vorstellung kommt den westlichen Kapitalisten in der Tat eine bedeutende Rolle zu. Das heißt aber andererseits nicht, daß die chinesische Bourgeoisie jetzt weniger national auf Unabhängigkeit bedacht wäre. Daß sich ein weniger entwickeltes nationales Kapitals von der stärkeren Konkurrenz alimentieren läßt, war in der Geschichte die Regel. Doch ist dieser Prozeß heute angesichts der Saugkraft des imperialistischen Kapitals traumatischer denn je. Sollte China mit "Hilfe" des Westens die stockende Kriechspur seiner bisherigen Entwicklung verlassen können, um den Weg einer stürmischen Industrialisierung einzuschlagen, dann nur unter ungeheuren sozialen Spannungen und Wirtschaftskatastrophen - und damit auch Kämpfen innerhalb der Bourgeoisie. Demgegenüber werden sich die bisherigen sozialen Unruhen in der Volksrepublik als blasse Vorläufer ausnehmen.

Daß im übrigen die bereits abgelaufene Etappe dieses Prozesses kapitalistischer Entwicklung von unseren heutigen "Linken" je nach Weltbild als Rätsel, als Sieg der Revolution, als Niederlage der Arbeiterklasse bzw. den Sieg des Kapitalismus unter Hua, als Erscheinung eines degenerierten Arbeiterstaates oder als Staatskapitalismus unter der Fuchtel repressiver Marxisten begriffen wird, sagt mehr als genug über ihre Geistesverwirrung aus, die sich dazu noch glaubt, im Namen des Marxismus zu Wort melden zu können. Sicher werden viele dieser Kleinbürger, vor allem aber ihr maoistischer Vortrupp in ihrem Traum nach einer

heilen Welt des Kapitalismus ohne Ausbeutung, ohne Bonzen, ohne Angst nach den jüngsten Ereignissen irre werden, den internen ideologischen Parteiterrord verschärfen - und sich mit Feueereifer auf neue Aktionen gegen Atomkraftwerke und zur "Verteidigung demokratischer Rechte" stürzen. Von Politzirkus zu Politzirkus bis zur ausgelachten Vergeisung, immer ein Ventil für den überflutenden Aggressionsstau parat. Sicher nicht nur in China wird es Zeit, daß das Proletariat und damit seine marxistische Klassenpartei auf den Plan treten. Es gilt, die Bedingungen dafür international vorzubereiten.

DAS DEMOKRATISCHE PRINZIP

Vorwort

Diese kurze Schrift zur Kritik des vermeintlichen prinzipiellen Wertes der Demokratie und der demokratischen Entscheidungsverfahren erschien zum ersten Mal im Februar 1922 in "Rassegna Comunista", der theoretischen Zeitschrift der Kommunistischen Partei Italiens. Die Kommunistische Internationale war drei Jahre zuvor gegründet worden und führte einen je nach Land mehr oder weniger entschiedenen Kampf gegen den reformistischen und demokratischen Sozialismus, d.h. einen Kampf gegen die Politik des Verrates an der proletarischen Revolution und ihre ideologische Begründung.

Die italienischen Marxisten zählten von Anfang an zu den konsequentesten Mitstreitern dieses Kampfes. "Das demokratische Prinzip" enthält dieselben Grundpositionen der von Lenin im März 1919 dem Gründungskongreß der Komintern vorgelegten "Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats", die sich im wesentlichen gegen die diesbezüglichen Auffassungen der alten und verbürgerlichten sozialistischen Internationale wandten. Die Schrift der italienischen Marxisten entspringt somit einem politischen Bedürfnis, das aus einem kurzen Satz des Textes sehr klar hervorgeht: "*Den Graben zwischen Sozialismus und bürgerlicher Demokratie zu vertiefen*".

Dieser Graben war zusammen mit dem wissenschaftlichen Sozialismus und der revolutionären Arbeiterbewegung selbst entstanden, und nur Jahrzehnte reformistischer Klassenkollaboration hatten ihn "überbrücken" können. Aber über diese Brücke liefen die Arbeiter nicht in den Sozialismus, sondern sie wurden in den ersten imperialistischen Krieg hineingeschlachtet. Dem Demokratismus, der Kollaboration mit der "eigenen" Bourgeoisie entsprach der Zerfall des Proletariats als internationaler Klasse. Als der erste Weltkrieg ausbrach, arbeitete Lenin bereits seit Jahrzehnten, um jenen Graben freizuschaukeln. Die italienischen Marxisten waren um eine ganze Generation jünger als die Bolschewiki. Sie traten in der internationalen politischen Arena zum selben Zeitpunkt auf, da die Bemühungen der Bolschewiki durch die Errichtung der *Kommunistischen Diktatur* in Rußland gekrönt wurden. Sie lebten aber nicht im revolutionären Rußland, sondern im reformistischen, verfaulten, von der alten parlamentarischen Routine zerfressenen Westen und

konnten daher die Gefahr einer sozialdemokratischen Entartung der sich eben organisierenden kommunistischen Bewegung besser überblicken. Ihr Kampf um eine weitere Vertiefung jenes Grabens zwischen Demokratie und Sozialismus wurde von der Sorge getragen, dieser Gefahr, die mit jeder weiteren Verzögerung des revolutionären Sieges im Westen größer werden könnte, möglichst vorzubeugen oder mindestens entgegen zu können. In dieser Beziehung standen die italienischen Kommunisten leider allein, und ihre Sorge wurde von den anderen Parteien nicht geteilt. Abgesehen natürlich von den Bolschewiki, die aber infolge der wiederholten internationalen Niederlagen der kommunistischen Bewegung zunehmend isoliert wurden und sich von den ungünstigen Kräfteverhältnissen bedingen ließen, wird man bei keiner anderen Sektion der Komintern einen ähnlichen Versuch feststellen können. Aber die Geschichte hat leider den italienischen Kommunisten Recht gegeben. Der Graben zwischen Sozialismus und bürgerlicher Demokratie wurde wieder zugeschüttet. Er wurde buchstäblich mit den Leichen des revolutionären Proletariats bis zum Rand gefüllt. Und wieder wurden die Proletarier in einen zweiten imperialistischen Weltkrieg hineingerissen, um im Namen der Nation und der Demokratie die Rolle des Kanonenfutters zu spielen.

Das Ziel des Artikels beschränkt sich allerdings nicht auf die politische Kritik an der bürgerlichen Demokratie. Er liefert auch eine kurze aber prägnante theoretische Untermauerung dieser Kritik. Die demokratische Ideologie der Bourgeoisie betrachtet die Gesellschaft oder die Nation als ein einheitliches Ganzes. Für die Tatsache, daß Gesellschaft und Nation durch unversöhnliche Klassengegensätze zerrissen sind, ist sie blind. Für sie vertritt der bürgerliche Staat das Interesse aller Bürger. Der theoretische Ausgangspunkt dieser Auffassung besteht darin, das *Individuum*, den Einzelnen, als die Grundeinheit der Gesellschaft zu betrachten. Gerade diese theoretische Voraussetzung ist aber grundfalsch, und um dies zu beweisen reicht die politische Kritik nicht aus. Man muß mit der Methode des marxistischen Materialismus die idealistischen und metaphysischen Voraussetzungen des bürgerlichen Denkens aufdecken. Deshalb soll sich der Leser nicht wundern, wenn er in der hier wiedergegebenen Schrift Hinweise auf die Urgemeinschaft, auf die Entstehung des alten Kastenwesens oder auf

die religiösen Lehren vom göttlichen Recht findet. Damit will man kein akademisches Wissen ausbreiten, sondern lediglich notwendige Elemente für eine Beweisführung anbringen, aus der möglichst klar hervorgehen soll, daß das Individuum in Wirklichkeit niemals die unteilbare Grundeinheit der geschichtlichen Entwicklung darstellte: *Diese Einheit ist immer eine Gemeinschaft, ein Kollektiv.* So kann das Individuum wohl als Untersuchungsobjekt z.B. der Physiologie und Anatomie dienen, aber auf keinen Fall der Geschichts- und Sozialwissenschaft. Dies war natürlich keine Neuentdeckung von "Rassegna Comunista". Man hat ganz einfach auf eine alte marxistische Entdeckung zurückgegriffen, um eine politische These zu untermauern. Denn in der Tat, wenn das Prinzip der Demokratie selbst theoretisch unhaltbar ist, dann kann es in keiner Vereinigung als Prinzip gelten, auch nicht in den Vereinigungen, die durch keine inneren Klassegegensätze zerrissen werden, wie die proletarischen Organisationen.

Kurzum der Artikel aus "Rassegna Comunista" wollte zeigen, daß nicht nur die Demokratie im allgemeinen, sondern auch die "proletarische Demokratie" kein Prinzip darstellt, es sei denn, man möchte den Idealismus durchs Fenster wieder hereinkommen lassen.

Wir brauchen hier kaum darauf hinzuweisen, daß eine solche Untersuchung selbst damals, in einer noch revolutionären Phase, dazu angetan war, sogar im proletarischen Lager Verurteilung und Schrecken hervorzurufen. Die banale Reaktion bestand darin, den italienischen Kommunisten zu unterstellen, sie wollten eine heimliche Verachtung für die Massen theoretisch begründen oder irgendein abstraktes Autoritätsprinzip einführen. Davon ausgehend haben uns gewisse konfuse Geister später vorgeworfen, wir seien "im Grunde Stalinisten". Darin liegt aber eine geradezu tragische Ironie, denn wahre Marxisten müssen in diesen Seiten aus dem Jahre 1922 im Gegenteil eine prophetische Warnung vor dem Spektakel sehen, das der Stalinismus ein paar Jahre später zu inszenieren begann und das immer noch aufgeführt wird, wenn auch mit Abnutzungserscheinungen: Die besten Revolutionäre, die wirklichen Vertreter des Kommunismus wurden auf Arbeiter- und Volksversammlungen durch demokratisch abgezählte gehobene Hände verurteilt, der Kommunismus wurde mit demokratischer Mehrheit durch die Proletarier selbst aus der Arbeiterbewegung verbannt. Die vulgären Antistalinisten, die nur in formalen Kategorien zu denken vermögen, erblicken im Stalinismus eine Negation der heiligen Demokratie. Der Marxist hingegen sieht darin vor dem ganzen Hintergrund des antikommunistischen Terrors die schlagendste geschichtliche Bestätigung des durch und durch verlogenen Charakters des demokratischen Prinzips auch bei dessen Anwendung auf die Arbeiterorganisationen.

Aus dieser Kritik und aus diesen Tatsachen ziehen wir aber keine "verfassungsmäßigen" Schlussfolgerungen. Der Artikel aus "Rassegna Comunista" zeigt, daß man so in einer anderen Form derselben idealistischen Abstraktion anheimfallen würde, die man bekämpfen wollte. Der Artikel erklärt deshalb, daß man in den Gewerkschaften, in den Organen der proletarischen Diktatur, ja selbst in der kommunistischen Partei wohl das Mehrheitsverfahren weiterhin anwenden könnte, solange es nützlich ist und man kein

besseres Verfahren zur Hand hat. Viele, die der abstrakten Gegenüberstellung von "Autorität" und "Demokratie" nicht entkommen können und einen liberalen Horror vor der ersten hegen, werden an dieser Stelle erleichtert aufatmen. Damit hätten sie die Schrift aber überhaupt nicht verstanden. Denn es geht um inhaltliche Fragen und nicht um die formale Suche nach abstrakten Kriterien.

Gerade an der revolutionären Partei läßt sich dieser Punkt gut verdeutlichen. Von Demokratie als Prinzip kann hier nicht die Rede sein. Die Anwendung formal-demokratischer Verfahren erfolgt hier auf der Grundlage gemeinsamer kommunistischer Prinzipien, eines festen Programms und einer einheitlichen Strategie. Je größer die Homogenität und Reife der Organisation, je größer die kollektiv erarbeitete Erfahrung, je klarer und zielkonformer die Taktik, desto mehr werden die demokratischen Verfahren verschwinden, denn ein Ausgleich zwischen verschiedenen Flügeln wird nicht mehr notwendig sein, und die Erfahrung der Partei, ihre Fähigkeit, die Entwicklung richtig einzuschätzen, ihre konsequente, auf den Lehren der Vergangenheit beruhende, planmäßige Taktik haben eine größere Überzeugungskraft als etwa die Anzahl der jeweils gehobenen Hände. Der Zentralismus gewinnt somit einen immer organischeren Charakter. Anders, wenn sich die Organisation zersetzt und den Kompaß verliert. Demokratische Verfahren werden sich hier wohl immer breiter machen, sie können aber der Organisation den Kompaß nicht wiedergeben. Dies gilt zumal, wenn die Organisation diesen Kompaß nie besitzen hat. So müssen die Organisationen, die den Anspruch erheben, kommunistisch zu sein, vom Inhalt und von der politischen Tradition her aber nicht kommunistisch sind, nicht nur die reinen Mehrheitsverfahren, sondern alle möglichen Ausgleichs- und Unterwerfungsinstanzen der bürgerlichen Demokratie immer mehr anwenden: Unterhandlungen, Kulissenvereinbarungen, Diffamierungen, Personenkult, Tricks aller Art, sowie den Zwillingsbruder der Demokratie, den Disziplinarterror. Bis die Organisation völlig auseinandergeht oder sich alles im luftleeren Raum formaler Prozeduren und Strafmaßnahmen abspielt, was ja die Nichterfüllung des ursprünglichen Anspruchs oder mit anderen Worten die Festigung der Organisation als einer nicht-kommunistischen zwangsläufig begleitet.

Will man nun die Frage stellen, ob die kleine Internationale Kommunistische Partei von heute, die aus der politischen Kontinuität jener italienischen Marxisten von "Rassegna Comunista" hervorging, demokratische Verfahren anwendet oder nicht, dann muß man zunächst auf die Geschichte der kommunistischen Bewegung zurückblicken und deren Entwicklung verfolgen.

Die Wahlabstimmungen über Personen und Thesen sowie ihr Korrelat, die rein formale Disziplin und die bürokratischen Eingriffe in die Parteiorganisation, haben sich sehr wohl als geeignet erwiesen, als es darum ging, die Kommunistische Internationale zu zerschlagen. Als Organisationsmethoden für die Selektion und Festigung der Komintern haben sie sich aber als völlig unbrauchbar erwiesen: Zur Disziplinierung und Assimilierung der verschiedenen Gruppen und Tendenzen, die nach dem ersten Weltkrieg in die Komintern hineinkamen, ohne deren Programm,

Prinzipien und Strategie voll zu teilen, konnten sie nicht beitragen, ganz im Gegenteil. Dies zum einen. Zum anderen folgendes: Im Laufe der Konterrevolution, die die internationale Arbeiterbewegung vernichtete und den Kommunismus aus der Bildoberfläche verbannte, hat von allen Strömungen der antistalinistischen Opposition allein die "italienische Linke" jenen Graben zwischen Kommunismus und Demokratie nicht überquert und landete daher auch nicht im Sumpf der verschiedenen Varianten von Demokratie, die das politische Denken unserer Tage verpesteten (Volksdemokratie, fortschrittliche Demokratie, Arbeiterdemokratie, Rätedemokratie usw. usf., wobei dahinter schließlich immer die Demokratie schlechthin steckt).

Aus diesem ganzen Zusammenhang ergeben sich die wichtigen Fragen: Konnte und kann nach der Zerschlagung des Kommunismus durch den Stalinismus die neue internationale revolutionäre Organisation aus der Zusammenwürfelung verschiedener Tendenzen und Gruppen auf der Grundlage von "gemeinsamen Nennern" entstehen? Darf man in der kommunistischen Partei das geringste Zugeständnis an demokratischen, pazifistischen, au-

tonomistischen und anarchistischen Orientierungen machen? Verblieben auch andere Gruppen der Komintern auf der Grundlage der Prinzipien und des Programms des Marxismus und sind sie aufgrund ihrer politischen Entwicklung in der Lage, zur Wiederherstellung des Marxismus und der Weltpartei beizutragen? Die geschichtliche Erfahrung einerseits, die geschichtliche Entwicklung andererseits geben auf alle diese Fragen eine eindeutig negative Antwort. Die Bedeutung der nachstehend abgedruckten Schrift kristallisiert sich für uns in diesem geschichtlichen Resultat.

So stellt sich die Frage der "inneren Parteidemokratie" konkret. Die Geschichte selbst hat sie gelöst, sowohl durch ihre Lehren als auch durch die materielle Situation, die sich in ihrem tragischen Verlauf herausbildete.

Das in der Kommunistischen Partei unbrauchbare "Instrument" ist allerdings heute mehr denn je als Legitimationsinstanz für Verwirrung und Prinzipienlosigkeit zu gebrauchen und in jedem "linken" Selbstbedienungsladen in allen Farbkombinationen und verziert durch alle möglichen Konterfeie zu erhalten.

DAS DEMOKRATISCHE PRINZIP

Bestimmte Ausdrücke können in dem einen oder anderen Sinn verwendet werden. Sie führen daher sehr oft zu Mißverständnissen, wenn man sie für die Darlegung der Probleme des Kommunismus benutzt. Das geschieht zum Beispiel mit den Begriffen DEMOKRATIE und DEMOKRATISCH. Der wissenschaftliche Kommunismus ist seinem Wesen nach zugleich Kritik und Negation der Demokratie, andererseits verteidigen die Kommunisten oft den demokratischen Charakter der proletarischen Organisationen (Sowjetstaat, Gewerkschaft, Partei) und befürworten die Anwendung der Demokratie in diesen Organisationen. Darin liegt selbstverständlich kein Widerspruch. Und auch gegen die Gegenüberstellung von BÜRGERLICHER DEMOKRATIE und PROLETARISCHER DEMOKRATIE läßt sich nichts einwenden, solange man darunter den Gegensatz von BÜRGERLICHER DEMOKRATIE und PROLETARISCHER DIKTATUR versteht.

Die marxistische Kritik an den Grundsätzen der bürgerlichen Demokratie beruht auf der genauen Kennzeichnung der Wesenszüge der heutigen Gesellschaft. Die bestehende Produktionsweise selbst führt zu einer Teilung der Gesellschaft in Klassen. Diese Klassenteilung läßt sich durch die politische Gleichheit nicht aufheben. Eine Auffassung, welche die materiell begründete Klassenteilung mit der politischen Gleichheit vereinbaren möchte, ist daher - wie der Marxismus nachweist, - theoretisch unhaltbar und praktisch ein Betrug.

Die liberale Ideologie meint, daß das Wahlrecht die politische Freiheit und Gleichheit verwirklichte. Aber von Freiheit und Gleichheit zu reden hat nur einen Sinn, wenn man von ökonomischen Bedingungen ausgeht, die im wesentlichen für alle gleich sind. Dies ist auch der Grund, weshalb wir Kommunisten die Anwendung des Wahlrechts innerhalb der proletarischen Klassenorganisationen akzeptieren und eine demokratische Funktionsweise für die Organisationen fordern. Mit dem Begriff Demokratie verbinden sich allerdings viele Illusionen, die wir mit Mühe zu zerstören versuchen. Es wäre daher wünschenswert,

einen anderen Ausdruck zu verwenden, denn damit würden wir Mißverständnissen vorbeugen und eine erneute Aufwertung des Begriffs Demokratie vermeiden. Auf jeden Fall ist es aber ratsam, den eigentlichen Inhalt des demokratischen Prinzips sowohl im allgemeinen als auch in seiner besonderen Anwendung auf Organisationen, die aus Mitgliedern einer einzigen Gesellschaftsklasse bestehen, näher zu untersuchen. So können wir der Gefahr entgehen, eine bestimmte "Kategorie" - in diesem Falle die Demokratie - zu einem Prinzip absoluter Wahrheit und Gerechtigkeit hochzustilisieren. Gerade heute, wo wir die Waffen der Kritik auf die ganze Lüge und Willkür der "liberalen" Theorien richten, um klare Fronten zu schaffen, gerade heute müssen wir es vermeiden, selbst einem solchen Apriorismus zu verfallen, der unserer Weltanschauung vollkommen fremd wäre.

Geht man einem Fehler in der politischen Taktik auf den Grund, so wird man immer einen theoretischen Fehler entdecken. Der theoretische Fehler ist sozusagen eine Übersetzung des politischen Fehlers in die Sprache unseres kritischen Bewußtseins. So hängt die verheerende Politik und Taktik der Sozialdemokratie mit einem prinzipiellen Fehler zusammen: Der Sozialdemokratie zufolge übernimmt der Sozialismus einen wesentlichen Bestandteil jener Auffassungen, mit denen die liberale Ideologie die alten, in der Religion begründeten politischen Doktrinen bekämpfte. In Wirklichkeit hat der marxistische Sozialismus jedoch die Kritik des demokratischen Liberalismus an dem Adel und der absoluten Monarchie des ancien régime keineswegs übernommen, um sie nachher zu vervollständigen. Im Gegenteil, er hat sie von vornherin voll und ganz zerstört. Um keine Mißverständnisse im Hinblick auf unsere Orientierung aufkommen zu lassen, möchten wir allerdings sofort hinzufügen, daß es dem marxistischen Sozialismus dabei natürlich nicht um die Verteidigung der religiösen oder idealistischen Lehren gegen den aufklärerischen Materialismus der bürgerlichen Revo-

lutionäre ging. Der Marxismus wollt nur nachweisen, daß die politische Philosophie der Enzyklopädie keineswegs zu einer Überwindung des idealistischen Unsinnns und der metaphysischen Betrachtung der gesellschaftlichen und politischen Erscheinungen geführt hatte. Die Theoretiker des bürgerlichen Materialismus machten sich diesbezüglich nur Illusionen und konnten einer konsequent realistischen Kritik der Gesellschaft und der Geschichte, Marxens historischen Materialismus, ebensowenig wie ihre Vorgänger standhalten.

Ein anderer theoretischer Aspekt ist hier sehr wichtig. Im Laufe ihrer Zusammenarbeit mit der bürgerlichen Demokratie haben die Sozialdemokraten die Theorie der proletarischen Revolution so weit entstellt, daß ihr mächtiger revolutionärer Charakter völlig verwischt wurde. Um ihr diesen Charakter zurückzugeben, bzw. um den Graben zwischen Sozialismus und bürgerlicher Demokratie zu vertiefen, muß man aber keineswegs die Prinzipien des Sozialismus in einem idealistischen oder neo-idealistischen Sinn revidieren (1). Es genügt ganz einfach, auf die ursprüngliche Kritik unserer Meister an den Trugschlüssen der liberalen Auffassungen und der bürgerlichen materialistischen Philosophie zurückzugreifen.

Aber bleiben wir bei unserem Thema: Die Kritik des Sozialismus an der Demokratie war im Grunde eine Kritik an der demokratischen Kritik an den alten politischen Philosophien, eine Widerlegung des scheinbaren allgemeinen Gegensatzes zwischen jenen zwei Denkschulen, der Beweis ihrer theoretischen Verwandtschaft. Dies entsprach der praktischen Tatsache, daß das Proletariat sich vom Übergang der Staatsmacht aus von den Händen des Feudaladels, der Monarchie und des Klerus in diejenigen der jungen Handels- und Industriebourgeoisie nicht viel zu versprechen hatte. Der Nachweis, daß die neue, bürgerliche Philosophie die alten Fehler der despotischen Ordnung keineswegs überwunden, sondern an ihre Stelle eine Konstruktion aus neuen Irrtümern gesetzt hatte, entsprach der Entstehung der revolutionären Bewegung des Proletariats. Die Entstehung dieser Bewegung war die faktische Widerlegung der bürgerlichen Einbildung, mit dem allgemeinen Wahlrecht und dem Parlamentarismus ein politisches System errichtet zu haben, das für alle Ewigkeit eine friedliche und unbegrenzt vervollkommnungsfähige Leitung der Gesellschaft gewährleisten würde.

Die alten politischen Lehren beruhten auf religiösen Auffassungen und sogar auf dem Prinzip der göttlichen Offenbarung. Ihnen zufolge wurden das Bewußtsein und der Wille der Menschen von übernatürlichen Kräften gelenkt. Wenn bestimmte Individuen, Familien und Kasten das Gemeinwesen führen und regieren, so sei das darauf zurückzuführen, daß Gott ihnen diese Aufgabe erteilt hat, daß sie dank göttlicher Investitur die "Autorität" verkörpern. Dementgegen verkündete die demokratische Philosophie, die sich Hand in Hand mit der bürgerlichen Revolution behauptete, daß alle Bürger, ganz gleich ob Adlige, Kirchenfürsten oder Plebejer, moralisch, politisch und rechtlich gleich seien. Die demokratische Philosophie wollte die "Souveränität" aus dem engen Kreis einer Kaste oder einer Dynastie lösen und der Allgemeinheit übertragen. Durch Befragung des Volkes auf der Grundlage des allge-

meinen Wahlrechts sollte die Mehrheit der Bürger nach ihrem Willen die Staatsherrscher ernennen.

Sehr lange schien der "Rationalismus" dieser politischen Philosophie das letzte Wort in der Gesellschaftswissenschaft und in der Staatskunst zu sein. Viele vermeintliche Sozialisten fühlten sich ihr verpflichtet, während sich die Priester aller Religionen und die religiösen Philosophen sehr heftig gegen sie wandten. Doch das alles darf uns nicht dazu verleiten, in dieser Auffassung den endgültigen Sieg der Wahrheit über die Finsternis zu erblicken. Die Behauptung, derzufolge seit Errichtung der Grundlagen für eine Regierungsbildung nach dem demokratischen Mehrheitsrecht die Zeit der "Privilegien" überholt sei, kann der marxistischen Kritik nicht standhalten, weil der Marxismus ein ganz anderes Licht auf die Natur der gesellschaftlichen Erscheinungen wirft.

In der Tat: Um sich von der Logik einer solchen Auffassung bestechen zu lassen, muß man davon ausgehen, daß alle Wählerstimmen, d.h. das Urteil, die Meinung, das Bewußtsein eines jeden Wählers, der die Macht für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten delegiert, das gleiche Gewicht haben. Folgende Überlegung dürfte zunächst genügen, um zu zeigen, wie wirklichkeitsfremd und wie wenig "materialistisch" diese Auffassung ist. Sie betrachtet jeden einzelnen Menschen als vollkommene "Grundeinheit" eines Systems, das aus lauter solchen, an sich gleichen Einheiten besteht. Sie bewertet daher das Urteil des einzelnen Menschen nicht im Zusammenhang mit seinen jeweiligen Lebensbedingungen, d.h. mit seinen Beziehungen zu den anderen Menschen; stattdessen unterstellt sie, jedes Individuum bilde sein Urteil selbständig, "souverän", und aus dieser unbegründeten Annahme folgert sie dann, das Urteil jedes Einzelnen habe die gleiche Einflußkraft. In der demokratischen Auffassung ist das Bewußtsein der Menschen also nicht die konkrete Widerspiegelung der Tatsachen und Zwänge seiner Umgebung. Sie versteht das Bewußtsein im Grunde als ein Lichtlein, das in jedem Menschen gleich brennt, im Kranken wie im Gesunden, im Geplagten wie in demjenigen, dessen Bedürfnisse harmonisch befriedigt werden. Aber wer sonst kann mit dieser Gerechtigkeit der Vorsehung in jedem Menschen ein solches Lichtlein entzündet haben, wenn nicht ein unbestimmter Lebensspender, irgendein Gott? Gott bestimmt zwar nicht mehr den Herrscher, aber stattdessen verteilt er diese Fähigkeit gleichmäßig unter allen Bürgern. Die demokratische Ideologie erhebt den Anspruch des Rationalismus, in Wirklichkeit geht sie aber von Voraussetzungen aus, die von einer naiven Metaphysik gekennzeichnet werden. Darin unterscheidet sie sich kaum von der katholischen Religion, die den Menschen einen "freien Willen" unterstellt, von dessen Gebrauch Heil und Verdammung im Jenseits abhängen. Die demokratische Ideologie stellt sich also außerhalb der Zeit und der geschichtlichen Bedingungen und ist damit dem Spiritualismus nicht minder verhaftet als die ebenso grundfalschen Philosophien, denen zufolge jede Autorität von Gott ausgeht und die Monarchien auf Gottesrecht beruhen.

Wer diesen Vergleich weiterführen möchte, müßte nur noch daran erinnern, daß die politische Doktrin der Demokratie bereits Jahrhunderte vor

der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte und der großen französischen Revolution von Denkern umrissen wurde, die sich ganz entschieden auf den Boden des Idealismus und der Metaphysik stellten. Im übrigen hat die französische Revolution die Altäre des Christengottes im Namen der Vernunft gestürzt, konnte aber nicht umhin, aus dieser "Vernunft" selbst eine neue Gottheit zu machen.

Aber nicht nur die Auffassungen des bürgerlichen Liberalismus, sondern auch alle Verfassungslehren und alle Gesellschaftsentwürfe, die auf einem angeblich "immanenten Wert" bestimmter sozialer Verhältnisse oder Staatsformen beruhen, werden von dieser metaphysischen Prämisse gekennzeichnet, die sich mit der marxistischen Kritik absolut nicht vereinbaren läßt: Die marxistische Geschichtsauffassung zerstörte mit einem Schlag den mittelalterlichen Idealismus, den bürgerlichen Liberalismus und den utopischen Sozialismus.

Aber was setzte der kritische Kommunismus diesen willkürlichen Gesellschaftslehren entgegen, den aristokratischen wie den demokratischen, den autoritären wie den liberalen und auch den Vorstellungen, die sich der Anarchismus von einer Gesellschaft ohne Hierarchie und ohne Machtdelegierung macht, und die auf ähnlichen Irrtümern beruhen? Eine unvergleichlich gründlichere Untersuchung der inneren Beschaffenheit und der Wurzeln der gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer komplexen Entwicklung im Laufe der Menschheitsgeschichte sowie eine genaue Untersuchung der Natur dieser Verhältnisse in der gegenwärtigen, kapitalistischen Gesellschaft und eine daraus abgeleitete Reihe von begründeten Hypothesen über die weitere Entwicklung, denen sich heute der großartige theoretische und praktische Beitrag der proletarischen Revolution in Rußland hinzufügt.

Es ist wohl entbehrlich, an dieser Stelle die wohlbekanntesten Prinzipien des ökonomischen Determinismus näher darzulegen und wieder ausführlich nachzuweisen, daß er eine begründete Erklärung für die geschichtlichen Ereignisse und den Gesellschaftsmechanismus liefert. Indem er von der Ebene der Produktion und Ökonomie und von den daraus resultierenden Klassenverhältnissen ausgeht, beseitigt der ökonomische Determinismus die konservativen und zugleich die utopistischen Apriori und ebnet den Weg für eine wissenschaftliche Erklärung der verschiedenen juristischen, politischen, militärischen, religiösen und kulturellen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens.

Wie haben sich die Menschen im Laufe der Geschichte zu einer Gesellschaft zusammengeschlossen, wie sah ihre jeweilige Gesellschaftsordnung aus? Wir werden uns darauf beschränken, diese Entwicklung von Gesellschaftsformation zu Gesellschaftsformation in kurzen Zügen zu verfolgen. Es geht dabei allerdings nicht nur darum, wie sich diese Menschen zu einem Staatswesen, dieser abstrakten Darstellung einer Gemeinschaft, die alle Individuen vereinigen soll, organisierten, sondern auch um die verschiedenen Gebilde, die aus den Verhältnissen zwischen den Menschen entstehen.

Will man eine gesellschaftliche Hierarchie, ob sie nun einen engen oder breiten Rahmen hat, verstehen, so muß man von den Verhältnissen zwischen den verschiedenen Individuen ausgehen. Diese

Verhältnisse beruhen ihrerseits auf Arbeitsteilung zwischen diesen Individuen.

Wir begehen keinen groben Fehler, wenn wir uns zunächst vorstellen, daß die ersten Menschen völlig ohne Organisation lebten. Sie waren nicht zahlreich und konnten deshalb unmittelbar von den Gaben der Natur leben, ohne Technik oder Arbeit auf sie anzuwenden. So konnte auch Jeder leben, ohne auf seinen Nächsten angewiesen zu sein. Die einzigen vorhandenen Beziehungen waren die der Fortpflanzung, die allen Gattungen gemein sind. Doch für die Menschen (und übrigens nicht für sie allein) reichen diese Beziehungen schon aus, um ein Beziehungsgefüge und eine daraus resultierende Gliederung entstehen zu lassen: die Familie. Polygam, polyandrisch oder monogam (wir können hier auf diese verschiedenen Formen nicht näher eingehen), bildet die Familie einen Embryo organisierter gesellschaftlichen Lebens auf der Grundlage einer Aufgabenteilung. In diesem Fall erwächst die Aufgabenteilung unmittelbar aus dem physiologischen Bereich: Die Mutter pflegt die Nachkommenschaft und zieht sie groß, während der Vater der Jagd, dem Schutz vor äußeren Feinden usw. nachgeht.

Wie bei den nachfolgenden Entwicklungsphasen der Produktion und des Wirtschaftslebens, so hat es auch im Hinblick auf diesen Urzustand, wo man von Produktion und Wirtschaft kaum reden kann, keinen Sinn, sich bei der abstrakten Frage aufzuhalten, was nun die Einheit bilde, das Individuum oder die Gesellschaft. Biologisch stellt das Individuum zweifellos eine Einheit dar. Wenn es sich aber um eine Gesellschaftsformation handelt, dann ist es hirnverbrannte Metaphysik, vom Individuum auszugehen. Vom Standpunkt der Gesellschaft haben die Einzelnen nicht denselben Stellenwert. Die Gesellschaft selbst entsteht erst aus Beziehungen und Einreihungen, in denen Stellung und Tätigkeit jedes Einzelnen keinen individuellen, sondern einen kollektiven Charakter haben, denn sie sind eine Funktion des gesellschaftlichen Ganzen. Und selbst wenn keine organisierte Gesellschaft, ja überhaupt keine Gesellschaft vorhanden ist, wie in unserem elementaren Beispiel, selbst dann führen die physiologischen Gesetzmäßigkeiten eine Organisation, die Familie, herbei. Schon diese Gesetzmäßigkeiten widerlegen die unbegründete Vorstellung, das Individuum sei die unteilbare Einheit (das ist die wörtliche Bedeutung des Begriffs Individuum), bzw. die komplexeren Formen beruhen auf der Zusammensetzung von Individuen, die ihr in sich abgeschlossenes Wesen und ihren gewissermaßen gleichen Stellenwert weiterhin behalten. Natürlich kann man in diesem Fall auch nicht von der Gesellschaft als einer Einheit reden. Die zwischenmenschlichen Beziehungen, selbst die bloße Wahrnehmung der Existenz von Mitmenschen, sind äußerst begrenzt, sie gehen nicht über den Kreis der Familie oder des Clans hinaus. Eine Schlußfolgerung, die sich von selbst aufzwingt, können wir hier vorwegnehmen, nämlich daß die Gesellschaft noch nie eine "Einheit" war; selbst in der Zukunft wird sie es nur als "Grenzwert" sein, dem man sich durch die Aufhebung der Klassen und der Staatsgrenzen allmählich wird annähern können.

Nimmt man das Individuum als solches zum Ausgangspunkt für die Untersuchung der Gesell-

schaft und den Aufbau von Gesellschaftslehren, oder meinetwegen für die Negation der Gesellschaft, so geht man von einer wirklichkeitsfremden Voraussetzung aus, die auch in den modernsten theoretischen Versuchen im Grunde nichts anderes darstellt, als eine modifizierte Wiedergabe von Begriffen wie göttliche Offenbarung, Schöpfung, Unabhängigkeit des geistigen Lebens vom Bereich der Natur und des organischen.

In der religiös-idealistischen Auffassung soll Gott bzw. eine allmächtige Kraft, die das Schicksal der Welt lenkt, jedes Individuum mit einer Seele versehen und aus ihm dadurch ein selbständiges, abgeschlossenes, bewußtes, willensfähiges und mündiges Molekül der Gesellschaft gemacht haben. Die materiellen Bedingungen und Hindernisse sollen dabei keine Rolle spielen. So entschlossen "materialistisch" sich die ersten liberalen Bourgeois und die Anarchisten vorgewagt haben mögen: Mit dem demokratischen Liberalismus und dem anarchischen Individualismus wird diese Auffassung nur anders verkleidet. An die Stelle der Seele, des göttlichen Funkens, treten nur andere philosophische Phrasen, die im Lichte der marxistischen Kritik unter derselben infantilen Naivität leiden: die subjektive Souveränität des Wählers, bzw. die unbegrenzte Selbständigkeit des Bürgers einer gesetzlosen Gesellschaft.

Dem Begriff der Seele entspricht die gleichsam idealistische Unterstellung, die Gesellschaft sei eine vollkommene Einheit. Es handelt sich um eine Art gesellschaftlichen "Monismus" auf der Grundlage des göttlichen Willens, der das Leben unserer Gattung lenken und verwalten soll. Als wir uns weiter oben mit dem Urzustand des gemeinschaftlichen Lebens befaßten und auf die Familienorganisation stießen, mußten wir zum Ergebnis kommen, daß man bei der Untersuchung des Lebens und des Entwicklungsprozesses der Menschheit nicht fortschreiten kann, wenn man von der metaphysischen Hypothese ausgeht, daß das Individuum oder die Gesellschaft die eigentliche "Einheit" bilden. Wir können andererseits auch eine positive Behauptung aufstellen: Wir finden ein *auf einheitlicher Grundlage organisierendes Kollektiv*, die Familie, vor. Heißt das, daß wir wie die Anarchisten angesichts des Individuums oder die Anhänger der absoluten Monarchie angesichts der Standesordnung die Familie als eine unveränderliche und ewige Grundform betrachten oder zum Modell des gesellschaftlichen Zusammenlebens verklären dürfen? Selbstverständlich nicht. Wir stellen lediglich die Existenz dieser Ureinheit menschlicher Organisation fest. Ihr werden andere Formen folgen, sie selbst wird sich in vielerlei Hinsicht verändern und als Bestandteil in andere Gemeinwesen eingehen. Es ist sogar anzunehmen, daß die Familie in einer höheren Gesellschaft verschwinden wird. Wir verspüren nicht das geringste Bedürfnis, aus Prinzip für oder gegen die Familie oder z. B. auch für oder gegen den Staat zu sein. Uns geht es darum, den Sinn der Entwicklung dieser Form menschlicher Organisation so gut wie möglich zu begreifen. Wenn wir uns fragen, ob sie eines Tages verschwinden wird, so tun wir das so unvoreingenommen wie es eben geht, denn es entspricht nicht unserer Denkweise, sie als heilig und unantastbar oder umgekehrt als schädlich und zerstörungswürdig zu betrachten. Das ist Sache des Konservatismus und seiner Kehrseite (d. h. der Negation jeder Form gesellschaft-

licher Organisation und hierarchischer Gliederung), die beide theoretisch gleich schwach sind und in der Praxis zu keinem Ergebnis führen.

Wir lassen also die herkömmliche Gegenüberstellung der Kategorien Individuum und Gesellschaft beiseite und verfolgen die Bildung und Entwicklung anderer Einheiten, d. h. anderer organisierter Gemeinschaftsformen im Laufe der Geschichte der Menschheit. Es handelt sich um mehr oder weniger ausgedehnte Gruppierungen von Menschen auf der Grundlage einer Arbeitsteilung und einer hierarchischen Gliederung. Diese Gruppierungen treten als Träger und handelnde Faktoren des gesellschaftlichen Lebens auf. In einem bestimmten Sinne kann man sie mit den organischen Einheiten, den Lebewesen, vergleichen, in denen die Zellen verschiedene Funktionen erfüllen und jeweils einen anderen Stellenwert haben. Hier hätten wir anstelle der Zellen die einzelnen Menschen und die Grundgruppen von Menschen. Aber auch dieser Vergleich hinkt, denn das Lebewesen ist in sich genau abgegrenzt und macht eine biologische Entwicklung durch, an deren Ende es stirbt. Anders die organisierten gesellschaftlichen Einheiten. Sie werden durch keine festen Umrisse in sich abgegrenzt, sondern verflechten sich miteinander, zersetzen sich und setzen sich in einem Prozeß ständiger Erneuerung gleichzeitig wieder zusammen.

Unser erstes Beispiel, die Familie, liegt auf der Hand, um das wesentliche hervorzuheben. Die Familie besteht zwar selbstverständlich aus Individuen und setzt sich von Fall zu Fall anders zusammen. Aber die Familie ist eine Einheit, die einen Ganzheitscharakter besitzt, als organisches "Ganzes" auftritt. Die Zergliederung der Familie in individuelle Einzeleinheiten ist eine leere Abstraktion, die höchstens für die Mythologie von Belang sein kann. Die Familie ist ein Element, dessen Leben einen Einheitscharakter besitzt, aber dieser Charakter wird nicht durch die jeweilige Anzahl der Einzelmenschen bestimmt, die in einer Familie zusammengefaßt sind, sondern durch das Netz ihrer wechselseitigen Beziehungen. Andererseits kann man an Hand eines banalen Beispiels feststellen, wie unterschiedlich der Wert einer Familie sein kann: Es genügt, eine Familie, die sich aus Oberhaupt, Frauen und einigen untauglichen Greisen zusammensetzt, mit einer anderen, die neben dem Oberhaupt noch einige junge und arbeitsfähige Söhne zählt, zu vergleichen.

Schon in dieser ersten, aus Einzelmenschen gebildeten Einheit treten Formen von Aufgabenteilung, von Hierarchie, von Autorität, von Leitung der Tätigkeit der Einzelnen und von Verwaltung auf. Im Laufe der Entwicklung durchlaufen die Menschen unzählige andere Organisationsformen, die immer breiter und komplexer sind und mit einer immer komplexeren Gliederung der gesellschaftlichen Beziehungen und Hierarchien zusammenhängen. Gehen wir der Ursache für diese zunehmende Komplexität nach, so können wir feststellen, daß sie mit einer zunehmenden gesellschaftlichen Differenzierung einhergeht: Größere handwerkliche Fertigkeit und bessere Erkenntnisse erlauben die Einführung neuer Produktionssysteme und damit eine Entfaltung der Produktion (im weitesten Sinne des Wortes); die Befriedigung der Bedürfnisse von größeren und fortgeschritteneren

Gemeinschaften, der Übergang zu höheren Lebensformen, wird dadurch möglich. Die zunehmende gesellschaftliche Differenzierung ist eine direkte Folge neuer Produktionssysteme.

Will man den Entstehungs- und Transformationsprozeß der menschlichen Organisationen und ihre Wechselbeziehungen innerhalb der Gesamtgesellschaft verstehen, so muß man die Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse, d. h. der Verhältnisse, welche die Menschen infolge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung untereinander eingehen, zum Ausgangspunkt der Untersuchung nehmen. Aufgrund einer solchen Untersuchung kann man die Entstehung und Laufbahn der Dynastien, Kasten, Armeen, Staaten, Reiche, Zünfte und Parteien verfolgen. Es ist denkbar, daß auf dem Höhepunkt dieser komplexen Entwicklung ein einheitlich organisiertes Gemeinwesen bestehen wird, das die ganze Menschheit umfaßt und alle Menschen in eine rationale Aufgabenteilung einbezieht. Man kann auch die Frage erörtern, welche Bedeutung und welche Grenzen eine hierarchische Gliederung der kollektiven Verwaltung in dieser höheren Form menschlichen Zusammenlebens haben wird.

Wir müssen nun aber bald zur Untersuchung jener organisierten Vereinigungen übergehen, deren innere Beziehungen auf dem beruhen, was man gemeinhin das "demokratische Prinzip" nennt. Wir führen deshalb eine Vereinfachung ein und teilen die organisierten Gemeinschaften in zwei Sorten ein: solche, die ihre Hierarchie von außen erhalten, und solche, die ihre Hierarchie von sich aus und aus ihren eigenen Reihen bilden. Für die Religion und die reine Obrigkeitslehre soll jede Gesellschaft eine Einheit bilden, die ihre Hierarchie von übernatürlichen Mächten erhält. Es ist überflüssig, die Kritik an einer solchen metaphysischen Versimpelung weiterzuführen, denn sie wird ohnehin von der ganzen menschlichen Erfahrung widerlegt. Die Hierarchie entsteht automatisch aus der Notwendigkeit einer Aufgabenteilung. Auch in der Familie war es natürlich so. Wenn diese sich zur Sippe und zum Stamm weiterbildete, mußte sie sich zum Kampf gegen andere Organisationen organisieren. Die Führung wurde zweckmäßigerweise denjenigen übertragen, welche die gemeinsamen Anstrengungen am besten koordinieren konnten. Daraus entstanden militärische Hierarchien. Könige, Heeresführer und Priester wurden ursprünglich gewählt: Jahrtausende vor der Entstehung des modernen demokratischen Wahlfimmels bestimmte das gemeinsame Interesse die Wahl. Dieses Kriterium für die Bildung von Hierarchien wurde später verdrängt. Die abstammungsmäßige Vererbung und die Zugehörigkeit zu geschlossenen Schulen, Sekten und Kulturen gewannen die Oberhand und führten zur Bildung von Kastenprivilegien. Wer aufgrund seiner besonderen Fähigkeiten und Funktionen einen Posten besaß, hatte in der Regel auch den größten Einfluß auf die Bestimmung seines Nachfolgers. Wir haben, wie gesagt, nicht vor, den Entstehungsprozeß der Kasten, und später der Klassen in der Gesellschaft im einzelnen zu verfolgen. Die logische Notwendigkeit einer Aufgabenteilung verwandelte sich in ein Macht- und Einflußmonopol in den Händen jener Schichten von Individuen, die eine privilegierte Stellung im ökonomischen Mechanismus einnahmen. Jede herrschende Kaste bil-

dete auf diese oder jene Weise ihre eigene Organisation und Hierarchie. Dasselbe trifft für die ökonomisch privilegierten Klassen zu. Wir beschränken uns auf ein einziges Beispiel: Der Landadel des Mittelalters verband sich, um das gemeinsame Privileg gegen die Angriffe anderer Klassen zu verteidigen. Damit entstand eine Organisationsform, die in der Monarchie ihren vollendeten Ausdruck fand. Die Monarchie faßte die ganze öffentliche Gewalt in ihren Händen zusammen, die anderen Bevölkerungsschichten hatten an dieser Gewalt keinen Anteil. Im Mittelalter war der Staat die Organisation des Feudaladels, der vom Klerus unterstützt wurde. Das wichtigste Herrschaftsinstrument dieser militärischen Hierarchien war das Heer. Damit gelangen wir zu einem Organisationstyp, dessen Hierarchie von außen bestimmt wird. Das Heer beruht auf dem passiven Gehorsam aller seiner Mitglieder, die Heeresführer werden vom König ernannt. Die Macht, eine Reihe von hierarchisch gegliederten Exekutivorganen, wie Heer, Polizei, Gerichtswesen und Bürokratie zu besetzen und zu lenken, wird in jeder Staatsform vereinheitlicht und zentralisiert. Der Staat ist eine organisierte Einheit, die sich der Tätigkeit von Individuen aller Klassen bedient. Er beruht aber auf einer einzigen oder auf wenigen privilegierten Klassen, denen die Gewalt, die verschiedenen Hierarchien aufzubauen, vorbehalten bleibt. Die anderen Klassen und im allgemeinen alle Gruppen von Individuen, denen das naheliegende klar wird, nämlich daß die vorhandene Staatsorganisation trotz gegenteiligen Anspruchs keineswegs die Interessen und Bedürfnisse Aller vertritt, versuchen, eigene Organisationen zu bilden, um ihre Interessen durchzusetzen. Der Ausgangspunkt solcher Organisationen ist die einfache Feststellung der gemeinsamen Lage ihrer Mitglieder in der Produktion und im Wirtschaftsleben.

Wenn wir uns mit jenen Organisationen befassen, die ihre Hierarchien selbst bilden, können wir allerdings die Frage stellen, wie diese Hierarchie zu ernennen sei, um die gemeinsamen Interessen aller Organisationsmitglieder am besten zu wahren, bzw. um die Herausbildung von privilegierten Schichten innerhalb der betreffenden Organisation zu vermeiden. Hier stoßen wir wieder auf das Verfahren, das auf dem demokratischen Prinzip beruht: Alle einzelnen Mitglieder sollen befragt werden, die Posten der Hierarchie sind durch Mehrheitsentscheidung zu besetzen.

Wenn es darum geht, die ganze Gesellschaft, so wie sie heute besteht, oder bestimmte Nationen auf die Anwendung dieser Methode zu verpflichten, muß unsere Kritik viel härter ausfallen, als wenn es um deren Einführung in viel engere Organisationen wie die proletarischen Gewerkschaften und Parteien geht.

Die erste Auffassung ist völlig aus der Luft gegriffen und damit ohne weiteres zu verwerfen. Sie berücksichtigt überhaupt nicht die Stellung der Einzelnen im Wirtschaftsleben und betrachtet das demokratische Verfahren nicht im Zusammenhang mit dem Entwicklungsprozeß der jeweiligen Gesellschaft, sondern als etwas Selbständiges und an sich Vollkommenes.

Da die Gesellschaft in Klassen geteilt ist, die sich infolge von ökonomischen Privilegien krass

voneinander unterscheiden, können Mehrheitsentscheidungen keine Bedeutung haben. Der demokratische und parlamentarische Staat liberaler Verfassung erhebt den Anspruch, eine Organisation aller Bürger im Interesse aller Bürger zu sein. Das ist ein Betrug. Solange Interessengegensätze und Klassenkämpfe bestehen, ist keine Organisationseinheit möglich. Obwohl ein Schein von Volkssouveränität zur Schau getragen wird, bleibt der Staat das Organ der ökonomisch herrschenden Klasse und das Instrument zum Schutz ihrer Interessen. Obwohl in der bürgerlichen Gesellschaft die politische Vertretung (die parlamentarischen Organe) demokratisch gewählt werden, betrachten wir diese Gesellschaft als einen Komplex aus verschiedenen anderen Organisationen und Vereinigungen. Viele davon werden von den privilegierten Schichten gebildet und verfolgen die Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung. Sie schließen sich daher um die mächtige und zentralisierte Organisation des Staatsapparates zusammen. Andere verhalten sich neutral oder ändern von Fall zu Fall ihre Haltung gegenüber dem Staat. Andere schließlich entstehen innerhalb der besitzlosen und ökonomisch ausgebeuteten Klassen; sie richten sich gegen den bestehenden Klassenstaat. Der Staat hat also keineswegs den Charakter einer Vereinigung aller Bürger oder der ganzen Nation. Und daran können die politische und rechtliche Gleichheit aller Bürger, die formale Anwendung des demokratischen Prinzips bzw. des Mehrheitsrechts überhaupt nicht ändern, weil eine ökonomisch bedingte Klassenteilung besteht. Die politische Demokratie gibt offiziell vor, einen Staat aller Bürger errichtet zu haben. In Wirklichkeit ist sie jedoch die Staatform, die sich für die Herrschaft der kapitalistischen Klasse und die Aufrechterhaltung ihrer Privilegien besonders gut eignet. Sie ist die spezifische Form der bürgerlichen Diktatur im echten Sinne des Wortes.

Es ist deswegen nicht notwendig, die vernichtende Kritik des Marxismus an dieser falschen Auffassung noch weiter auszuführen. Wer ist der Wähler? Ein durch körperliche Überanstrengung erschöpfter Arbeiter oder ein reicher Nichtstuer, ein gerissener Industrieunternehmer oder ein Proletarier, der tief im Elend steckt, aber die Ursachen seiner Leiden nicht kennt und keinen Ausweg erblickt? Danach fragt die Demokratie nicht. Sie geht davon aus, daß alle "Wählerstimmen" gleichermaßen unabhängig und reif sind. Von Zeit zu Zeit wird man aufgefordert, die "souveräne" Funktion der Stimmabgabe zu erfüllen. Ruhe und Gehorsam sollen damit gesichert sein, auch wenn man unter den Folgen staatlicher Unterdrückung und Ausplünderung und behördlicher Willkür zu leiden hat.

Wie wir gesehen haben, hat das demokratische Prinzip keinen Wert an sich. Als Prinzip ist es absolut untauglich. Es handelt sich eher um einen einfachen Organisationsmechanismus, der auf einer banalen arithmetischen Regel beruht: die Mehrheit hat Recht und die Minderheit Unrecht. Schauen wir uns jetzt an, wie es mit der Anwendung dieses Mechanismus im zweiten Fall steht, d.h. in Organisationen, die Klassenumrisse haben und durch keine inneren ökonomischen Gegensätze zerrissen sind. Ist dieser Mechanismus hier nützlich? Reicht er aus? Wir müssen diese Organisationen in ihrem historischen Entwicklungsprozeß untersuchen.

Nach dem revolutionären Sieg der unterdrückten Klassen über die bürgerliche Staatsmacht wird eine Diktatur des Proletariats errichtet. Ist der demokratische Mechanismus hier anwendbar? Werden in dieser Staatsform die politischen Vertretungen und Hierarchien so gebildet, daß man von einer "proletarischen Demokratie" reden kann? Wir müssen diese Frage ohne Vorurteile betrachten. Nehmen wir an, wir kommen zu dem Schluß, daß dieser Mechanismus, solange die geschichtliche Entwicklung selbst kein besseres Verfahren hervorbringt, doch auf eine bestimmte Art und Weise gut anwendbar sei. Es gibt dennoch keinen Grund dafür, die Souveränität der "Mehrheit" des Proletariats zum Prinzip zu erheben. Darüber muß man sich im klaren sein. Nach dem Sieg der Revolution ist das Proletariat noch keine völlig homogene Klasse. Es handelt sich nicht einmal um eine einzige Klasse. In Rußland z. B. liegt die Macht in den Händen der Arbeiter und Bauern, wenn man aber die ganze Entwicklung der revolutionären Bewegung auch nur flüchtig betrachtet, dann wird man sofort feststellen, daß das Industrieproletariat, obwohl es viel weniger zahlreich als die Bauernschaft ist, eine viel wichtigere Rolle spielt. So ist es logisch, wenn in den Sowjets, im Räte-system, eine Arbeiterstimme ein viel größeres Gewicht als eine Bauernstimme hat. Wir werden hier die Wesenszüge der Verfassung des proletarischen Staates nicht im einzelnen untersuchen. Wir betrachten diesen Staat auf jeden Fall nicht als etwas absolutes, wie etwa die Reaktionäre die Monarchie aus göttlichem Recht, oder die Liberalen den Parlamentarismus mit allgemeinem Wahlrecht bzw. die Anarchisten die Staatslosigkeit betrachten. Der proletarische Staat ist die Organisation einer Klasse zum Kampf gegen andere Klassen, deren ökonomische Privilegien abgeschafft werden müssen. Er ist eine materielle Kraft in der Geschichte und muß sich seinen Zielen, d. h. den Notwendigkeiten, die ihn hervorriefen, anpassen. Das kann unter bestimmten Umständen durch die breiteste Massenabstimmung, unter anderen Umständen wiederum durch die Entscheidung eines sehr kleinen und mit uneingeschränkter Vollmacht versehenen Exekutivkomitees gewährleistet werden. Das wesentliche ist, daß diese proletarische Gewaltorganisation über die Mittel und Waffen zur Zerschlagung des politischen und militärischen Widerstandes der Bourgeoisie und zur Ausradierung ihrer ökonomischen Privilegien verfügen muß. Nur so kann sie die Abschaffung der Klassen einleiten und den Boden für eine immer tiefere Transformation ihrer eigenen Struktur und Funktion vorbereiten.

Die bürgerliche Demokratie verfolgt in Wirklichkeit das alleinige Ziel, jeden Einfluß der großen proletarischen und kleinbürgerlichen Massen auf die Staatsführung auszuschließen. Diese ist den großen Oligarchien der Industrie, der Finanzen und des Grundbesitzes vorbehalten. Die proletarische Diktatur hingegen muß die breitesten Schichten der proletarischen und auch halbproletarischen Massen in den Kampf, den sie verkörpert, einbeziehen. Diesen Punkt muß man festhalten. Die Verwirklichung dieses Ziels ist aber nicht mit der Schaffung eines alles um-

fassenden Wahlsystems gleichzusetzen. Nur wer unter dem Einfluß bürgerlicher Vorurteile steht, kann eine solche Gleichung aufstellen. Ein derartiges Wahlsystem kann zuviel des Guten sein, noch öfters ist es aber zu wenig. Viele Proletarier würden sich auf die Wahlbeteiligung beschränken und jeder weiteren aktiven Teilnahme am Klassenkampf enthoben fühlen. Zum anderen verlangt die Verschärfung des Kampfes in manchen Phasen prompte Entscheidungen und Reaktionen bzw. die Zentralisierung aller Kräfte in eine einzige Stoßrichtung. Um diese Bedingungen herzustellen, vollzieht der proletarische Staat einen direkten Bruch mit den Regeln der bürgerlichen Demokratie. Dieser Bruch kommt in der gesamten Verfassung des proletarischen Staates zum Ausdruck, wie uns die lehrreichen Erfahrungen in Rußland zeigen. Deshalb jammern die Anbeter der bürgerlichen Demokratie ja auch, daß dort die Freiheit vergewaltigt wird. In Wirklichkeit werden ganz einfach die spießbürgerlichen Vorurteile und die Demagogie entlarvt, die immer nur dem Schutz der bürgerlichen Macht gedient haben. Die proletarische Diktatur faßt die beratende und die ausführende Funktion in einheitliche Staatsorgane zusammen. Wenn nicht überhaupt die ganze Masse der Stimmberechtigten, so beteiligt sich mindestens eine breite Schicht ihrer Delegierten ständig und nicht nur von Zeit zu Zeit an den Funktionen des politischen Lebens. Durch diese aktive Teilnahme wird der einheitliche Charakter der Aktion des gesamten Apparates nicht gefährdet, sondern gestärkt. Es ist bemerkenswert, daß diese Beteiligung nach Kriterien erfolgt, die denjenigen des bürgerlichen Liberalismus entgegengesetzt sind. So wurden die *Direktwahlen* und die *proportionale Vertretung* im Wesen abgeschafft, ganz abgesehen davon, daß die andere heilige Kuh, die *Stimmgleichheit*, auch abgeschlachtet wurde, wie wir gesehen haben.

Wenn die Wahl der politischen Vertreter nach diesen neuen Kriterien erfolgt und diese in einer Verfassung verankert sind, so will das natürlich nicht heißen, daß darin etwas Prinzipielles zu erblicken sei. Unter anderen Umständen können sich die Kriterien verändern. Auf jeden Fall möchten wir klarstellen, daß für uns diese Organisations- und Vertretungsformen keinen inhärenten Wert haben. Unsere Ausführungen kommen in einer marxistischen Grundthese sinngemäß wie folgt zum Ausdruck: "DIE REVOLUTION IST NICHT EINE FRAGE VON ORGANISATIONSFORMEN". Die Revolution ist im Gegenteil eine Frage des Inhalts. Es geht um die Bewegung und Aktion der revolutionären Kräfte, die einen unaufhörlichen Prozeß durchmachen. Der wirkliche Gang der Revolution läßt sich in keinem dieser verschiedenen Entwürfe von starren "Verfassungslehren" idealtypisch festlegen.

In den Arbeiterräten finden wir überhaupt nicht mehr jene typische Regel der bürgerlichen Demokratie, derzufolge jeder Bürger durch Direktwahl seinen Abgeordneten in das oberste Vertretungsorgan, d. h. ins Parlament, wählt. Es gibt im Gegenteil verschiedene Stufen von Räten. Jede höhere Stufe erfaßt eine immer größere territoriale Einheit, bis hin zum Rätekonkreß. Die Orts- und Bezirkssowjets wählen ihre Delegierten für den höherstehenden Rat und zugleich ihre eigene

Verwaltung, d. h. das jeweilige Exekutivorgan. An der Basis, d. h. in den untersten Räten von Stadt und Land, wird die ganze Masse befragt. Die Wahl der Delegierten für die höheren Räte und für die anderen Posten erfolgt dann aufgrund von Parteilisten, und zwar immer als Mehrheits- und nicht als Proportionalwahl. Da es sich im übrigen meistens um die Wahl eines einzigen Delegierten handelt, der die Verbindung zwischen einer unteren und einer oberen Stufe des Rätensystems bilden soll, werden zugleich zwei Dogmen des formalen Liberalismus sichtbar gestürzt, nämlich die Listenwahl und das Proportionalwahlrecht. Auf jeder Stufe sollen die Räte nicht bloß beratende, sondern auch ausführende Körperschaften darstellen, die eng mit den zentralen Ausführungsorganen verbunden sind. Parlamentarische Schwätzerbuden, wo ununterbrochen diskutiert und niemals gehandelt wird, sind deshalb verständlicherweise untragbar. Je höher das Vertretungsorgan steht, desto enger und kompakter muß es sein, um die Aktion, den politischen Kampf und den gemeinsam revolutionären Vorstoß der ganzen Masse, die auf die geschilderte Weise zusammengefaßt wird, leiten zu können.

Hinzu kommt die politische Partei, die in diesem Mechanismus eine bei weitem erstrangige Rolle spielt. Die Vorzüge, die sich aus der Präsenz der politischen Partei für das Rätensystem ergeben, kann kein Verfassungsentwurf von sich aus bringen, denn die Partei wird nicht durch die reine Organisationsform, sondern durch den Inhalt bestimmt. Die Partei verfügt über ein militantes kollektives Bewußtsein und über einen militanten kollektiven Willen. Sie kann die Arbeit daher mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten eines lang- und ständig fortschreitenden Prozesses planen. Die Partei ist dasjenige Organ, das den Wesenszügen einer einigen und einheitlichen, solidarisch handelnden Gemeinschaft am nächsten kommen kann. Sicher umfaßt die Partei nur eine Minderheit aus der Masse. Vergleicht man aber die entscheidenden Merkmale der Partei mit denjenigen aller anderen, auf einer viel breiteren Basis beruhenden Organisationen, so wird man feststellen können, daß die Partei die kollektiven Interessen und die Gesamtbewegung des Proletariats am besten vertritt. Während sich das Gros der Massen darauf beschränkt, sich mit den unmittelbar auftretenden Problemen bewußt zu beschäftigen, beteiligen sich alle Mitglieder der kommunistischen Partei kontinuierlich an der Ausführung der gemeinsamen Aufgaben und an der Vorbereitung der Lösung aller Probleme des Kampfes und des ökonomischen Aufbaus. Da das Vertretungssystem des proletarischen Staates nicht auf dem demokratischen Betrug beruht, sondern auf derjenigen Klasse der Bevölkerung, die von ihren grundlegenden kollektiven Interessen zum revolutionären Kampf getrieben wird, ist es nur natürlich, daß die Massen spontan die Kandidaten wählen, die von der revolutionären Partei vorgeschlagen werden: Diese hat bewiesen, daß sie für den revolutionären Kampf gewappnet ist und sich gründlich vorbereitet hat, um die Probleme, die dieser Kampf stellt, zu lösen.

Wir werden weiter unten kurz zeigen, daß nicht einmal die Partei diese Fähigkeiten ganz einfach entfaltet, weil sie sich nach besonderen Organisationsregeln bildet. Die Partei kann ihrer Rolle von Antriebskraft der revolutionären Aktion des Proletariats gewachsen sein oder auch nicht. Natürlich reden wir hier nicht von politischen Parteien im allgemeinen, sondern von der kommunistischen Partei, die als einzige eine solche Funktion erfüllen kann. Aber selbst die kommunistische Partei ist nicht gegen die vielen Gefahren der Degenerierung und der Auflösung gefeit. Jene positiven Eigenschaften, die die Partei besitzen muß, um ihren Aufgaben gewachsen zu sein, werden weder von Statuten noch von bloßen internen Organisationsmaßnahmen erzeugt. Vielmehr nehmen sie im Laufe des Entwicklungsprozesses der Partei und durch ihre Beteiligung an den Kämpfen des Proletariats Gestalt an, festigen sich als gemeinsame Orientierung auf der Grundlage einer Geschichtsauffassung und eines Grundsatzprogramms und treten somit als kollektives Bewußtsein und zugleich als verlässliche Disziplin der Organisation mit scharfen Konturen zutage. Diese Auffassungen sind dem Leser aus den Thesen über die Taktik des II. Kongresses der Kommunistischen Partei Italiens, wo sie näher dargelegt werden, bekannt (2)

Aber kommen wir auf die Natur des verfassungsmäßigen Mechanismus der proletarischen Diktatur zurück. Wir haben gesagt, daß die Räte auf den verschiedenen Stufen zugleich legislative und exekutive Organe sind. Es sind die Funktionen und Initiativen von Exekutivorganen mit bestimmten Aufgaben im kollektiven Leben, die zur Entstehung der Räte führen und die Verhältnisse innerhalb ihres elastischen und sich ständig entwickelnden Apparates bestimmen. Wir müssen noch etwas hinzufügen, um diese Aufgabe zu verdeutlichen. Wir wollen nicht an das Problem der endgültigen Grundlage der Vertretungsorgane in einer klassenlosen, kommunistischen Gesellschaft herangehen. Wie sich die verschiedenen Organisationen entwickeln werden, wenn wir uns dieser Gesellschaft annähern, können wir nicht im einzelnen vorhersagen, nur die großen Züge lassen sich überblicken: Die Entwicklung wird in Richtung auf eine Verschmelzung aller politischen, administrativen und ökonomischen Organe laufen, während der Staat nach und nach jeden Charakter eines Zwangsapparates verliert, bis schließlich das Staatswesen selbst als Herrschaftsinstrument einer Klasse im Kampf gegen die anderen, überlebenden Klassen absterbt. Hier wollen wir uns aber nur mit der Anfangsphase der proletarischen Macht beschäftigen. Sie läßt sich mit der Lage der proletarischen Diktatur in Rußland im Laufe der vergangenen 4 1/2 Jahre vergleichen.

Die proletarische Diktatur hat in ihrer Anfangsphase eine äußerst schwierige und komplexe Aufgabe zu erfüllen, die man in drei Aktionsbereiche unterteilen kann: den politischen, den militärischen und den ökonomischen. Sowohl die militärische Verteidigung gegen die inneren und äußeren Angriffe der Konterrevolution, als auch der Wiederaufbau der Wirtschaft auf kollektiven Grundlagen können nur bewältigt werden, wenn alle Kräfte zusammengefaßt und nach einem systematischen und rationalen Plan eingesetzt werden. Obwohl er die Energien der ganzen

Masse einsetzt, oder besser gerade um diese Energien mit einem höheren Ergebnis einsetzen zu können, zielt dieser Plan auf eine strenge ZENTRALISIERUNG der Gesamttätigkeit hin. Daraus folgt, daß die Organe, die an der vordersten Front des Kampfes gegen den äußeren und inneren Feind stehen (die revolutionäre Armee und auch die revolutionäre Polizei), auf einer in den Händen des proletarischen Staates zentralisierten Disziplin und Hierarchie beruhen müssen. Auch die rote Armee ist damit eine organisierte Einheit, deren Hierarchie von außen, d. h. von der politischen Führung des proletarischen Staates bestimmt wird. Dasselbe kann man von der revolutionären Polizei und dem revolutionären Gerichtswesen sagen.

Die Frage des ökonomischen Apparates, den das siegreiche Proletariat errichten muß, um das neue Produktions- und Verteilungssystem ins Leben zu rufen, weist komplexere Aspekte auf. Die Zentralisierung ist jedoch der Wesenszug, der diesen rationalen Verwaltungsapparat vom CHAOS der kapitalistischen Privatwirtschaft unterscheidet. Alle Betriebe müssen auf der Grundlage der Ziele eines Produktions- und Verteilungsplans koordiniert und im Interesse der Gesellschaft als Ganzes geleitet werden. Mit dem allmählichen Aufbau des neuen Wirtschaftsapparates, aber auch infolge der Krisen, die mit einer solchen Umwälzungsperiode voll von politischen und militärischen Kämpfen unvermeidlich einhergehen, verändern sich andererseits ständig sowohl das Wirtschaftsgefüge als auch die jeweilige Stellung der Produzenten.

Was folgt aus diesen Betrachtungen? In der Anfangsphase der proletarischen Diktatur führen die Räte auf den verschiedenen Stufen zugleich legislative Wahlen für die höheren Stufen und exekutive Wahlen für die örtliche Verwaltung. Die absolute Verantwortung für die militärische Verteidigung und - allerdings in etwas flexiblerer Form - auch für den ökonomischen Feldzug muß jedoch in den Händen der zentralen Führung liegen. In dieser Hinsicht dienen die örtlichen Organe einer politischen Zusammenfassung der Massen, die auf deren Mitwirkung an der Durchführung jener Pläne sowie auf deren Zustimmung zum geplanten militärischen und ökonomischen Einsatz abzielt. Damit wird der Boden für eine möglichst breite und kontinuierliche politische Betätigung der Massen geschaffen, deren Energien auf den Ausbau der stark zentralisierten Organisation des proletarischen Staates kanalisiert werden.

Daraus kann man natürlich nicht folgern, den Zwischenstufen des staatlichen Apparates sei jede Bewegungsmöglichkeit und Eigeninitiative abzuspochen. Unsere Ausführungen dienen aber als Beweisgrundlage für etwas anderes, nämlich daß man kein formalistisches Schema für die Bildung dieser Organisationen stellen darf. Man kann z. B. nicht sagen: Da die Revolution militärische bzw. ökonomische Aufgaben zu erfüllen hat, müssen die proletarischen Wahlgremien nach Betrieben oder Armeeeinheiten organisiert werden, damit die Form der politischen Organisationen haarge-

nau mit jenen Aufgaben übereinstimmt. Der Mechanismus dieser Organisationen wird nicht durch etwaige spezifische Eigenschaften eines bestimmten Schemas oder Gerüsts angetrieben. Die Einheiten, zu denen sich die Wähler an der Basis zusammenschließen, können aufgrund von empirischen Kriterien entstehen, mehr noch, sie werden von sich aus aufgrund von empirischen Kriterien entstehen, zu denen die Gemeinsamkeit des Arbeitsplatzes wie des Wohnviertels, der Garnison wie der Truppe an der Front, oder auch anderer Bereiche des Alltagslebens gehören kann. Keins dieser Momente darf apriori ausgeschlossen oder im Gegenteil zum Modell erhoben werden. Wenn es aber um die Vertretungsorgane des proletarischen Staates geht, so beruhen sie allerdings auf einer territorialen Unterteilung, es wird nach Bezirken gewählt.

Alle diese Ausführungen haben keinen absoluten Charakter, und das führt uns zu unserer These zurück: Kein Verfassungsschema hat einen Prinzipienwert, und die im formalen und arithmetischen Sinne verstandene Mehrheitsdemokratie ist nur eine Methode unter anderen, um die internen Verhältnisse in den kollektiven Körperschaften zu ordnen. Diese Methode kann keineswegs den Anspruch erheben, an sich notwendig zu sein oder die Gerechtigkeit selbst zu verkörpern. Für uns Marxisten haben solche Begriffe ohnehin keinen Sinn, und außerdem haben wir nicht die Absicht, das von uns kritisierte demokratische System durch den mechanistischen Entwurf eines anderen, aus seinem Wesen heraus vollkommenen Systems zu ersetzen.

Bisher galten unsere Ausführungen einerseits der Anwendung des demokratischen Prinzips auf den bürgerlichen Staat, d. h. auf eine Organisation, die sich einbildet, alle Gesellschaftsklassen zu vertreten, und andererseits seiner Anwendung auf eine einzige Klasse, das Proletariat, wenn es nach dem revolutionären Sieg zur sozialen Basis eines neuen Staates wird. Wir glauben, das dazu Gesagte ist hier ausreichend. Jetzt müssen wir aber noch einiges über die Anwendung des demokratischen Mechanismus in der inneren Struktur der proletarischen Organisationen, die bereits vor der Machteroberung (und auch danach) bestehen, sagen. Gemeint sind die Gewerkschaften und die politische Partei.

Wir haben festgestellt, daß eine wirkliche Organisationseinheit nur möglich ist, wenn die Organisation aus Mitglieder besteht, die einheitliche Interessen haben. Der Beitritt in die Gewerkschaften und in die Partei erfolgt aufgrund einer spontanen Entscheidung, an Aktionen einer bestimmten Natur mitzuwirken. Hier hat unsere kritische Untersuchung der Funktion des demokratischen Mechanismus und des Mehrheitsrechts zweifellos einen anderen Charakter als im Falle des bürgerlichen Staates, wo wir mit unserer Kritik zeigen wollten, daß die Demokratie absolut nicht in der Lage ist, den künstlichen Verfassungsanspruch einer Vereinigung der verschiedenen Klassen zu verwirklichen. Allerdings dürfen wir uns auch im Falle der Gewerkschaften und der Partei nicht durch die willkürliche Auffassung von der "Heiligkeit" der Mehrheitsentscheidungen irreführen lassen.

Vergleicht man die Gewerkschaft mit der Partei, so stellt man fest, daß erstere durch eine vollständigere Identität der materiellen und unmittelbar gegebenen Interessen gekennzeichnet

wird. In den Grenzen der jeweiligen Berufszweige erreicht ihre Mitgliedschaft einen sehr hohen Grad der Homogenität, die Gewerkschaft kann sich sogar tendenziell von einer freiwilligen Organisation in eine Zwangsorganisation verwandeln, der alle Arbeiter eines bestimmten Berufs- oder Industriezweiges automatisch angehören müssen, was übrigens auch in einer gewissen Entwicklungsphase des proletarischen Staates geschehen kann. Daß bei diesen Organisationen die Zahl die entscheidende Rolle spielt und der Mehrheitsanspruch einen großen Wert hat, steht außer Frage. Eine solche schematische Betrachtung reicht allerdings nicht aus. Man muß auch die anderen Faktoren, die in der Gewerkschaftsorganisation eine Rolle spielen, berücksichtigen, nämlich einerseits die Funktionäre, die eine bürokratische Hierarchie bilden, und unter deren Kontrolle die Gewerkschaften gelähmt werden, und andererseits die Avantgardegruppen, die die revolutionäre politische Partei in der Gewerkschaft bilden, um sie auf den Boden der revolutionären Aktion zu führen. Im Laufe dieses Kampfes zeigen die Kommunisten sehr oft an, wie die Funktionäre der Gewerkschaftsbürokratie die demokratischen Regeln verletzen und auf den Mehrheitswillen pfeifen. Das ist richtig, denn diese rechten Gewerkschaftsführer tragen eine demokratische Gesinnung zur Schau, und man kann somit ihre Widersprüche entlarven. Ähnliches tun wir auch angesichts der bürgerlichen Liberalen, wenn diese die Wahlergebnisse verfälschen oder erpressen, allerdings ohne je die Illusion zu erwecken, freie Wahlen könnten die Probleme des Proletariats lösen. Der Einfluß der Gewerkschaftsfunktionäre ist ein außerproletarischer Einfluß. Wenn auch nicht offiziell, so doch im Wesen rührt er von Klassen und Kräften her, die der Gewerkschaftsorganisation fremd sind. Jene Anprangerung der Funktionäre ist richtig und am Platze, weil es in den Augenblicken, in denen die großen Massen durch die ökonomische Lage zum Kampf getrieben werden, möglich ist, ihren Einfluß zurückzudrängen und den Einfluß der revolutionären Gruppen zu steigern (3). Man darf sich aber dabei von keiner Anbetung der Statuten leiten lassen. Wenn die Kommunisten sicher sind, daß die Massen sie verstehen, wenn sie in der Lage sind, den Massen zu zeigen, daß sie im Sinne ihrer wirklichen Interessen handeln, dann dürfen und müssen die Kommunisten sich sehr flexibel verhalten gegenüber den Regeln der Gewerkschaftsdemokratie. Nehmen wir zwei taktische Haltungen als Beispiel. Solange die Satzung es erlaubt, können wir in den Führungsorganen der Gewerkschaften als Minderheit vertreten sein. Sobald wir aber die Führungsorgane erobern, können wir eine Satzungsänderung befürworten, um die Minderheitsvertretung in den Exekutivorganen abzuschaffen und somit die Handlungsfähigkeit dieser Organe zu steigern. Darin liegt kein Widerspruch, denn unsere Leitlinie in dieser Frage ist die genaue Einschätzung des Entwicklungsprozesses den die Gewerkschaften in der heutigen Phase durchmachen: Man muß ihre Verwandlung von Organen der konterrevolutionären Beeinflussung des Proletariats in Organe des revolutionären Kampfes beschleunigen. Die Organisationsstatuten haben keinen Wert an sich, sondern nur in dem Maße, wie sie

diesem Ziel dienen.

Die Untersuchung der Parteiorganisation steht noch aus. Die Wesenszüge der Partei kamen allerdings bereits zur Sprache, als wir uns mit dem proletarischen Staatsapparat beschäftigten. Die Partei beruht nicht auf einer so vollständigen Identität der ökonomischen Interessen wie die Gewerkschaft. Dafür hat der einheitliche Charakter ihrer Organisation ein vielbreiteres Fundament als der Berufszweig, nämlich die Klasse. Die proletarische Klasse als Ganzes liefert das Fundament, auf dem sich die Partei nicht nur im Raum ausdehnt, bis sie zu einer internationalen Partei wird, sondern auch in der Zeit, was sowie heißt, als daß die Partei genau das Organ ist, dessen Bewußtsein und Aktion die Erfolgsbedingungen im Laufe des ganzen Weges zur revolutionären Befreiung des Proletariats widerspiegeln. Diese Sachen sind bekannt, sie stellen aber auch den Rahmen für die Untersuchung der Fragen der Struktur und inneren Organisation der Partei, deren ganzen Entstehungs- und Lebensprozess wir uns im Lichte der komplexen revolutionären Aufgaben vor Augen halten müssen. Wir werden diese ohnehin schon lange Abhandlung bald abschließen und können deshalb nicht im einzelnen darauf eingehen, wie der Mechanismus der Rekrutierung, der Befragung der Masse der Militanten und der Ernennung der Verantwortlichen auf den verschiedenen Ebenen beschaffen sein sollte. Ohne Zweifel ist immer noch das Beste, sich an das Mehrheitskriterium möglichst zu halten. Wir wiederholen aber nachdrücklich, daß man diese Anwendung des demokratischen Mechanismus nicht zum Prinzip erheben darf. Die Partei hat nicht nur eine beratende Aufgabe, die sich mit der legislativen Aufgabe der Staatapparate vergleichen ließe. Die Partei hat auch eine exekutive Aufgabe. In den Entscheidungsphasen des Kampfes entspricht diese Aufgabe derjenigen einer Armee und setzt ein Höchstmaß an Disziplin gegenüber der Führung voraus. Wie entsteht aber diese Führung? Betrachtet man die komplexe Entwicklung, die zur Bildung der kommunistischen Parteien führte, so wird man feststellen, daß die Führungen eine lange Kampftradition verkörpern. Sie sind ein reales und dialektisches Ergebnis jener ganzen Entwicklung, in deren Verlauf die Partei ihre Erfahrungen gesammelt und ihre Organisation geprüft hat. Man darf die Parteimehrheit nicht wie einen unfehlbaren und übernatürlichen Richter betrachten, der per se nur eine glückliche Wahl treffen kann. Daß die Führer des Gemeinwesens durch derartige Instanzen ernannt werden, gehört zum Glauben jener Leute, die die Teilnahme des Heiligen Geistes an den Konklaven für bare Münze halten. Sicherlich ist die Zusammensetzung der Partei als Ganzes bereits das Ergebnis einer Selektion, denn der Beitritt erfolgt spontan und freiwillig und die Rekrutierung untersteht einer Kontrolle. Aber selbst in einer solchen Organisation darf man nicht davon ausgehen, der Wahlspruch der Mehrheit sei grundsätzlich der Wahrheit letzter Spruch. Die Mehrheitsentscheidung, die zu einer besseren Leistung der Exekutivorgane der Partei beiträgt, ist ein Produkt der Übereinstimmung auf der Grundlage kollektiver und richtig orientierter Arbeit. Soll nun das demokratische Verfahren durch ein anderes ersetzt werden, und zwar durch welches? Wir wollen hier diesen Vorschlag weder unterbreiten noch im einzelnen untersuchen.

Es ist allerdings anzunehmen, daß eine solche Organisation wie die Partei sich immer mehr von den Konventionen demokratischer Observanz befreien kann. Eine innere Abneigung gegen eine solche Entwicklung wäre unbegründet, denn die Geschichte kann andere Verfahren für die Entscheidungen, Ernennungen und Problemlösungen hervorbringen, die sich als geeigneter erweisen und den wirklichen Erfordernissen der Entwicklung der Partei und ihrer Aktion besser entsprechen.

Das demokratische Kriterium ist keineswegs eine unerläßliche Plattform der Partei. Wir betrachten es lediglich als ein herkömmliches Verfahren, dessen wir uns beim Aufbau unserer inneren Organisation und bei der Formulierung der Parteistatuten nebensächlich bedienen. Deshalb werden wir die bekannte Organisationsformel des "demokratischen Zentralismus" nicht zum Prinzip erheben. Der Zentralismus ist für uns außer Frage ein Prinzip, denn die Parteiorganisation muß im wesentlichen durch eine Einheit der Struktur und der Aktion geprägt werden. Die Demokratie kann aber für uns kein Prinzip sein. Um die bruchlose Organisationseinheit der Partei im Raum auszudrücken, genügt der Begriff ZENTRALISMUS. Es wäre noch ein Begriff für die Kontinuität in der Zeit einzuführen, d. h. für die geschichtliche Kontinuität der Partei, die über die aufeinanderfolgenden Hindernisse hinweg immer mit derselben Zielrichtung voranschreitet. Wir möchten diese beiden wesentlichen Begriffe vereinen und den Vorschlag machen, die Organisationsgrundlage der kommunistischen Partei als "ORGANISCHEN ZENTRALISMUS" zu bezeichnen. So würden wir zwar aus jenem nebensächlichen demokratischen Mechanismus all das behalten, was uns dienlich sein kann, wir würden aber einen Begriff nicht mehr verwenden, den die schlimmsten Demagogen so gerne im Munde führen: die "Demokratie", diese wahre Verhöhnung aller Ausgebeuteten, Unterdrückten und Betrogenen. Diesen Begriff sollten wir getrost den Bourgeois und den freilich versumpften, dennoch nach wie vor extremistischen Posen hin und wieder verfallenden Meistern des Liberalismus zum ausschließlichen Gebrauch überlassen.

(1) Dieser Versuch, auf eine rechtsopportunistische Entartung der Arbeiterbewegung mit einer idealistischen Begründung des Sozialismus zu antworten, kennzeichnete z. B. den Anarcho-Syndikalismus von Sorel, die Theorien von Gorter und Pannekoek und nicht zuletzt die Gruppe um Gramsci, die in Italien nach dem ersten Weltkrieg diesen Anspruch zunächst offen verkündete. Auf spätere Beispiele - vor allem auf die infolge der "Studentenbewegung" massenhaft produzierten "Theorien" - sei hier verzichtet: Es handelt sich dabei um die Karikatur der oben erwähnten.

(2) Eine deutsche Übersetzung dieser Thesen vom März 1922 (Thesen von Rom) findet der Leser in "Kommunistisches Programm" Nr. 13, Januar 1977.

(3) Wie der Leser festgestellt haben wird, beziehen sich die Ausführungen des Textes auf *Arbeitergewerkschaften*, nicht aber auf Staatsgewerkschaften oder mit dem Staat verschmolzenen Gewerkschaften, die von Kommunisten nicht erobert werden können. Zu dieser Frage siehe unsere Broschüre "Was heißt es, den Marxismus zu verteidigen?", vor allem S. 90 ff.

SCHWARZAFRIKA: Imperialistische Gegensätze und Unabhängigkeitsbewegungen

EINLEITUNG

Der Marxismus hat immer schon auf die gewaltige Bedeutung hingewiesen, die die Randgebiete des Weltkapitalismus, die aus dem Schlafe mittelalterlicher Produktionsverhältnisse aufzuwachen beginnen, sowohl für das Kapital, wie auch für die Entwicklung der proletarischen Weltrevolution haben. Es sind gewichtige Faktoren, die Afrika, Asien und Lateinamerika immer mehr zu Brennpunkten der Weltpolitik machen. Nicht allein, daß diese riesigen Gebiete den wohl größten Teil jener Rohstoffe aufweisen, die für die imperialistischen Zentren von lebenswichtiger Bedeutung sind. Auch zeugen soziale Erschütterungen vom Eindringen des Kapitals. Erschütterungen, die, wenn sie nicht unterdrückt, isoliert und aufgefangen werden, ein Erdbeben erzeugen könnten, das die berüchtigte Noch-Stabilität der Metropolen erschüttern würde. Zudem kommt das Ringen der Weltmächte, deren Interessensphäre nicht lokal, sondern global in jeder Hinsicht ist, um Einflußgebiete, Stützpunkte und Alliierte.

Das alles können wir beobachten, wenn wir uns mit dem Schwarzen Kontinent beschäftigen, der heute im Mittelpunkt des Weltgeschehens steht. Was zunächst auffällt, wenn wir Afrika betrachten, ist, daß dort alle jene Mächte eine Rolle spielen, die uns wohlbekannt als die größten Konsumenten von Rohstoffen sind: USA, Frankreich, die UdSSR, die BRD und im Gefolge alle industrialisierten Staaten (1). Die nicht abreißende Revolte der Schwarzen in Südafrika, die erfolgreichen Schläge, die der portugiesische Imperialismus durch die angolanischen Massen verabreicht bekam, die Vereinigungsbestrebungen der Somali und die Auflösungserscheinungen des alten äthiopischen Feudalreichs, all dies bewirkt die aufgeregte Intervention von Repräsentanten der imperialistischen Staaten. Hinzu kommt die militärstrategische Bedeutung Afrikas im allgemeinen und Südafrikas, sowie des Horns von Afrika im besonderen, denn von hier aus läßt sich der Lebensnerv des Imperialismus, die Erdölroute, kontrollieren und gegebenenfalls unterbrechen. Diese Aspekte verbinden sich zu einem komplizierten Geflecht von Interessen, wechselnden Allianzen, politischen und militärischen Interventionen: Um ihre materiellen Interessen zu wahren, suchen die Großmächte Einfluß zu nehmen auf die sozialen Konflikte und die Nationalstaaten. Die Befreiungsbewegungen und jungen Nationen wiederum versuchen ihre Abhängigkeit zu mildern oder streben danach, sich an den Meistbietenden zu verkaufen. Die Großmächte ihrerseits konkurrieren miteinander oder bilden Interessengruppen, um den Gegnern ihre Pfründe abzujauchen.

Daß Afrika und vor allem Schwarzafrika zum Beuteobjekt des ganzen Weltimperialismus geworden ist, findet seine Begründung in der Entwicklung, die sich seit Ende der 50er Jahre dort vollzog. Die Dekadenz und Senilität des englischen Imperialismus, sein Rückzug sowie jener Frankreichs und Belgiens aus den Kolonien und die Ausdehnung der USA, der BRD und Japans be-

wirkten die Veränderung der Kräfteverhältnisse, die früher in Afrika zwischen den Großmächten bestanden hatten. Die sog. Entkolonisierung, die praktisch nur in Kenia, Kamerun und Kongo mit - übrigens meistens grausam unterdrückten - sozialen Bewegungen verbunden war und durch den Rückzug der alten Kolonialmächte bewirkt wurde, bedeutete nichts anderes, als die ÖFFNUNG dieser Domänen Englands, Belgiens und Frankreichs, um sie zum offenen Jagdrevier für den gesamten Imperialismus zu machen. Die neuen "Staaten", die fast nichts an wirtschaftlicher, ethnischer und geopolitischer Eigenständigkeit aufzuweisen hatten und in den alten kolonialen Grenzen ihr Dasein fristeten, verblieben nunmehr als "selbständige" Staaten unter der Herrschaft der alten Kolonialmacht (wie die französischen Kolonien), oder sie wurden von Kolonien dieses oder jenes Staates zu Kolonien des Weltkapitalismus. Die "Entkolonisierung" war seinerzeit also nichts anderes als die Internationalisierung dieses Gebiets. Die kapitalistischen Rivalen konnten nun nach Maßgabe ihrer ökonomischen Potenz "frei" um die Vorherrschaft ringen. Das Kapital strömte nach Schwarzafrika und schuf im vergangenen Jahrzehnt die materielle Grundlage für die Konflikte der 70er Jahre. Ein bedeutender Faktor, der heute für Afrika eine große Rolle spielt, ist die durch die Logik seiner ökonomischen Entwicklung und militärischen Dynamik hervorgerufene Wandlung der Sowjetunion von einer Regional- zu einer Weltmacht. Der Ausbau der russischen Seestreitkräfte ist Ausdruck dieser Wandlung, denn wofür sonst als seinen Einfluß in andere Weltgegenden auszudehnen, braucht man eine große Flotte?

Schwarzafrika, an dem strategisch äußerst bedeutungsvollen Indischen Ozean und südlichen Atlantik gelegen, wird nun wegen seiner materiellen und militärischen Bedeutung zu einem Betätigungsfeld für die Weltmächte und damit ist es zu einem Terrain geworden, auf dem sich die zukünftigen imperialistischen Weltkonflikte vorbereiten. Der "Antiimperialismus" Moskaus und die "Verteidigung der Freiheit", die die USA propagieren, sind der ideologische Ausdruck dieser Auseinandersetzung.

DAS HORN VON AFRIKA

Das Epizentrum jenes Erdbebens, das heute den afrikanischen Kontinent erschüttert, befindet sich in Äthiopien. Nicht nur deswegen, weil das afrikanische Horn ein strategisches Gebiet ersten Ranges ist, sondern auch weil hier ein Ort der "Instabilität" entstanden ist, der die komplexen Beziehungen der Allianzen in diesem Gebiet umgeworfen hat und wo sich nun die imperialistischen Mächte direkt oder indirekt konfrontieren.

Äthiopien, jahrzehntelang mumifiziert unter dem archaischen Regime von Haile Selassie, Liebling der USA, und in der Tat Schlüssel zu jeglicher strategischen Lösung am Roten Meer, Verbindungsstück zwischen Mittelmeer und Indischem Ozean und damit ein Gebiet von globaler strategischer Bedeutung. Äthiopien, ein

in Auflösung begriffenes Feudalregime, wo die Bauern (90% der Bevölkerung), Grundpfeiler der Wirtschaft, unter den elendsten Verhältnissen mit prähistorischen Methoden den Boden bearbeiten; ein riesiges Land mit mehr als 28 Millionen Einwohnern, von denen ein ganz winziger Teil Proletarier sind und wo 90% der Bevölkerung Analphabeten sind. Die brutale Unterdrückung und Ausbeutung der 25 Millionen Bauern durch den Großgrundbesitz, den Staat und die Kirche, die finstern mittelalterlichen Verhältnisse in Stadt und Land, haben die Energie geliefert für die soziale Welle, auf deren Schaumkrone die Militärs an die Macht kamen. Die "Revolution" kennzeichnete sich gleichermaßen durch ihre Zaghaftheit gegenüber dem Feudalregime wie durch die Brutalität, mit der sie die soziale Bewegung bremste und später auch unterdrückte. Es war eine "preußische" Revolution oder, wie man heute sagen könnte - eine ägyptische. (2)

Die Unfähigkeit und Kompromißbereitschaft gegenüber den alten Verhältnissen kommt deutlich in der Tatsache zum Ausdruck, daß die Sprache des "Herrenvolkes", der Amharen, weiterhin als offizielle Staatssprache aufgezwungen wird, während die Mehrheit der Bevölkerung andere Sprachen spricht (Galla, Dankali, Somali, Tigre, Tigrina u. a.). Dies ist Ausdruck der Unterdrückung der verschiedenen Völkerschaften Äthiopiens, eine Unterdrückung, die das neue Regime vom alten übernommen hat. Der preußische Weg der bürgerlichen Umgestaltung zeigt sich noch mehr in der absoluten Unfähigkeit des Derg (das Exekutivorgan der Militärregierung), eine wirksame Agrarreform durchzuführen. Es wurde nicht einmal gewagt, den größten Besitz der Kirche an Grund und Boden anzutasten; die Kirche kontrolliert 40% des Grundbesitzes.

Der Zerfall des alten Feudalreiches erzeugt eine SEPARATISTISCHE TENDENZ in den verschiedenen Völkerschaften, die von den neuen Machthabern nicht etwa durch eine konsequente demokratische Nationalitätenpolitik und eine revolutionäre Agrarform, was eine gewaltige integrative Wirkung haben würde, aufgehoben, sondern im Gegenteil durch ihre Unterdrückungspolitik und soziale Impotenz nur verstärkt wird.

Die "Unterstützung" durch das Ausland, d. h. vor allem durch die Sowjetunion, ersetzt in gewissem Maße das soziale, massenmobilisierende, aufrüttelnde, wirklich radikale und damit NATIONAL-REVOLUTIONÄRE Moment in diesem bürgerlichen Umgestaltungsprozeß.

Dagegen ist Somalia mit 3,2 Millionen Einwohnern zwar ein wesentlich kleineres und sehr viel ärmeres (eines der ärmsten Länder der Welt) Land, aber es ist eine ETHNISCHE EINHEIT, die das heutige Somalia (bestehend aus dem früheren Italienisch-Somaliland und Britisch-Somaliland) sowie Djibouti, den Ogaden und den Northern District of Kenia umfaßt. Es ist daher die natürliche Tendenz der Somali, nach der Vereinigung jener Gebiete zu streben. Der Krieg der Somali um Ogaden, der schon einmal 20 Jahre gedauert hatte (1901 - 1920) und damals gegen die Italiener, Briten und Äthiopier geführt wurde, bedeutet nichts anderes als das Streben Somalias nach nationaler Einheit. Es wurde durch den Zerfall Äthiopiens gefördert. Der Wassermangel So-

malias, dessen Bevölkerung zu 85% von nomadischer Viehzucht lebt und die großen Verluste an Rindern, Schafen, Ziegen und Kamelen durch die Dürre von 1974/75 trieb Somalia einmal mehr dazu, die Westsomalische Befreiungsfront (WSLF) in ihrem Kampf gegen die äthiopische Zentralregierung massiv zu unterstützen. Man versteht, daß diesem Krieg materielle Tatsachen zugrunde liegen, die einerseits zeigen, daß die voluntaristische Forderung der Verbrüderung (da es sich doch um zwei vermeintlich sozialistische Länder handle) eine kleinbürgerliche Illusion ist und andererseits beweisen, daß es hier um nationale, d. h. bürgerliche Streitigkeiten geht, wie sie in solchen Zonen mit nach künstlichen Kriterien gesetzten Grenzen naturnotwendig auftauchen müssen.

Der Krieg ist ein normaler Zustand im imperialistischen Zeitalter und jener am Horn von Afrika ist einer der Kriege der siebziger und achtziger Jahre. Es ist ein Krieg, in dem die Großmächte direkt oder indirekt über ihre Statthalter intervenieren, um sich strategische Positionen im Hinblick auf einen möglichen dritten Weltkrieg zu sichern.

Die Behauptung, daß am Horn allein die großen Mächte die Auseinandersetzung verursacht hätten und daß die übrigen Beteiligten nur die Rolle von Komparsen spielen würden, berücksichtigt allerdings nicht, daß die nationalen Faktoren von realem Gewicht sind, und daß man sie nicht vernachlässigen darf, wenn man etwas von den Vorgängen auf dem afrikanischen Kontinent verstehen will.

Die nationalen Bewegungen rutschen auf jenes Terrain ab, wo die Politik nur noch darin besteht, zwischen "guten Freunden", nämlich denjenigen, die Waffen- und sonstige Hilfe gewähren, und "schlechten Feinden" zu unterscheiden. Es bedeutet letztlich, sich in die Arme einer imperialistischen Koalition zu werfen, wenn die WSLF über Somalia die arabischen Staaten (Saudi Arabien und Iran vor allem) um Hilfe angeht, eine "Hilfe", die immer mit Einflußnahme verbunden ist, wie in diesem Falle mit der Auflage, Verhandlungen mit der Gegenseite aufzunehmen.

Wir sind allerdings weit davon entfernt, dies MORALISCH zu verurteilen. Nur handfeste materielle Tatsachen vermögen die politische Richtung der nationalistischen Kräfte zu beeinflussen. Da eine proletarische revolutionäre Bewegung in den imperialistischen Ländern noch nicht entstanden ist, ist es vor allem die Bourgeoisie, die mit ihrer Industrie, ihren Eisenbahnen, ihren Waffen die Annäherung der Befreiungsbewegungen hervorruft, um dann mäßigend auf diese einzuwirken. Unsere Arbeit für die Wiederentstehung des revolutionären Klassenkampfes ist daher die einzige wirkliche konkrete Perspektive, die die Bedingungen schafft, in denen die "Hilfe" der Bourgeoisie, die ja nichts anderes ist als eine Ausnutzung, ersetzt wird durch die wirkliche Hilfe und Unterstützung einer revolutionären Kraft in den unterdrückenden Ländern. Auf jeden Fall, auch wenn jetzt durch die massive Einflußnahme des Imperialismus die Re-

volutionierung der Bevölkerung verhindert wird, ist aber die revolutionäre Perspektive nur aufgeschoben nicht aufgehoben!

Die nationale Frage in Äthiopien

Der Vielvölkerstaat, der durch die feudalen Abhängigkeiten, welche nun in die Brüche gehen, zusammengehalten wurde, erzeugte separatistische Bestrebungen in fast allen Provinzen.

Die eritreische Bewegung und der Krieg in Ogaden sind nur die Kristallisationskerne der Nationalitätenbewegungen.

Die ELF (Eritreische Befreiungsfront, muslimisch) ist die älteste der Bewegungen, die in Eritrea operieren. Sie wurde 1962, als Eritrea durch Äthiopien annektiert wurde, gegründet und ist praktisch an den Sudan und Saudiarabien sowie den Irak gefesselt, die ihr "Hilfe" zukommen lassen. Sie verfißt die Aufrechterhaltung feudaler Strukturen und soll zum Teil mit Söldnern kämpfen. Ihr Operationsgebiet ist der westliche Teil Eritreas.

Die EPLF (Volksbefreiungsfront Eritreas), ursprünglich eine christliche Abspaltung der ELF, ist heute stärker und aktiver als diese und kontrolliert ein größeres Gebiet. Ihre Guerilla-Operationen sind längst um Asmara und südlich davon bis zu Assab und Massawa ausgedehnt worden. Sie hat eine Transportflotte von Jeeps und Lastwagen und hat ein 1500 km langes Straßennetz, Versorgung stationen, Krankenhäuser usw. angelegt. Auch wenn sie den "reaktionären arabischen Staaten" feindlich gegenübersteht, sich gegen rassische und ethnische Diskriminierung ausspricht und ein bürgerlich-demokratisches Eritrea anstrebt, ist doch nicht zu übersehen, daß sie durch arabische Petrodollars finanziert wird und das sudanese Territorium benutzt. Das "Friedenskommuniqué", das im Dezember 77 zwischen Sudan und Äthiopien zustande kam, deutet darauf hin, daß der Sudan mäßigenden Einfluß auf die eritreischen Bewegungen ausüben wird.

Der frühere Sprecher der EPLF, Sabbeh, gründete 1976 unter maßgeblichem Einfluß Saudi Arabiens die ELF/PLF, die fast keine militärische Rolle spielt. Sie ist allerdings mit der ELF durch den Versuch, die EPLF zu beseitigen, verbunden. Die ELF-Führung soll sich durch diese Zusammenarbeit eine innere Opposition von einem Drittel der Mitglieder zugezogen haben, von denen viele zur EPLF überlaufen sollen.

Die komplizierte Verflechtung von Interessen (Stabilisierung des Raumes um das Rote Meer, Eindämmung des russischen Einflusses, Mäßigung der sozialen Konflikte) läßt den Sudan, Libyen, Saudiarabien und Irak, die ansonsten untereinander verfeindet sind, hier Arm in Arm gehen.

Die einzige Bewegung in Äthiopien, die sich nicht vom ausländischen Einfluß abhängig gemacht hat, ist die PRPE (Revolutionäre Äthiopische Volkspartei). Es ist eine städtische Organisation von Intellektuellen und Studenten, die sich auch auf Arbeiter und die zivile und militärische Kleinbourgeoisie stützt. Es ist auffallend, daß sich die militärische Repression vehement und verbissen gegen diese Organisation richtet und daß fortlaufend von Massakern berichtet wird, was doch be-

weist, daß diese Opposition weiterhin aktiv ist. Beim Stand der Dinge scheint es nicht, daß die Hypothese eines Sieges einer der eritreischen Befreiungsbewegungen nützlich für die revolutionäre Perspektive wäre, auch wenn sie unzweifelhaft das monströse Gebäude des halbmittelalterlichen äthiopischen Staates, der sich unverschämterweise sozialistisch nennt, erschüttern würde. Allerdings ist die Position Äthiopiens, die das Recht der Eritreer und Somali auf Selbstbestimmung nicht anerkennt, ohne die Fähigkeit zu besitzen, einen einheitlichen Staat zu bilden und mit der Autorität geeigneter Maßnahmen die feudalen Überbleibsel abzuschaffen, unhaltbar. Eine wirkliche revolutionäre Partei würde in Äthiopien allen unterdrückten Völkerschaften das RECHT auf Selbstbestimmung zuerkennen, ohne im geringsten den Separatismus zu fördern (3), und mit Hilfe einer Agrarrevolution und der Demokratisierung der Staatsordnung (die freien Raum für die Entfaltung des Kapitalismus schaffen würde) den FREIWILLIGEN ZUSAMMENSCHLUSS der verschiedenen Völkerschaften möglich machen (4).

Somalia zeigt einerseits die Arroganz einer kleineren, aber gut bewaffneten und nunmehr mit der Unterstützung des westlichen Imperialismus rechnenden Macht, die das Ziel hat, den Ogaden zu annektieren. Andererseits nimmt es aber die Stellung eines zentralen Kerns einer zerstückelten Nation ein, dem es gelingt, den Bezugspunkt für den Rest der Somali zu bilden, kraft - im Gegensatz zu Äthiopien - weniger verheerender Bedingungen im Agrarbereich, d. h. es kann Resultate vorweisen, die unausweichlich zu einer mächtigen propagandistischen Waffe werden. Die einzige Lösung für die Volksmassen des afrikanischen Horns - wovon ein Teil in diesem wahrhaftigen Konzentrationslager des französischen Imperialismus, dem nunmehr formal unabhängigen Dschibuti, lebt - ist in der Tat die revolutionäre Perspektive, die über den bewaffneten Kampf der Bauernmassen und der plebejischen Stadtbevölkerung zum bürgerlich-revolutionären Großstaat führt. Denn gerade an diese Perspektive knüpft die Integration der Kämpfe der ostafrikanischen Schwarzen in die Weltrevolution, deren bedeutende Verbündete sie in einem strategisch so wichtigen Gebiet sein müssen. Bindeglied dieser Verknüpfung kann allein das heute zahlenmäßig noch äußerst kleine Proletariat dieser Region sein.

Für das Horn von Afrika gilt nach wie vor: "Ein zentralisierter Großstaat ist ein gewaltiger historischer Schritt vorwärts auf dem Wege von der mittelalterlichen Zersplitterung zur zukünftigen sozialistischen Einheit der ganzen Welt, und einen anderen Weg zum Sozialismus als ÜBER einen solchen (mit dem Kapitalismus UNLÖSBAR verknüpften) Staat gibt es nicht und kann es nicht geben." (5).

Ob der Weg dahin der elende, mühsame, qualvolle, die Entfaltung des Klassenkampfes behindernde Weg einer "Revolution von oben", einer preußischen Entwicklung, oder der revolutionäre Weg der bewaffneten vorstürmenden Volksmassen sein wird - wobei angesichts der herrschenden internationalen Kräfteverhältnisse ersterer wahrscheinlich ist -

die damit einhergehende Entwicklung des Kapitalismus wird zugleich Entwicklung der Klassendifferenzierung und so auch Entwicklung derjenigen Klasse bedeuten, die eine Abteilung des Weltproletariats bilden wird, die Arbeiterklasse.

SÜDAFRIKA

Von überragender wirtschaftlicher, politischer und strategischer Bedeutung in Afrika ist die Republik Südafrika (RSA) als das einzige industrialisierte Land auf dem Kontinent. Dieses Land nimmt den 3. Platz hinter den USA und der Sowjetunion im Abbau von Bodenschätzen ein; es ist der größte Goldlieferant der Welt, einer der drei großen Lieferanten von Uran, der zweite von Diamanten und Asbest und der erste bei Platin und Antimon. Es besitzt beträchtliche Kupfer-, Chrom- und Manganvorkommen, ist ein bedeutender Blei- und Zinkproduzent und verfügt über große Eisen- und Kohlevorkommen.

An der RSA vorbei läuft die Route für Öltanker sowie Schiffe, die 20 der 40 für die Industrieländer strategisch wichtigen Rohstoffe transportieren. Mit dem Rückzug Portugals aus Afrika ist Südafrika der einzige verlässliche und vor allem militärisch äußerst potente Verbündete des Westens in Schwarzafrika. In dem Maße, wie der Indische Ozean zum strategisch bedeutsamen Weltmeer avancierte, wie gleichzeitig die USA sich aus Indochina und Portugal sich aus Afrika zurückzogen und indemselben Maße, wie die UdSSR ihre weltpolitische Rolle durch den Ausbau ihrer Flotte, die im Indik ständig präsent ist, demonstrierte, war die RSA zu einer strategisch äußerst bedeutungsvollen Zone aufgerückt. Ebenso hat Südafrika weiterhin seine Bedeutung als südlicher Endpunkt der Achse Israel-Iran-Südafrika, womit die USA und das westliche Bündnissystem die wichtigsten Militärmächte nordwestlich des Indik kontrollieren.

Und daß diesem Staat die Rolle eines Polizisten in Afrika, wo seit einigen Jahren eine nationale Gärung auftritt, zugeordnet ist, ist wohl kaum zu übersehen.

Das alles wäre geradezu ideal für die Absichten und Interessen des westlichen Imperialismus. Aber auch in dem als so stabil gerühmten Südafrika meldet sich offensichtlich der durch nichts totzukriegende Maulwurf: die Revolution. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht über die Revolte der Schwarzen gegen das Apartheidssystem berichtet wird ... und von ihrer brutalen Unterdrückung. Die Apartheidspolitik, die eingeführt wurde, um eine ursprüngliche Akkumulation in Gang zu bringen, hat im Verlaufe der letzten Jahrzehnte jene Elemente freigesetzt, die ihr das Grab schaufeln werden: die aus den Stammesverbänden gerissenen, entwurzelten Schwarzen, die Wanderarbeiter und das Industrieproletariat. Auch besteht heute zwischen den Erfordernissen des ökonomischen Wachstums (vor allem Nachfrage nach qualifizierter Arbeitskraft) und der Apartheidspolitik (die die Unterqualifikation der Arbeitskräfte aufrechtzuhalten sucht) ein Widerspruch, der in zunehmendem Maße von den Kapitalisten angeprangert wird. Die Apartheid, die lange Zeit eine wesentliche Voraussetzung für die kapitalistische Entwicklung Südafrikas war, ist heute wegen der Erfordernisse dieser Entwicklung zu einem Hemmnis geworden. (6)

Der Zündstoff, der sich in Südafrika mit jeder

Woche der Weiterexistenz der Apartheid sichtbar aufhäuft, wird, wenn er in einer sozialen Revolte der Schwarzen gegen die rassische Unterdrückung explodiert, unmittelbar den gesamten Imperialismus treffen. Dieser ist dort, wo er besonders präsent ist, auch besonders empfindsam. Nicht ohne Grund betrachtet das International Institute for Strategic Studies in London in einer Studie die Ereignisse in Soweto 1976 als das bedeutendste Ereignis dieses Jahres (7). Es ist daher ohne weiteres verständlich, daß ausnahmslos alle imperialistischen Länder Südafrika zur Aufgabe seiner Apartheidspolitik drängen wollen. Doch trotz dieser massiven Intervention aller bedeutenden Mächte (8) stellt sich das Vorster-Regime taub. Und dies nicht, weil die Buren besonders verbohrte Menschen sind, sondern vielmehr aus einem sehr plausiblen materiellen Grund heraus. Alle Weißen, einschließlich der weißen Proletarier, sind Nutznießer der Apartheid, sie profitieren ökonomisch von ihr und sind eng mit ihr verwachsen. Alle ihre Privilegien ziehen sie aus diesem System, das die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung zu Menschen zweiter Klasse degradiert. Und es sind Millionen Weiße, für die die Apartheid ein Segen ist. Dies erklärt auch den immensen Stimmengewinn, den Vorster bei der letzten Wahl für sich und seine Partei verbuchen konnte.

Die Ermordung von Steve Biko, der ein gemäßiger und durchaus kompromißbereiter Führer der Schwarzen war, beweist eindringlich, daß die weiße Minderheit noch gewillt ist, bis zum letzten Mann die Bastion der Apartheid zu verteidigen. Und so steuert das südafrikanische Staatsschiff unvermeidlich auf die Klippen eines revolutionären, nationalen Aufstandes zu, eines Aufstandes, der das ganze südliche Afrika und auch die imperialistischen Metropolen erschüttern würde. Aber wenn er nicht durch eine proletarische Bewegung im Herzen des Imperialismus unterstützt wird, dann wird seine Wirkung sich auf die Beseitigung aller jener Hemmnisse beschränken, die in der RSA die Klassengegensätze verhüllen und rassische Gegensätze an ihre Stelle treten lassen. Eine nationale Revolution der Schwarzen wäre auch so für uns die günstigste Lösung des Rassenproblems in der RSA. Diese Revolution würde am gründlichsten mit den anachronistischen Reaktionen aufräumen und Raum schaffen für die freie Entfaltung des internationalen proletarischen Klassenkampfes.

DIE FRAGE DER SOLIDARITÄT

Es wird häufig von Seiten der kleinbürgerlichen Linken "Solidarität" mit den nationalen Befreiungsbewegungen gefordert, eine Solidarität, die in Geldspenden, moralischen Deklamationen und Verurteilungen u. ä. besteht und bei der sich jeder, der einen Funken Klassenbewußtsein besitzt, fragen muß: Worin unterscheidet sich diese Solidarität von der imperialistischen "Hilfe"? Doch wohl nur in der Quantität und den besseren Absichten!

Wenn wir das wichtige Problem der Solidarität mit den Unabhängigkeitsbewegungen der unterdrückten Völker von der Warte des Klassenkampfes aus stellen, müssen wir vier wesentliche Punkte berücksichtigen.

1. Unsere Solidarität muß von der Kritik an der Scheinheiligkeit der bürgerlich-pazifistischen "Solidarität" begleitet werden. Dieser Pazifismus ist nichts anderes als die Maske des Imperialismus, der versucht, auf die Konflikte Einfluß zu nehmen und in jene Zone einzudringen, bzw. dort vorherrschend zu bleiben. Die heuchlerische "Friedenspolitik" der SU, die "Vermittlungsbemühungen" Großbritanniens in Rhodesien, die reformistische Antipartheid-Bewegung, die Mahnungen der BRD zu "friedlichen Lösungen" zählen zu den prominentesten Vertretern dieser imperialistischen Ideologie.

2. Der Kampf gegen die sozialimperialistische Politik, die entweder nur den Imperialismus der anderen kritisiert, aber niemals den eigenen, oder sich einen imperialistischen Block wählt und begünstigt. So ist z. B. die Politik der KP Frankreichs darauf aus, die Intervention der USA in Afrika und in anderen Kontinenten zu denunzieren, während sie die Interventionen Frankreichs grundsätzlich unterstützt und überhaupt nur im Namen einer besseren Verteidigung der französischen Interessen kritisiert. Dasselbe gilt für alle an China gebundenen Maoisten (gegen die SU, für die USA oder "Europa"), bzw. für alle direkt oder indirekt an die SU gebundenen Organisationen (umgekehrt). Ohne diese Infamie zu entlarven, die ja nichts anderes im Sinn hat, als die Ersetzung der Herrschaft eines imperialistischen Staats durch die eines anderen zu rechtfertigen, kann keine wirkliche Solidarität entstehen. Diese Politik ist besonders gefährlich und gegenüber den Befreiungsbewegungen empörend, wenn man "Unterscheidungen" innerhalb der eigenen imperialistischen Bourgeoisie unternimmt, und einen "besseren" Flügel gegen einen "Scharfmacherflügel" unterstützt. Die ganze Infamie einer solchen Politik kristallisiert sich z. B. in Solidaritätskundgebungen von Organisationen, die - wie der KB - zur Wahl der SPD als geringem Übel aufrufen. Einerseits ruft man zur Wahl einer echten imperialistischen Agentur: die SPD liefert als Regierungspartei Waffen für die Unterdrückung von Befreiungsbewegungen, rüstet die Polizei verschiedener afrikanischer Staaten aus, ist über die Friedrich-Ebert-Stiftung überall in der "dritten Welt" als aufgeklärter Handlanger des Imperialismus tätig, tritt Tag für Tag in Allianz mit dem westlichen Imperialismus oder als Vertreter des deutschen Imperialismus in Konkurrenz zu ihm für die Beibehaltung des status quo; andererseits ruft man zur "Solidarität" mit den Befreiungsbewegungen! Einerseits Taten, andererseits betörendes Palaver.

3. Eine weithin verbreitete falsche Solidarität, die vor allem von der kleinbürgerlich-demokratischen Opposition betrieben wird, besteht darin, den eigenen Imperialismus zu kritisieren und von ihm zu fordern, er möge mit seinen Machenschaften gefälligst aufhören, die Waffenlieferungen an Südafrika unterlassen, Chile nicht unterstützen usw. Während man dadurch die Illusion erweckt, der Imperialismus könnte anders sein, könnte sich durch den Druck (der "öffentlichen Meinung", versteht sich) verändern, unterläßt man jede ernsthafte Vorbereitung des Proletariats auf eine echte Solidarität mit den Befreiungsbewegungen, die ja an allererster Stelle darin besteht, den eigenen imperia-

listischen Staat zu bekämpfen und zu sabotieren. Und man muß es unterlassen, denn im Grunde verfolgt man keine proletarische Politik, sondern eine Politik der Demokratisierung des imperialistischen Staates. Solidarität mit den national-revolutionären Bewegungen der unterdrückten Länder bedeutet Klassenkampf gegen den eigenen imperialistischen Staat und alle ihn tragenden Parteien. D. h. daß man diesen Staat und diese Parteien entlarvt, daß man zeigt, daß sie nicht anders können, daß die Arbeiterklasse einen *eigenen*, selbständigen Kampf führen muß. Man ruft nicht den imperialistischen Staat dazu auf, keine Waffen zu liefern, sondern die Arbeiterklasse dazu auf, die Waffenlieferungen zu verhindern. Man ruft nicht den imperialistischen Staat dazu auf, die Investitionen seiner Konzerne, z. B. in Südafrika zu verbieten, sondern die Arbeiter dieser Konzerne dazu auf, den Kampf für eigene Forderungen mit richtigen Kampfmitteln aufzunehmen und mit solidarischen Forderungen gegenüber den doppelt unterdrückten schwarzen Arbeitern zu verbinden. So langfristig diese Perspektive auch sei, sie ist die einzige realistische, denn nur die Arbeiterklasse ist aufgrund ihrer materiellen Lage und ihrer geschichtlichen Ziele zur Solidarität fähig.

Also der Kampf gegen den eigenen Imperialismus ist ein Prinzip, das nicht diskutiert werden kann. Dies ist die wichtigste Form der Solidarität. Wenn man den Kampf gegen den eigenen Imperialismus noch nicht effektiv führen kann, weil es - wie heute der Fall - noch keine breite Arbeiterbewegung gibt, dann ist das keine Entschuldigung dafür, daß man die Vorbereitung zu diesem Kampf aufgibt, daß man, statt diesen Kampf vorzubereiten und die Arbeiter dafür zu erziehen, diese Vorbereitung und Erziehung hintertreibt, Almosen und Phrasen als Solidarität ausgibt, die Arbeiterklasse im Volk auflöst, nicht als Klasse, sondern als "Öffentlichkeit" hinstellt, deren Gewissen durch Gesten und Berausung an Gesten zu stillen sei.

4. Es ist absolut falsch zu glauben, daß man eine klare Position hat, wenn man eine bestimmte Partei bzw. Organisation, die dort unten gegen den Imperialismus eintritt, unterstützt und den Internationalismus auf eine Suche nach der "richtigen" Befreiungsorganisation reduziert. Es geht - wie gesagt - zunächst nicht darum, sondern darum, die Abhängigkeit der unterdrückten Völker zu lockern, ihre Kampfbedingungen zu erleichtern, indem man gegen den unterdrückenden Imperialismus vorort kämpft. Dies ist also zunächst eine Art negative Solidarität. Dazu sagt Lenin: Es bestehe "erstens die Notwendigkeit, daß alle kommunistischen Parteien die bürgerlich-demokratische Befreiungsbewegung in diesen Ländern unterstützen; die Pflicht zur aktivsten Unterstützung haben in erster Linie die Arbeiter desjenigen Landes, von dem die zurückgebliebene Nation in kolonialer oder in finanzieller Hinsicht abhängt (...)", hinzu kommt, "die Notwendigkeit, einen entschiedenen Kampf zu führen gegen die Versuche, den bürgerlich-demokra-

tischen Befreiungsströmungen in den zurückgebliebenen Ländern einen kommunistischen Anstrich zu geben. Die Kommunistische Internationale darf die bürgerlich-demokratischen nationalen Bewegungen in den Kolonien und zurückgebliebenen Ländern nur unter der Bedingung unterstützen, daß die Elemente der künftigen proletarischen Parteien, die nicht nur dem Namen nach kommunistische Parteien sind, in allen zurückgebliebenen Ländern gesammelt und im Bewußtsein ihrer besonderen Aufgaben, der Aufgaben des Kampfes gegen die bürgerlich-demokratischen Bewegungen innerhalb ihrer Nation erzogen werden. Die Kommunistische Internationale muß ein zeitweiliges Bündnis mit der bürgerlichen Demokratie der Kolonien und der zurückgebliebenen Länder eingehen, darf sich aber nicht mit ihr verschmelzen, sondern muß unbedingt die Selbständigkeit der proletarischen Bewegung - sogar in ihrer Keimform - wahren" (LW 31, S. 138). Das Problem der "praktischen" direkten Solidarität besteht darin, daß da unten erst Organisationen existieren müssen, die in einem wirklich revolutionären Sinn als proletarische Parteien eine solche Unterstützung geben könnten; die dem bürgerlichen Nationalismus keine Zugeständnisse machen und streng die Aufgabe wahrnehmen, das Proletariat getrennt von der nationalen Bewegung zu organisieren und auf seine zukünftigen Aufgaben GEGEN die bürgerlichen Demokraten vorzubereiten. Wenn man heute nicht-kommunistische, nationalistische oder sogar gemäßigte nationalistische Parteien in den unterdrückten Ländern unterstützt, wie z. B. die PLO, die MPLA oder die EPLF, dann versteht man nicht den Unterschied, der zwischen der sozialen Bewegung selbst und den Organisationen besteht, die aus dieser Bewegung einmal entstanden auf diese in diesem oder jenem Sinne einwirken. Die genannten Organisationen sind keine proletarischen Parteien, sie sind im besten Falle bürgerlich demokratisch. Das Proletariat kann heute auf keinen Fall eine Politik verwenden, die sich gegen die Ziele von morgen richtet. Wir kommunistischen Internationalisten haben nicht nur das Ziel, die nationalen Befreiungsbewegungen aktiv zu unterstützen, weil sie den gemeinsamen Feind schwächen, sondern vielmehr das Proletariat im Hinblick auf seine Aufgaben von morgen vorzubereiten, Aufgaben, die gegen ALLE bürgerlichen Staaten mithilfe der internationalen Kampffront der ARBEITER aller Länder durchgesetzt werden: die proletarische Weltrevolution.

Man kann die Frage der Solidarität nur auf einem Klassenboden stellen. Sie muß die Forderung des proletarischen Kampfes gegen den Opportunismus beinhalten. Sie kann aber nicht Hilfe für Organisationen sein, die selbst die national-revolutionäre Bewegung zwangsläufig verraten werden. Kommunisten sind keine Spenden- und Propagandaverbindungen für die Verräter von heute oder von morgen. Sie stellen sich nicht hinter Organisationen, von denen sie wissen, daß sie früher oder später nicht nur das Proletariat ihrer Länder unterdrücken, sondern die ganzen antiimperialistischen Massen meistbietend dem Imperialismus ausliefern werden. Durch die Unterstützung solcher Organisationen erschwert man nur die Entstehung jener Parteikerne, die in den unterdrückten Ländern den sicheren Kanal für die Zuleitung einer direkten materiellen Hilfe bilden werden.

Anmerkungen:

- (1) siehe hierzu Artikel über Afrika in "il programma comunista" Nr. 16/77
- (2) Eine erste Einschätzung der äthiopischen Umwandlung in dem Artikel "Die späte bürgerliche Geburt Äthiopiens", Bulletin der IKP, Nr. 6, Mai 1975.
- (3) Die Anerkennung des RECHTES auf Ehescheidung bedeutet auch keineswegs, daß man FÜR die Scheidung ist.
- (4) "Wir Sozialdemokraten sind Feinde JEDES NATIONALISMUS und Anhänger des demokratischen ZENTRALISMUS. Wir sind Gegner des Partikularismus, wir sind überzeugt, daß BEI SONST GLEICHBLEIBENDEN BEDINGUNGEN große Staaten die Aufgaben des wirtschaftlichen Fortschritts und die Aufgaben des Proletariats in seinem Kampf gegen die Bourgeoisie weit erfolgreicher lösen können als kleine Staaten. Doch schätzen wir die freiwillige Bindung, niemals aber die gewaltsame. Überall wo wir GEWALTSAEME Bindungen zwischen Nationen sehen, treten wir - ohne im entferntesten unbedingt die Lostrennung jeder Nation zu verfechten - BEDINGUNGSLOS und entschieden für das RECHT jeder Nation ein, sich politisch selbst zu bestimmen, d.h. sich loszutrennen" (Lenin, Werke Bd. 20, S. 219).
- (5) Lenin, Werke, Bd. 20, S. 32.
- (6) Eine ausführliche Untersuchung dieser Entwicklung findet man in unserer französischen Zeitung "le prolétaire", Nr. 228/229.
- (7) Zitat in "Informationsdienst Südliches Afrika", Nr. 12/77, S. 22.
- (8) Sogar der Herr Loderer, diese wahre Stütze des Imperialismus, brachte jüngst nach seiner Südafrikareise zum Ausdruck, daß ihm Ausbeutung ohne rassistische Beimengung, wie sie in der BRD betrieben wird, viel näher läge.

o o

Klassenkämpfe und Zusammenstöße zwischen Staaten in Indochina

So besorgt die bürgerliche Welt die Erschütterungen des instabilen Gleichgewichts in Südostasien verfolgt, so eifrig nimmt sie die Chance wahr, den "Sozialismus" erneut an den Pranger zu stellen. Kambodscha und Vietnam, zwei "sozialistische Staaten", führen Krieg gegeneinander! Zweite Fassung: Zwei kleine "sozialistische Staaten" führen einen Stellvertreterkrieg für zwei "sozialistische Großmächte"! Damit hätte man wieder bewiesen, daß der Sozialismus mit allen Nachteilen des Kapitalismus behaftet ist. Ist für das kleinbürgerliche Denken der Sozialismus ein Kapitalismus ohne dessen Nachteile, so ist er für das großbürgerliche Denken ein Kapitalismus ohne dessen Vorteile. Obwohl Kambodscha und Vietnam also doch allseits als Kapitalismus jeweils ohne dessen Nachteile oder ohne dessen Vorteile angesehen werden, und obwohl die Lage der indochinesischen Länder nach allgemeiner Beurteilung sich als Folge des indochinesischen Befreiungskrieges herausbildete, kann das groß- wie kleinbürgerliche Denken nicht verstehen, daß sich in Kambodscha und Vietnam eine BÜRGERLICHE REVOLUTION vollzog, und daß per Saldo ein noch rückständiger KAPITALISMUS, nicht mehr, aber auch nicht weniger, bleibt.

Doch wollen wir uns hier nicht mit den Widersprüchen des bürgerlichen Denkens, sondern kurz mit den realen Widersprüchen Indochinas befassen. Daß jetzt ein Grenzkrieg innerhalb des befreiten Gebiets tobt, hat natürlich zur Voraussetzung, daß sich im Laufe des Befreiungskrieges gegen den französischen Kolonialismus und den amerikanischen Imperialismus nicht ein Staat bildete, der die ganze Halbinsel umfaßt. Der Befreiungskampf führte zunächst zur Bildung eines Teilstaats in Nordvietnam und zwanzig Jahre später zur Bildung von drei Staaten: Vietnam (durch den Anschluß Südvietnams an den Norden), Kambodscha und Laos. Um die jetzigen Auseinandersetzungen zwischen Vietnam und Kambodscha zu verstehen, müssen wir uns, wie bei jedem Krieg, die soziale Physiognomie der kriegführenden Staaten vor Augen halten. Da diese Staaten aus dem Befreiungskampf entstanden sind, müssen wir uns fragen, aus welchen Bestandteilen sich die Befreiungsfront zusammengesetzt hat. Betrachten wir den Befreiungskrieg, der sich über mehrere Jahrzehnte erstreckte, so werden wir feststellen, daß die Befreiungsfront im großen und ganzen in zwei soziale Bestandteile zerfällt: eine nationale Bourgeoisie, die das Ziel verfolgt, die Fremdherrschaft abzuschütteln und aus den verschiedenen indochinesischen Nationalitäten und Stämmen eine einzige politisch unabhängige Nation zu bilden und auf der Grundlage einer Entwicklung der Produktivkräfte (an erster Stelle der Schwerindustrie) und eines gut ausgebauten Staatsapparates zu festigen. Diese Ziele kennzeichnen jede bürgerliche Revolution. Sie werden in Indochina durch die stalinistische KP Vietnams vertreten.

Der andere Bestandteil der Befreiungsfront ist die Bauernbewegung der verschiedenen indochinesischen Völkerschaften. Im Laufe des Befreiungskrieges hat die vietnamesische Bourgeoisie die Bauernschaft, auf deren Bewegung sie sich stützen mußte, dauernd verraten, um sich mit dem Imperialismus und dessen Statthaltern zu arrangieren. So stellte sie im Laufe des imperialistischen Krieges (des zweiten Weltkrieges) den Kampf gegen die französischen Kolonialisten und die alte Ordnung ein, um sich Seite an Seite mit den Kolonialherren und den USA an dem Kampf gegen die Japaner zu beteiligen. Durch diese Haltung - und weniger durch die soziale Bewegung der Bauernmassen - erhoffte sie sich die geschenkte "Befreiung" nach dem Sieg der Alliierten über Japan. Diese kam natürlich nicht, denn der dekadente französische Imperialismus klammerte sich an seine Kolonien, um die eigene Position gegenüber seinen mächtigen Konkurrenten zu verteidigen, während andererseits die USA selbst Asien ganz beherrschen wollten.

Nach dem Weltmassaker, in dem man die Bauernmassen einem "besseren" imperialistischen Block geopfert hatte, mußte der Befreiungskrieg daher zwangsläufig aufgenommen werden. Er führte zur totalen Niederlage des französischen Kolonialismus, doch willigte die vietnamesische Bourgeoisie unter dem Druck aller "freundlich" wie feindlich gesinnten Mächte in die Teilung des Landes in Nord- und Südvietnam ein, welche "demokratisch" durch Wahlen, wiedervereint werden sollten. Die kambodschanischen

und laotischen Bauernmassen überließ sie ganz einfach sich selbst, d. h. dem nunmehr als Herrscher Südostasiens auftretenden US-Imperialismus. Die vietnamesische Bourgeoisie verfolgte nicht das radikale Programm einer Vereinigung der Bauernmassen aller Nationalitäten im gemeinsamen Befreiungskrieg, d. h. einer Vereinigung Indochinas durch den gemeinsamen bewaffneten Kampf aller Bauernvölker gegen Kompradoren und Imperialismus. Gegen Versprechungen des Imperialismus verriet sie die Bauernbewegung, um sich durch diesen Kompromiß einen eigenen souveränen Teilstaat zu errichten. Durch Festigung dieses Staates im Norden des Landes sollte sie sich auf eine Industriebasis und ein Militärpotential stützen können, um ihre gesamtindochinesischen Interessen durchzusetzen. Sie wollte sich wie eine Art Preußen Indochinas festigen, um dann dank ihrer Wirtschafts- und Militärmacht ihr Territorium nach und nach zu arrondieren. Dieses Konzept ließ sich jedoch nicht so "harmonisch" durchführen, wie die vietnamesische Bourgeoisie es sich vorstellte. Es wurde durch die zwei anderen Kräfte im Spiel erschüttert, durcheinandergeworfen, aus dem Gleichgewicht gebracht: einerseits durch den Imperialismus, der die Zersplitterung des Gebietes aufrechterhalten wollte, um es besser beherrschen zu können, und der vietnamesischen Bourgeoisie den Zugang zu den wichtigen Reisanbaugebieten des Südens verwehrte, sowie andererseits durch die Bauernmassen des Südens und Ostens Indochinas, die ihren Befreiungskampf gegen Kompradoren und Imperialismus fortsetzten.

Den Sieg der antiimperialistischen Bewegung in Südvietnam, Kambodscha und Laos hat die vietnamesische Bourgeoisie diesen Bauernmassen zu verdanken. Sie selbst hat diesen Krieg nur in dem Maße unterstützt und mitgeführt, wie sie vom US-Imperialismus dazu herausgefordert wurde und dessen Angriffsstützpunkte bekämpfen mußte. In den Friedensverhandlungen mit den USA ließ sie die kambodschanischen und laotischen Bauernmassen wieder fallen, um sich auf Südvietnam zu konzentrieren. Diese bürgerliche, rein militärische und diplomatische Konzeption des Befreiungskrieges sah vor, daß Laos, ein Binnenland, das von verschiedenen Bauernvölkern bewohnt wird, und dann das ebenso rein bäuerliche, aber ethnisch einheitliche und strategisch wichtige Kambodscha in die Einflußsphäre und in die Staatseinheit Vietnams hineinkommen würden, denn dieses hatte sich im Laufe der zwanzigjährigen wirtschaftlichen Entwicklung und militärischen Festigung des Nordens und durch den Anschluß Südvietnams zu einem mächtigen Pol in Südostasien entwickelt.

Der Klassenkampf zwischen Bauernschaft und Bourgeoisie, der sich nach dem Sieg über den Imperialismus und dessen Agenten entfallen mußte, fällt umso schärfer aus, je größer der selbständige Einsatz der Bauernmassen, ihre ethnische Gemeinsamkeit, ihre soziale Homogenität sind. So verursacht die allmähliche Ausdehnung des nordvietnamesischen Staatswesens auf Laos wenig Schwierigkeiten, denn dort ist die Bauernschaft in vielen ethnischen Gruppen geteilt, während das Land

selbst wenig strategische Bedeutung hat, so daß ein Widerstand gegen die vietnamesische Bourgeoisie kaum mit der Unterstützung einer ausländischen Macht rechnen durfte. Aber schon in Südvietnam hat die nordvietnamesische Bourgeoisie mit Bauernunruhen zu tun. Vor allem aber war Kambodscha zu einem Zusammenstoß mit dem vietnamesischen Staat prädestiniert. Das Bauernvolk der Khmer erfocht seinen Sieg gegen die Kompradoren und den Kolonialapparat der USA zwar im Rahmen eines Kampfes, der ganz Indochina ergriff, es hat aber diesen Sieg selbst erkämpft und vollbracht daher eine radikale Bauernrevolution, die wie jede radikale Bauernrevolution, so auch z. B. der deutsche Bauernkrieg, alle Züge eines primitiven Kommunismus, einer der Bourgeoisie unverständlichen "Gleichmacherei" und Feindseligkeit gegen die städtische "Zivilisation" zur Schau trägt. Wenn die kambodschanische Bauernrepublik entstehen konnte, so durch die inkonsequente und verräterische Haltung der vietnamesischen Bourgeoisie gegenüber den Khmer-Bauern. Diese verteidigen jetzt verbissen ihr Territorium gegen den vietnamesischen Staat, von dem sie ohnehin keinen Schutz gegen die imperialistische Plünderung erhielten und nunmehr nur Ausbeutung zugunsten der Akkumulation in der Industrie zu erwarten haben. Doch werden sie auf lange Sicht ihre Selbständigkeit nicht erhalten können, wie die Selbständigkeit der Bauernschaft gegenüber der Bourgeoisie im allgemeinen nicht aufrechtzuerhalten ist. Dank dieser ganzen Entwicklung vor dem Hintergrund des Verrats der vietnamesischen Bourgeoisie an der ganzen indochinesischen Bauernschaft und an der revolutionären Vereinigung Indochinas nimmt der Kampf zwischen Bauern und Kapitalisten im Extremfall Kambodschas die Gestalt eines Krieges zwischen Nationalitäten und Staaten an.

In den Flügelkämpfen innerhalb der Khmer-Führung und in der militärischen Intervention Vietnams gegen Kambodscha zeigt sich damit nicht nur die allgemeine Tendenz der vietnamesischen Bourgeoisie, Kambodscha ökonomisch und politisch unter ihre Führung zu bringen, sondern auch ihre aktuelle Bestrebung, die sozialen Voraussetzungen dafür zu schaffen, nämlich die revolutionäre Bauernbewegung der Khmer, die das Gespenst der allgemeinen Aufruhr der Bauernschaft in ganz Indochina aufkommen läßt, unter Kontrolle zu bringen. Die an sich progressive Aufgabe der nationalen Vereinigung Indochinas wird geprägt durch die reaktionären Züge ihres Trägers, der Bourgeoisie.

Da im Laufe des Befreiungskrieges das Proletariat keine Klassenselbständigkeit entfalten konnte, sondern wegen der internationalen Schwäche seiner Klasse zur Rolle des Wasserträgers der Bourgeoisie verdammt war, kann es jetzt die nach dem Sieg der Bourgeoisie zwangsläufig ausbrechenden Konflikte noch nicht zu einer mächtigen sozialen Bewegung zum Sturz der Bourgeoisie und zur Weiterführung der Revolution zusammenfassen. Vietnam muß so den kambodschanischen Bauern wie eine soziale Einheit vorkommen, und diese versuchen sich an China anzulehnen. Daß aber China, dem es nicht um die soziale Bewegung der Khmer geht (denn es verfolgt ja dieselben Klassenziele des vietnamesischen Staates) sich zur Schutzmacht

ihrer "Selbständigkeit" hochstilisiert, zeigt nur die Bedeutung, welche der proamerikanischen Wende dieses Landes zukommt: China hat in Südostasien die Rolle der USA übernommen: die nationale Einheit Indochinas, die sich bis Thailand und Malaisya erstrecken sollte, zu hintertreiben. Deshalb haben sich die USA auch erst nach der Einigung mit der Volksrepublik China im Laufe der Nixon- und Kissinger-Besuche aus Indochina zurückgezogen. Steht diese Festigung Vietnams als einer Regionalmacht in Südostasien in einem krassen Gegensatz zu den Interessen der USA und Chinas in diesem strategisch empfindlichen Gebiet, so steht sie auch gerade deshalb im Interesse der Sowjetunion, die hier einen Verbündeten braucht und daher - also infolge ihrer machtpolitischen Interessen in Konkurrenz zu den anderen imperialistischen Staaten und deren Verbündeten und nicht wegen einer etwaigen "Vorliebe" für die soziale Bewegung der Bauernschaft und die nationalen Befreiungskämpfe - Vietnam unterstützte und unterstützt.

Was aber die vietnamesische Bourgeoisie angeht, so geht ihr Verrat selbst an der nationalen Sache inzwischen soweit, daß sie nunmehr versucht, sich sogar mit den reaktionärsten Marionettenregierungen der Region zu arrangieren. Nicht durch eine soziale Revolution im ganzen kontinentalen Südostasien, durch den Kampf der plebejischen Massen gegen die alte Ordnung und den Imperialismus will sie sich zu einer Regionalmacht konstituieren, sondern durch die Disziplinierung der Bauernbewegung und ein Bündnis mit den Statthaltern des Imperialismus, so mit Thailand. Die vietnamesische Bourgeoisie möchte von den Kompradoren und Bauernschindern Südostasiens nicht mehr als eine Gefahr angesehen werden, wodurch diese Regierungen den Schutz der USA und vor allem Chinas nicht mehr brauchen sollten. Um der reaktionären Rolle einer Feuerwehr Südostasiens, die China im Einvernehmen mit den USA nach und nach übernimmt, ein eigenes Gewicht entgegenzustellen, versucht die vietnamesische Bourgeoisie gegenüber den Marionettenregierungen dieser Region als geeigneter Darsteller dieser selben Rolle, als stabilisierende Regionalmacht in Konkurrenz zu den anderen Mächten aufzutreten. Damit schließt sich ihr zaghafter revolutionärer Zyklus wie derjenige jeder Bourgeoisie: in Schmach und Schande.

Hüben wie drüben muß sich eine andere Klasse zur Weltmacht emporheben, um die allgemeinen und lokalen Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaftsordnung radikal zu lösen: das revolutionäre internationale Proletariat.

Arbeiterkämpfe in Tunesien

Tunesien wurde im Laufe der letzten Monate von einer Welle von Streiks und Arbeiterunruhen erschüttert, deren Ursachen in den schrecklichen Lebensbedingungen der proletarisierten Massen liegen. Vor kurzem expropriert und in den städtischen Slums zusammengepfercht, üben diese Mas-

sen einen äußerst starken Druck auf die ohnehin elenden Löhne aus, während die herrschenden Klassen andererseits nicht imstande sind, ihre Versorgung zu sichern. Diese Lage wurde von den Folgen der internationalen Wirtschaftskrise noch weiter verschärft. Die tunesische Wirtschaft, wie im übrigen alle Randzonen der kapitalistischen Welt, wurde von der Krise besonders hart getroffen infolge der Einschränkungen der europäischen Einfuhren einerseits und der Rückwanderung eines erheblichen Teiles der 200.000 tunesischen Arbeiter aus Europa andererseits.

Bestimmte Entwicklungen der jüngsten Zeit vermehren noch zusätzlich den Druck auf die Arbeiterklasse. Hierzu gehören zum einen der Vertrag zwischen Tunesien und Libyen, demzufolge die 50.000 tunesischen Arbeiter in Libyen nicht nach dem libyschen Lohnstandard entlohnt werden sollen, sondern nach dem tunesischen, der niedriger ist (die arabische Solidarität verpflichtet ...), und zum anderen der soziale Pakt, der zwischen Regierung und offizieller Gewerkschaft (UGTT) vereinbart wurde. Dieser Pakt, der fünf Jahre gelten soll, bestimmt, daß die Lohnverhandlungen nach Branchen zu führen sind, er beschränkt die Lohnerhöhungen auf höchstens 10% und schließt den Streik aus. Darauf antwortete die Arbeiterklasse mit Streikbewegungen, die von der UGTT mit allen Mitteln bekämpft wurden. In nur zwei Streikfällen - und im Laufe des Jahres 1977 gab es etwa 50 Streikbewegungen - soll die UGTT keinen Abstand von den Kämpfen genommen haben. Auf dem jüngsten nationalen Gewerkschaftskongreß haben fast 1.000 Delegierte der Gewerkschaftsbasis den Sozialpakt verurteilt.

Der steile Preisanstieg, der im Fastenmonat Ramadan üblich ist, war 1977 besonders unerträglich und führte zu einer Verschärfung des Kampfes. Am 9. September haben die Gewerkschaftsdelegierten in Sfax eine Kundgebung gegen die Teuerung organisiert. Die Lage spitzte sich dermaßen zu, daß gewisse Führer der UGTT, die im Dienste der Bourgeoisie stehen, sich gezwungen sahen, scheinbar auf Distanz zur Regierungspartei zu gehen und eine ebenso scheinbare Gewerkschaftsautonomie zu fordern, wobei sie unter der Hand natürlich ihren "Willen zur Zusammenarbeit" mit der Regierung weiterhin unterstrichen. Die Manöver der tunesischen Regierung gingen inzwischen weiter. So ist z.B. der Vorsitzende der UGTT, Oberbonze Habib Achour, vor kurzem von seinem Posten im Politbüro der Regierungspartei (in Tunesien herrscht das Einparteiensystem) zurückgetreten, während sich andererseits früher in Ungnade gefallene und aus der Regierung entfernte Minister wieder eifrig rühren.

Infolge der Machenschaften der gewerkschaftlichen Staatsbürokratie war der Ausbruch des Kampfes verzögert worden. Als der Kampf ausbrach, wurde er von Morddrohungen gegen die Arbeiterdelegierten und selbst gegen einige verkaufte Bonzen begleitet. Das hat Öl aufs Feuer gegossen. Der Zorn der Arbeiter breitete sich über das ganze Land aus und erfaßte alle Wirtschaftszentren und Industriezweige. Es wurden hauptsächlich starke Lohnerhöhungen, Arbeitszeitverkürzungen, ein Urlaubsmonat, Angleichung der Lebensbedingungen an die europäischen (die Arbeiterklasse ist eine internationale Klasse!), Versorgung der Städte und Freiheit der Gewerkschaftsbewegung gefordert.

Einmal in Bewegung geraten, hat sich die Arbeiterklasse spontan auf den Boden der Gewalt gestellt. Sie zögerte nicht vor Zusammenstößen mit der Polizei und anderen Repressionstruppen und wußte ihre zahlenmäßige Stärke, ihre Geländekenntnis und ihre Bindungen zu den proletarisierten und verarmten Massen zu nutzen.

Die Kraft dieser sozialen Bewegung äußerte sich nicht zuletzt in ihrer Fähigkeit, auch jene Schichten mitzureißen, die im allgemeinen nur schwer in Bewegung zu setzen sind, an erster Stelle das weibliche Proletariat und die Arbeiterfrauen, die ihrem Zorn über eine Gesellschaftsordnung, die ihre Kinder zu einem elenden Hungerleben verurteilt, einen mächtigen Ausdruck verliehen, aber auch breite Schichten der armen Bevölkerung wie landlose Bauern, Saisonarbeiter, kleine Pächter, die sich der Rebellion der Fabrikarbeiter anschlossen.

Einen letzten Höhepunkt erreichte diese Bewegung aus Anlaß eines von den Gewerkschaften initiierten Generalstreiks. Verfolgte die Gewerkschaftsführung mit dieser Aktion einerseits den Zweck, die Arbeiterklasse im Rahmen des Flügelkampfes in der Regierungspartei als Manövermasse auszunutzen und gleichzeitig für Dampfableiß zu sorgen, so ließ sich die Bewegung keineswegs durch die Vertreter der Bourgeoisie kontrollieren. Ein wahrer Zornausbruch fand statt, und das Proletariat sowie die plebejischen Massen wurden im Laufe heftiger Zusammenstöße mit den Repressionskräften unerbittlich unterdrückt.



Eine besonders wichtige Episode dieser Kampfwelt war die Rebellion von Ksar Hellal. Wir werden versuchen, einen Überblick über diesen Kampf zu vermitteln.

Ksar Hellal ist eine Stadt mit ca. 25 - 30.000 Einwohnern, die als eine Hochburg der Regierungspartei galt. Die Arbeiter sind in der Textilfabrik SOGITEX beschäftigt. Von den insgesamt 1.200 Arbeitern dieses Betriebes waren 500 in Gefahr, entlassen zu werden. Außerdem, während die Arbeiter bis dahin das Recht hatten, die Stoffabfälle mitzunehmen, woraus sie Kleidung für den eigenen Bedarf oder für den Verkauf nähten, fing die Betriebsleitung an, diese Stoffreste vor den Augen der Arbeiter zu verbrennen.

Am 10. Oktober treten die Arbeiter in den Streik mit Betriebsbesetzung, um gegen die Entlassungen zu protestieren und Lohnerhöhungen bis zu 25% zu fordern. Am 13. befiehlt die Regierung den Einsatz der berüchtigten BOP (Brigaden der öffentlichen Ordnung) mit Antidemonstrationspanzern und Tränengasbomben gegen die Streikenden. Das Erscheinen dieser Brigaden führt aber zu einer Meuterei in der Bevölkerung, die, mit Steinen und den verschiedensten Gegenständen bewaffnet, die Polizei zurückhält. Im Laufe dieser Zusammenstöße gibt es 40 Verletzte und 100 Verhaftungen.

Zu diesem Zeitpunkt bricht dann ein wahrhaftiger Aufstand aus. Barrikaden werden in der ganzen Stadt errichtet, und die Arbeiter reißen den Rest der Bevölkerung entweder hinter sich her oder neutralisieren ihn. Ein Angriff auf die Polizeizentrale wird organisiert. Dadurch beschaffen sich die Arbeiter Waffen und können 20 verhaftete Genossen befreien.

Die Arbeiter haben wahre Organisationswunder vollbracht. Radfahrer wurden planmäßig eingesetzt und fuhren durch die ganze Stadt, um die Anweisungen zu übermitteln und die verschiedenen bewaffneten Gruppen zu koordinieren. Die Moscheebürme wurden besetzt, um die Überwachung aller Bewegungen der BOP zu ermöglichen und ihre Lautsprecher, die normalerweise der Sendung von Gebeten dienen, für Ermutigungsbotschaften an die Kämpfer zu benutzen. Frauentrupps beschlagnahmen die Geschäfte und Getreidelager und sichern damit die Versorgung der Arbeiter. Die Kampfführung soll in den Händen jener Arbeiterführer gelegen haben, die von den Streiks der letzten Jahre so wohl in Tunesien als auch in der Emigration hervorgebracht wurden.

Es waren äußerst erbitterte Kämpfe. Die Arbeiter griffen die Panzer an und setzten sie mit flammenden Autoreifen in Brand. Die Frauen haben sich als besonders tapfer erwiesen. Sie gossen aus den Fenstern kochendes Öl auf die Polizei - auf diese Weise wurden 6-7 Polizisten getötet - und sollen außerdem die unter ihre Aufsicht gestellten Gefangenen auf eine kaum beneidenswerte Art behandelt haben: Diese wurden nämlich nackt auf Kakteen gerollt. Daraus kann man sehen, was für ein Potential an Klassenhaß gegen die herrschende Ordnung in den unterdrückten Massen verborgen liegt.

Nachdem die Arbeiter vor der Polizei und der BOP den Sieg davon trugen, rückte die Armee gegen die Stadt ein. Diese unvergleichlich stärkere Macht konnten die Arbeiter nicht besiegen. "Die Ordnung herrscht in Ksar Hellal" lauteten dann die zynischen Schlagzeilen der tunesischen Zeitungen und wiederholten damit die Erleichterungsrufe der herrschenden Klassen Europas nach der Niederlage des Warschauer Aufstandes von 1830, der Pariser Arbeiter im Juni 1848 und 1871 und der Berliner Arbeiter 1919. Die Rebellion von Ksar Hellal wurde zerschlagen, aber sie gab den Arbeiterkämpfen in Tunesien einen mächtigen Antrieb, der über die jetzige Streikwelle hinaus noch lange nachwirken wird.



Wie immer angesichts einer breiten Welle von Klassenkämpfen, so meldet sich auch jetzt in Tunesien die Ersatzmannschaft der Bourgeoisie. Die demagogische Opposition von Masmoudi (prolibysch) und Mestiri (sozialdemokratisch), die sogenannte kommunistische Partei und die Bewegung für die Volkseinheit von Ben Salah, sie alle wollen für Entspannung sorgen. Die Tragweite dieser Opposition, die trotz allem eine Wiedervereinigung mit der Regierungspartei Neo-Destour in Aussicht stellt, geht schon daraus hervor, daß sie die Krise durch die Vereinbarung eines "nationalen Pakts" lösen möchte. Dieser Pakt soll von all denjenigen getragen werden, "die die Verfassung achten und auf dieser Grundlage handeln und eine effektive Ausübung der demokratischen Freiheiten und der freien politischen Auseinandersetzung sichern wollen". Natürlich haben die tunesische KP und die Bewegung von Ben Salah dieses so kämpferische Programm mitunterzeichnet.

Hatte der tunesische Staat zunächst theatralisch den "liberal gesinnten" Innenminister Belkhodja, der sich von der Zweckmäßigkeit des Armeeinsatzes in Ksar Hellal nicht hatte überzeugen wol-

len, kaltgestellt und eine Kabinettsumbildung durchgeführt, so zeigt er sich immer liberaler in seiner Haltung gegenüber den "Oppositionellen". Masmoudie durfte ins Land zurückkehren, die Veröffentlichung von "Errai" (Die Meinung, Organ von Mestiri und anderen Demokraten) wurde zugelassen. Das ist alles sehr verständlich, denn angesichts einer tiefen Unruhe in der Arbeiterschaft muß der Staat eine kombinierte Taktik verfolgen. Einerseits werden die Repressionsorgane gestärkt: So wurde z.B. ein von den USA ausgebildeter Offizier zum Führer der Sicherheitskräfte ernannt. Andererseits müssen die Anhänger des Dialogs in Reserve gehalten werden, und dazu gehört auch der ausgeschiedene Minister Belkhodja, der kurz vor seiner Entlassung gefordert hatte, man müsse "einer immer zahlreicheren und anspruchsvolleren jungen Bevölkerung Ausdrucksmöglichkeiten verschaffen, um das Frustrationsgefühl, das sie gegenüber der sozialen Ungleichheit empfindet, zu mildern" (Jeune Afrique", 11. Januar 1978). Was die Gewerkschaftsführer angeht, so versuchen sie die soziale Bewegung auf eine solche Wachablösung innerhalb der herrschenden Klasse zu orientieren und nehmen deshalb wie Habib Achour Distanz zur Regierungspartei.

Um diesen Manövern mit Erfolg zu entgegnen und den wahren Schatz an Mut, Opferbereitschaft, Ergebenheit, kurzum an Klassenhaß und Kampfwillen, den sie erwiesenermaßen besitzt, nutzen zu können, braucht die Arbeiterklasse ihre eigene Partei, eine Partei, die sie nicht an die eigene Bourgeoisie oder an eine besondere Nation bindet, sondern an das internationale Proletariat, eine Partei, die alle Kämpfe in diesem rückständigen Land, wo auch eine Agrarrevolution noch auf der Tagesordnung steht, stärkt und zu einem Hebel der kommunistischen Weltrevolution macht.

Gewerkschaftsausschlüsse in Italien

Wie die Bonzen die revolutionären Kommunisten verfolgen, um die ganze Arbeiterklasse einzuschüchtern

Wie alle unsere Sektionen, so haben auch unsere Genossen von Ivrea, einer norditalienischen Stadt, in der ein Großteil der Olivetti-Betriebe liegt, aus Anlaß der versuchten Befreiung der Stammheim-Geiseln und der damit zusammenhängenden Ereignisse Flugblätter mit der Position unserer Partei verteilt. Wir brauchen unsere diesbezügliche Position hier nicht näher zu erörtern, denn sie ist im Editorial dieser Nummer von "Kommunistisches Programm" und den in Deutschland verteilten Flugblättern enthalten.

Ein terroristischer Anschlag gegen einen Direktor der großbürgerlichen Zeitung "Stampa" von Turin fiel mit den Ereignissen in Deutschland zusammen, und die Bourgeoisie und ihre Lakaien, die jede Leiche möglichst frisch und profitabel für die Verfolgung der eigenen Klasseninteressen einzusetzen versuchten, hielten es diesmal bei der Olivetti für gelegen, einen Feldzug gegen unsere Genossen zu eröffnen.

In Italien gibt es drei Gewerkschaften, eine rein bürgerlichen Ursprungs (UIL), die andere unter Einfluß der Sozialisten (CISL) und die

dritte und größte/unter Einfluß der KPI. Daß diese Teilung heute rein formal ist und lediglich einer besseren Arbeitsteilung bei der gemeinsamen Sabotage der Streiks und bei der Unterwerfung der Arbeiterklasse unter das Diktat des Kapitals dient, kann man tagtäglich feststellen. Dies wird auch von der jetzigen Episode bestätigt. So ging der erste Schlag gegen unsere Genossen (die Mitglieder CGIL sind) von der am rechtsten stehenden UIL aus (deren Sektion bei Olivetti übrigens seinerzeit vom Betriebsinhaber selbst als Streikbrecherkolonne gegründet worden war), während sich die zwei anderen zunächst die Hände freihielten, um eventuelle Reaktionen der Basis auffangen zu können.

Am 17. November schrieb die UIL einen offenen Brief an die CISL und die CGIL und forderte diese zwei Verbände zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die Fabrikratsdelegierten (Abteilungsdelegierte im Fabrikrat, d.h. in einer Art Vertrauensleutkörper der ganzen Belegschaft mit gewerkschaftlicher Funktion, aber auch mit einigen Funktionen, die denjenigen der deutschen Betriebsräte entsprechen), die der Gewerkschaftsgruppe unserer Partei angehören, auf. Die UIL verteilte daraufhin auch ein Flugblatt ähnlichen Tenors, in dem unter anderem zu lesen war: "Die Gewerkschaftsorganisationen des Canavese (d. h. der Gegend, wo Ivrea liegt, IKP) stellen angesichts der Vermehrung barbarischer Terrorakte... all diejenigen vor ihre schwere Verantwortung, die unter der Bezeichnung 'Internationale Kommunistische Partei' den Terror verherrlicht, die niederträchtigste Feigheit als Mut umgemünzt und zur wahnsinnigen Organisation des Terrors aufgerufen haben... Die Gewerkschaftsorganisationen erklären, daß die Delegierten, die das (IKP-)Flugblatt vor den Schulen und Betrieben Ivreas verteilten, außerhalb der Arbeiterbewegung stehen und unwürdig sind, den Gewerkschaften anzugehören...". Unser Flugblatt wurde dabei entstellt zitiert, um den Eindruck zu erwecken, wir hätten gesagt, die Terroristen müßten sich in unserer Partei organisieren, damit ihre Aktionen eine größere Wirkung erzielen. Der lokale "autonome" Rundfunksender tat auch das Seine und zitierte geschickt aus dem Zusammenhang gerissene Stellen unseres Flugblattes, um die gewünschte Wirkung bei der Öffentlichkeit zu erreichen. Was die anderen Gewerkschaftsverbände angeht, so versuchen sie zunächst den Eindruck zu erwecken, die Angelegenheit nicht hochspielen zu wollen.

Auf diese Verleumdungskampagne antworteten unsere Genossen mit einem Flugblatt, in dem sie die unzähligen Beispiele tagtäglicher bürgerlicher Gewalt und tagtäglichen bürgerlichen Terrors gegen das Proletariat zeigten, gegen die die Gewerkschaften nicht einmal Stellung nehmen, geschweige denn den Kampf organisieren. Wir betonten die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt für die Emanzipation des Proletariats und erklärten nach einer Kritik der Strategie des individuellen Terrorismus als Auslöser des proletarischen Kampfes, "daß es nicht - wie die UIL uns in den Mund legt - darum geht, die Terroraktionen in unserer Partei zusammenzufassen, damit sie eine größere Wirkung erzielen, sondern darum, daß

man diese Aktionen im Rahmen des revolutionären proletarischen Kampfes gegen die bürgerlichen Institutionen, den es heute vorzubereiten gilt, zu nutzen wissen muß".

Die Gewerkschaften nahmen das Attentat gegen den Direktor der "Stampa" zum Anlaß, um zu einem Streik in Protest gegen die Attentate und die Gewalt und für die Solidarität mit der bekannten freiheitlich-demokratischen Grundordnung aufzurufen. Unsere Partei und unsere Gewerkschaftsgruppen haben zum BOYKOTT DIESES STREIKS aufgerufen. Selbstverständlich müssen die Arbeiter bereit sein, zu kämpfen, den Lohn und selbst das Leben zu opfern, wenn es um die Verteidigung ihrer materiellen Interessen, um den Zusammenschluß ihrer Reihen, um die Verteidigung oder den Angriff gegen das Kapital handelt, niemals aber in Solidarität mit der Bourgeoisie, ihren Repräsentanten und Institutionen. Wenn es um die Interessen der Arbeiter geht, stehen unsere Genossen immer in vorderster Front, während die Gewerkschaften versuchen, die Kämpfe zu sabotieren und abzulenken. Nun rufen die Bonzen die Arbeiter zum Streik auf, um die Solidarität mit dem Klassenfeind zu manifestieren. Zur Solidarität mit den unzähligen Arbeitern, die tagtäglich Arbeitsunfällen zum Opfer fallen, haben sie noch nie einen Streik ausgerufen.

Unsere Haltung konnte natürlich nur zu einer Steigerung der gegen uns geführten Kampagne führen, zumal der Streikaufruf der Gewerkschaften kaum befolgt wurde, (nur rund 5% der Arbeiter): Die Gewerkschaftsfunktionäre, die meinen, die Arbeiterklasse zu vertreten, mußten die für die Dauer des Streiks vorgesehene Belegschaftsversammlung in kleiner intimer Runde abhalten.

Der lokale Rundfunksender hat sich natürlich besorgt über den schwachen Anklang des Streikaufrufes geäußert, er sprach von den "alarmierenden Nachrichten aus den Betrieben", prangerte unsere Haltung an und las den ganzen Text "unserer Antwort" als Beweis für unsere... Komplizenhaltung im Falle des Attentats gegen den Direktor der "Stampa", übrigens eine Zeitung, die zum Fiat-Konzern gehört (einige hunderttausende Ausgebeutete).

Zu diesem Zeitpunkt trat die KPI selbst auf den Plan. Sie entfaltet zur Zeit eine breite Kampagne gegen die Terroristen und ihre Sympathisanten in den Wohnvierteln und Betrieben, von ihr stammt auch der Vorschlag, Bürgerwehren zur Unterstützung der Polizei und der Justiz zu bilden (daran kann man ermesen, was uns die deutschen Sympathisanten des "Eurokommunismus" mal bescheren werden). Die KPI war deshalb natürlich berufen, die Sache in die eigene Hand zu nehmen.

Der Angriff auf unsere Genossen wurde auf den Betrieb konzentriert, um unsere Stimme innerhalb der Belegschaft zu ersticken und unsere Delegierten aus dem Fabrikrat zu entfernen. Am 23. November wurde der Fabrikrat der Olivetti einberufen, um einem Dokument seines Exekutiv Ausschusses zuzustimmen. Nunmehr lag die Federführung der ganzen Kampagne nicht mehr bei der UIL, sondern wie gesagt bei den KPI-Mitgliedern der CGIL. Im großen und ganzen besag: diese Re-

solution folgendes: 1. Der Terrorismus sei grundsätzlich ein Werkzeug in den Händen der reaktionärsten und arbeiterfeindlichsten Kräfte; 2. Die Internationale Kommunistische Partei möchte "den Terrorismus als eine Praxis darstellen, deren Wurzeln in der Arbeiterbewegung liegen" und sie treibt das Spiel der "Autonomisten" (d. h. der gewalttätigen Spontis in Italien, welche die Rolle von Partei und Gewerkschaft grundsätzlich leugnen); 3. für die IKP sei die Gewerkschaft der Hauptfeind; 4. Die IKP mache keinen Unterschied zwischen Demokratie und Faschismus.

Der Exekutiv Ausschuß des Fabrikrates forderte die Delegierten auf, die unserer Auffassung zur Frage des Terrorismus zugestimmt hatten, ihre Stellung zu überdenken, und fuhr fort: "Sollte dies nicht geschehen, dann wird der Fabrikrat den Exekutiv Ausschuß auffordern, in Zusammenarbeit mit dem ganzen Fabrikrat die Abteilungen, die diese Arbeitskollegen in den Fabrikrat gewählt haben, über die Stellungnahme des Fabrikrates zum Terrorismus aufzuklären. Es muß den Abteilungen klar gemacht werden, daß die Position dieser Delegierten unvereinbar ist mit den Positionen des Fabrikrates. Das ist erforderlich, um feststellen zu können, inwieweit die Arbeiter bereit sind, diesen Delegierten weiterhin ihr Vertrauen auszusprechen. (...) Der FR erkennt das Recht der Arbeiter an, nach eigenem Willen ihre Vertreter zu wählen. Er weist dennoch erneut darauf hin, daß die Haltung dieser Delegierten sich mit der Orientierung, die alle FR-Mitglieder kennzeichnen muß, nicht vereinbaren läßt. (...) Der FR fordert die Ortsverwaltung der Gewerkschaften auf, sich mit dieser Frage zu befassen. Die Ortsverwaltung der FLM (Metallgewerkschaft in der CGIL) muß die Frage erörtern, ob die von diesen Delegierten vertretene Haltung mit einer Mitgliedschaft in dieser Organisation zu vereinbaren ist."

Auf diesen gegen uns montierten politischen Prozeß antworteten die Genossen mit folgender Erklärung, die unter den Arbeitern verteilt und vor allem in den Abteilungen, die unsere Genossen zu Delegierten gewählt hatten, diskutiert wurde:

"In Bezug auf das Dokument des Exekutiv Ausschusses des FR vom 23. 11. 77 erklären die Abteilungsdelegierten der angegriffenen Gewerkschaftsgruppe der IKP/Sektion Ivrea: 1. In den gewerkschaftlichen Organisationen und damit auch im FR kann die Haltung eines Gewerkschaftsmitgliedes und insbesondere die Haltung eines Delegierten nicht aufgrund seiner politischen Überzeugungen beurteilt werden. Hier muß man von einem einzigen Gesichtspunkt ausgehen, nämlich ob er die Interessen der Arbeiter, die die Gewerkschaft selbst zu verteidigen hat, vertritt oder nicht. Die vom Exekutiv Ausschuß eröffnete Diskussion steht daher im Widerspruch mit der Natur und den Zielsetzungen der Gewerkschaft, denn die Gewerkschaft muß grundsätzlich jedem Arbeiter, der entschlossen ist, die Lebens- und Arbeitsinteressen seiner eigenen Klasse zu vertreten, offen stehen, ob er nun die eine oder die andere politische Gesinnung hat.

So wäre eine derartige Diskussion grundsätzlich zurückzuweisen. Da aber der Exekutiv-

Ausschuß einen politischen Prozeß gegen uns inszeniert und sich damit auf eine außer-gewerkschaftliche Ebene begibt, antworten wir: 1. Wenn man uns als Prediger des "Terrorismus als Methode" ausmalt, so ist das eine absichtliche Fälschung. Wir sind ja nicht der Ansicht, daß die Revolution zu jedem beliebigen Zeitpunkt gemacht werden kann. Wir behaupten im Gegenteil, daß man sie durch eine hartnäckige Arbeit innerhalb der Arbeiterklasse und in enger Verbindung mit ihren Forderungen, auch mit ihren minimalen Forderungen, vorbereiten muß. So schließen wir auch aus, daß "beispielhafte Taten" von Individuen oder Gruppen von Individuen, die von der Klassenbewegung isoliert sind, die Lage verändern oder gar forcieren können.

Was wir allerdings entschieden zurückweisen, ist die umgekehrte Theorie, derzufolge die Arbeiterklasse sich auf dem friedlichen und legalen Weg der Demokratie, auf einem Weg, der GRUNDSÄTZLICH jede Form von Gewalt ausschließen soll, befreien kann. "Ohne auch nur im geringsten Gewalt und Terror grundsätzlich abzulehnen, forderten wir, an der Vorbereitung solcher Formen der Gewaltanwendung zu arbeiten, die auf die unmittelbare Beteiligung der Massen berechnet sind und diese Beteiligung gewährleisten sollten" (Lenin, Werke VI/187).

2. Wir weisen den Versuch zurück, die Terroranschläge pauschal als faschistisch zu brandmarken. Die "terroristische" Form der Auflehnung gegen diese Gesellschaft ist zwar verzweifelt, sie ist aber symptomatisch für die schönen Zustände, unter denen man leben muß in dieser Gesellschaft, die auch in ihrer demokratischen Form von Gewalt durchtränkt ist. Die Marxisten haben ihre grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten mit den Anarchisten und den Theoretikern der "Propaganda der Tat" nie verschwiegen. Aber kein Kommunist, der diesen Namen verdient, hat sich je an dem Verurteilungsgekreische der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Öffentlichkeit gegen die "Bombenleger" beteiligt.

3. Eine andere absichtliche Fälschung besteht in der Unterstellung, daß wir früher oder später mit der "Autonomistenbewegung" zusammenfallen könnten, mit der uns in Wirklichkeit nichts verbindet, weder auf der Ebene der allgemeinen Theorie - wir sind Materialisten, während die Autonomisten idealistische Spontaneisten sind - noch auf der Ebene der Strategie und Taktik.

4. Es ist falsch, zu sagen, daß für uns Faschismus und Demokratie identisch seien. Was wir mit Marx und Lenin behaupten, ist, daß die Demokratie eine Form und der Faschismus eine andere Form der bürgerlichen Klassenherrschaft sind, und daß beide mit verschiedenen Mitteln denselben Zweck verfolgen, nämlich die unterdrückte Klasse im Zustand der Unterdrückung zu halten: "Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine *Diktatur der Bourgeoisie*" (Lenin, "Staat und Revolution"). Wenn diese Worte un-

glaublich und skandalös sind, dann sollt Ihr Euch über Lenin entrüsten.

Infolge des Unterschieds zwischen der faschistischen und der demokratischen Form bekämpfen wir sie mit verschiedenen Mitteln und Methoden. Aber wir bekämpfen beide *im gleichen Maße* als Formen der Unterwerfung und Unterdrückung des Proletariats. Und daraus haben wir nie einen Hehl gemacht.

5. Die Demokratie hat immer den Anspruch erhoben, die Klasseninteressen zu versöhnen. Für den Marxismus stehen diese Klasseninteressen in einem unversöhnlichen Gegensatz zueinander. Ob der Anspruch der Demokratie berechtigt ist oder nicht, wird auf dem Boden der Tatsachen und nicht mit Absichtserklärungen bewiesen. Und die Tatsachen beweisen vor allem in dieser Krisenperiode tagtäglich, daß die bürgerliche Gesellschaft auch unter demokratischem Gewand nicht in der Lage ist, das, was sie dem Proletariat versprochen hat und verspricht, einzuhalten. Mehr noch, sie wird immer mehr gezwungen sein, ihnen Opfer, Elend und Arbeitslosigkeit aufzuzwingen, und damit löst sie zwangsläufig jene Gewaltausbrüche aus, die Ihr beklagt, ohne deren Ursachen zu verstehen.

6. Unser "Hauptfeind" ist nicht die Gewerkschaft. Unser Hauptfeind ist der Kapitalismus. Und wenn der Kampf gegen den Kapitalismus von uns auch einen konsequenten Kampf gegen die Politik der Unterwerfung der Arbeiterinteressen unter die Bedürfnisse des Kapitals, gegen diese Politik, die der Opportunismus den Gewerkschaften aufgezwungen hat, verlangt, so beweist das nur eins, nämlich daß es noch mindestens einen Kern von Proletariern gibt, die sich nach wie vor schlagen, damit die Arbeitergewerkschaft zu ihren Klassentraditionen, zu ihren Klassenmethoden und Klassenzielen zurückkehrt. Und was die "Arbeiterparteien" angeht, so ist nicht das Schild, mit dem sie sich schmücken, das entscheidende, sondern ihre praktische Aktion, und die sogenannten "Arbeiterparteien" handeln nicht nur wie parlamentarische Parteien, sondern überhaupt wie Parteien der Zusammenarbeit mit der Regierung und gar der Beteiligung an der Regierung. Wenn wir sie bekämpfen, so bekämpfen wir sie, wie Lenin die "bürgerlichen Arbeiterparteien" bekämpfte.

7. Die Geschichte hat im Laufe von 150 Jahren bewiesen, daß die unmittelbaren Interessen der Arbeiter, die heute unter dem Vorwand eines unmöglichen Auswegs aus der Krise innerhalb des Kapitalismus geopfert werden, nur von denjenigen verteidigt werden können, die den Kampf für die allgemeinen Interessen und Endziele der Arbeiterklasse, den Kampf für die proletarische Revolution und für den Kommunismus niemals aufgeben haben. Heute wie immer, in der Gewerkschaft und im Betrieb wie in allen Situationen des Lebens kämpfen wir für die konsequente und unnachgiebige Verteidigung dieser Interessen. Wenn das zu verurteilen ist, nehmen wir die Verurteilung an. Der letzte Urteilsspruch wird beim Proletariat liegen".

Der Zusammenstoß zwischen dem ganzen opportunistischen Lager und unseren Genossen setzte sich in einer sehr gespannten Atmosphäre fort.

Eine Abstimmung im Fabrikrat hatte folgende Ergebnisse: 8 Stimmen (unsere Genossen und ein anderer Arbeiter) gegen das Dokument des Exekutivausschusses, 1 Stimmenthaltung (ein Delegierter der Pdup, "Partei der proletarischen Einheit"), während der ganze Rest, d. h. ca. 90 Fabrikratsmitglieder von der betriebseigenen Gewerkschaft Aa-UIL bis hin zu den Militanten von Avantguardia Operaia und Pdup dafür stimmte.

Wir blieben also allein, und wir sind stolz darauf. Die Revolutionäre in Worten der "extremen Linken" haben die Gelegenheit wahrgenommen, um sich offen und durch sehr klare Interventionen auf die Seite derjenigen zu schlagen, die entweder ausgewiesene Agenten der Betriebsleitung sind oder wie die KPI und dergleichen bloß eine proletarische Tarnung tragen.

Am 7. Dezember wurden die Delegierten der Metallgewerkschaft der CGIL in die Ortsverwaltung geladen. Man legte ihnen eine globale Erklärung der Verurteilung des Terrorismus vor, die sie entweder als ganzes zu akzeptieren oder zu verwerfen hätten. Wer sich dagegen aussprechen sollte, würde von der Gewerkschaft ausgeschlossen. So können die Bonzen dann sagen, daß diejenigen, die diesen Text abgelehnt haben, sich selbst außerhalb der Gewerkschaft gestellt haben.

Die Demokratie ist gerettet! Unsere Genossen haben als einzige gegen die Erklärung gestimmt. Sie haben dann sofort eine eigene Erklärung vorgebracht, mit der sie die Versammlung aufforderten, die wirkliche Frage zu stellen, d. h. sich vom Gesichtspunkt unserer Gewerkschaftsarbeit zu unserem Ausschluß aus der Gewerkschaft zu äußern. Die Bonzen beriefen sich dann auf Verfahrensfragen und erklärten, die Statuten erlauben nicht, daß eine solche Versammlung eine Entscheidung dieser Art treffe, dafür sein ausschließlich die Bezirksverwaltung zuständig. Sie kehrten aber die Sache um und schlugen den Abteilungsdelegierten der Metallgewerkschaft der CGIL einen Antrag vor, mit dem diese Delegierten die Bezirksverwaltung auffordern sollten, Maßnahmen zu treffen, die über eine bloße "Amtsenthebung" hinausgingen.

Diese Abstimmung erfolgte angesichts der gegebenen Verhältnisse natürlich aufgrund dieses zweiten Antrags. Ergebnis: 8 Stimmen dagegen, 3 Stimmenthaltungen (von Avantguardia Operaia) und der Rest dafür. Die Stimmenthaltungen sind bedeutend, denn wie kann man sich der Stimme enthalten, wenn es sich um ein Ausschlußverfahren handelt? Entweder ist man dafür oder dagegen. Die Stimmenthaltung bedeutet, daß man sich die Hände wäscht und dabei zu verstehen gibt, daß es einem egal ist, daß Militanten, die immer in der vordersten Reihe gekämpft haben, von der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Unsere Genossen sind damit faktisch von der CGIL ausgeschlossen. Aber bis zum gegenteiligen Beweis vertreten sie ihre Kollegen im Fabrikrat, denn sie wurden von den Arbeitern und nicht von der Gewerkschaftsorganisation, der sie angehörten, gewählt. Und so muß der gemeinsame Angriff der Bonzen von UIL/CISL/CGIL in eine neue Phase

treten. Im Laufe der kommenden Wochen werden sie Neuwahlen in den Abteilungen unserer Delegierten ausrufen. Sie werden den Arbeitern sagen, daß unsere Genossen von der Gewerkschaft ausgeschlossen wurden und sie deshalb neue Vertreter, die mit der Linie der Gewerkschaft übereinstimmen, wählen müssen.

Der Opportunismus nimmt also überhaupt keine Rücksicht auf die berühmte "Gewerkschaftsdemokratie", wenn es darum geht, die Tätigkeit der Kommunisten in den Gewerkschaftsorganisationen zu verhindern. Allerdings für die Bonzen liegt ein Problem darin, daß die Wahlen für den Fabrikrat so durchgeführt werden, daß die Arbeiter auf einen Blankozettel den Namen des gewünschten Vertreters schreiben und dieser braucht nicht Gewerkschaftsmitglied zu sein. Sollten wir trotz der Verleumdungskampagne der Bonzen wiedergewählt werden, wird die Gewerkschaft wahrscheinlich die Taktik einschlagen, unsere Wahl nicht anzuerkennen. D. h. wir würden dann kein Anrecht auf bezahlte Stunden haben, hätten keine "Deckung durch die Gewerkschaft" vor der Betriebsleitung und auch keine Tarifzuständigkeit, wobei die Gewerkschaft unsere Teilnahme an den Versammlungen des Fabrikrates verbieten würde. D. h. daß die betreffenden Abteilungen in der Praxis keinen offiziellen Vertreter mehr haben würden. Unsere Genossen müßten sich dann auf die eigenen Kräfte und auf die Kräfte der Arbeiter, die sie wählen, stützen, um sich diese "Tarifzuständigkeit" zu erobern. Das alles sind z. Zt. noch Hypothesen, aber wir bereiten uns auf jeden Fall auf den Kampf in den Abteilungen und überall, wo er möglich sein sollte, vor.

Abgesehen von seinen unmittelbaren Ergebnissen wird unser Kampf zentriert sein auf das Recht jedes Arbeiters, auf der Grundlage der Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse und unabhängig von seiner politischen Gesinnung den Gewerkschaftsorganisationen anzugehören und zum Delegierten gewählt zu werden. Es wird also ein Kampf um die Verteidigung einer grundsätzlichen Position sein, die nicht nur uns, sondern auch das ganze Proletariat, das sich konsequent für die eigene Klasse schlägt, betrifft.

Daß die Opportunisten die Militanten unserer Partei aus dem Fabrikrat und aus der Gewerkschaft auszuschließen versuchen, überrascht uns nicht. Je mehr Opfer für das Kapital der Opportunismus von der Arbeiterklasse verlangen muß, je drohender die Gefahr, daß er die Kontrolle über die Arbeiterklasse verliert, desto mehr muß er auch versuchen, die Verbindung zwischen den revolutionären Militanten und den kämpferischen Teilen des Proletariats zu hintertreiben, desto mehr muß er zu verhindern versuchen, daß die Unzufriedenheit der Arbeiterklasse sich in Klassenkampf verwandelt, d. h. in einen Kampf, der die Grenzen der Betriebe und Berufszweige sprengt, auf den Staatshaushalt und die Lage der nationalen Wirtschaft pfeift und sich lediglich an den Interessen der einen Klasse, des Proletariats, orientiert. Der Opportunismus sabotiert, betrügt und verfolgt, um die Interessen des Kapitals zu schützen. Das ist seine Aufgabe. Unsere

Aufgabe ist es, die besten Bedingungen für den Kampf zu schaffen, den Opportunismus zu bekämpfen, als Lakaienheer des Kapitals zu entlarven, seinen Einfluß auf die Arbeiterklasse zurückzudrängen und den Arbeitern den harten aber einzigen Weg, der zu ihrer Emanzipation führt, zu zeigen.

Zur Lage der Arbeiter in der Druckindustrie

Nachdem ab 1975 drastische "Umstrukturierungen" im Bereich und im Umfeld der Druckindustrie auf vollen Touren laufen - die "Vertreter" der von dieser Entwicklung betroffenen Arbeiter bewegen sich im Schnecken-gang hinterher, wobei sie sich alle Mühe geben, die Ungeduld ihrer "Schützlinge" auf ihrer Schleimspur einzufangen -, faßt die Süddeutsche Zeitung (die sich schon durch die gebremste Streiklust attackiert fühlt) am 3./4. 12. 1977 die Zwänge des Kapitals wie folgt zusammen:

"Diese Revolution war überfällig. Die herkömmliche Bleisatzproduktion erforderte derart viele Arbeitsvorgänge und dementsprechend einen hohen Personalstand, daß unter dem Druck (auch) der Lohnkosten viele Betriebe aufgeben mußten". Es handelt sich um die Einführung elektronischer Satzherstellungssysteme (Satzcomputer) für fototechnische Textausführung im Offset-Verfahren, die den traditionsreichen Berufsstand des Maschinensetzers liquidieren. Daneben werden durch die technische Zusammenfassung verschiedener Arbeitsvorgänge auch andere Berufszweige in der üblichen Weise berührt: Steigerung der Arbeitsbelastung bei Entwertung der Arbeitskraft, wobei vorher personell aufgeteilte Facharbeit von einer angelernten Kraft übernommen werden kann. Hier einige Fakten: Seit 1971 gingen allein im Druckergewerbe 36.000 Arbeitsplätze verloren. Durch die technologischen Neuerungen erwartet man die Vernichtung von mindestens noch einmal sovielen "oder vielleicht noch mehr" (SZ v. 3./4. 12. 77). Die Statistik der Ausbildungsverhältnisse im Druckindustrie- und -handwerksbereich zeigt eine rückläufige Tendenz: 1976 waren es 16,3% weniger als im Vorjahr (lt. "Graphische Nachrichten" der IG Druck und Papier in Berlin Nr. 11/12 - Dez. 77)

Bevor wir auf die durch Gewerkschaften gezähmten Abwehrkämpfe der Arbeiter gegen die Verschlechterung ihrer unmittelbaren Lebensbedingungen eingehen, sei zunächst die sich in diesen Tatsachen ausdrückende allgemeine Tendenz des Kapitals dargestellt: Die historische Rolle der kapitalistischen Produktionsweise besteht ja gerade in der Konzentration und Expansion vorher zersplitterter, enger Produktionsmittel des einzelnen und deren Verwandlung in mächtig wirkende Produktionshebel, d. h. in gewaltige gesellschaftliche Produktivkräfte. Unter den Peitschenhieben der Konkurrenz wird jeder Betrieb bei Strafe des Untergangs gezwungen, seine eigenen Produktionskosten unter Ausschöpfung aller Mittel zu verringern. Im Endeffekt trachtet jedes Unternehmen danach, daß eine stets an-

wachsende Masse vergegenständlichtes Kapitals (Produktionsmittel) einen stets sinkenden Aufwand lebendiger Arbeitskraft in sich aufsaugt. Dieses Wachstum der organischen Zusammensetzung des Kapitals (Erhöhung des konstanten auf Kosten von variablem Kapital) bildet hinsichtlich der damit ermöglichten Verkürzung gesellschaftlich notwendiger Arbeitszeit die materielle Grundlage für den Sozialismus; und *in diesem Sinne* wird kein Kommunist sich gegen den technischen Fortschritt wenden können. Was wir bekämpfen müssen, ist die kapitalistische Produktionsweise selbst, die im wesentlichen Produktion von Kapital und nicht etwa von Erleichterung menschlicher Arbeit ist. Im Gegenteil: Der Arbeiter muß die Mittel seiner verstärkten Ausbeutung produzieren, denn infolge der Akkumulation (Investition, wie der salonfähige Ausdruck heute lautet) schafft er zugleich die Mittel seiner eigenen Überzähligmachung, d. h. zusätzlich muß er die Arbeit derjenigen übernehmen, die durch einen derartigen Prozeß beschäftigungslos geworden sind.

"Das Gesetz, wonach eine immer wachsende Masse von Produktionsmitteln, dank dem Fortschritt in der Produktivität der Arbeit, mit einer progressiv abnehmenden Ausgabe von Menschenkraft in Bewegung gesetzt werden kann - dies Gesetz drückt sich auf kapitalistischer Grundlage, wo nicht der Arbeiter die Arbeitsmittel, sondern die Arbeitsmittel den Arbeiter anwenden, darin aus, daß, je höher die Produktivkraft der Arbeit desto größer der Druck der Arbeiter auf ihre Beschäftigungsmittel, desto prekärer ihre Existenzbedingung; Verkauf der eigenen Kraft zur Vermehrung des fremden Reichtums oder zur Selbstverwertung des Kapitals." (Kapital I, S. 674)

Und eben dieses Gesetz sehen wir heute sehr plastisch u. a. im Druckgewerbe wirken, in der Forcierung des Untergangs eines ganzen handwerklichen Sektors, dessen qualifizierter Tätigkeitsbereich nunmehr von elektronischer Technologie übernommen werden kann. Auch hierin drückt sich die revolutionierende Kraft des Kapitalismus aus, Restbestände aus der Vorgeschichte bürgerlicher Ökonomie: nämlich eine auf handwerklicher Meisterschaft in der individuellen Handhabung eines Instruments beruhende Arbeitsweise zu vernichten und an ihre Stelle eine durch entwickeltere Produktivkräfte notwendige kollektive, gesellschaftliche Arbeitsweise zu setzen, die von jedermann nach kurzer Anlernzeit auszuführen ist. Die kostspielige und zeitraubende Ausbildung entfällt, womit auch die Produktionskosten, der Wert der Ware Arbeitskraft sinkt. Was vom Standpunkt der Bourgeoisie als eine rein technisch-ökonomische Operation unabdingbar vorwärtszutreiben gilt, führt auf Seiten der Arbeiterklasse zur technisch-sozialen Sprengung aller außerökonomischen Bindungen: Da das Proletariat den Inhalt seiner Tätigkeit nicht mehr zu beherrschen genötigt ist, mithin alle Tätigkeiten auszuführen befähigt wird, erhöht sich zugleich seine Mobilität, von einem in den anderen Produktionssektor verschoben zu werden (wie bei einer Armee in einem Bewegungskrieg). Selbst die IG Drupa bietet - ganz im Sinne des Arbeitsamtes - Umschulungslehrgänge an, die den handwerklich ausgebildeten Maschinen-

setzer innerhalb kurzer Zeit auf seine neue Funktion vorbereitet.

Doch es geht nicht allein um die Beweglichkeit und damit um die Verfügbarkeit des Arbeiters für verschiedene Tätigkeiten. Das Gesetz der Akkumulation bestimmt nach den jeweiligen Kapitalbedürfnissen zugleich die Menge benötigter lebendiger Arbeitskraft - es handelt sich also auch um die Verfügbarkeit über eine Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt, die darüberhinaus den für die Bourgeoisie pikanten Vorteil genießt, die Löhne der Beschäftigten zu drücken und deren Arbeitsbelastung zu vergrößern - solange es dem Proletariat nicht gelingt, Assoziationen zu schaffen, die die künstlich (auch von den Gewerkschaften) aufrechterhaltene Spaltung zwischen Beschäftigten und Unbeschäftigten (und weiter zwischen den Geschlechtern, den Nationen etc.) zu überwinden.

Wie aber haben sich bisher die Drucker zu dieser Entwicklung verhalten? 1973 und noch mehr im April/Mai 1976 antworteten sie mit einer von den Gewerkschaften nur schwer zu bremsenden Streikwelle. In massenhaften Aussperrungen - begleitet von einer ideologischen Kampagne, derzufolge die kämpfenden Drucker die vielgepriesenen bürgerlichen Rechte wie "Presse-, Meinungs- und Informationsfreiheit" verletzt hätten - wurde ja nicht nur eine (politische) Offensive gegen die Streikenden eingeleitet, sondern zugleich auch der Boden für eine Zusammenfassung, für eine mögliche Verbreiterung der Kämpfe gelegt. Eben diese Möglichkeiten wurden durch den zentralen Vermittler zwischen den beiden Klassen, durch die IG drupa als der Filiale der opportunistischen DGB-Staatspolitik hintertrieben, indem diese mit den üblichen Methoden des Verbalradikalismus, der Hinhaltenaktik und der scheinbaren Linderungsmaßnahmen den (infolge der zu erwartenden Verschlechterungen) erzwungenen Kämpfen den Wind aus den Segeln nahm. (1975 ging es um Lohnerhöhungen - heute um "Sicherheit der Arbeitsplätze") Verfolgen wir diese Abwiegleraktik während der letzten Streikwelle der Drucker seit Herbst 1977. Während bis dahin unter Federführung der IG drupa eine schwerfällige Tarifkommission (bestehend aus HBV, DAG und DJV) den sogenannten "Rastertarif-Entwurf" - ein Kompromiß der konkurrierenden Interessen der beteiligten Verbände - zusammengeschustert und sich mit diesem zur weiteren Verstümmelung der Arbeitgebervertretern in langwierigen, ergebnislosen Verhandlungsrunden anbietet, macht sich an der Basis Mißtrauen in spontanen Streiks bemerkbar, die im Nachhinein von den Gewerkschaftsbonzen widerwillig "unterstützt" werden. Dies, nachdem erst das BAG (Bundesarbeitsgericht) kurze Warnstreiks als "Mittel zur Beschleunigung von Verhandlungen" legalisiert hatte - aus dem wohlüberlegten Kalkül, dem aufgestauten Druck der Basisarbeiter Ventile zu schaffen, um eine Eskalation der Kämpfe zu verhindern. (Man erinnerte sich der erbitterten Druckerstreiks in den USA vor einigen Jahren, die den Konkurs mehrerer Zeitungs- und Zeitschriftenverlage beschleunigt hatten). Die wirklichen Forderungen, die von der Basis ausgehen und zu einer Kampfplattform eines kollektiven Kampfes aller Arbeiter der Branche

werden könnten, wie:

- keine Entlassungen durch Einführung neuer Technologien
- keine Lohnkürzungen
- Verkürzung der Arbeitszeit (35-Stunden-Woche) bei vollem Lohnausgleich, verwandeln sich im Gewerkschaftsentwurf entweder in eine Plattform zur Ausspielung der verschiedenen Arbeitergruppen untereinander (Wer darf oder soll welches Computerterminal besetzen u. ä.; die 35-Stundenwoche wird nur für die an Terminals Beschäftigten gefordert), oder sie werden auf dem Wege diplomatischer Umformulierung ganz einfach zurückgenommen: "Wer erkennbar nicht weiterbeschäftigt werden kann oder nach Umschulung nicht forbeschäftigt wird, erhält vorbehaltlich einer weitergehenden Regelung eines vereinbarten Sozialplanes zum Zeitpunkt des Ausscheidens eine Abfindung..." Durch eine derartige Abfindungsregelung (die oft nicht einmal einem halben Jahreseinkommen entspricht) werden die Entlassungen von der "Arbeiterorganisation" bereits in ihrem "Entwurf" tariflich fixiert. Nur ältere Arbeitnehmer sollen grundsätzlich weiterbeschäftigt werden. Klarer kann man nicht zum Ausdruck bringen, daß es den Gewerkschaften nicht um den Kampf, sondern ganz im Sinne der Unternehmer um einen "Sozialplan", der jeden Kampf verhindern soll, geht.

Nachdem die 7. Verhandlungsrunde über dieses Schandwerk am grünen Tisch Mitte September und dann noch einmal Mitte November infolge der "Unnachgiebigkeit" der Unternehmer scheiterte, ruft die IG drupa selbst zu Warnstreiks, Überstundenverweigerungen und Diskussionen (!) auf, um den Unmut der Basis aufzufangen. Diese Streiks werden natürlich vorher angekündigt und von vornherein befristet. Hierzu heißt es dann im "Informationsdienst" der IG drupa: "Mit Warnstreiks und in Diskussionen und Versammlungen bringen unsere Mitglieder ihre Unterstützung für die Forderungen unserer Gewerkschaft (...) zum Ausdruck". Grundlage dieser Forderungen ist der schon erörterte Kompromißvorschlag. Noch während dieser Geplänkel zur Kanalisierung des Drucks an der Basis verkünden die Bonzen anläßlich der bevorstehenden zentralen Tarifkommission am 10. 12. großkotzig, daß bei einem wiederholten Scheitern "wir notgedrungen eine schärfere Gangart einlegen müssen".

Diese "schärfere Gangart" scheint sich ja nun am 20. 1. 78 bestens bewährt und "auch zur Willensbildung der Unternehmer beigetragen" (Leonhard Mahlein in SZ v. 21.22. 1. 78) zu haben. So triumphiert in derselben Ausgabe die Süddeutsche Zeitung mit der Schlagzeile: "Nach den Warnstreiks - ein mühseliger Kompromiß" darüber, daß die IG drupa folgende von den Unternehmern diktierte Formel unterschreibt: "Die Arbeit an den neuen Geräten ist Angestelltentätigkeit". Doch um die geprellten Drucker nicht vollends zu entmutigen, schließt man nicht aus, daß für eine Übergangsfrist von 5 Jahren diese Arbeit "vorrangig den Druckfachleuten zustehen soll, keineswegs aber grundsätzlich". Sollte sich dann ausnahmsweise diese Möglichkeit für einige wenige realisieren lassen, so erhalten diese für eine 5-jährige Übergangszeit eine "Aufstockung des nie-

drigen Angestelltentarifs um eine Sozialzulage."

Auf der Grundlage dieser Leitlinien soll dann der neue Tarifvertrag ausgehandelt werden. Was das bedeutet, dürfte jedem klar sein: Massenentlassungen, Dequalifikation für die, die das Glück haben, weiterbeschäftigt zu werden - bei einer enormen Steigerung der Arbeitsbelastung. Während Bonze Mahlein mit seiner Erklärung, er gehe davon aus, daß wieder alle Zeitungen erscheinen würden, "zur Entspannung der Lage bei(trug)" und den "Kompromiß" als einen "Verhandlungserfolg seiner Gewerkschaft" feiert, dürften die Kämpfe noch lange nicht beendet sein - denn jetzt fangen die Probleme ja erst an: Lohnsenkungen, gegen die man sich durch Lohnkämpfe wird wehren müssen; Entlassungen, die allerdings nur durch den Zusammenschluß nicht nur der unmittelbar heute, sondern auch der gestern und morgen betroffenen Arbeiter zu verhindern sein werden. Um diesen Zusammenschluß zu ermöglichen, dazu muß man aber die Lehre aus den Abwiegelungsmanövern der Gewerkschaften ziehen, die offensichtlich nicht den Zweck verfolgen, auf ihrem eigenen Terrain gewerkschaftliche Solidarität anzuwenden. Eben die Konkurrenz der einzelnen Verbände untereinander, die korporativistischen, lokalistischen und betriebsbornierten Tendenzen können am besten auf der Grundlage einer Ausübung der zweifelsohne vorhandenen Kampfbereitschaft der Arbeiter entlarvt werden als das, was sie sind: nämlich integraler Bestandteil einer opportunistischen Demobilisierung und Deaktivierung eigener Kräfte, deren vorläufiges Opfer die Drucker sind. Getreu ihrem Grundsatz, bloß keine klassenkämpferische Glut zu entfachen, bemühen sich die Gewerkschaftszentralen, bereits auf dem untersten Niveau die punktuell entfesselten Energien, die spontan zur Zusammenfassung drängen, auch über die unmittelbar gestellten Forderungen hinaus organisatorisch zu zerstückeln. Forderungen, die einheitlich von der Arbeiterklasse gegen das Kapital gerichtet werden müssen und gerade die Zusammenfassung ihrer Kampfbereitschaft zum Ziele haben, werden von den Gewerkschaften als je besonderes Anliegen einer gesonderten Gruppe von Arbeitern verstümmelt. Damit wird nicht nur die Kampfeinheit der Arbeiter hintertrieben, sondern wird die Arbeiterklasse immer zur "Öffentlichkeit" gegenüber den jeweils betroffenen Kollegen degradiert, was ja jede Solidarität verhindern soll. Gerade die Kämpfe in der Druckindustrie zeigen dies sehr deutlich. Die Streiks von 1976, die eine große Kampfbereitschaft der Basis zum Ausdruck brachten, die bis zu illegalen Aktionen wie der Verhinderung von Zeitungsauslieferungen reichte, versuchte die Gewerkschaft in einzelnen Betrieben und Bezirken einzukreisen, durch Unterbrechungen zu lähmen, während andererseits die übrige Arbeiterklasse als "Öffentlichkeit" betrachtet wurde. Die anderen Gewerkschaften antworteten auf die Aussperrungen nicht mit solidarischen Aktionen, genau wie sie heute die Drucker sich selbst überlassen. Sie denken nicht daran, das Kampfpotential der Drucker, der Metaller, der Ha-

fenarbeiter zusammenzufassen und durch gemeinsamen kollektiven Kampf zu steigern: Jeder Beruf oder Industriezweig wird isoliert, um ihn desto besser den Bedingungen des Kapitals auszuliefern. Demgegenüber steht eine Bourgeoisie, die kompakt, selbst international einheitlich gegen die proletarischen Belange vorgeht. Hier muß die offensichtlich konterrevolutionäre Arbeitsteilung von Staatsgewerkschaft und Kapital unnachgiebig entlarvt werden: Die einen spalten das Proletariat, damit die anderen es um so besser unter der Fuchtel halten können.

Die jetzt wieder einmal verratenen Druckern zeigten eine Kampfbereitschaft, die jede zunftmäßige Überlegung sprengen kann, wenn sie durch vereinigende Forderungen den Kampf in die eigenen Hand nehmen, um alle Arbeiter der Druckereiindustrie mit sich zu reißen. Wenn man seine Forderungen durchsetzen will, muß man die Gewerkschaftsapparate überrumpeln und Streiks ohne Vorwarnung und ohne vorherige Begrenzung, mit starken Streikposten, gegen die Entlassungen, für starke Lohnerhöhungen, für drastische Kürzung der Arbeitszeit, für den vollen Lohn für die entlassenen Arbeiter und die Kurzarbeiter, für Verminderung der Arbeitsbelastung führen. Das sind Forderungen aller Arbeiter, ihre Antwort auf den "technologischen Fortschritt", ihre Plattform für den eigenen Zusammenschluß, auf deren Grundlage sie den Sprung in den politischen Kampf für die Vernichtung einer Gesellschaft vollziehen können, für die Fortschritt nur Mehrausbeutung bedeutet.

Anmerkung:

Angesichts der Ablehnung des ausgehandelten "Kompromisses" seitens der Tarifkommission wäre hier noch auf die offizielle "Gewerkschaftsopposition" einzugehen, die sich gerade bei den Druckern oft

stark zu Wort meldete. Nicht weniger als die Führung geht diese Opposition vom Boden der Klassenkollaboration aus, um auf diesem Boden die übermäßigen Zugeständnisse und die weiche Gangart, die sie verschuldete, zu kritisieren. Ihr geht es darum, mit derselben Politik der Führung "mehr" zu bekommen einerseits, die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften gegenüber den Arbeitern zu retten andererseits (nach dem Motto: "man kann unter Führung und Kontrolle der Gewerkschaften doch etwas erreichen"). Damit trägt sie zur Demobilisierung der Arbeiter nicht weniger als die Führung bei. Statt zu handeln, sich für die Aktion zu organisieren, die Verbindung unter den Arbeitern zu ihrer Sache zu machen, d.h. sie der Kontrolle durch den Gewerkschaftsapparat zu entreissen, soll man "erwarten", "kritisieren", die Führung zu neuen Verhandlungen "zwingen" usw. Damit wird nicht bloß der Glaube, diese Gewerkschaften seien Arbeitergewerkschaften, gestärkt, sondern der Kampfwille wird zunächst auf die Ebene des Protests abgelenkt, um schließlich die Arbeiter dem Apparat, d.h. dem Kapital auszuliefern. Das Resultat zeichnet sich in der Druckindustrie ab: zunächst wurden die Arbeiterinteressen ausverkauft, dann setzte die "Opposition" die Ablehnung dieses "Ergebnisses" in den Gewerkschaftsinstanzen durch, denn nur so könnten die Gewerkschaft die empörte Basis weiterhin unter Kontrolle halten, d.h. unkontrollierte, spontane Streiks und Verbindungen verhindern. Daraufhin wird - solange die Arbeiter von der Gewerkschaft zurückgehalten werden können - mit zwei Alternativen weiter verhandelt werden: Entweder auf Vereinbarungen auf Betriebsenebene auszuweichen (d.h. Ausverkauf nach Salamtaktik) oder nach langer Zermürbung einer demoralisierten Basis einen Trosterfolg zur Betörung zu präsentieren.



internationale presse :

programme communiste

N° 75 - Déc. 77

- L'Internationale des flics au travail
- Sur le fil du temps : Espace contre ciment
- Facteurs économiques et sociaux de la révolution en Amérique latine
- En mémoire d'Ernesto « Che » Guevara
- Note de lecture : L'Internationale Communiste et la révolution chinoise de 1927

EL PROGRAMA COMUNISTA Nº 25

- Otro paso adelante en el camino de la confesión de la naturaleza capitalista de la URSS: la nueva constitución soviética
- Marxismo y cuestión sindical: Introducción — En la continuidad histórica del marxismo — Tesis sindicales
- Factores económicos y sociales de la revolución en América Latina (II)
- Vicisitudes de la Italia de la posguerra

COMMUNIST PROGRAM No. 3

- China: The Bourgeois Revolution Has Been Accomplished, the Proletarian Revolution Remains to Be Made
- Marxism and Russia
- Force, Violence and Dictatorship in the Class Struggle (Part III)
- Angola: From the Victory of the Independence Movement to Bourgeois Normalization
- A True Solidarity with Lebanon and South Africa
- The Exploits of University Marxism (Concerning the Works of Messrs. Baran and Sweezy)
- Party Interventions: Italy, Algeria

il programma comunista

le prolétaire

EL COMUNISTA

ZUM STREIK DER DEUTSCHEN HAFENARBEITER

Eine spontane, unbewußte und zaghafte Ablehnung der Klassenkollaboration - aber eine Ablehnung

Seit mehr als einem Dreivierteljahrhundert wird in den deutschen Häfen nicht mehr gestreikt. Es herrschte die Friedhofsruhe der Klassenzusammenarbeit, wesentliches Resultat des wirtschaftlichen Aufschwungs der Nachkriegsperiode und der vorhergehenden gewaltsamen Unterwerfung der Arbeiterklasse.

Und auch dieser Streik sollte nach Ansicht der Gewerkschaften nichts anderes sein als ein Mittel der Verhandlung, eine Karte im Klassenzusammenarbeitsspiel. Soweit die bundesdeutschen Gewerkschaften sich bemüßigt fühlen, eine gewisse Unruhe "ihrer" Basis zu kanalisieren, organisieren sie jenes Ritual, das, weit davon entfernt ein echter Kampf zu sein, ganz im Gegenteil jeden Kampfwillen zu lähmen imstande ist.

Auch bei der diesjährigen Tarifrunde in den Häfen, in der von seiten der Kapitalisten ein Angebot von 3,5 % und von seiten der Arbeiter eine Forderung von 9 % einander gegenüberstanden, begann die zuständige Gewerkschaft ÖTV (Öffentliche Dienste, Transporte und Verkehr) mit einer geheimen Wahl, in der über einen Streik abgestimmt werden sollte. Diese sogenannte Urabstimmung hat die Wirkung, zu verhindern, daß die kämpferischsten Arbeiter ihre noch zögernden Kollegen mit sich reißen. Zwischen sich und die kampfwilligen Arbeiter schiebt die Gewerkschaft die zögernde, passive Masse, die in offenen Kampfabstimmungen durchaus mitgerissen werden kann. Mit diesem rein demokratischen Vorgehen isoliert sie die fortgeschrittenen Arbeiter von den übrigen.

Doch trotz dieses demoralisierenden Rituals erklärten diesmal in der Urabstimmung vom 19./20. Januar über 97 % der Arbeiter ihren Kampfwillen. Sie waren bereit, für 9 % in den Streik zu treten. Die ÖTV war gezwungen, den Streik zu organisieren. Und sie tat es mit der Gründlichkeit einer erfahrenen Streikbrecherorganisation.

Schon bald erklärten die Gewerkschaftsführer, auch mit einer 6 oder 7 vor dem Komma zufrieden zu sein. Damit brachten sie offen zum Ausdruck auch für die unbewußtesten Arbeiter, daß sie von vornherein den Kompromiß und nicht den Kampf bis zur Erfüllung der Ausgangsforderung verfochten.

Weiterhin wurde der Streik bewußt von der Gewerkschaft desorganisiert. Sie sorgte dafür, daß alle die Waren, die die Kapitalisten dringend benötigten, von den Schiffen gelöscht wurden. Dieser so organisierte "Notdienst" war mithin nichts anderes als das von der ÖTV-Führung selbst organisierte Streikbrechertum.

Zudem wurde der Streik nicht auf alle Häfen ausgedehnt, was mit der territorialen Zerstückelung in Tarifbereiche und der zeitlichen Verschiebung der Lohnrunden zusammenhängt. Diese Zersplitterung der Tarifrunden ist ein wichtiges Mittel zur Verhinderung einer einheitlichen, wirksamen und solidarischen Lohnbewegung. Es blieben vor allem jene Häfen ausgespart, über die die Ölversorgung der deutschen Wirtschaft läuft und deren Lähmung daher ein großartiges Druckmittel sein würde.

Es ist nicht weiter verwunderlich, daß der Hafentarbeiterstreik nicht mit der Tarifbewegung der Metaller, der Bewegung im Druckereigewerbe, geschweige denn mit dem gleichzeitigen Streik der italienischen Hafentarbeiter koordiniert wurde. Dies ist die Folge der Tatsache, daß jede klassenmäßige Organisation des Proletariats in der Vergangenheit zerschlagen wurde und heute nur ein organisierter Zusammenhang zwischen den Bonzen existiert, der es gestattet, die Rinnale des proletarischen Kampfes voneinander abzuschotten und sie in ihrer Isolierung versickern zu lassen.

Kurzum, der Streik wurde von seiner eigenen gewerkschaftlichen Streikleitung bewußt gebrochen, "um die Wirtschaft nicht zu schädigen". Alle jene Dinge, die einen Streik als Druckmittel und Kampfzweck GEGEN DIE KAPITALISTEN auszeichnen, wurden wohlweislich vermieden.

Gewerkschaft und Kapitalisten versuchten nun, nachdem sie glaubten, genügend Ventile für die Kanalisierung von Unmut geöffnet zu haben, 7 % als das Ergebnis dieser Lohnrunde zu präsentieren. Da der Januar nicht mit in das Ergebnis einbezogen wurde, waren es faktisch noch weniger, nämlich 6,4 %. Die ÖTV glaubte aufgrund der Erfahrung der letzten Jahrzehnte, ausreichendes getan zu haben, um den Kapitalisten eine weiterhin ungetrübte Ausbeutung der Hafendarbeiter zu gewährleisten. Sie fühlte sich sogar bemüht, den Arbeitern der anderen Branchen zu erklären, daß die 7 % für diese zu hoch, kein Präjudiz seien. Doch sie hatte diesmal die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Fast 60 % der Arbeiter lehnten in einer weiteren Urabstimmung den Kuhhandel ab, nachdem schon zuvor die Arbeit wieder aufgenommen worden war. Diese Ablehnung traf die Gewerkschaften völlig unerwartet. Sie kannten diese Art von Widerwillen von Seiten "ihrer" Arbeiter gar nicht. Wie sehr die ÖTV nun daran interessiert war, den Unmut der Arbeiter über die Haltung der Gewerkschaft zu ersticken, wird daran deutlich, daß sie den Streik nicht fortsetzte, sondern eine erneute Urabstimmung inszenierte. Abgesehen von der schon erwähnten Wirkung dieser demokratischen Vergewaltigungsmethode ist die Absicht sonnenklar, denn nun waren wieder 75 % der Stimmen notwendig, um weiter zu streiken. Die Kapitalisten und die Gewerkschaften beschlossen jedoch noch zuvor die Einbeziehung des Januar in den Lohnabschluß, um mit diesem Zugeständnis den kompromißbereiten Arbeitern ein Argument für ihre Haltung in die Hand zu geben. Dementsprechend waren in dieser dritten und letzten Urabstimmung 75,7 % für den Kuhhandel, während aber immer noch eine starke Minderheit von 24 % gegen ihn stimmte. Doch der Streik war nun zu Ende.

Dieser Hafendarbeiterstreik stellt, obgleich er mit einer Niederlage für die kämpferischen Arbeiter endete, alle wesentlichen Probleme der zukünftigen Welle von proletarischen Klassenkämpfen.

Bisher verbreitete die Bourgeoisie die Religion des kapitalistischen Fortschritts. Sie predigte den Arbeitern die Perspektive dauerhafter und zunehmender Verbesserungen ihrer Lage im Kapitalismus. Die Gewerkschaften waren die Kirche und die Bonzen die Priester jener Religion, die in der relativ kurzen Periode des weltwirtschaftlichen Wiederaufbaus eine gewisse materielle Grundlage hatte und die konservativen Tendenzen in der Arbeiterklasse verstärkte. Heute jedoch, in der Krise, sagt die Bourgeoisie angesichts der zunehmenden Verschlechterung ihrer Lebensbedingung offen zu den Arbeitern: "Wenn Ihr einmal in einer ungewissen Zukunft wieder eine Verbesserung Eurer Lage erreichen wollt, müßt Ihr Euch für eine unbestimmte Zeit mit ihrer Verschlechterung abfinden."

Es schwindet heute also die materielle Grundlage der reformistischen Religion, aber es bleibt jener gewerkschaftliche Kontrollapparat und die mit ihm verwachsenen Personen, der weiterhin seine Aufgabe zu erfüllen sucht, im Interesse des Kapitals die Kontrolle über die Arbeiterklasse aufrechtzuerhalten.

Das Proletariat, Hauptleidtragender der Krise, wird in dem Maße, wie es durch die objektiven Zwänge der kapitalistischen Wirtschaft zum Kampf getrieben wird, sich jener Kontrolle zu entziehen suchen. Es wird sich von seiner Rolle eines zahmen Opferlammes des Kapitals befreien und den Weg des Klassenkampfes nehmen. Es ist aber klar, daß die ersten Antworten des Proletariats auf die Krise viel mehr von der Logik der Lage als von der Logik des Bewußtseins diktiert sein werden. Darin liegt die Schwäche jeder spontanen Bewegung, aus ihr ergibt sich die Notwendigkeit einer bewußten, und damit politischen Klassenpartei.

Die kapitalistische Wirklichkeit selbst erzeugt einen tiefen Graben zwischen den Vertretern der Klassenzusammenarbeit und der kämpfenden Arbeiterklasse. Es wird sich mehr und mehr eine SPALTUNG des Proletariats von den reaktionären Gewerkschaften vollziehen, eine Spaltung, die die unabdingbare

Voraussetzung für das Wiederaufsteigen des proletarischen Klassenkampfes ist und die die EINHEIT des kämpfenden Proletariats gegenüber der gemeinsamen Front von Bourgeoisie und Opportunismus herstellen wird.

Ein Symptom für diese Entwicklung war jenes unbewußte Aufbegehren der Hafendarbeiter.

Die Bourgeoisie hat DIESE Bedeutung des Hafendarbeiterstreiks sofort erkannt und dies den Gewerkschaften mit aller Deutlichkeit unter die Nase gerieben. Nicht in dem 7 % Abschluß sieht sie die große Gefahr, sondern vielmehr darin, daß die Gewerkschaften ihre Kontrolle über die Arbeiter verlieren könnten. So schreibt die Süddeutsche Zeitung vom 1.2.73: der errungene Jahreszusatz bedeute "materiell keine Katastrophe. Eine Katastrophe bahnt sich jedoch an, wenn die Gewerkschaften auch in den großen Verhandlungen des öffentlichen Dienstes und der Metallindustrie nicht mehr Herren des Verfahrens sein sollten." Und die Bourgeoisie sieht sich als realistische und erfahrene Klasse gezwungen zu konstatieren: "Die Basis folgt nun Bewegungstendenzen, in denen das Verhandlungsmandat der Gewerkschaften nicht mehr zu den beherrschenden Kräften gehört." Und unverhohlen warnt sie die Gewerkschaften: "Falls sich das in den kommenden großen Tarifverhandlungen fortsetzt, können sie ihr Mandat dem Grundgesetzgeber (d.h. der Bourgeoisie, IKP) zurückreichen. In dieser sich hoffentlich doch nicht erfüllenden Prophezeiung steckt kein Triumph (!!)"

Für uns ist diese Spaltung des Proletariats von der Bourgeoisie und ihren Handlangern in der Arbeiterklasse der erste und wichtigste Hebel der gewerkschaftlichen und politischen Arbeit. Wir haben uns jahrzehntelang auf diesen Prozeß des Wiederaufsteigens des Klassenkampfes vorbereitet, wir haben seine Notwendigkeit propagiert und immer wiederholt, daß es Aufgabe der politischen Klassenpartei sein wird, jene durch die Logik der Dinge erfolgte Spaltung zu fördern, ZU VERTIEFEN UND AUF DIE EBENE DES POLITISCHEN KAMPFES ZU HEBEN.

Für die Opportunisten ist der Graben, der sich zwischen den Klassen auftut, ein Grauß. Welcher Couleur auch immer, sie treten, wie es ihrer kleinbürgerlichen Natur entspricht, nicht für seine Vertiefung ein, sondern sie leugnen zunächst seine Existenz und sind, nachdem er offensichtlich geworden ist, dafür, daß er zugeschüttet wird.

Wie unter dem Schwall von radikalen Phrasen die opportunistische Natur dieser Leute deutlich wird, wie in der Praxis offensichtlich wird, was es mit der "Opposition" gegenüber den Bonzen auf sich hat, zeigt stellvertretend für die "extreme Linke" der an der Waterkant stärker vertretende KBW. Bisher schwafelte er stets von einer "sauberen" Gewerkschaft, die nur von den "miesigen Bonzen" versaut sei, und zeigt damit schon theoretisch, daß er von dem wahren Charakter der heutigen Staatsgewerkschaften keine Ahnung hat. Kaum versuchen Teile des Proletariats, sich gegen diese Attacken der unheiligen Allianz von Staat, Kapital und Gewerkschaften zu wehren, ruft der KBW zur großen Einheitsfront auf und stellt die spontane Abwehr der Arbeiter gegen die Stellvertreter des Kapitals als perfiden Schachzug der Bourgeoisie zur Spaltung der Arbeiter von "ihren" Gewerkschaften hin. "Die Kapitalistenklasse versucht es gestern schon so hinzudrehen, daß die Seehafendarbeiter hauptsächlich gegen ihre Gewerkschaft zu kämpfen hätten und nicht gegen die Kapitalisten." (Extrablatt vom 2.2.73)

Ganz im Gegensatz dazu haben die Kapitalisten ein starkes Interesse daran, über kräftige Kontrollorgane über den proletarischen Unmut zu verfügen - eine Funktion, die die Gewerkschaft ja auch bisher übernehmen konnte. Jetzt, wo sie dazu nicht mehr in der Lage zu sein droht, kündigt das Kapital schon eine schärfere Gangart an.

Fazit: Gerade in der Krise, wo der Einfluß der Gewerkschaften zu schwinden droht, übernimmt die "Linke" mit der Parole der "Einheit der Arbeiterklasse" die Aufgabe der bisherigen Funktionäre, die die Arbeiter in die Arme der Bourgeoisie zu treiben haben. Traten ursprünglich die Gewerkschaften im

Kampf gegen das Lohngesetz insgesamt auf, so veränderten sie schon als Reformisten ihr Gesicht als ökonomische Kampfverbände und schließlich als Erbe des Faschismus nur noch als Disziplinierungsfaktoren zur optimalen Verwertung der Ware Arbeitskraft. Auch wenn sie immer noch Gewerkschaften heißen, haben sie die genau entgegengesetzte Funktion. Revolutionär angetreten, endeten sie konterrevolutionär. Und wer das eben nicht in der Theorie begreift, macht in der Praxis - ob er will oder nicht - nichts anderes als den Verkauf der Arbeiterklasse an das Kapital.

Wir haben immer diese Rolle des Opportunismus betont. Früher waren es "nur" theoretische Behauptungen und mußten es sein, da eine praktische Betätigung der verschiedenen Parteien in einer Arbeiterbewegung, die nicht als solche existierte, fehlte. Heute jedoch, bei den allerersten Zeichen eines wiedererstehenden Klassenkampfes zeigt sich sofort die wahre Natur des kleinbürgerlichen Opportunismus. Es zeigt sich, daß die Behauptung, man sei doch gegen die Gewerkschaftsführung, nichts anderes ist als die vorgeschobene Rechtfertigung der Einheit mit den reaktionären Gewerkschaften überhaupt.

Ohne diese gesamte Front von pseudolinken Opportunisten, reaktionären Gewerkschaften, Staat, Kapital und bürgerlichen Parteien auf das Entschiedenste zu bekämpfen und ihr die proletarische Kampffront entgegenzustellen, wird das Proletariat keinen Schritt auf dem Weg des Klassenkampfes tun können. Es gilt, diesen Weg bewußt zu machen und alle Hindernisse beiseite zu räumen, um die spontane, unbewußte Tendenz der Arbeitermassen zunächst auf die Ebene des kollektiven gewerkschaftlichen Kampfs zu heben, der Ausgangspunkt und Voraussetzung für den politischen Kampf und damit für die Aktion der politischen Klassenpartei ist.